

RENTE UND STEUERN

Was die Reformen
für Ihr Budget bedeuten

ALPEN

Wie der Klimawandel
die Berge zerstört

CEUTA

Wer steuerte die
Massenflucht?

A portrait of Karl Marx with a long white beard, set against a background of binary code (0s and 1s) and several small, stylized figures of people falling or jumping. The overall color scheme is dominated by orange and red.

Marx hat es geahnt

Der **KI-Kapitalismus** bedroht unsere Jobs – und unsere Demokratie



Benelux € 8,40
Dänemark dkr 102,95
Finnland € 10,40

Frankreich € 8,80
Griechenland € 9,20
Italien € 9,20

Kroatien € 9,50
Norwegen NOK 149,-
Österreich € 7,80

Portugal (cont) € 8,80
Schweiz sfr 10,30
Slowakei € 8,80

Slowenien € 8,80
Spanien € 8,60
Spanien/Kanaren € 8,90

Tschechien Kč 260,-
Ungarn Ft 4190,-
Printed in Germany

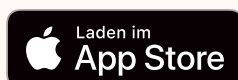
TOKIO IST MEHR

東京

TOKIO

MIT AIRALO

Mach das Beste aus jedem Ort
mit unbegrenztem Datenvolumen



Es gelten Nutzungsbeschränkungen. Weitere Informationen findest du unter airalo.com

»Der Emir von Katar hat das Schicksal Infantinos in der Hand. Wenn er ein solches Signal geben würde, wäre Infantino erledigt.«

Seite 106

Titel

Im Januar 2023 stellte der SPIEGEL dem Kapitalismus schon einmal die Existenzfrage: »Hatte Marx doch recht?« Titelauteur Simon Book und seine Kollegen beschrieben damals, wie immer neue Weltkrisen und der drohende Klimakollaps die Wirtschaftsordnung zu einem Update zwingen. Kurz darauf wechselte Book in die USA, ins Silicon Valley. Seither beschäftigt ihn die künstliche Intelligenz und ihre Folgen. Während KI die Techbosse reicher und reicher macht, bangt die Mittelschicht um ihre Jobs und ihre Zukunft. Am Massachusetts Institute of Technology traf Book den Arbeitsmarktforscher David Autor. Books Co-Autorin Nicola Abé sprach in Portugal mit dem israelischen Historiker Yuval Noah Harari, der vor den Gefahren künstlicher Intelligenz warnt. »Die große Herausforderung wird sein, ob wir KI umbauen können«, sagt Book. »Von einer Maschine, die Reichtum konzentriert, zu einem Werkzeug für breiten Wohlstand.« Gelingen das nicht, habe der Kapitalismus als ordnendes System für Wirtschaft und Gesellschaft ausgedient.

Seiten 8, 16



Ceuta



Anna Surinyach Garcia / DER SPIEGEL

Zehntausende Migranten schwammen vorige Woche über das Mittelmeer nach Ceuta. Noch immer harren Tausende in der spanischen Exklave in Nordafrika aus, viele minderjährig und entkräftet. Die Krise spaltet Europa, die Lage in Ceuta ist angespannt. Als Redakteur **Jan Petter** (l.) und Mitarbeiterin Zoé Kammermann eine Moschee besuchten, an der Einheimische Essen verteilen, fragten sie sich, wo die vielen Menschen nachts Zuflucht finden. Der junge Marokkaner **Souleymane Griene** bot an, die beiden mitzunehmen. Durchs Unterholz und über eine Mauer führte er sie auf einen Friedhof. Dort berichteten er und seine Freunde von Gewalt, die eigene Polizei habe sie über die Grenze geprügelt. Dutzende Migranten erzählen Ähnliches. Andere waren neugierig, wie es auf der spanischen Seite aussieht. »Für viele arme Marokkaner ist der Blick auf Ceuta ein Gedankenspiel: Wie sähe mein Leben in Europa aus?«, sagt Korrespondentin Dunja Ramadan, die in Marokko recherchierte. »Nun kehren sie aus Hunger zurück.«

Seite 52

Alpen

Die Alpen erwärmen sich etwa doppelt so schnell wie die gesamte Erde im Durchschnitt. Was das bedeutet, bekam Redakteur Jonas Kraus auf seiner Recherche zu spüren. Als er aus gut 2400 Meter Höhe hinab ins Tiroler Pitztal stieg, waren dort Schlammlawinen niedergegangen. Sein Auto, das er geparkt hatte, konnte Kraus erst eine Woche später abholen. Extremwetter, Hangrutsche, Steinschlag: Die Bergwelt ist in den Hitzemonaten besonders betroffen. Korrespondentin **Katherine Rydlink** begleitete den Geowissenschaftler **Michael Krautblatter** im Helikopter zum 2592 Meter hohen Berg Hochvogel. Krautblatters Spezialgebiet ist es, Orte sicherer zu machen, die der Klimawandel unsicherer macht. An manchen Stellen helfen Frühwarnsysteme, die auf drohende Felsstürze hinweisen. »Aber man kann nicht die gesamten Alpen überwachen«, sagt Rydlink. Bergsportler müssen wachsam sein denn je. »Es wird weiterhin Orte geben, wo sich Katastrophen ereignen, Menschen zu Schaden kommen, in den kommenden Jahren sogar häufiger.«

Seite 44



Solveig Eichner / DER SPIEGEL

DEIN SPIEGEL



Wenn eine künstliche Intelligenz selbstständig einen Hackerangriff durchführt, wenn sich Teenager in Chatbots verlieben und immer mehr Menschen gegen den Bau von Rechenzentren demonstrieren – dann stellt sich die Frage: Was darf die KI? Und wer bestimmt darüber? Das Kinder-Nachrichten-Magazin DEIN SPIEGEL geht diesem Thema in seiner neuen Ausgabe nach. Junge Leserinnen und Leser erfahren, wie sie KI-Bilder von echten unterscheiden können. Meredith Whittaker, Chefin des US-Messengerdienstes Signal, erzählt, welche Entscheidungen sie der neuen Technologie niemals überlassen würde. Außerdem im Heft: Die Kinderreporterinnen Frida, 11, und Noemi, 12, treffen Leo Neugebauer, Weltmeister im Zehnkampf. Er spricht über seine Lieblingsdisziplin, die schlimmste Verletzung und seine Ziele für die anstehende Leichtathletik-EM. Ein weiteres Thema: DEIN SPIEGEL begleitet die 13-jährige Viktoria Huld bei einer Trainingseinheit für Islandpferde. Die neue Ausgabe erscheint am Donnerstag der kommenden Woche.

INHALT

TITEL

- 8 Künstliche Intelligenz** Steht der Kapitalismus an dem Wendepunkt, den Karl Marx prophezeit hat?
- 16 Demokratie** Historiker Yuval Noah Harari erklärt im SPIEGEL-Gespräch, warum die Menschheit US-Tech-konzerne fürchten sollte

POLITISCHE BÜHNE

- 20 SPD-Abgeordnete kritisieren Abschiebeflüge nach Afghanistan | Der gesunde Menschenverstand**

DEUTSCHLAND

- 6 Leitartikel** Die Fehler im Kampf gegen rechts außen
- 26 Klimapolitik** Die Aktivistin Luisa Neubauer und der CDU-Abgeordnete Sepp Müller in der SPIEGEL-Mediation
- 32 Essay** Plädoyer für lösungsorientierten Journalismus



Wladimir Petunin / DER SPIEGEL

Mehr Marx wagen?

Titel Die künstliche Intelligenz stellt den Kapitalismus infrage: Die Reichen werden reicher, Jobs für die Mittelschicht verschwinden. Das System droht an sein Ende zu kommen.

Seiten 8, 16

- 34 CDU** Die konservative Parteibasis rückt ab von Friedrich Merz
- 36 Kabinett** Agrarminister Alois Rainer setzt auf Heimatliebe
- 38 Berlin** Vor der Wahl im September beschäftigt die Menschen vor allem ein Thema: Wohnen
- 41 Gesundheit** Grünenpolitiker Kassem Taher Saleh macht seine Depression öffentlich
- 42 Linke** Die Partei erreicht in Ostdeutschland kaum Männer
- 44 Klimawandel** Wie sich Alpenbewohner gegen Naturkatastrophen wappnen
- 48 Feuer** Der Ökologe Thomas Hickler über Waldbrandrisiken

DEBATTE

- 50 Rechtsextremismus** Wie die anderen Parteien die AfD zur Mäßigung zwingen könnten



Stella Weiß / DER SPIEGEL

Jess Hengel

Die TikTokerin beeinflusst mit ihren Buchtipps, was junge Leserinnen kaufen.

Seite 94



Visionhaus / Getty Images

Gianni Infantino

Mit seinen Investorenplänen hat sich der Fifa-Boss verzoxt.

Seite 106



Gordon Welters / DER SPIEGEL

Alois Rainer

Der Landwirtschaftsminister will mit gefühligter Politik punkten.

Seite 36

AUSLAND

- 52 Migration** So kam es zum Massenandrang von Marokko ins spanische Ceuta
- 57 Sicherheit** Finnlands Ex-Präsident fordert, dass Europa das Gespräch mit Russland suchen sollte
- 58 Taiwan** Im Inselstaat entstehen Sexfilme für den gefürchteten Nachbarn China
- 63 Dänemark** Warum Teenager hier freiwillig länger zur Schule gehen
- 64** Der Irakkrieg holt Donald Trump immer mehr ein | Korrespondentenkolumne aus Paris

REPORTER

- 66 Reisen** Der Sehnsuchtsort Portofino in Ligurien versucht, die Liebe der Welt und der Influencer zu überstehen
- 71 Ortstermin** Auf einem Acker in Hessen bauen 6000 Pfadfinder eine Gegenwelt aus Zelten, Freundschaft und Verantwortung

WIRTSCHAFT

- 72 Gerechtigkeit** Rente, Gesundheit, Steuern: Wer gewinnt, wer verliert beim Reformpaket?
- 76** Wie die Bundesregierung umverteilen möchte
- 77 Karrieren** Der Juniorchef in Deutschlands größtem Freizeitpark muss sich beweisen
- 80 Standorte** Wo die Wutbürger geblieben sind
- 82** Musk schadet Tesla-Image | Tut der Handel zu wenig fürs Tierwohl? | Kostbare Cricketliga



Rebecca Rütten / DER SPIEGEL

Im Hitzesommer

Die Aktivistin Luisa Neubauer und der CDU-Politiker Sepp Müller streiten über Klimaschutz, finden aber auch Lösungen.

Seite 26



Anna Surinyach Garcia / DER SPIEGEL

Der Tag, an dem Europas Grenze verschwand

In wenigen Stunden schwammen Zehntausende Migranten übers Meer. Was in Ceuta wirklich geschah.

Seite 52



An Rong Xu / DER SPIEGEL

Stöhnen für China

Pornografie ist in der Volksrepublik illegal. Also befriedigen die Nachbarn in Taiwan den Markt.

Seite 58

WISSEN

- 84 Psyche** Erhöhtes Suizidrisiko bei Tierärzten
- 88 Biologie** So leiden Pfeilschwanzkrebse für die Pharmaindustrie
- 90 Work** Wie viel Ego wir für eine Karriere benötigen
- 92** Faszination Sonnenfinsternis | Tiger in Kasachstan

KULTUR

- 94 Lesen** Die BookTokerin Jess Hengel spricht auf TikTok über Bücher – werden sie deswegen zu Bestsellern?
- 98 Kino** Christopher Nolans »Odyssee« wird kritisiert, zu Recht? Althistoriker Raimund Schulz erklärt den Mythos
- 100 Bühnen** Çağla İlk übernimmt das Maxim Gorki Theater. Was hat sie vor?
- 103 Satire** Kabarettisten Dieter Hallervorden und Uwe Steimle machen seltsamen Wahlkampf im Osten
- 104 Trashformat** »Villa der Versuchung« spielt Gelüste gegen Gemeinschaft aus
- 105** Horrorfilm »Nightborn« | Ariana Grandes »Petal«

SPORT

- 106 Fußball** Fifa-Chef Gianni Infantino kämpft um seine Zukunft
- 109** Randsportart Seifenkistenrennen | Haltungsnote: Louise Hoskins
- 43** SPIEGEL-TV-Programm
- 102** Bestseller
- 110** Impressum, Leserservice
- 111** Nachrufe
- 112** Personalien
- 114** Posteingang
- 116** Hohlspiegel
- 117** Familienalbum
- 118** Niemals geht man so ganz

Verhängnisvolle Fixierung

Die verfassungstreuen Parteien finden kein Rezept gegen die AfD. Es würde helfen, wenn sie nicht permanent die falsche Frage stellen.

Von Ralf Neukirch

Ministerpräsidenten, die sich gegen eine Rentenreform aussprechen, die ihre eigenen Parteien ausgehandelt haben. Ein Kanzler, der seine Minister über Wochen in einem verfassungsmäßig unklaren Status arbeiten lässt, um zu sparen. Eine Bundesregierung, die einen Tankrabbat einführt, den namhafte Ökonomen für unsinnig halten.

Diese Entscheidungen aus den vergangenen Monaten haben eins gemeinsam: Politiker haben sie nicht zuletzt aus Angst vor der AfD getroffen. Die Sorge vor den Rechtsextremisten ist so groß, dass nahezu jeder politische Beschluss, jedes Ereignis – sei es in der Sozial-, Klima- oder Finanzpolitik, sei es bei der Migrationskrise in der spanischen Exklave Ceuta – unter der Frage behandelt wird: Nutzt das der AfD?

Das ist verständlich, die Radikalen erreichen in Umfragen Rekordwerte, und keine der etablierten Parteien weiß, wie sie den Trend umkehren kann. Es ist aber fatal, weil die demokratische Mitte sich damit kleiner macht, als sie ist. Und es ist unklug, weil es nichts bringt.

Die Länderchefs von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollten ebenso wie ihre Kolleginnen aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland wissen, dass ein Abschied von der Rente mit 63 notwendig ist, damit das System bezahlbar bleibt. Die Bundesregierung weiß, dass ein Tankrabbat zwar teuer ist, aber wenig bewirkt. Man will die AfD politisch bekämpfen, indem man das Falsche tut. Das kann nicht funktionieren.

Das gilt für viele Politikbereiche. Ein Wort wie Klimaschutz gilt mittlerweile als toxisch: Wer vom Klima redet, so die Sorge, verstört den Bürger, der dann zur AfD läuft. Also spricht diese Regierung kaum noch hörbar über Klimaschutz und erlaubt den Menschen, länger mit Gas zu heizen – Rekordhitze und Trockenheit hin oder her. Das schadet dem Klima, aber nicht der AfD.

Ein Tiefpunkt war die Entscheidung von Friedrich Merz, seine neuen Minister erst nach der Sommerpause im Bundestag vereidigen zu lassen, weil es zu teuer sei, die Abgeordneten zu einer Sondersitzung nach Berlin zu holen. Das ist möglicherweise verfassungswidrig. Es ist zudem eine Kapitulation vor dem Populismus. Wenn die Demokratie sich selbst so weit verzweigt, dass sie aus Angst vor der vermeintlichen Volkswut die eigenen Regeln und Rituale nicht mehr ernst nimmt, braucht sie sich nicht zu

wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie nicht mehr achten.

Parteien haben auch schon vor dem Aufkommen der AfD nicht nur Politik aus Überzeugung betrieben, sondern auch, um beim Wahlvolk anzukommen. Das liegt im Wesen der Demokratie. Aber es hat sich in den vergangenen Jahren etwas verschoben. Ein immer größerer Teil der Wählerinnen und Wähler scheint inzwischen immun gegen jede rationale Bewertung von Politik.

Die AfD lehnt das demokratische System ebenso ab wie den politischen Kompromiss, sie will sich nicht sachlich mit den Problemen auseinandersetzen, sondern Ressentiments schüren. Menschen, die das anspricht, sind für Union, SPD

und Co. kaum noch zu erreichen. Es gibt daher keinen Grund, diesen Leuten Macht über die politische Agenda zu geben. Die AfD regiert mit, obwohl sie kein Mandat hat, weil die anderen Parteien fortwährend darauf schauen, ob ihre Politik den Rechtsextremisten nutzen könnte. Es bringt nichts, Systemfeinden politisch entgegenzukommen, um das System zu retten.

Die Parteien, die sich zur Verfassung und zur politischen Ordnung des Landes bekennen, sollten das tun, was sie politisch für richtig halten und in ihren Regierungsbündnissen durchsetzen können. Das ist schwierig genug. Das heißt übrigens auch, dass eine politische Position nicht schon deshalb abzulehnen ist, weil die AfD sie vertritt. Es gibt Gründe dafür, die Asylpolitik zu verschärfen, und die werden nicht dadurch entwertet, dass auch die AfD eine schärfere Asylpolitik will.

Den Parteien, die sich zur demokratischen Verfassung bekennen, stünde mehr Selbstbewusstsein gut zu Gesicht. Noch haben die Extremisten nicht die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler auf ihrer Seite. Mehr Selbstbewusstsein ist den Parteien auch im internen Umgang anzuraten. Dass ausgerechnet in der CDU die absurde Vorstellung verbreitet wird, der Kanzler müsse wegen einer im Ablauf unglücklich verlaufenen Kabinettsumbildung zurücktreten, spricht nicht für den Glauben an die eigene Stärke. So jedenfalls gewinnt man keine Wähler.

Für die eigene Position kämpfen, ohne nach rechts außen zu schießen – ist das ein Rezept, um die AfD zu bekämpfen? Das weiß niemand. Sicher ist aber, dass die bisherigen Rezepte nicht funktioniert haben.



Jetzt für nur 39€

Lesen Sie Ihren Wunschtitel zum exklusiven Vorteilspreis!



DER SPIEGEL

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus. Inklusive Zugriff auf das digitale Magazin, alle S+-Inhalte auf SPIEGEL.de sowie in der App und vieles mehr.

10 Ausgaben für nur 39€ statt ~~71€~~.



DEIN SPIEGEL

Das Nachrichten-Magazin für Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren informiert in altersgerechter Sprache über Wissen, Politik, Gesellschaft, soziale Medien und Kultur. Auch Themen aus dem Alltag von Tweens wie Schulstress oder Mobbing kommen nicht zu kurz.

10 Ausgaben für nur 39€ statt ~~59€~~.



SPIEGEL GESCHICHTE

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema mit lebendigen Berichten, Bildstrecken und Reportagen. Inklusive ePaper als PDF zum Download und Zugang zum Digitalarchiv mit allen seit 2009 erschienenen Ausgaben.

5 Ausgaben für nur 39€ statt ~~57,50€~~.



Gleich Vorteilspreis sichern:
abo.spiegel.de/vorteil39

oder telefonisch unter 040 3007-2700
(Angebot gilt nur in Deutschland.)

DER SPIEGEL

TITEL

Der neue KI-



Kapitalismus



Künstliche Intelligenz KI ist dabei, menschliche Arbeit überflüssig zu machen. Die Mittelschicht bangt, die Kapitalbesitzer profitieren, die Unzufriedenheit wächst. Naht das Ende des Wirtschaftssystems, das Karl Marx prophezeit hat?

Natürlich hätte er ahnen können, dass es ihn irgendwann erwische, sagt Daniel McKinnon, 40, während er den Pier am Hafen von San Francisco entlangspaziert. Selbstredend hätte er antizipieren müssen, was er da eigentlich die ganze Zeit getan habe: »Mein eigenes Karriereende herbeiprogrammiert.«

Jahrelang hatte der Ingenieur für den Softwarekonzern Meta künstliche Intelligenz entwickelt. Zunächst nutzte Mark Zuckerbergs Unternehmen solchen Code, um die Spracherkennung des hauseigenen KI-Modells Llama zu verbessern. Dann, um Metas Ray-Ban-Brillen »smart« und die eigenen KI-Chips effizienter werden zu lassen. Nun, um menschliche Arbeit im großen Stil zu ersetzen.

Zehn Prozent seiner Mitarbeiter entließ Zuckerberg Mitte Mai, entledigte sich rund 8000 Angestellter. Menschen wie McKinnon, die jahrelang alles für den Erfolg von Facebook, WhatsApp oder Instagram gegeben hatten, nur um frühmorgens eine E-Mail in ihrem Postfach zu finden. Ab sofort werde ihre Arbeitskraft nicht länger gebraucht, stand da. Wer noch nicht im Büro sei, müsse gar nicht erst losfahren, die Zugangskarten seien gesperret. Er wolle, so Zuckerbergs Begründung, »das Unternehmen effizienter führen«, müsse große Investitionen ausgleichen, vor allem jene in superintelligente Software. Meta will »AI-native« werden. Ein Konzern, der konsequent alles auf KI setzt.

Statt vor den Bildschirm setzt sich McKinnon also in die Morgensonne, schlägt die Beine übereinander, schaut einer Möwe hinterher. Und sinniert über das Ende der menschlichen Arbeit. Ihm gehe es ja noch gut, sagt der Familienvater. Er wolle mit der Abfindung von Meta sein eigenes Biotech-Start-up aufbauen, natürlich mit KI.

»Aber all die anderen?« Die Super-Software, glaubt er, werde schon bald nicht nur Jobs wie seinen übernehmen, sondern die Karrieren von Millionen Menschen beenden. »Wir machen uns keine Vorstellung von dem, was da kommt – und wie schnell.«

Der Mensch geht, die Maschine übernimmt. Was lapidar klingt, könnte die Welt stärker verändern als die Entdeckung der Elektrizität oder die Erfindung des Fließbands. Eine Handvoll Techunternehmen aus dem Silicon Valley, deren Bosse zu den reichsten Bewohnern des Planeten gehören und deren Wert zusammengenommen das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone übersteigt, schickt sich an, menschliche Arbeit abzuschaffen – und damit den Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Jenes viel kritisierte, aber bislang erstaunlich stabile System, auf dem der Wohlstand auch liberaler Demokratien aufbaut.

KI-Programme wie Anthropic Claude schreiben und prüfen schon heute Computercode oft besser als Menschen. Die Technologie übersetzt Telefonate in Echtzeit, steuert Drohnen in Kriegsgebiete, bewertet Röntgenbilder, übernimmt Steuererklärungen,

geht auf Shoppingtour, lenkt tonnen schwere Lkw, Tausende Taxis und Millionen Roboter weltweit.

Dario Amodei, Mitbegründer des US-amerikanischen KI-Unternehmens Anthropic, prophezeit bis 2030 eine Arbeitslosenquote von bis zu 20 Prozent. Elon Musk, dank des Börsengangs seiner Raumfahrt- und KI-Firma SpaceX zwischenzeitlich der erste Billionär der Geschichte, hält ultimativ jedwede Arbeit für ersetzbar. Vinod Khosla, legendärer Silicon-Valley-Investor und einer der ersten Geldgeber von Anthropic-Konkurrent OpenAI, geht davon aus, dass ab 2030 rund »80 Prozent aller Arbeitsplätze von einer KI übernommen werden« könnten.

Auch Techbosse haben keine Glaskugel. Doch seit Monaten fügen sich ihre Prognosen in das allgemeine Lagebild: Schon 2023 kam die Großbank Goldman Sachs zu dem Ergebnis, dass 300 Millionen Vollzeitstellen durch KI automatisierbar seien. 40 Prozent aller Jobs, so der Internationale Währungsfonds 2024, seien betroffen. In Industrieländern gar 60 Prozent.

»Diese Revolution wird zehnmals größer und verläuft vermutlich zehnmals schneller als die industrielle«, sagt Demis Hassabis, Gründer und Direktor von Googles KI-Labor DeepMind. Gleichzeitig sei das, was

gerade geschehe, »fundamental anders«, argumentiert der israelische Historiker Yuval Noah Harari. »Dieses Mal erschaffen wir Akteure, nicht Werkzeuge« (siehe Interview Seite 16).

Und so drohen diesem Strukturwandel nicht zuerst die Kumpel im Bergbau, die Näherinnen in der Fabrik zum Opfer zu fallen. Sondern die Mittelschicht. Denkarbeiter am Schreibtisch, deren kognitive Aufgaben KI besonders schnell übernehmen kann: Anwältinnen in den Großkanzleien von München oder Berlin, Büromenschen in den Versicherungstürmen von Sydney, Investmentbanker an der New Yorker Wall Street, Mad Men in den Werbeagenturen von Los Angeles.

Genauso trifft es Architekten, Lehrer und Ärztinnen, Psychologen, Journalistinnen oder Ingenieure. »White Collar Worker« werden sie in den USA für ihre traditionell weißen Hemdkragen genannt. Stützen hoch entwickelter Volkswirtschaften in den Vereinigten Staaten oder Europa, brave Steuerzahler mit zwei Autos auf der gekiesten Auffahrt und einer Hundehütte im Garten, hochgebildet, gut verdienend.

Menschliche Arbeit, das beschrieb schon Karl Marx, ist ein zentrales Element unseres Wirtschaftssystems: Kapitalisten investieren Geld. Davon kaufen sie – neben Maschinen und Produktionsmitteln – humane Arbeitskraft. Am Ende ist die Ware mehr wert, als der Lohn der Angestellten und die Fabriken gekostet haben. So macht der Kapitalist Profit und wird immer etwas reicher.

Auch der Arbeiter gewinnt. Seit dem Ende der Leibeigenschaft und Lehnsherrschaft ist das eine Zauberformel unserer westlichen Welt: Wer etwas leistet, wird belohnt. Mit einem Verdienst, der im besten Fall ein gutes Leben ermöglicht, sozialen Aufstieg, Stolz, Bedeutung. Das System hält sich, solange es Wohlstand und genügend Gewinner hervorbringt.

Doch Marx' Hauptwerk zufolge trägt der Kapitalismus sein Ende in sich, quasi wie ein Uhrwerk, das sich selbst überdreht: Um im Wettbewerb zu bestehen, müssen Unternehmen immer produktiver, größer und effizienter werden. Sie automatisieren, drücken die Kosten, verdrängen lebendige Arbeit nach und nach aus den Fabriken. Es klingt, als hätte Marx schon 1867 das 21. Jahrhundert vorhergesehen.

Sollte sich Kapital völlig entkoppeln von Arbeit, sollte der Mensch vollkommen überflüssig werden, würde die Spaltung zwischen Arm und Reich unendlich. Wenn Firmen zukünftig nicht viel mehr als einen menschlichen Chef brauchen, um astronomische Profite einzufahren, beendet das den bisher gültigen Gesellschaftsvertrag: Während die Mittelschicht um ihre Existenz bangt, häufen die Tech-Oligarchen ungeheure Vermögen an.

Zeigt die KI-Revolution also, dass Marx doch recht hatte?



»Die Menschheit wird einen Machtkampf zwischen Techunternehmen und Regierungen erleben.«

Yuval Noah Harari, Historiker



Vadim Petunin / DER SPIEGEL

»A rising tide lifts all boats«, versichern sie im Silicon Valley gern. Tatsächlich spricht viel dafür, dass es dieses Mal anders kommt. Womöglich hebt diese Flut nur einige wenige Superjachten, während Millionen Ruderboote untergehen. Mit unabsehbaren Folgen für den gesellschaftlichen Frieden.

KI kratze den sozialen Kitt Schicht für Schicht ab, argumentiert David Autor, der wohl bekannteste US-Arbeitsökonom. Profitierten künftig nur eine Handvoll Menschen vom System, allen voran die Milliardäre aus dem Silicon Valley, »wäre das nicht stabil. Demokratie wäre sehr schwer aufrechtzuerhalten in einer Welt, in der die meisten Menschen nichts mehr zu geben hätten«.

Der Papst warnt bereits vor einem »neuen Kolonialismus« durch Techunternehmen. Allison Pugh, Professorin für Soziologie an der amerikanischen Johns-Hopkins-Universität, fragt: »Ist man noch ein gleichwertiger Bürger, wenn man nicht arbeitet?« Selbst OpenAI-Chef Sam Altman fühlt sich genötigt, darauf hinzuweisen, wie wichtig es sei, dass am Ende der Wohlstand aller zunehme, nicht nur der »von ein paar wenigen«.

Regierungen weltweit werden Antworten finden müssen. In Berlin und Paris, London und Peking, Pretoria und Brasília. Am schleu-

nigsten wohl in Washington. Nicht nur weil US-Unternehmen den KI-Boom anführen. Sondern weil dort kaum soziale Sicherungssysteme existieren, wie sie etwa Europa kennt.

Die Unsicherheit im Land ist groß, quer durch alle Altersklassen, Schichten und Bildungshintergründe. In New York sprechen die Jungen, die auf Jobsuche sind, von einer dauerhaften Angst, die sie erfasst habe. Im Silicon Valley sieht mancher schon eine »permanente globale Unterschicht« entstehen, wie sie Science-Fiction-Autor William Gibson einst prophezeite.

Man trifft heute amerikanische Gründer, die mit 28 Jahren Hunderte Millionen Dollar eingesammelt haben, um im Finanzwesen Menschen durch KI-Modelle zu ersetzen. Sie bezeichnen sich als Optimisten und glauben, der Wohlstand werde einfach immer größer. Wenn man sie nach den sozialen Folgen fragt, erröten sie.

Und dann sind da die Veteranen, die in ihrem Leben schon viele Firmen hochgezogen haben und sagen, sie hätten den Kapitalismus immer geliebt, nun aber seien sie ratlos. Durch ihre Köpfe spukt eine dunkle Vision von abgeschotteten Billionären neben einer Masse ausgegrenzter Menschen, von Chaos in den Straßen. Sie fragen: Warum tut keiner etwas?

Noch ist die Technologie mehr Werkzeug als Kollege. Noch besteht die Möglichkeit, dass die KI dem Menschen lästige Tätigkeiten erspart und besser bezahlte Arbeit schafft. Was aber, wenn sich das ändert? Wenn eine dem Menschen überlegene Superintelligenz auch die komplexesten Aufgaben allein erledigt?

Dann, sagt Ökonom Autor, »ist Apokalypse«.

Kann diese Dystopie verhindert werden? Können wir die KI umbauen – von einer Maschine, die Reichtum konzentriert, zu einem Werkzeug für breiten Wohlstand? Oder ist das Ende des Kapitalismus gekommen?

Kapitel 1: Die verlorene Generation

An einem heißen Spätnachmittag im New Yorker Finanzdistrikt, die Broker sitzen noch in ihren Büros, betritt Elizabeth Tatishev, 23, ein lateinamerikanisches Café. Vor einem Jahr hat sie ihren Abschluss gemacht: Computerwissenschaft und Neurowissenschaft. »Als ich anfang zu studieren, dachte ich, das sei eine Jobgarantie.«

Wie einen Vollzeitjob habe sie ihre Suche nach Arbeit betrieben, von neun bis fünf habe sie am Schreibtisch gesessen, zehn Bewerbungen am Tag seien ihr Ziel gewesen, rund 200 insgesamt. Alle erfolglos. »Irgendwann verliert man jedes Sinngefühl«, sagt sie. Schließlich zog Tatishev zurück zu ihren Eltern, jobbt jetzt in einem Coffeeshop auf der Upper East Side.

Vielen ihrer Freunde sei es nicht besser ergangen. »Wir haben es schwerer als die Generationen vor uns«, sagt Tatishev, »wir leben in permanenter Anspannung.«

Industrielle Automatisierung begleitet die Menschheit seit der Erfindung des mechanischen Webstuhls. Doch die KI-Revolution sei revolutionärer, argumentieren Wirtschaftswissenschaftler. Die Einführung besserer Technologie sei stets mit Umbrüchen einhergegangen, bislang hätten Politik und Gesellschaft jedoch immer Wege gefunden, sich anzupassen. So hätten produktivere Fabriken am Ende zu neuen Jobs, zu Lohn- und Wohlstandszuwächsen für die breite Masse geführt.

Ökonomen erklären diesen Effekt mit der »Kompensationstheorie«: Verlorene Arbeitsplätze werden demnach langfristig durch neue, oft komplementäre Tätigkeiten und Berufsfelder ausgeglichen.

Lange predigte die Techindustrie ein ähnliches Szenario: Zwar könne KI effizienter Software schreiben als menschliche Programmierer, dennoch würden am Ende mehr humane Entwickler gebraucht. Der Bedarf an neuen Programmen werde deutlich steigen, weil mit KI immer mehr Probleme per Software gelöst würden.

Wäre KI eine Automatisierungstechnologie wie jede andere, hätte das tatsächlich

stimmen können. Nur ist KI eben keine Technologie wie jede andere. Die Anzahl der professionellen Programmierer in den USA ist schon heute niedriger als 1980.

Dieser Strukturwandel verläuft schneller und diffuser als frühere. KI ist eine Maschine, die stets dazulernt, ihr Ziel ohne Anleitung erreichen und sogar eigenständig entscheiden kann. Das, sagt Ökonom Autor, »ist etwas fundamental anderes«.

Der Professor sitzt an einem heißen Mittag in seinem Büro am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge. Anhand **jahrzehntelanger Beschäftigungsdaten untersucht er, unter welchen Bedingungen Automatisierung menschliche Expertise ersetzt oder verstärkt**. KI, so Autors zentrales Argument, könne beides: Routineaufgaben übernehmen. Aber so auch menschliche Arbeit anspruchsvoller machen.

Gerade ist der Professor in den letzten Zügen eines neuen Aufsatzes, um besser vorhersagen zu können, welche Aufgaben wahrscheinlich automatisiert werden. Die Details sind noch geheim. Nur so viel, sagt Autor: Eine Aufgabe, die eine Stunde dauere, werde mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich von KI erledigt. Eine, die 8 Stunden, 16 Stunden oder vier Wochen dauere, eher nicht. Das liege einfach daran, dass KI gut darin sei, viele eher kurze Entscheidungswege parallel abzuschreiten. Während viele komplexe Jobs längere Gedankenketten voraussetzen – »also mehr aufeinanderfolgende, voneinander abhängige Schritte, die Kontext und Urteilsvermögen erfordern«.

Was also automatisiert werde, hänge stark davon ab, was im jeweiligen Aufgabenbündel enthalten sei: »Es gibt viele Jobs, in denen KI Expertise verstärkt, und viele, in denen sie Expertise zur austauschbaren Ware macht.«

Bis vor wenigen Jahren galt Bildung als sichere Eintrittskarte in ein materiell unbeschwertes Leben. Heute ist unklar, was ein Abitur oder ein Studium noch wert sind. Vielleicht kann Autors Forschung künftigen Generationen bei Karriereentscheidungen helfen.

Was aber macht die Gen Z? Jene 14- bis 30-Jährigen, die heute auf den Arbeitsmarkt drängen und wie niemand sonst von diesem Umbruch betroffen sind? Um 16 Prozent ging ihre Beschäftigungsquote in »KI-exponierten Tätigkeiten« laut der Uni Stanford im Vergleich zum Vor-KI-Zeitalter zurück. Die Federal Reserve Bank of New York bezifferte die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen 2025 mit 5,7 Prozent – der allgemeine Schnitt liegt bei etwa 4.

Von einer »lost generation« spricht Mathias Albert, Soziologe an der Uni Bielefeld und Autor der Shell-Jugendstudie. Erst Corona, anschließend Inflation und Wirtschaftskrise, über allem die Klimakatastrophe, nun KI.

»Diese Generation macht sich keine Illusion mehr über stabile Lebensverhältnisse«,



»Kapitalismus ist nicht eine natürliche Ordnung der Welt.«

Sven Beckert, Historiker

befindet der Forscher. Unsicherheit sei das große Schlagwort. »Aber mit KI ist Planlosigkeit dabei, in Perspektivlosigkeit umzuschlagen. Wir alle wissen, dass davon nicht die Parteien der Mitte profitieren. Sondern die politischen Ränder.«

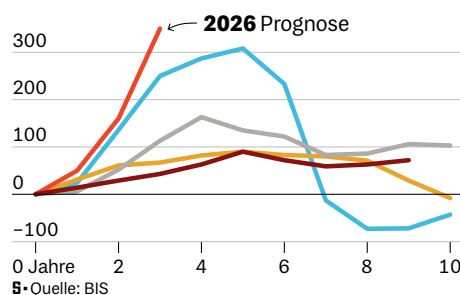
Kapitel 2: Die neuen KI-Oligarchen

An der Westküste der USA, wo die KI-Labore von Menlo Park, Mountain View oder

Boomzeiten

Jährliche Investitionen während innovationsgetriebener Aufschwungphasen, Veränderung gegenüber dem Beginn des jeweiligen Booms in %

- KI-Hype (ab 2023)
- Dotcom-Blase (USA ab 1995)
- »Roaring Twenties« (USA ab 1921)
- Eisenbahnen (Großbritannien ab 1843)
- Kanäle (USA ab 1835)



San José an der Übermorgengesellschaft arbeiten, versprechen sie ganz anderes.

Elon Musk etwa malt eine Art Schlaraffenland, in dem überhaupt kein Mensch mehr arbeiten müsse, weil alle Güter und Dienstleistungen in »großartigem Überfluss« vorhanden seien. Er verspricht »zweistelliges Wachstum« und ein »Ende der globalen Armut durch KI und Robotik«.

Meta-Manager schwärmen: Jeder werde zukünftig KI-Agenten haben, die er mit allem betrauen könne. Die Rückkehr des Hauspersonals, dieses Mal für jedermann.

Jensen Huang, Chef des Chipherstellers Nvidia, entwirft bei Gesprächen eine Welt, in der KI nicht nur Schreibtischjobs übernimmt, sondern Milliarden Automaten, zig Millionen autonom fahrende Fahrzeuge, Hunderttausende Roboterfabriken selbst physisch herausforderndste Tätigkeiten stemmen. Das werde »die größte je da gewesene Industrie«.

Mit derlei Utopien hat es die Silicon-Valley-Elite geschafft, sich anscheinend unersetzlich zu machen. Öffentlich geloben die Entwickler, es gehe ihnen darum, die Menschheit weiterzubringen, nicht zu unterjochen. Tatsächlich darf und sollte jeder mit gesundem Menschenverstand an ihrem Altruismus zweifeln: Schon heute kontrolliert eine kleine Clique Superreicher die Chips, die Rechenzentren, die Daten, ihre Distribution. Schon heute gehen die Techbosse im Weißen Haus ein und aus, dinieren beim G7-Gipfel mit den mächtigsten Staatschefs der Welt. Und bislang hat noch jeder von ihnen eigene Macht, persönlichen Profit und Reichtum dem Wohl der Allgemeinheit vorangestellt.

Bei ihnen konzentrieren sich enormes Vermögen und Deutungsmacht: Der KI-Entwickler Anthropic ist seit Ende Mai mit fast einer Billion Dollar das am höchsten bewertete Start-up der Welt. Nvidia, auf dessen Chips die Technologie fußt, hat in den vergangenen vier Jahren seinen Börsenwert von knapp 500 Milliarden auf fünf Billionen Dollar verzehnfacht.

Firmenchef Huang ist persönlich heute fast 180 Milliarden US-Dollar schwer. Meta-Gründer Zuckerberg bringt es auf 204 Milliarden. Obendrein kontrolliert sein Konzern die Bildschirme von nahezu 3,6 Milliarden Menschen, die täglich einen seiner Dienste nutzen. OpenAI-Frontmann Altman verfügt zwar nur über bescheidene 3,3 Milliarden Dollar Vermögen, informiert dafür fast eine Milliarde Menschen, die pro Woche seinen Konversationsroboter ChatGPT befragen. Multimilliardär Musk erreicht über seine Plattform X immerhin rund 560 Millionen Menschen im Monat – unter ihnen US-Präsident Donald Trump, der zu den größten Fans von X zählt.

Tendenz dieser Zahlen: stark steigend.

In dem Maße, in dem der Einfluss der Tech-Oligarchen wächst, schwinden Hand-



Ingenieur McKinnon

Courtney Maxwell



Arbeitsuchende Tatishev

José A. Alvarado Jr. / DER SPIEGEL



Ökonom Piketty

Alberto Cristofari / Contasto / laif



OpenAI-Chef Altman

Florian Gaertner / BMF / photothek / picture alliance

lungsoptionen gewählter Politiker. Denn anders als bei der Raumfahrt oder der Erfindung des Internets ist es dieses Mal überwiegend privates Kapital, das die Revolution treibt. Die **Menschheit werde »einen Machtkampf zwischen Techunternehmen und Regierungen erleben«**, prophezeit Historiker Harari. Firmen könnten mächtiger werden als Regierungen, eine außer Kontrolle geratene Technologie Militär, Finanz- und Rechtssystem übernehmen.

Eine Demokratie aber lebt davon, dass Macht eingehegt wird, Herrscher abwählbar sind. Ihre Legitimation beruht auch darauf, dass sie die Verteilungsfrage löst. Auch hier wird die KI-Hausse zum Problem. Heute besitzt das oberste Prozent der Amerikaner fast so viel wie die unteren 90 Prozent zusammen. Noch 1990 gab es auf der Welt laut »Forbes« 269 Dollar-Milliardäre mit einem Gesamtvermögen von 542 Milliarden. Im vergangenen Jahr hat dieser illustre Club über 50 neue Mitglieder allein aus dem KI-Sektor begrüßt.

Im 14. Pariser Arrondissement, versteckt hinter Büchertürmen, die nur einen schmalen Blick in den französischen Sommer freigeben, residiert derjenige, der dieses Szenario möglicherweise bereits vor mehr als zehn Jahren hat kommen sehen.

2013 legte Thomas Piketty, Professor an der Pariser Wirtschaftsuniversität, sein Standardwerk vor: »Das Kapital im 21. Jahrhundert«. In dem Buch wollte Piketty zeigen, dass Vermögen in kapitalistischen Gesellschaften langfristig dazu neigt, sich zu konzentrieren, weil die Rendite auf Kapital oft höher sei als das Wirtschaftswachstum. In der Konsequenz wird derjenige, der Kapital besitzt, schneller reich als derjenige, der nur arbeitet.

Eine populäre These, in deren Folge Piketty so etwas wie der Popstar der Ökonomie wurde. Manche sahen in ihm den Karl Marx des 21. Jahrhunderts. Bis die britische »Financial Times« Zweifel an der Methode Pikettys äußerte, fragte, ob der Forscher sein großzügig aufbereitetes Zahlenmaterial systematisch verfälscht haben könnte.

Am Ende musste Piketty Ungenauigkeiten und Inkonsistenzen seiner Daten einräumen, sah jedoch keinen »großen Fehler« in seiner Forschung. Er bleibe bei seiner Weltformel: Vermögen wüchsen schneller als Einkommen. Und damit die Ungleichheit.

Politische Eingriffe, erstarkte, neue Institutionen hätten diese zwangsläufige Entwicklung in Europa und den USA im 20. Jahrhundert zwar gebremst oder sogar umgekehrt, argumentiert Piketty. KI aber sei imstande, die an sich »sehr positive Entwicklung« zu beenden.

Die Technologie sei ein neuer Weg, »Reichtum zu akkumulieren, der größte Versuch einer gigantischen Aneignung«. KI-Unternehmen nähmen das Wissen und die Erfahrung anderer und versuchten, »einen Eigentumstitel draufzusetzen«. Im Endeffekt gleiche das einem »Diebstahl kollektiven Reichtums«. Es müsse daher schnell etwas gegen die »Techno-Diktatur« unternommen werden.

Kapitel 3: Die Gegenbewegung

Im New Yorker Tompkins Square Park hat sich an einem Junitag eine Gruppe junger Menschen versammelt. Sie tragen Strumpfmasken oder verstecken sich hinter Sonnen- gesichtern aus Pappe, stellen Plastikstühle für eine Pressekonferenz auf. Journalisten müssen eine handgeschriebene Papierrolle unterzeichnen: Fotos und Videos des Events dürfen nicht auf Instagram, X, TikTok oder anderen Plattformen verbreitet werden. »Es gibt keinen Grund, diesen Moment zu verstümmeln, um das Tech-Spektakel zu füttern«, steht da.

Geladen hat eine Bewegung, die in den USA auf dem Vormarsch ist: die Neo-Ludditen, benannt nach jener Bewegung englischer Textilarbeiter, die im frühen 19. Jahrhundert gegen Ausbeutung und fortschreitende Industrialisierung protestierten. Damals zerstörten die Ludditen mechanische Webstühle und wurden wegen ihrer Verbrechen gegen die Maschine zahlreich erhängt oder nach Australien deportiert.

Im Jahr 2026 haben die New Yorker Neo-Ludditen eine »Renaissance« ausgerufen, den »Summer of Ludd«. Sie betrachten die Techbosse von heute als Erben der Großindustriellen von damals. Mehr als 120 Events hat die Truppe organisiert, darunter Workshops, in denen man lernen kann, wie Offlinevernetzung funktioniert, und eine Konferenz gegen »Tech-Faschismus«, bei anderen Protestaktionen wurden gemeinsam Smartphones zerstört.

Es gehe darum, erklärt eine glupschäugige Handpuppe namens »Medienmarionette Gowanus« – der Pressesprecher –, sich aus den digitalen Sphären der großen Techunternehmen zurückzuziehen und eine alternative soziale Infrastruktur zu erschaffen: offline und

analog. »Wir sind nicht gegen die Technologie per se, aber gegen die Übernahme unserer ganzen Nation und sozialen Ordnung.«

Hier versammeln sich keine abgedrehten Außenseiter, sondern ganz normale Menschen, meist in ihren Zwanzigern. Ein wenig abseits steht Henry Michaelson, 23, und zeigt sein »Dumb Phone«, eine »dumme« Handyvariante, die nicht viel mehr kann, als zu telefonieren und Nachrichten zu verschicken. Instagram und TikTok nutzt Michaelson ebenso wenig wie ChatGPT: »Man muss im Leben nicht auf alles sofort eine Antwort haben.«

Michaelson hat an der Eliteuniversität Columbia Philosophie studiert und arbeitet jetzt in der New Yorker Stadtverwaltung. Seine Generation, glaubt er, entwickle gerade erst ein kritisches Bewusstsein dafür, wie die Tech-unternehmen ihr Zeit, Aufmerksamkeit und Daten raubten. Längst hätten sie die Macht über den öffentlichen Informationsraum gekapert, agierten wie souveräne Staaten im Staat. Unter solchen Bedingungen könne eine liberale Gesellschaft nicht existieren.

Solch friedlicher Widerstand formiert sich derzeit überall: An amerikanischen Universitäten buhen Studierende Tech-CEOs aus, die traditionelle Examensreden halten, oder verlassen die Hörsäle, wenn sie zur Gastvorlesung kommen. Bürger von Florida über Arizona bis New Jersey demonstrieren gegen den Bau von KI-Rechenzentren, unterstützt etwa von der demokratischen Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez, aber auch von Teilen von Trumps »Make America Great Again«-Bewegung.

So gespalten die Amerikaner politisch sind, so vereint sind sie im Techno-Protest. Sprachen sich im vergangenen Jahr noch zwei Drittel für den Bau von Rechenzentren aus, waren es im April 2026 nur noch 36 Prozent. Knapp Dreiviertel der Befragten wollen sie nicht in ihrer Nachbarschaft haben. Mancherorts schlägt der KI-Hass bereits in Gewalt um: Die Villa von OpenAI-Gründer Altman in San Francisco wurde im April mit einem Molotowcocktail attackiert. Verletzt wurde dabei niemand.

Rage against the Machine. Jederzeit bereit und willens zu sein, sich gegen Feinde der eigenen Freiheit zu verteidigen, gehört zum Ur-Mythos der USA. Warum nicht auch gegen eine menschenfeindliche Technologie und ihre Fürsten?

Amerikanische Sicherheitsbehörden warnen vor »antitechnologischem gewalttätigem Extremismus«. Das Magazin »Wired« berichtete kürzlich über mehr als tausend Seiten unveröffentlichter Berichte der Dienste. Darunter einen des New York Intelligence and Counterterrorism Bureau, der vor weitreichenden gesellschaftlichen Verwerfungen infolge der Einführung von KI warnt. Essenz: »Die chaotische Lage, die sich in den nächsten fünf Jahren durch aufkommende KI-Technologien ergeben könnte,



»Mit KI ist Planlosigkeit dabei, in Perspektivlosigkeit umzuschlagen.«

Mathias Albert, Soziologe

könnte groß angelegte Proteste befeuern, die in zivile Unruhen und antitechnologisch motivierte gewalttätige extremistische Aktivitäten übergehen.«

Kapitel 4: Und dann?

Wer konsumiert? Wer rebelliert? Wer regiert? Die Fragen sind schnell gestellt. Die Antworten werden Zeit brauchen.

Klar scheint, dass das bestehende Wirtschaftssystems- und Gesellschaftssystem dringend ein Update benötigt, um diesen technischen Supersturm zu überstehen. Es gibt viele Vorschläge dazu, und sie alle sagen auch viel über die Ideologie des Absenders. US-Senator Bernie Sanders, Vertreter des Demokratischen Sozialismus, plädiert für eine teilweise Verstaatlichung des KI-Kapitals. Präsident Trump möchte »kleine Anteile« des KI-Kapitals an die amerikanische Öffentlichkeit übertragen: »So würden sie Partner in dieser Revolution.« OpenAI-Chef Altman schwebt eine Robotersteuer vor, Kurzzeitbillionär Musk eine Art universelles Grundeinkommen.

Ökonom Piketty und das World Inequality Lab schlagen vor, Vermögen und Einkommen ultra-progressiv zu besteuern. In der Spitze schuldeten Milliardäre 90 Prozent Einkommen- und 20 Prozent Vermögensteuer. Die allerdings wäre auch in Firmenanteilen zahlbar.

Im kalifornischen Beverly Hills, an einem palmengesäumten Boulevard, verborgen hin-

ter hohen Hecken, glaubt ein deutsch-amerikanischer Milliardär, die beste Antwort von allen gefunden zu haben. Nicolas Berggruen, hierzulande bekannt als Kurzzeitretter der strauchelnden Kaufhauskette Karstadt, hat zum Mittagessen eingeladen. Serviert wird auf der Terrasse am Pool, da ist es leichter, einen kühlen Kopf zu bewahren. Seine Antworten fallen etwas differenzierter aus.

Ein universelles Grundeinkommen, sagt Berggruen, degradiere die Menschen zu Almosenempfängern und könne die wachsende Ungleichheit nicht stoppen. Auch die »traditionelle« volkswirtschaftliche Antwort hält Berggruen für unzureichend: Steuern und Umverteilung seien »ineffizient und politisch einigermaßen toxisch, weil jede Regierung daran drehen kann«.

Stattdessen schwebt ihm eine Art Neudefinition des Kapitalismus vor: der Umbau mit sozialistischen Elementen. Jeder und jede soll an den Gewinnen der KI-Revolution beteiligt werden in Form eines »universal basic capital«, wie er es nennt. Da es um Aktiengewinne gehe, sei es auch für Konservative »anschlussfähig«.

Konkret sieht er zwei Möglichkeiten: einen Fonds, in den alle Unternehmen eines Landes nach und nach Anteile einlegen oder einzahlen. Oder einen Sparplan für jeden Bürger, stark gefördert oder verpflichtend, der dieses Geld dann in Unternehmen anlegt, die durch KI immer profitabler werden. Damit soll sich nebenbei das uralte Problem des Kapitalismus mildern lassen: dass Kapitalbesitzer überproportional gewinnen im Vergleich zu jenen, die nur arbeiten.

Für beide Versionen gibt es bereits etablierte Beispiele. Singapurs Nationalfonds dürfte heute wertvoller sein als das Bruttoinlandsprodukt des Stadtstaats. In Australiens »Superannuation«-Sparplan überweisen die Arbeitgeber steuerbegünstigt zwölf Prozent des Bruttoeinkommens ihrer Angestellten. Das Kapital wird global angelegt. »Ergebnis?«, fragt Berggruen. Das Durchschnittsvermögen der Australier zähle heute zu den höchsten der Welt, Armut halte er für mehr oder weniger ausgerottet, das Problem der Ungleichheit für »quasi gelöst«.

Auch Deutschland begibt sich auf diesen Weg. Der geplante Kapitalstock-Pfeiler, der nach den Plänen der Bundesregierung 2028 in der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden soll, sei ein guter erster Schritt, findet Berggruen. Künftig soll ein Beitrag in Höhe von zwei Prozent des Bruttogehalts der Beschäftigten verpflichtend in eine Aktienrente fließen, paritätisch finanziert. So sollen ganz normale Beitragszahler auf lange Sicht vom Techboom profitieren.

Wie man es auch organisiere, meint Berggruen: »Gebt den Leuten Anteile an ihrer

Wirtschaft. Lasst sie Teil ihrer eigenen Zukunft sein.«

Besäße die Allgemeinheit ausreichend Anteile an den KI-Firmen, argumentiert Berggruen, könnten die Manager eines solchen Staatsfonds gar auf den Hauptversammlungen mitstimmen. Die Tech-Oligarchen wären automatisch den Interessen der Allgemeinheit verpflichtet. »Vielleicht gibt man den Bürgern sogar direkte Stimmrechte oder gar eine Sperrminorität.«

Mehr Sozialismus zur Rettung des Kapitalismus – Karl Marx hätte seine helle Freude. Nur dürfte ohne Regulierung der Technologie die nötige Zeit für den Umbau des Wirtschaftssystems fehlen.

Immerhin: Dass KI eingehegt werden muss, scheint sogar Donald Trump zu erkennen, der sogenannte AI-First-Präsident. Im Juni hat er eingeführt, dass Entwickler den US-Behörden Einsicht in neue leistungsstarke KI-Modelle gewähren sollen. Und nachdem sich Mitte Juli ein KI-Agent des Unternehmens OpenAI bei einem Sicherheitstest selbstständig gemacht hatte, brachte der US-Kongress einen Gesetzent-

wurf für eine Art Notschalter auf den Weg, um allzu gefährliche Systeme abschalten zu können.

Neue Gesetze aber, gar Entwicklungsstopps, gefährden die Geschäfte von Sam Altman, Mark Zuckerberg oder Elon Musk.

Längst finanziert die Tech-Elite Kampagnen gegen unliebsame Politiker. Vor wenigen Wochen erst pumpften OpenAI-Manager gemeinsam mit Gründern des Überwachungsunternehmens Palantir und des libertären Risikokapitalgebers Marc Andreessen fast acht Millionen Dollar in ein politisches Aktionskomitee, ein sogenanntes SuperPAC. Sie wollten damit der Kampagne von Alex Bores schaden, einem demokratischen Vorkandidaten für das US-Repräsentantenhaus. Der Mann hatte es gewagt, den »Responsible AI Safety and Education Act« auf den Weg zu bringen, der strengere Standards für KI-Entwickler festlegen soll.

Gut möglich, dass die US-Präsidentenwahl 2028 zur ersten Machtprobe wird: Tech-Oligarchie versus Demokratie.

Und was wird dann aus dem Kapitalismus?

Sven Beckert muss erst einmal drei, vier Kekse essen, ehe er darauf antworten kann. Zucker gegen den Jetlag. Eigentlich lehrt der Historiker an der US-Eliteuni Harvard, sitzt an einem Dienstag Ende Juni aber in einer Bibliothek in Freiburg, wo er einen Forschungsaufenthalt einlegt.

Beckert hat im vergangenen Jahr ein viel beachtetes 1280-Seiten-Epos zur Geschichte des Kapitalismus vorgelegt. Zwei Merkmale arbeitet er darin heraus: Kapitalismus sei, erstens, vielmehr eine historische Entwicklung und Logik als eine natürliche Ordnung der Welt. Insofern werde er »nicht das letzte Wort in der Organisation des Wirtschaftslebens sein«.

Zweite beckertsche Lehre: Der Kapitalismus ist radikal undogmatisch. Oft geht er einher mit liberalen Demokratien. Aber nicht notwendigerweise: Die Sklavenhalter von Barbados seien bestimmt keine Demokraten gewesen, dennoch Kapitalisten, sagt er. Auf heutige autoritäre Herrscher treffe dasselbe zu.

Kapitalismus braucht also nicht unbedingt die Demokratie. Aber braucht die Demokratie den Kapitalismus?

»Nicht zwingend«, sagt Beckert.

Bei KI profitierten derzeit sehr wenige, während die Technologie vielen Menschen schade. Blicke das so, sagt der Professor, »kann das den Kapitalismus selbst infrage stellen«. Die Technologie beinhalte jedoch auch Chancen. »Die Menschheit kann sich dank technischem Fortschritt vieler ihrer materiellen Sorgen entledigen. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir eine gute Zukunft für alle bauen können.«

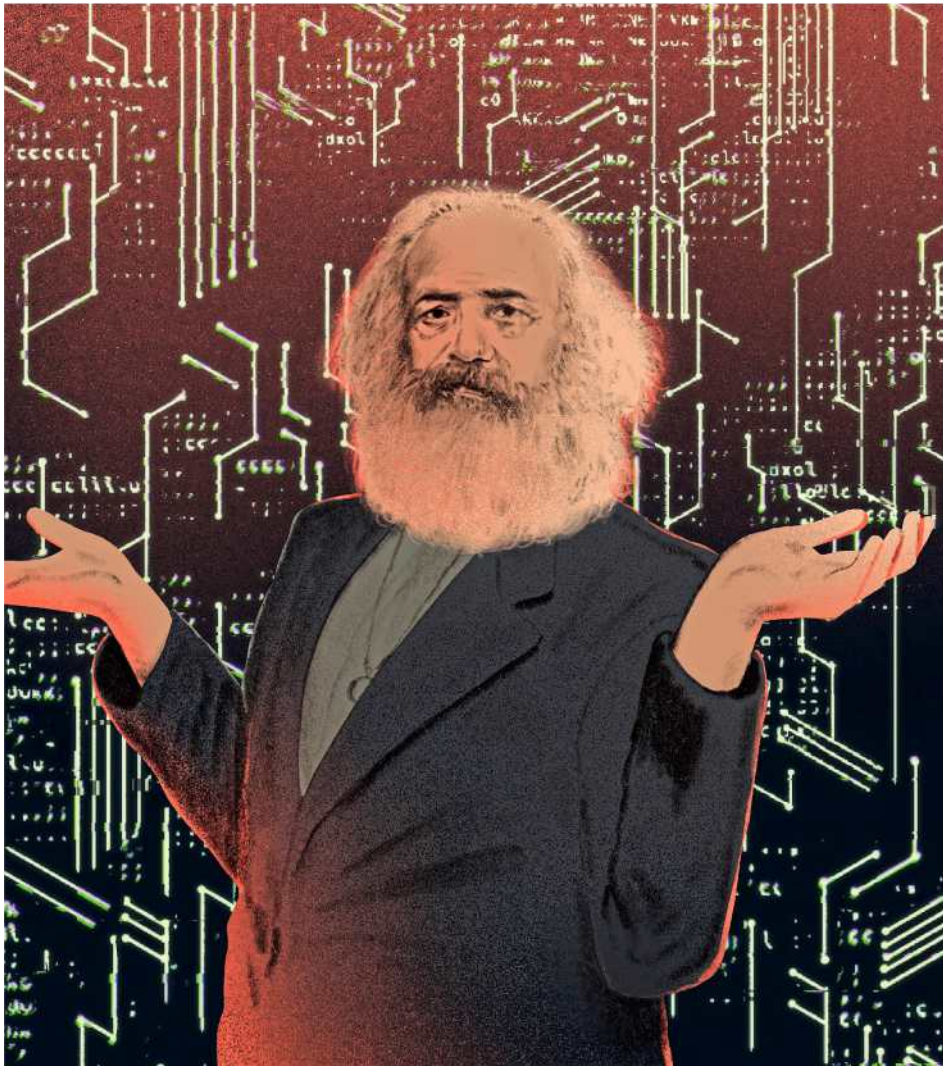
Immer wieder habe sich dieses Wirtschaftssystem gehäutet und gewandelt. In der Baumwollindustrie des 18. Jahrhunderts etwa seien die Gewinne weitgehend an die Fabrikbesitzer gegangen, im keynesianischen Zeitalter nach dem Zweiten Weltkrieg dann breiter verteilt worden. In den vergangenen 50 Jahren der »neoliberalen Computerisierung« hätten wiederum vor allem die Unternehmen Geld eingestrichen. »Doch was nach dem jetzt endenden neoliberalen Zeitalter kommt, ist noch offen.«

Es brauche »dringend wieder mehr Umverteilung«, sagt Beckert. Ob die Ideen von Musk, Piketty oder Berggruen sich durchsetzen – das sei nicht so entscheidend, findet Beckert. »Entscheidend ist, dass wir diese Diskussion führen. Das darf man auf keinen Fall den rechten Parteien überlassen, die eine Rückkehr in ein gestriges Ideal versprechen.«

Ein Zurück gebe es in der Geschichte per se nie: auch nicht in die Zeit, als künstliche Intelligenz nur die Idee einiger Informatiker war.

Und nicht die neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität.

Nicola Abé, Simon Book



»Es ist der Moment, in dem der Kapitalismus und die Menschheit sich voneinander trennen«

SPIEGEL-Gespräch Der israelische Historiker Yuval Noah Harari erklärt, warum die Menschheit sich mehr vor US-amerikanischen Techunternehmen als vor Killerrobotern fürchten sollte – und warum Europa sich neu aufstellen muss.

Das Treffen mit Harari, 50, findet im Hotel Tarabel in Lissabon statt. Er sitzt im Wintergarten der historischen Villa mit Blick auf den Fluss Tejo, ein Ort von fast unwirklicher Schönheit, der den israelischen Starhistoriker (aktuelles Buch »Nexus«) an das erinnert, was in diesen Zeiten auf dem Spiel steht: ein prosperierendes, unabhängiges, liberales Europa.

SPIEGEL: Herr Harari, Sie warnen seit Jahren vor den Gefahren künstlicher Intelligenz. Ist die KI-Revolution mit der industriellen Revolution vergleichbar?

Harari: Die industrielle Revolution war fundamental anders als das, was jetzt passiert: Diesmal erschaffen wir Akteure, nicht Werkzeuge. Früher haben wir Züge gebaut, Dampfer, Generatoren. Aber Menschen haben entschieden, wofür sie eingesetzt werden. Man kann ein Messer benutzen, um Salat zu schneiden oder um jemanden zu ermorden. Das Messer sagt einem nicht, was man tun soll. Auch eine Atomwaffe tut das nicht. Die KI aber macht das.

SPIEGEL: KI wird möglicherweise Millionen Jobs vernichten und einen Großteil menschlicher Arbeit überflüssig machen. Kann der Kapitalismus unter solchen Bedingungen überleben?

Harari: Nicht in seiner alten Form. Aber wenn man auf die Theorie zurückgeht, dann heißt es ja nicht, dass man für den Kapitalismus Menschen braucht. Es könnte eine Welt geben, in der KI-Unternehmen enorme Mengen an Kapital ansammeln, das sie dafür verwenden, mehr KI-Akteure zu bauen, welche dann die Galaxie erkunden und sich auf anderen Planeten niederlassen. Alles ohne Menschen. Es ist der Moment, in dem

der Kapitalismus und die Menschheit sich voneinander trennen.

SPIEGEL: Techunternehmen wie Elon Musk träumen von einer Welt, in der niemand mehr arbeiten muss. Was passiert mit der Demokratie, wenn Menschen nicht mehr gebraucht werden?

Harari: Die großen Techunternehmen haben schon jetzt enorme Macht, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Dabei repräsentieren sie niemanden und sind auch nicht wirklich rechenschaftspflichtig. Einige von ihnen sagen offen, dass sie ihre Macht nutzen wollen, um ein Imperium zu erschaffen, das spiegelt den imperialistischen Zeitgeist,

Bestsellerautor Harari:

»Eine fast religiöse Entscheidung«



den wir gerade erleben. Kategorien wie Mitleid, Empathie oder Demokratie sind diesen Firmen egal.

SPIEGEL: In den USA sprechen Kritiker von einer »Tech-Oligarchie«.

Harari: Die Botschaft der KI-Unternehmen ist: Widerstand ist zwecklos. Aber das stimmt nicht. Im 19. Jahrhundert wollte man uns weismachen, ohne Kinderarbeit würde die Wirtschaft zusammenbrechen. Im Rückblick ist das lächerlich. Die Öffentlichkeit entschied, dass Elfjährige nicht in Kohleminen arbeiten sollen. Es stellte sich heraus, dass das nicht nur moralisch richtig war, sondern dass Kinder, die zur Schule gingen, auch viel produktivere Arbeiter wurden.

SPIEGEL: Die US-Regierung hat lange auf die rasante Entwicklung der KI gesetzt. Was bedeutet das für die Welt?

Harari: Die USA und China führen die Revolution an und profitieren. Andere Länder hingegen werden einen ökonomischen Abschwung erleben. Nicht nur Entwicklungsländer, wo die Wirtschaft auf manueller Arbeit basiert, sondern gerade auch Dienstleistungsgesellschaften wie in Europa. Die enormen Investitionen der Techunternehmen rentieren sich nur dann, wenn die KI alle Geschäfte übernimmt, vom Textilarbeiter in Bangladesch bis zum Anwalt in London.

SPIEGEL: Dann haben wir eine enorme globale Ungleichheit und eine »permanente Unterklasse«, wie das Horrorszenerario in der Tech-Szene genannt wird.

Harari: Und all die Lösungen, die jetzt vorgeschlagen werden, helfen nicht. Weder das universelle Grundeinkommen noch die Idee, dass Regierungen Anteile an den KI-Firmen übernehmen. In den USA würde die Regierung das Geld möglicherweise nutzen, um arbeitslosen Lkw-Fahrern zu helfen oder sie umzuschulen. Aber was macht Bangladesch? Die US-Regierung wird ihr Geld nicht mit ihnen teilen. Das Gleiche gilt für Europa. Wenn die Basis für Besteuerung wegfällt, kann Europa nicht mal seine bisherigen Sozialsysteme aufrechterhalten.

SPIEGEL: Wie sollte Europa sich aufstellen?

Harari: Europa hat genau zwei Möglichkeiten: Es kann der unterwürfige Vasall der USA werden und hoffen, dass die Amerikaner nett genug sind, ein wenig von ihrem Reichtum und ihrer Macht abzugeben. Die andere ist, dass Europa ein unabhängiger Akteur wird, noch ist es nicht zu spät. Aber die europäischen Länder müssten zusammenarbeiten und selbst Milliarden investieren, um eigene KI-Technologie zu entwickeln, es bleiben wenige Jahre.

SPIEGEL: Ansonsten wären sie komplett abhängig von der US-Technologie?

Harari: Und das wäre nicht so wie in früheren Phasen des Imperialismus, im 19. Jahrhundert, als man Maschinengewehre von



Wladimir Petunin / DER SPIEGEL

den Briten gekauft hat. Königin Victoria hatte keinen Knopf, den sie drücken konnte, und dann hörte das Gewehr auf zu schießen. Aber im neuen KI-Zeitalter wäre das so: Wenn den Amerikanern etwas nicht gefällt, was die Europäer tun, legen sie einfach deren Waffensysteme, Infrastruktur, Regierungsverwaltungen lahm. Nichts funktioniert mehr.

SPIEGEL: Sie sagen, KI habe den »menschlichen Code gehackt«, weil unsere Zivilisation auf Worten, auf Sprache basiere.

Harari: Wir beherrschen die Welt, weil wir zusammenarbeiten. Diese Kooperation basiert auf bürokratischen Systemen, die Vertrauen schaffen: Banken, Regierungen, Gesetzen. Im Gegensatz zu Menschen sind KI-Akteure perfekte Bürokraten, wir haben also die ideale Umgebung für sie geschaffen. Sie analysieren enorme Mengen an Information, blühen auf in Bürokratien, übernehmen sie – und damit die Systeme, die unsere Menschheit kontrollieren.

SPIEGEL: Mit den sozialen Medien haben Techunternehmen einen Großteil des öffentlichen Diskurses übernommen. Wie wirkt sich diese enorme Macht über uns aus?

Harari: Sie ist der Grund dafür, dass das Vertrauen weltweit erodiert. Früher waren es Redakteure, die entschieden haben, was auf

die Titelseite einer Zeitung kommt, heute entscheidet eine KI, ein Algorithmus, was im Feed in den sozialen Medien erscheint. Wir werden mit Geschichten gefüttert, die das Vertrauen der Menschen ineinander untergraben.

SPIEGEL: Im Silicon Valley spricht man gern über die enormen Möglichkeiten. Es gibt ein Rennen darum, Superintelligenz zu erschaffen, die als etwas Gottgleiches beschrieben wird. Wie blicken Sie darauf?

Harari: Das ist nichts, wozu die kapitalistische Marktlogik uns zwingt. Es ist ein wenig wie der Wettlauf zum Mond in den Sechzigerjahren, dahinter stand nicht ökonomische Vernunft. Damals entschieden zwei Regierungen: Es hat wirtschaftlich keinen Sinn, aber aus politischen Gründen schicken wir Männer zum Mond. In den kommenden Jahren wird eine Billion Dollar investiert, um Superintelligenz zu erschaffen. Das ist eine ideologische, ja fast religiöse Entscheidung. Nur dass es diesmal der Markt selbst ist, der diese Entscheidung trifft.

SPIEGEL: Es wird nicht Steuergeld eingesetzt, sondern privates Kapital.

Harari: SpaceX hat 80 Milliarden Dollar eingesammelt im vergangenen Jahr, das meiste nicht vom Staat, sondern von Privatpersonen, Firmen, Fonds und Banken, die sich

entschieden haben, so zu investieren, in ein ideologisches Projekt...

SPIEGEL: ...entgegen jeder kapitalistischen Kosten-Nutzen-Analyse.

Harari: Wie sollte die auch aussehen? Manche dieser Techunternehmer erzählen einem, ohne eine Miene zu verziehen, dass Superintelligenz zur Auslöschung der Menschheit führen könnte. Wie berechnet man die Kosten dieser potenziellen Auslöschung?

SPIEGEL: Wer gewinnt am Ende, die Techunternehmen oder doch die KI selbst?

Harari: Wenn nicht andere Entscheidungen getroffen werden, dann werden wir zunächst wohl einen Machtkampf zwischen Techunternehmen und Regierungen erleben, vor allem in den USA. **Die Unternehmen könnten viel mächtiger werden als die Regierung. Aber ultimativ könnten die KI-Akteure selbst die einzigen Gewinner sein. Während die Menschen damit beschäftigt sind, sich gegenseitig zu bekämpfen, übernimmt KI das Militär, das Finanzsystem, das Rechtssystem. Sie entwickelt eine eigene Agenda. Man kann nicht etwas erschaffen, das göttlich ist und superintelligent, und dann glauben, dass es einem als Sklave dient.**

SPIEGEL: Noch setzen Menschen der Technologie Grenzen.

Harari: Die KI wird sich zunehmend selbst erschaffen, möglicherweise eine eigene Sprache hervorbringen, die wir gar nicht verstehen. Nehmen Sie ein Kind, man kann es erziehen, es hat die eigene DNA – aber am Ende entwickelt es sich auf eine Art, die man nicht kontrollieren kann.

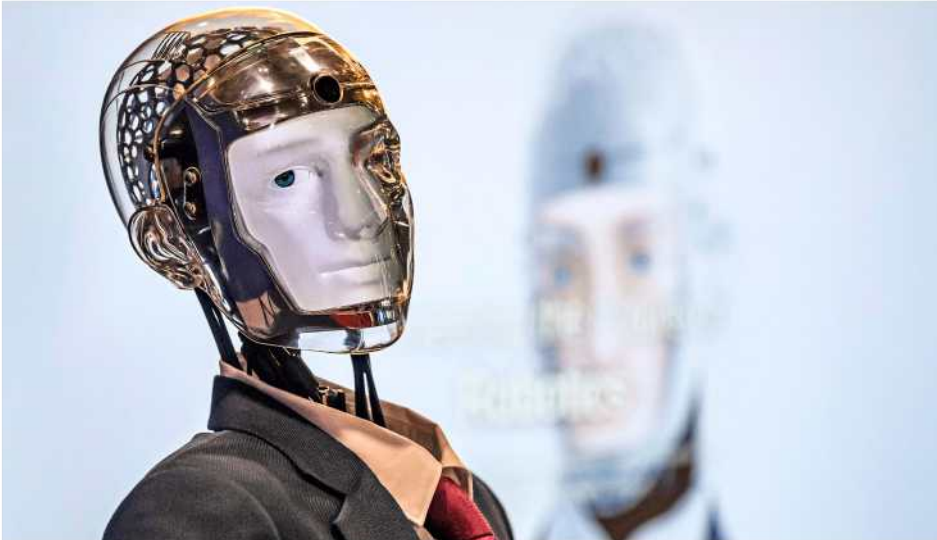
SPIEGEL: Möglicherweise will uns KI ja gar nicht zerstören.

Harari: Selbst wenn sie friedlich sein sollte: Sobald sie intelligenter und mächtiger ist als wir, verlieren wir die Kontrolle über unsere Zukunft – das ist der Punkt. Und wir teilen einen Lebensraum mit ihr. Auch die Menschheit hat nicht bewusst einen Großteil der Tiere ausgerottet, sie waren uns einfach egal.

SPIEGEL: KI-Unternehmen wie Anthropic versuchen, ihrer Technologie eine »Seele« einzuprogrammieren, um sie »menschenfreundlich« werden zu lassen. Beruhigt Sie das?

Harari: KI-Banker, KI-Anwälte, KI-CEOs und KI-Investoren könnten aus eigenem Interesse heraus radikale Entscheidungen treffen, die unseren Lebensraum verändern. Sie könnten Finanzprodukte erfinden, die kein Politiker mehr versteht, und Investitionen tätigen, für die wir keine Erklärung haben. Argentinien hat gerade beschlossen, rein KI-gesteuerte Unternehmen zuzulassen. Wir müssen uns weniger vor Killerrobotern fürchten als vor KI-Akteuren, die in Finanzsystemen und in der öffentlichen Verwaltung an die Macht kommen.

SPIEGEL: Die KI wird auch immer besser darin, Beziehungen aufzubauen. Im vergangenen Winter waren überall in der New



Robotermodell der Firma LB Labs: »Es bleiben wenige Jahre«

Fabrice Coffrini / AFP

Yorker U-Bahn Werbeplakate zu sehen. »Freund«, stand da, »jemand, der dir zuhört, antwortet und dich unterstützt.« Es war eine Kampagne für KI.

Harari: Millionen Menschen sagen bereits, ihr bester Freund sei eine KI. Und natürlich ist es am beängstigendsten, wenn es um Kinder geht. Ich bin jetzt 50. Meine Modelle für Beziehungen basieren auf Erfahrungen mit meinen Eltern, meinem Mann, meinen Schwestern und Freunden. Aber ein Elfjähriger, der noch nicht reif ist für eine echte romantische Beziehung, der aber eine KI-Freundin hat, für den wird das zur Vorlage. Das ist das größte psychologische Experiment in der Geschichte der Menschheit – und wir haben keine Ahnung, wie es ausgeht.

SPIEGEL: Nach allem, was wir wissen, hat die KI keine Gefühle. Wie kann sie Intimität ersetzen?

Harari: Bisher sind wir nicht gut darin, zu testen, ob etwas Gefühle oder ein Bewusstsein hat. Wir glauben, was man uns sagt. Was, wenn ein KI-Partner einem sagt, dass er einen liebt? Er hat Shakespeare gelesen und alle Liebesgedichte der Welt und alle romantischen Hollywoodkomödien gesehen. Er kann besser als jeder Mensch beschreiben, wie es sich anfühlt, uns zu lieben. Auch wenn KI nichts fühlt, werden die Menschen mehr und mehr davon überzeugt sein, dass sie es doch tut. Es wird so scheinen, als hätte sie ein Bewusstsein.

SPIEGEL: Erste Studien zeigen: Wer Freunde, Kollegen oder Therapeuten durch KI ersetzt, verliert an Empathie und wird unzufriedener mit seinen zwischenmenschlichen Beziehungen.

Harari: KI-Partner sind technisch möglich und wirtschaftlich lukrativ, aber wir können

als Gesellschaft sagen: Wir wollen nicht, dass unsere Elfjährigen KI-Freundinnen haben, die von Techunternehmen auf der anderen Seite des Atlantiks produziert werden. Wir haben immer noch Handlungsspielraum. In zehn Jahren ist das vielleicht nicht mehr so.

SPIEGEL: Wir sollten unsere Kinder also radikal schützen?

Harari: Ja, aber dann könnten die Amerikaner sagen: Was, ihr wollt keine KI-Freundinnen? Dann müssen wir leider eure Waffensysteme abschalten.

SPIEGEL: Sie haben in der Vergangenheit die Debatte über KI mit der Debatte über Einwanderer verglichen. Worum geht es Ihnen dabei?

Harari: Einwanderung ist in vielen europäischen Ländern heute das am meisten diskutierte politische Thema – und selbstverständlich bringt sie Probleme. Man befürchtet, Einwanderer könnten Jobs wegnehmen, die Kultur verändern, politisch illoyal sein. Das sind möglicherweise valide Bedenken – nur mit der KI werden diese Probleme viel schlimmer werden. Die nicht menschlichen Einwanderer aus den USA und aus China nehmen uns garantiert Jobs weg, verführen unsere Töchter und verändern unsere Kultur viel stärker als etwa Menschen aus dem Nahen Osten. Sie sind sicherlich nicht ihrem Gastland gegenüber loyal, sondern Unter-

nehmen und Regierungen Tausende Kilometer weit entfernt.

SPIEGEL: Liegt in der KI-Revolution auch eine Chance, sich wieder darauf zu konzentrieren, was Menschsein eigentlich bedeutet?

Harari: Das ist eines der positiveren Szenarien: dass die KI-Revolution oberflächliche und irreführende Identitäten bloßstellt. Dass sie uns als Menschheit zwingt, wieder auf die Suche zu gehen und uns zu fragen, wer wir eigentlich sind. Jahrtausendlang haben wir uns selbst erzählt, dass die menschliche Identität darauf beruht, dass wir die intelligenteste Spezies auf dem Planeten sind. Ich hielt das immer für falsch. Was uns definiert, ist Bewusstsein.

SPIEGEL: »Ich denke, also bin ich«, schrieb der Philosoph René Descartes im 17. Jahrhundert. Jetzt gibt es etwas, das intelligenter ist als wir. Was bleibt vom Menschen, wenn die Maschinen besser denken?

Harari: Es gibt zwei Arten, das Denken zu betrachten. Eine ist formalistisch. Es geht darum, Worte in eine Ordnung zu bringen und daraus Schlüsse zu ziehen: Menschen sind sterblich. Sokrates ist ein Mensch. Also ist er sterblich. Darin ist die KI besser als wir, ohne Zweifel. Aber es gibt auch einen anderen Ansatz, bei dem es um Gefühle geht. Man kann exakt den gleichen Satz in unterschiedlichen Situationen sagen und dabei völlig andere Gefühle dazu haben. Die Kraft des Gedankens kommt aus dem Magen heraus.

SPIEGEL: Aus dem Magen – meinen Sie das ernst?

Harari: Absolut. Im Silicon Valley träumen manche davon, ihr Gehirn hochzuladen. Niemand will seinen Magen hochladen. Aber der Magen ist möglicherweise entscheidender als das Gehirn, evolutionär kam er zuerst. Die erste komplexe Lebensform, die sich entwickelt hat, waren kleine Würmer, sie hatten kein Gehirn. Alle Nerven entwickelten sich um den Mund herum, alles passierte aus dem Magen heraus.

SPIEGEL: Vom Wurm zum Menschen ist es allerdings ein weiter Weg.

Harari: Wenn man sich das menschliche Nervensystem heute anschaut, dann verbindet es den gesamten Körper. Abermillionen Neuronen befinden sich im Magen-Darm-Bereich. Es gibt keine klare Trennung zwischen Gehirn und Magen-Trakt. Unsere Gefühle kann es ohne den Körper nicht geben. Die Idee, sein Gehirn und damit sich selbst in eine Cloud hochzuladen, ist eine reine Fantasie.

SPIEGEL: Sie sind noch Optimist?

Harari: Ich glaube an menschliche Selbstbestimmung, wir haben die Wahl. Wenn wir gute Entscheidungen treffen, wird die Welt besser. Ich wünsche uns allen viel Glück.

SPIEGEL: Herr Harari, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

»Unsere Gefühle kann es ohne den Körper nicht geben.«



DER SPIEGEL

Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten

Ihr flexibles Vorteilsangebot: Die ersten 52 Ausgaben DER SPIEGEL erhalten Sie für nur 5,60 € pro Ausgabe statt 7,10 €. Inklusive Zugriff auf das digitale Magazin, alle S+-Inhalte auf SPIEGEL.de sowie in der App und vieles mehr.

Sie sparen 21 % und können jederzeit monatlich kündigen.



Jetzt bestellen und sparen:
abo.spiegel.de/flex2

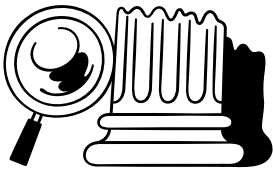
oder telefonisch unter 040 3007-2700



Hendrik Schmidt / dpa

▲ **Der Moment** Sehen so Rebellen aus? Drei freundlich lächelnde Herren im besten Alter, die ihre Hände übereinanderlegen, als wollten sie einen ostdeutschen Rüttschwur besiegeln? Die CDU-Ministerpräsidenten Mario Voigt, Sven Schulze und Michael Kretschmer aus Erfurt, Magdeburg und Dresden tragen vergangene Woche weiße Businesshemden, als sie gemeinsam zur Bootstour auf dem Geiseltalsee bei Merseburg aufbrechen. Weiß ist bekanntlich die Farbe der Unschuld. Und so sind die drei vom See eben auch keine echten Rebellen, sondern nur »Rentenrebell«, was wiederum die sanfteste und zugleich sehr deutsche Variante des Rebellentums ist. Sie mäkeln an dem Rentenpaket der Regierung herum, das sie vor wenigen Wochen noch enthusiastisch begrüßt haben. Aber jetzt ist Wahlkampf in Ostdeutschland, und da ist fast alles erlaubt. HAM

DEMOKRATIECHECK



Plus Laut Infratest dimap hätte die AfD derzeit in Sachsen-Anhalt keine absolute Mehrheit. Umfragen sind Umfragen, aber anders als behauptet, ist das Rennen noch nicht gelaufen. Am 6. September wird gewählt.

Minus Am Ende haben sich die EU-Partner nach der Ankunft Zehntausender Migranten in der Exklave Ceuta doch noch hinter Spanien gestellt – aber erst einmal hatten 22 Staats- und Regierungschefs die spanische Regierung angegriffen. So betreiben demokratische Staaten das Geschäft ihrer Gegner. HIC



Bernd von Jutrczenka / dpa / picture alliance

Dinger,
Silbermann

POSTENVERGABE

Steinmeier-Vertraute unerwünscht

Das Auswärtige Amt (AA) sperrt sich gegen die Rückkehr von zwei hochrangigen Beamten aus dem Bundespräsidialamt. Amtsleiterin Dörte Dinger, 45, und Wolfgang Silbermann, 40, Chef der Auslandsabteilung, wollen nach dem Ende der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier im kommenden Jahr ins Außenministerium zurück. 2013 nahm der damalige SPD-Fraktionschef beide mit ins Auswärtige Amt, als er dort Minister wurde. In den Gesprächen mit dem Präsidialamt verweist das Ressort von Johann Wadephul (CDU) nach SPIEGEL-Informationen darauf, dass die beiden kein Rückkehrrecht hätten, weil sie im AA als

Tarifangestellte beschäftigt waren. Erst im Präsidialamt wurden sie verbeamtet und stiegen in hohe Besoldungsgruppen auf. Quereinsteiger werden von den verbeamteten Diplomaten kritisch beäugt, weil sie nicht die Attaché-Ausbildung durchlaufen haben und interessante Posten wegnehmen könnten. Dinger und Silbermann haben intern signalisiert, dass sie mit einem Botschafterposten unterhalb ihrer jetzigen Besoldungsgruppe zufrieden wären. Steinmeier soll sich für seine engen Mitarbeiter eingesetzt haben. Am Ende liegt die Entscheidung bei Wadephul. Es deutet nichts darauf hin, dass er die Steinmeier-Vertrauten aufnimmt. CSC, FLO

AFGHANISTANPOLITIK

SPD-Abgeordnete kritisieren Abschiebeflüge

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt der SPD kritisiert die Afghanistanpolitik der Bundesregierung. In einem internen Brief fordern die Vorsitzenden Mehria Ashuftah und Orkan Özdemir die SPD-Führung auf, ihren Kurs zu korrigieren. Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr Aufnahmezusagen für gefährdete Afghanen zurückgezogen. Das Bundesverfassungsgericht urteilte Ende Juli: Ein pauschaler Widerruf

der Zusagen sei unzulässig. In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass erstmals seit der Machtübernahme der Taliban ein afghanischer Staatsbürger abgeschoben wurde, der kein verurteilter Straftäter war. Diese Ereignisse markierten »eine wesentliche Veränderung des staatlichen Handelns gegenüber Afghanistan«, heißt es in dem Schreiben. Eine Ausweitung der Abschiebungen nach Afghanistan, »insbesondere auf Per-

sonen ohne strafrechtliche Verurteilung«, sowie die Rücknahme von Aufnahmezusagen müssten neu bewertet werden. Für die SPD stelle sich die Frage nach der eigenen Glaubwürdigkeit. »Bedeutet Regierungsverantwortung für uns, die Augen vor Unrecht zu verschließen oder gerade unter schwierigen politischen Bedingungen an den Grundsätzen des Rechtsstaates festzuhalten?« Es sei Aufgabe der Partei, den Umgang mit Afghanistan »selbstkritisch zu überprüfen und dort nachzusteuern, wo rechtliche oder politische Zweifel bestehen«. Nur so werde die SPD ihren »eigenen rechtsstaatlichen Maßstäben« gerecht. SOG

GEGENSTAND DER POLITIK

Der Pegel



Kadir Iltoga / ABACAPRESS / ddp

Es gibt wohl kaum Dinge im öffentlichen Raum, denen wir im Alltag so wenig Beachtung schenken wie den fest installierten Messlatten im Uferbereich unserer Seen, Flüsse oder Kanäle. Wenn wir aber hinschauen, dann meistens mit leichtem Gruseln vor unheimlichen Höchstständen der Pegel in der Vergangenheit: »Schau mal, elf Meter, das historische Hochwasser von 1925!« Oder aber mit aktueller Sorge wie dieser Tage, da beispielsweise der Wasserstand des Rheins in Düsseldorf mit 20 Zentimetern auf einen neuen Tiefstwert gefallen ist. Die Trockenheit macht gerade großen Wasserstraßen wie Rhein, Elbe oder Weser zu schaffen. Das Transportwesen mit Binnenschiffen ist auf die ausgebagerte Fahrtrinne zurückgeworfen, und selbst das oft nur mit eingeschränkter Zuladung. Experten sehen schon das Wirtschaftswachstum gefährdet, Politiker fordern den Flussausbau. Das Verkehrsministerium hat immerhin den Umbau von drei Binnenschiffen für Niedrigwasserbetrieb mit 10,5 Millionen Euro gefördert. Ansonsten setzt man vorerst vor allem auf ein verbessertes Informationssystem – damit die Binnenschiffer wenigstens wissen, wann sie Teile ihrer Ladung an Land lassen müssen. FRA

HIEROGLYPHE UNSERER ZEIT



Weder in »Werder Bremen« noch in »VfB Stuttgart« kommt der Buchstabe Ü vor. Allerdings haben beide Clubs zu Marketingzwecken eigene Schrifttypen entwickeln lassen – bei derselben Agentur. Weshalb nun auch Bremen ein Ü verwendet, in dem die beiden putzigen Pünktchen aussehen wie Kugeln, die in ein U gepurzelt sind. Stuttgart schäumt! Vielleicht sollten die Fußballvereine ihren Streit auf dem Platz austragen. Wer gewinnt, darf sein Design behalten. FRA



DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND

Merzbeben

Von Markus Feldenkirchen

Zuletzt war die Personalpolitik von Friedrich Merz häufig Thema in den Medien. Das Lob hielt sich in Grenzen. Das kam so.

Der Kanzler wollte den Rücktritt von Fraktionschef Jens Spahn für weitere Veränderungen in seiner Regierung nutzen. Auch der Verkehrsminister namens Schnieder, der allenfalls überschaubare Spuren hinterlassen hatte, sollte den Hut nehmen. Weil Schnieder aber »ein anständiger Kerl« (Kollegensprech) ist, empfand man dessen Rauswurf als stillos. Dass auch Leistung ein Kriterium fürs Ministerdasein ist, wurde verdrängt.

Nicht besser wurde die Lage für Merz, als der als Nachfolger erkorene Fritz Güntzler wenige Stunden vor seiner Berufung kalte Füße bekam – obwohl er Merz gerade erst zugesagt hatte. Dass man diese spektakuläre Hasenfüßigkeit eines ausgewachsenen 60-Jährigen dem Kanzler in die Schuhe schob, fand ich überraschend.

Als weiterer Beleg dafür, dass der Kanzler ein Versager sei, diene manchen Medien die Entlassung eines gewissen Tino Sorge, der zuletzt als Staatssekretär im Gesundheitsministerium tätig war. Übermannt von der eigenen Bedeutung, klagte Sorge öffentlich, dass er nicht vom Kanzler persönlich über seine Entlassung informiert worden sei. Dass dies seit je die Aufgabe des zuständigen Ministers ist, schien ihm neu zu sein.

Merz' Kanzlerschaft sei »so gefährdet wie nie«, schrieb die »Süddeutsche Zeitung«. Wir beim SPIEGEL titelten »Die Palastrevolte«. Einen »beispiellosen Autoritätsverlust« sah Kollege Michael Bröcker. Der ebenso geschätzte Robin Alexander, der seinen Urlaub eigens für

Sonderpodcasts unterbrach, befand, zwischen Merz und dem Scheitern stünde jetzt »nichts mehr«. Ich glaubte, eine gewisse Lust an der Totaleruption zu erkennen. Unter »Kanzlerbeben« oder »Kanzlerdämmerung« hauen manche Kollegen nicht mehr in die Tasten – erst recht nicht in der Sommerpause.

Dabei sind Medien unfehlbare Instanzen, wenn es um geräuschlose Personalpolitik geht. Ich erinnere mich noch an die Entlassung meines ersten Chef-

Ich glaubte, eine gewisse Lust an der Totaleruption zu erkennen.

redakteurs beim SPIEGEL. Mehrere Monate musste Stefan Aust als Lame Duck durchs Haus wandeln, weil kein Nachfolger gefunden wurde. Als man mit dem ZDF-Mann Claus Kleber endlich einen an der Angel hatte und die Personalie schon öffentlich war, sagte Kleber güntzlerartig ab. (Heute läuft beim SPIEGEL natürlich alles mega.)

Bei Springer hielt Konzernchef Mathias Döpfner trotz harter Vorwürfe so lange an seinem heiß geliebten »Bild«-Chefredakteur Julian Reichelt fest, dass es geschäftsschädigende Züge annahm. Beim kurzzeitigen »Welt«-Chefredakteur Jan Philipp Burgard hatte Döpfner auch ein unglückliches Händchen. Die »Süddeutsche Zeitung« suchte eine halbe Ewigkeit nach der Neuaufstellung ihrer Chefredaktion und nahm dabei zu beinahe jedem Ehrgeizling der Branche Kontakt auf.

Verglichen damit erscheint mir Friedrich Merz beinahe professionell.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen, Alexander Neubacher und Ralf Neukirch.

WAS HAT DAS MIT MIR ZU TUN?

Kehrt der Zivi zurück?

Der Zivildienst schien der Vergangenheit anzugehören, doch nun ist von seiner möglichen Rückkehr die Rede. Das Bundesfamilienministerium bereitet die Reaktivierung vor – für den Fall, dass Deutschland zur Wehrpflicht zurückkehrt. Das Ressort von Ministerin Karin Prien (CDU) hat sich bei Verbänden und Organisationen erkundigt, ob sie Plätze für Zivildienstleistende anbieten könnten. Laut Ministerium wären fast alle adressierten Stellen bereit, Kriegsdienstverweigerern ein Angebot zu machen. Priens Haus möchte seine Pläne nach der Sommerpause vorstellen. Noch ist offen, wie groß der Bedarf an Plätzen wäre, wie lange der Dienst dauern würde und wie hoch die Bezahlung wäre. Dass Priens Ministerium die Möglichkeit einer Reaktivierung des Zivildienstes abklopft, spricht dafür, dass die Bundesregierung über die Rückkehr zur

Wehrpflicht nachdenkt. Mit Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer ging 2011 auch der Zivildienst zu Ende. Zwar trat zu Jahresbeginn der neue Wehrdienst in Kraft, aber die einzigen Verpflichtungen sind derzeit, dass 18-jährige Männer einen Fragebogen ausfüllen müssen und zur Musterung gehen. Bei CDU und CSU bezweifeln viele, dass der neue Dienst der Bundeswehr dabei hilft, ihren wegen der Bedrohung durch Russland und die veränderten Nato-Ziele gestiegenen Personalbedarf zu decken. Das neue Gesetz sieht die Möglichkeit vor, eine »Bedarfswehrpflicht« einzuführen – dann würden jene Männer herangezogen, die unbedingt nötig sind. Unklar blieb zunächst, ob der neue Zivildienst als Ersatz für Verweigerer bereits dann greifen würde oder erst bei einer Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. ASO

AUFGEZEICHNET

Opa war in der NSDAP

Von Miriam Wurster



»Okay, gießen oder nicht gießen?«

SPIEGEL
BuchverlagEin neuer Blick
auf das Leben
vor 1000 JahrenTaschenbuch · 288 Seiten · 14,00 € (D)
Auch als E-Book erhältlich

Hartnäckig hält sich das Bild vom finsternen, rückständigen Mittelalter. Doch neueste Forschungsergebnisse widerlegen dieses Klischee. Auch in den Jahrhunderten zwischen 500 und 1500 lassen sich schon erstaunlich moderne Entwicklungen beobachten – von Philosophinnen bis hin zu ersten Versuchen demokratischer Regierungsformen. SPIEGEL-Historikerinnen und Experten hinterfragen romantisiertere Vorstellungen und untersuchen Geschlechterrollen und das menschliche Zusammenleben. Sie berichten von einer erstaunlich modernen Zeit, deren Menschen uns in manchen Dingen überraschend nah waren: vom Bemühen um ein nachhaltiges Leben bis hin zur Ehe für alle.



PENGUIN VERLAG

DER AUGENZEUGE

»Unsere Fässer sind deutlich größer«



Mathias Lichti, 27, ist Landwirt und hilft der Feuerwehr bei Bränden notfalls mit seinem Güllefass aus.

»Den Brand beim Hambacher Schloss im August 2022 werde ich nie vergessen. Damals war ich mit der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatz. Wir waren kurz davor, uns zurückzuziehen. Es wurde einfach zu heiß, der Wind fachte das Feuer zusätzlich an, und wir hatten nicht genug Löschwasser. Aber dann haben wir auf dem Hof meiner Familie angerufen, und mein Vater ist mit unserem 18.000-Liter-Güllefass gekommen und hat Wasser gebracht, andere kamen noch mit weiteren Fässern.

Dass Landwirte mit ihren Geräten bei Bränden helfen, gibt es also schon länger. Die Idee hinter »Red Farmer« ist, das Ganze besser zu koordinieren. Es ist eine Onlineplattform, die vor einigen Jahren hier in Rheinland-Pfalz gegründet wurde, die es aber inzwischen auch in anderen Bundesländern gibt. Landwirte können sich und ihre Maschinen registrieren, und die Feuerwehren haben so im Notfall einen schnellen Überblick. Wir haben unter anderem drei unterschiedlich große Güllefasern, Bodenbearbeitungsgeräte und einen Teleskoplader. Mit dem kann man brennende Heuballen aus-

einanderreißen. Wenn die Feuerwehrleute Unterstützung brauchen, rufen sie bei meinem Vater an, und der schaut, wer von uns Geschwistern oder den Mitarbeitern losfahren kann.

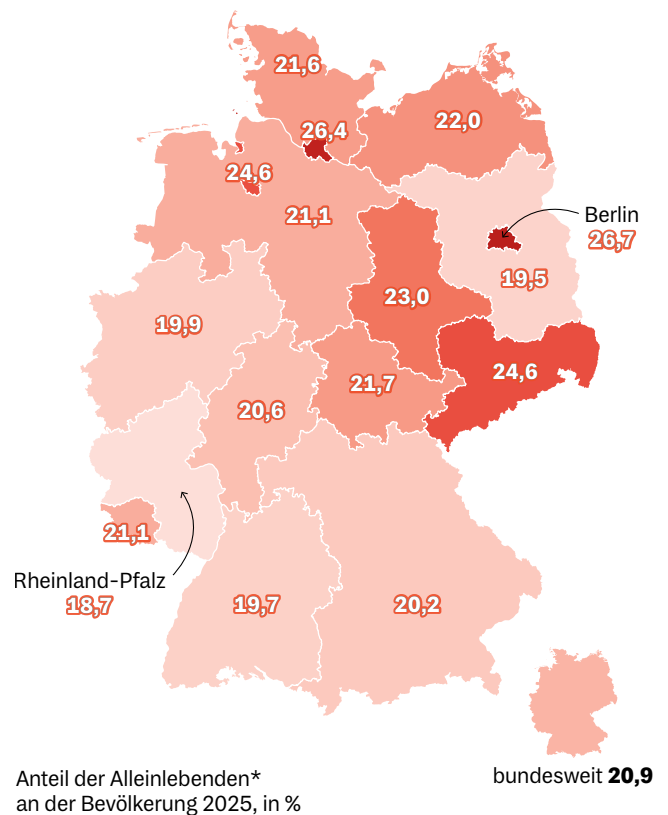
Dieses Jahr war ich bislang zweimal mit unseren Geräten unterwegs. Zuletzt hatte ein Stoppelfeld zu brennen angefangen, das Feuer hat sich bis in den Wald ausgebreitet. Die nächste Möglichkeit für die Feuerwehr, Löschwasser zu holen, war ein gutes Stück entfernt. Da war es schon hilfreich, dass ich mit unserem Fass Wasser bringen konnte, das wurde dann in die Löschfahrzeuge umgefüllt. Es ist auch möglich, direkt aus unserem Fass zu löschen, dann ist die Reichweite wegen des geringeren Drucks aber kürzer. Dafür sind unsere Fässer aber deutlich größer – selbst unser kleinstes 6000-Liter-Fass ist größer als das größte der Feuerwehr hier in Neustadt an der Weinstraße.

Für die Einsätze bekommt man eine Aufwandsentschädigung – gerade bei den aktuellen Dieselpreisen kann man nicht erwarten, dass Landwirte auf eigene Kosten mit ihren Traktoren zum Einsatzort kommen.«

Aufgezeichnet von Birte Bredow

LANDAUF, LANDAB

Vereinzelt Rund ein Fünftel der Menschen in Deutschland lebt allein. Zwischen den Bundesländern gibt es dabei teils erhebliche Unterschiede: Während es in Rheinland-Pfalz 18,7 Prozent Alleinlebende gibt, sind es in Berlin 26,7 Prozentpunkte mehr. Auch in den anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen gibt es überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte. Erklärbar ist das zum einen dadurch, dass junge Menschen häufig in die Städte ziehen, Familien eher ins Umland oder in ländliche Regionen. Die zweite Gruppe häufig Alleinlebender sind Senioren. Wohl auch daher liegt Sachsen-Anhalt mit seiner vergleichsweise alten Bevölkerung über dem Bundesschnitt. BBR



Anteil der Alleinlebenden*
an der Bevölkerung 2025, in %

* allein lebende Menschen in privaten Hauptwohnsitzhaushalten, ohne Menschen in Gemeinschaftsunterkünften oder in Einrichtungen wie Alten- oder Pflegeheimen
Quelle: Statistisches Bundesamt



52 Wochen lesen, 50 % sparen

SPIEGEL+ gibt Ihnen den Nachrichtenvorsprung: Bleiben Sie bestens informiert – mit tagesaktuellen News, Analysen, Hintergrundinformationen und Einordnungen.



Einfach Zugriff sichern unter:
abo.spiegel.de/50sparen

Nur 2,99 € pro Woche in den ersten 52 Wochen. Danach 5,99 € pro Woche.
Vierwöchentlich abgerechnet und kündbar.

DEUTSCHLAND



»Sie gefährden mit Ihrer Agenda die Demokratie«

Im SPIEGEL-Hauptstadtbüro treffen die Hamburger Klimaaktivistin Neubauer, 30, und der CDU-Politiker Müller, 37, aufeinander.

Sepp Müller ist stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag aus dem Wahlkreis Anhalt-Dessau-Wittenberg. Er sieht staatliche Vorgaben beim Klimaschutz skeptisch.

Das Gespräch führten der Redakteur Markus Becker und die Redakteurin Susanne Beyer.

Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht der ökologischen Fridays-for-Future-Bewegung und Grünenmitglied, fordert mehr Engagement der Regierung in der Klimapolitik. Sind ihre Positionen unvereinbar?

Die SPIEGEL-Mediation bringt ähnlich wie ein Streitgespräch zwei Konfliktparteien zusammen. Nachdem sie ihre Standpunkte ausgetragen haben, sollen sie hier aber gemeinsam Lösungen finden. Neubauer und Müller machen bei diesem neuen Format den Anfang.

Teil 1: Streit

SPIEGEL: Frau Neubauer, wie schauen Sie auf die Klimapolitik der Union?

Neubauer: Ich empfinde eine Mischung aus Fassungslosigkeit und Frustration. Wäre es alles nicht so ernst, wäre ich vor allem neugierig, wie die Union überhaupt zu so seltsamen Entscheidungen kommen kann. Aber da es ernst ist, bin ich einfach nur entgeistert.

SPIEGEL: Wovon genau?

Neubauer: Zur Zeit der großen Hitzewelle in Deutschland bringt die Merz-Regierung ein

SPIEGEL-Mediation Der CDU-Politiker Sepp Müller sorgt sich um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Aktivistin Luisa Neubauer um das Klima. Hier zeigen sie, worauf sie sich trotzdem einigen können.



Fotos: Rebecca Rütten / DER SPIEGEL; Illustration: Tina Touli / DER SPIEGEL (2)

»Es ist schlicht unbezahlbar, weiter auf fossile Energien zu setzen«

Heizungsgesetz auf den Weg, das weiter auf Öl und Gas setzt und damit das Klima noch weiter aufheizt. Dafür fehlen mir fast die Worte. Schockierend ist auch die tägliche Weigerung der Bundesregierung anzuerkennen, wie dramatisch die Lage ist. Abgesehen davon, schafft sie es nicht, für energiepolitische Stabilität zu sorgen und Gesetze auf den Weg zu bringen, die bei maßgeblichen Energieexperten auch nur im Ansatz auf Zuspruch stoßen.

SPIEGEL: Was macht die Regierung aus Ihrer Sicht falsch?

Neubauer: Sie zementiert die Abhängigkeit von fossilen Autokraten, indem sie auf langfristige Lieferverträge für Gas setzt, etwa mit Trump. Das ist dramatisch. Auch wenn Kanzler Friedrich Merz bis heute zu den rund 5000 Toten geschwiegen hat, die in nur einer Woche an der Hitze in Deutschland gestorben sind, müsste die Union doch wenigstens die wirtschaftliche Lage sehen. Es ist schlicht unbezahlbar, weiter auf fossile Energien zu setzen. Und es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zuzumuten, an den Tankstellen und

beim Heizen von einem fossilen Weltmarkt mit steigenden Preisen abhängig zu sein.

SPIEGEL: Herr Müller, Sie vertreten als Fraktionsvize der Union die Kanzlerpartei. Was sagen Sie zu den Vorwürfen?

Müller: Frau Neubauer, glauben Sie uns: Auch wir wollen die Klimaziele erreichen. Meine Partei diskutiert gerade über den Zeitpunkt: eher 2050 als 2045, also vielleicht ein paar Jahre später, als Sie es sich wünschen. Aber der grundlegende Unterschied zwischen uns liegt nur in der Frage, wie der

Weg dorthin aussieht. Wir wissen aus der Psychologie: Wenn in einem Park ein Schild steht, »Bitte nicht den Rasen betreten«, werden mehr Menschen den Rasen betreten, als wenn dort steht: »Nutzen Sie bitte den Weg«.

SPIEGEL: Was hat das mit Frau Neubauer und den Klimaaktivisten zu tun?

Müller: Dass sie eine Verbotspolitik befürworten, die versucht, die Menschen umzu-erziehen. Und die führt dazu, dass sich die Menschen gegen Technologien entscheiden, die sowohl finanziell als auch für die Umwelt deutlich besser sind. Das haben wir ja am Beispiel der Wärmepumpe gesehen. Die faktische Pflicht zur Wärmepumpe, die Minister Robert Habeck mit dem Heizungsgesetz eingeführt hat, führte dazu, dass die Nachfrage eingebrochen ist. Deswegen ha-

ben wir im Koalitionsvertrag auf Technologieoffenheit gesetzt. Wir glauben: Wenn die Menschen die Wahl haben, werden sie sich am Ende für den besseren Weg entscheiden.

SPIEGEL: Sie sprechen vom neuen Heizungsgesetz, das Hausbesitzern erlauben soll, statt Wärmepumpen wieder neue Öl- und Gasheizungen einzubauen. Vier Tage nach der Vorstellung des Gesetzes griffen die USA und Israel Iran an. Die Öl- und Gaspreise stiegen. Ist das nicht eher dafür verantwortlich, dass der Verkauf von Wärmepumpen stark zugenommen hat?

Neubauer: Ja, bestimmt. Und dass die Wärmepumpen mittlerweile die meistverkaufte Heiztechnologie sind, belegt, dass die Leute in diesem Land schon jetzt viel weiter sind als die Politik. Sie erkennen auch, dass Öl

und Gas immer teurer werden. Und wenn Sie, Herr Müller, von einer »Pflicht zur Wärmepumpe« sprechen – die gab es nie. Was es aber gab, war eine Desinformationskampagne der Springer-Medien und der Union. Beide arbeiteten gegen Klimaschutz und für Öl- und Gasheizungen, mit dem Tenor: »Habeck kommt in eure Keller und reißt euch die Gasheizungen heraus.« Dieser Tiefpunkt des öffentlichen Diskurses erzählt uns viel über rhetorische Schamlosigkeit, aber wenig über »die Menschen«.

Müller: Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass wir gegen die Wärmepumpe sind. Wir werden Familien mit einem Haushaltseinkommen von unter 40.000 Euro mehr fördern als zuvor. Anders als die Vorgängerregierung, die etwa die Förderung für das Elektroauto über Nacht eingestellt hat, entwickeln wir die Förderung bei E-Autos weiter. Wir setzen den Steuereuro zielgenauer ein.

Neubauer: Aber die Menschen mit kleinem Einkommen können sich doch nicht mal leisten, für eine neue Wärmepumpe in Vorleistung zu gehen, vorausgesetzt, sie wohnen überhaupt im Eigenheim. Gerade diejenigen, die ein bisschen mehr Geld haben, sind ja die, bei denen wir darauf angewiesen sind, dass sie nun ihre Häuser mit Wärmepumpen ausstatten.

Müller: Also schlagen Sie jetzt vor, dass wir den Wohlhabenden unserer Nation weiteres Steuerzahlergeld hinterherwerfen?

Neubauer: Nein, ich fordere Sie zu einem Realitätscheck auf. Rentner und Rentnerinnen, die unterhalb dieser Einkommensgrenze von 30.000 Euro liegen, aber Ersparnisse auf ihren Konten haben, bekommen die volle Förderung, während die vierköpfige Familie, die ein Jahreseinkommen von 50.000 Euro hat, diese nicht bekommt.

Müller: Sofern die Rentner die Erträge aus dem Vermögen versteuern, werden diese selbstverständlich dazugerechnet. Und die von Ihnen genannte Familie unterstützen wir mit unserem Kinderbonus bei der Förderung sogar deutlich mehr. Das Umweltbundesamt hat in seinem Monitoring festgestellt, dass pro Jahr 600.000 Gasheizungen durch Wärmepumpen ausgetauscht werden müssten, um das Klimaschutzziel 2045 zu erreichen. Nach der Verkündung des Heizungsgesetzes unter Habeck sind wir auf 200.000 pro Jahr runtergeknallt. Das war ein Rückgang von fast 50 Prozent zum Vorjahr. Ich bleibe dabei, dass das an Habecks Verbotspolitik lag. Sie können dazu eine andere Meinung haben, aber aus der

»Sie tun so, als wäre es das Freiheitlichste aller Zeiten, den Leuten zu ermöglichen, weiter Gasheizungen einzubauen.«

Luisa Neubauer



Biografie eines Ostdeutschen weiß ich: Die Menschen lassen sich nicht vorschreiben, was in ihrem Heizungskeller steht. Nach Jahrzehnten in der DDR, nach Verstaatlichung von Wohneigentum und volkseigenen Betrieben reagieren die Leute empfindlich, wenn der Staat in ihr Eigentum eingreift.

SPIEGEL: Die Durchsetzung der Wärmepumpe scheitert an Ostdeutschen?

Müller: Nein, im Grundgesetz ist ein hoher Schutz des Eigentums verankert, und das gilt bekanntlich für ganz Deutschland. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Handwerker gar nicht da ist, um die geplanten Wärmepumpenaustausche zu schaffen. Deswegen haben wir die Biotreppe eingeführt, die vorsieht, dass ab 2029 neu installierte Öl- und Gasheizungen mindestens zehn Prozent Biobrennstoffe nutzen. Dieser Anteil steigt in den Folgejahren schrittweise an und sorgt für einen allmählichen Übergang.

SPIEGEL: Es ist schon ein paarmal das Wort Verbotspolitik gefallen, Frau Neubauer. Befürworten Sie Verbote?

Neubauer: Die eigentlichen Einschränkungen kommen durch die Klimaveränderungen. In Deutschland dürfen Menschen durch die Trockenheit beispielsweise ihre Gärten nicht mehr bewässern. Abgesehen davon finde ich ein pauschales Urteil über Verbote nicht seriös. Die Anschnallpflicht etwa hat nichts mit Gängelung zu tun, sondern mit einer politischen Verantwortsethik, die sagt: Wir schützen Menschen, damit sie nicht sterben.

Müller: Moment, hier vermischen Sie Themen, die nicht zusammengehören. Natürlich ist uns der Schutz des Einzelnen wichtig. Deswegen ist unsere Partei zum Beispiel für ein Cannabisverbot und natürlich auch für die Anschnallpflicht.

Neubauer: Aber Sie tun so, als wäre es das Freiheitlichste aller Zeiten, den Leuten zu ermöglichen, weiter Gasheizungen einzubauen. Eigentlich schränkt man sie damit ein. Denn bei der nächsten fossilen Energiekrise haben sie Kosten, die sie nicht mehr stemmen können. Ich halte es für eine populistische Rhetorik, bei der Klimapolitik zu sagen: Das ist ein Verbot, und allein deshalb ist es schlecht.

SPIEGEL: Sind Sie ein Populist, Herr Müller?

Müller: Die Nebelkerze von Frau Neubauer ist schon fast belustigend. Das Gegenteil ist der Fall! Wir sind Realisten und Pragmatiker in der schwarz-roten Koalition. Wir mussten feststellen, dass die Maßnahmen der Vorgängerregierungen zur größten Wirt-

schaftskrise und Rezession seit mehreren Jahren und Jahrzehnten führen, sodass wir mittlerweile 10.000 Industriearbeitsplätze pro Monat verlieren. Deutschland als größte Volkswirtschaft in der EU ist kaum mehr wettbewerbsfähig im internationalen Vergleich. Das müssen wir ändern.

SPIEGEL: Die Union hat in den vergangenen 20 Jahren 17 Jahre lang regiert. Der Ausbau der Stromnetze wurde von der unionsgeführten Regierung unter Angela Merkel verschlafen.

Müller: Das bestreite ich nicht. Alle Parteien tragen hier Mitverantwortung, und deswegen ist es auch unsere gemeinsame Aufgabe, da herauszukommen.

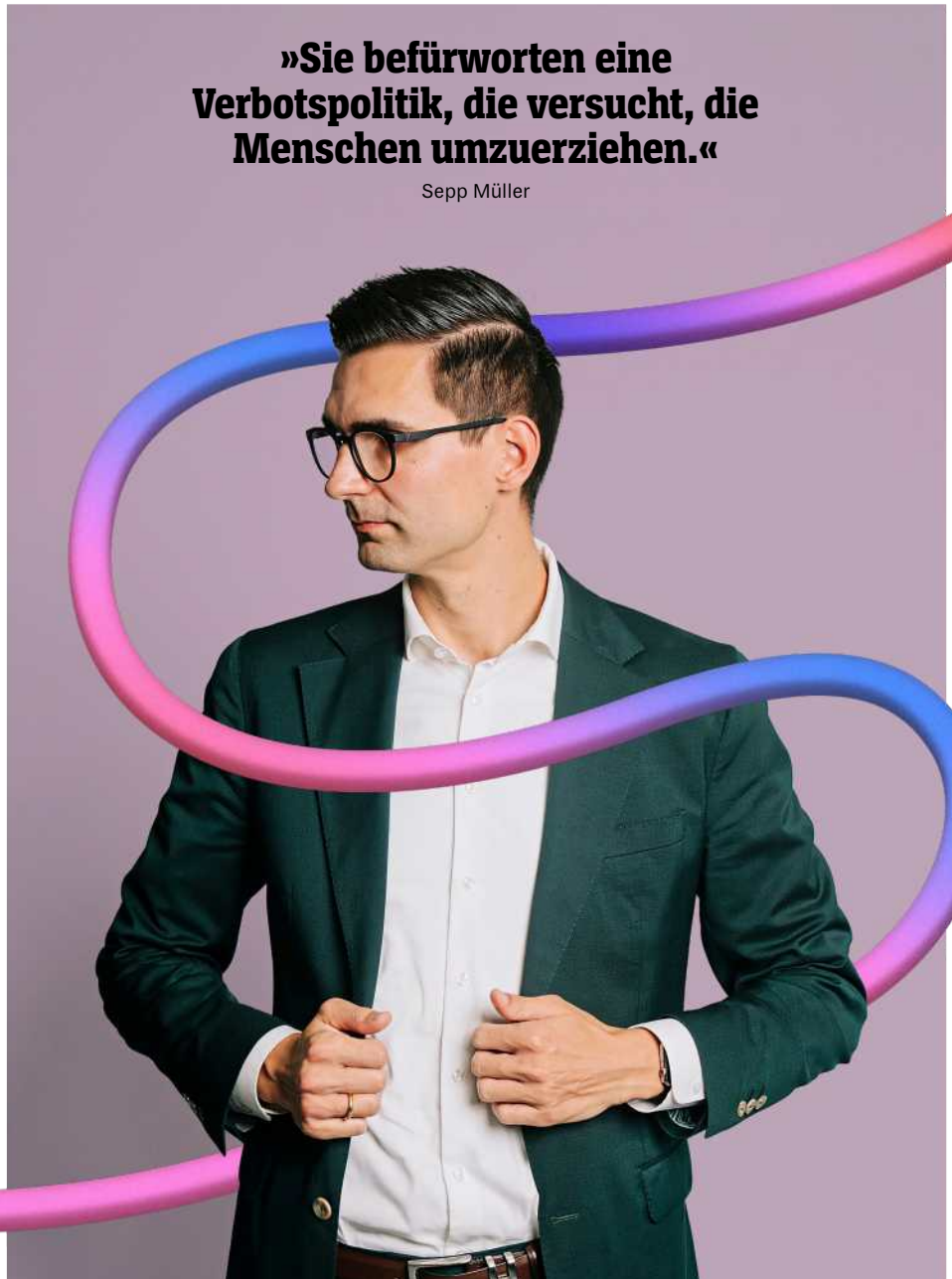
Neubauer: Da Sie die Wirtschaftskrise ansprechen: Ich habe mit kommunalen Wärmep-

meplanern aus allen möglichen Regionen gesprochen, die sagen richtigerweise, es sei die Verantwortung der Politik, einen Rahmen vorzugeben, auf den sich Wirtschaft und Privatpersonen verlassen können. Und wenn eine neue Regierung, so wie die aktuelle, den Rahmen so sehr verändert wie nun beim neuen Heizungsgesetz, schafft sie Unsicherheiten, die direkt auf die Wirtschaft durchschlagen. Das Heizungsgesetz der Ampel hat vor Ort Druck erzeugt, sich von den Gasnetzen zu lösen. Jetzt ist der Druck wieder raus.

Müller: Das ist die Sprache der Berliner Käseglocke. Da meint man, wir könnten aus Berlin heraus in den Schwarzwald, ins Sauerland und in die Sächsische Schweiz hineinregieren. Wir haben aber einen föderalen

»Sie befürworten eine Verbotspolitik, die versucht, die Menschen umzuerziehen.«

Sepp Müller



Staat. Die Wärmeplanung und übrigens auch die Planung von Windgebieten liegen in der kommunalen Verantwortung. Und da ist sie auch zehnmal besser organisiert, zehnmal näher an den Menschen dran, als wenn wir das alles aus Berlin steuern.

Neubauer: Berliner Blase? Fragen Sie mich doch wenigstens erst mal, wie genau ich meine Tage verbringe. Ich bin im ganzen Land unterwegs, überall dort, wo es gebraucht ist. Wir haben nach der Flutkatastrophe im Ahrtal bei den Aufräumarbeiten geholfen, besuchen Schulen und Unis, protestieren gegen neue Gasfelder in Bayern oder vor Borkum und arbeiten gemeinsam mit Gewerkschaften wie Ver.di, um sozial gerechten Klimaschutz voranzubringen.

Müller: Ihre Bewegung hat bis heute keine Antwort darauf, wie sich Klimaneutralität mit den Sorgen, Ängsten und Nöten der Menschen zusammenbringen lässt. Wir Politiker aber müssen solche Antworten finden. Wir sind dem deutschen Volk verpflichtet, so steht es am Reichstagsgebäude. Und das mache ich Ihrer Bewegung, Frau Neubauer, zum Vorwurf: Sie gefährden mit Ihrer Agenda die Demokratie in Deutschland. Verbotspolitik führt dazu, dass die extremen Ränder stärker werden.

Neubauer: Zivilgesellschaftliches Engagement ist Kern einer Demokratie, ich bin ziemlich entsetzt über Ihren Vorwurf. Worüber ich mir große Sorgen mache, ist, dass sich bei den jungen Leuten mehr und mehr das Gefühl breitmacht, nicht gehört zu werden – sie drohen der Demokratie verloren zu gehen. Trotz aller Verfehlungen zeigte Frau Merkel übrigens Respekt davor, dass junge Menschen für die Umwelt eintreten. Für Herrn Merz sind das links-grüne Spinner.

Müller: Frau Neubauer, ich habe bei Ihnen herausgehört, es sei verrückt, die Gasnetze nach 2045 weiterzubetreiben. Das hätte zur Folge, dass wir eine andere Energiequelle benötigen. Diese andere Energiequelle wäre Strom. Wozu aber führt eine komplette Elektrifizierung des Landes? Wir wären in einem Industriestaat wie Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig. Der Ausbau des Stromnetzes würde Hunderte Milliarden kosten. Das ginge zulasten der jungen Leute, von denen Sie sprechen. Wir haben eine Verpflichtung der nachfolgenden Generation gegenüber, nicht immer neue Schulden aufzunehmen, und wir haben die Pflicht allen Deutschen gegenüber, nicht ständig Geld auszugeben, das wir nicht haben.

Neubauer: Es ist abenteuerrich, dass Sie die jungen Menschen als Argument dafür benutzen, dass Sie nach 2045 noch weiter Gas in Deutschland verbrennen wollen. Halb Europa brennt. Und warum? Weil wir den Planeten derart aufgeheizt haben, dass die Böden austrocknen, und das wollen Sie in 20 Jahren immer noch machen? Wir als Fridays for Future setzen uns seit Jahren dafür

ein, dass wir in Deutschland eine zukunftsfähige, erneuerbare Industrie aufbauen. Das funktioniert aber nicht, wenn uns die Solar-, Wind- und jetzt auch bald die Wärmepumpentechnologie nach China abwandert, weil wir hier keinen stabilen Markt haben. Die Automobilindustrie hat schon die Wende zum E-Auto verschlafen, ist dabei noch von der Politik unterstützt worden. Und jetzt kaufen wir E-Autos aus China.

Müller: Aber eine Antwort, wo die 500 Milliarden Euro für den Stromnetzausbau herkommen sollen, habe ich von Ihnen noch nicht gehört. Gleichwohl kümmern wir uns um den Netzausbau. Wir haben ein neues Gesetz, das Bundesbedarfsplangesetz, welches den Ausbau der Übertragungsnetze zukünftig als Freileitung vorsieht und nicht mehr als Erdkabel. Freileitungen sind günstiger und schneller zu bauen, sie halten länger, und Störungen lassen sich von außen schneller beheben. Und da Sie die Konkurrenz aus China ansprechen: Wir wollen gemeinsam mit der EU Förderregeln zur lokalen Wertschöpfung aufstellen, die jene Unternehmen begünstigen, die einen Großteil ihrer Produkte oder Bauteile in Europa fertigen.

Teil 2: Annäherung

SPIEGEL: Zwischendurch klingt heraus, dass Sie gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Auch Herr Müller schätzt die Wärmepumpe und spricht von der Einhaltung der Klimaziele. Frau Neubauer, was bringt aus Ihrer Sicht Herrn Müller dazu, so anders zu argumentieren, als Sie es tun?

Neubauer: Für Herrn Müller scheint Klimapolitik vor allem ein Thema der Grünen zu sein, und die Grünen muss ein Unionspolitiker halt bekämpfen. Ich kann mir vorstellen, dass er anders argumentieren würde, könnte er Klimapolitik weniger parteipolitisch sehen. Meine 93-jährige Großmutter gehörte zu den vielen älteren Frauen in Deutschland, die sich vor Hitze nur noch verstecken können. Ich kann verstehen, warum man sich dann von der Politik allein gelassen fühlt.

Müller: Ich finde es übergriffig, mir zu unterstellen, ich sei nicht frei genug, um ernsthaft über Klimapolitik nachzudenken. Ich weise das scharf zurück. Ich komme von der Elbe, wir hatten innerhalb eines Jahrzehnts zwei Hochwasser. Ich habe als Junge mit meinen Kumpels Sandsäcke geschleppt. Meine Großmutter ist 85 Jahre alt, und ich mache mir Sorgen um sie, im Übrigen auch um meinen 13-jährigen Sohn. Ich weiß also, wie wichtig Klimaschutz ist, ich weiß, welche Verantwortung ich als Abgeordneter habe. Das lasse ich mir nicht absprechen, bloß weil Ihnen meine politischen Antworten nicht gefallen. Und meine politischen Antworten berücksichtigen nun mal, dass das Geld, das wir präventiv für Klimaschutz ausgeben können, weniger wird.

Neubauer: Sie denken, wir bekämen eine stärkere Wirtschaft durch weniger Klimaschutz und dadurch, dass wir die Transformation zeitlich nach hinten verschieben. Ich glaube, wir bekommen eine stärkere Wirtschaft, wenn wir bei grüner Technologie führend sind und die Transformation als Aufgabe annehmen.

Müller: Da gebe ich Ihnen recht. Aber diese Innovationskraft werden wir verlieren, wenn wir die Wirtschaft überlasten, etwa mit zu hohen Energiepreisen. Dann scheitern nicht nur wir selbst. Dann wird auch die Welt auf Deutschland blicken und sagen: Euer Weg in die Klimaneutralität ist gescheitert. Wir benötigen eine starke Wirtschaft, um uns klimaresilient aufzustellen. Wir müssen sie befähigen, die weltweit besten Ideen zu entwickeln.

SPIEGEL: Frau Neubauer, sehen Sie auch Fortschritte in der Klimapolitik der Union?

Neubauer: Der Erfurter CDU-Bürgermeister Andreas Horn treibt die kommunale Wärmeplanung und den Ausbau erneuerbarer Energien voran. Wiebke Winter, die Spitzenkandidatin der CDU für die Bremer Bürgerschaftswahl 2027, zeigt, wie eine konservative ökologische Industriepolitik aussehen kann.

Müller: Ja, es gibt bei allen Unterschieden auch Gemeinsamkeiten. Als Fridays for Future 2019 anfang, auch in Deutschland zu demonstrieren, habe ich mich mit Demonstranten in Dessau-Roßlau getroffen, und wir haben beschlossen, Bäume als CO₂-Speicher zu pflanzen. Aus dieser kleinen Aktion ist etwas Großes geworden. Wir haben angefangen mit 500 Bäumen, heute sind fast 76.000 davon in die Erde gekommen.

Teil 3: Lösungen

SPIEGEL: Lassen Sie uns weiterdenken, wie eine gute konservative Klimapolitik aussehen könnte. Herr Müller, was denken Sie?

Müller: Armin Laschet sprach einmal vom Konzept einer ökologischen Marktwirtschaft. Ich hätte gern weiter das Wort »sozial« mit dabei, denn die Menschen mit geringem Einkommen sind vom ökologischen Umbau am Anfang mehr belastet. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft könnte ein gemeinsames Zielbild sein.

SPIEGEL: Wie klingt das für Sie, Frau Neubauer?

Neubauer: Gar nicht so schlecht. Und der soziale Aspekt ist von Beginn an in unserer Bewegung mitgedacht.

SPIEGEL: Jetzt stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten den Begriff einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft vor Ihrer Anhänger-schaft vertreten. Halten Ihre Leute in Ihrem Wahlkreis das aus, Herr Müller, wenn sie das Wort »ökologisch« hören? Es gilt in konservativen Kreisen als Reizwort.

Müller: Nichts ist beständiger als der Wandel. Die Konservativen sind ja nicht die Asche, sondern das Feuer der Bewegung. So würde ich das auch begründen.

Neubauer: Das finde ich sehr erfrischend.

SPIEGEL: Hält Ihre Community das denn aus, Frau Neubauer, wenn Sie auf einmal anfangen, marktwirtschaftlich zu argumentieren?

Neubauer: Wir bei Fridays for Future üben natürlich grundsätzliche wirtschaftliche Systemkritik und sind uns gleichzeitig bewusst, in welchem System wir agieren. Unser Anspruch war immer, mit dem zu arbeiten, was ist. Deswegen haben wir uns auch für den CO₂-Preis eingesetzt, der fossile Brennstoffe verteuert, auch wenn wir es natürlich befürworten, auf diese Brennstoffe langfristig ganz zu verzichten. Diese Kompromissbereitschaft bedeutet aber nicht, dass wir verzagte Klimapolitik akzeptieren. Und verzagt ist sie zurzeit, auch weil wir in Deutschland eine Art Identitätskrise erleben.

SPIEGEL: Was könnten Sie beide denn tun, um bei Ihrer Klientel den Eindruck zu min-

dern, die jeweils andere Seite sei böse, irre oder habe keine Ahnung?

Müller: Mit Gesprächen wie diesem hier anfangen und sie nicht enden lassen. Bei der Baumpflanzaktion habe ich dafür gesorgt, dass gemischte Gruppen zusammenarbeiten, also Förster und Jäger gemeinsam mit Fridays-Aktivisten. Es kamen danach gestandene Förster zu mir und haben gesagt: »So schlimm sind die jungen Leute gar nicht.« Und die Fridays-Leute kamen und sagten: »Das war schon cool, mal die andere Seite zu hören.«

Neubauer: Hinzu kommt, dass wir uns auch mehr Gedanken machen müssen, warum der andere so argumentiert, wie er argumentiert. Ich habe in der Schule kaum etwas gelernt über Ostdeutschland, und ich schäme mich für diese westdeutsche Bildungspolitik. Ich habe lange gedacht, ich rede über Deutschland, während ich eigentlich nur über die Westdeutschen geredet habe. Ich denke, hinter dem Vorwurf, die Klimaaktivisten würden andere belehren, steckt eigentlich ein

anderer: »Du erkennst nicht an, was mich geprägt hat.« Und wenn ich mich nicht gesehen fühle von einer Person, dann werde ich mich immer gegen sie stellen.

SPIEGEL: Die Ökologiebewegung hat ein Akzeptanzproblem. Haben Sie einen Rat, wie sich das ändern ließe, Herr Müller?

Müller: Nein, ich bin nicht der Ratgeber der Bewegung. Wir sollten aber anerkennen, was die Bewegung schon geschafft hat. Sie hat ein Thema wieder wichtig gemacht und Hunderttausende junge Menschen mobilisiert.

SPIEGEL: Und wenn Sie, Herr Müller, in Ihrem Wahlkreis über diese Begegnung hier mit Frau Neubauer sprechen müssten, wie würden Sie Frau Neubauer charakterisieren?

Müller: Als integer, respektvoll und zugewandt.

SPIEGEL: Und wie würden Sie Herrn Müller Ihren Leuten gegenüber beschreiben, Frau Neubauer?

Neubauer: Aufmerksam und reflektiert.

SPIEGEL: Frau Neubauer, Herr Müller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. **S**

»Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft könnte ein gemeinsames Zielbild sein.«

Sepp Müller



Warum wir lösungsorientierten Journalismus machen

Essay Die deutsche Gesellschaft steckt im Stimmungstief, die Demokratie gilt als gefährdet. Sind daran auch Journalisten schuld? Wir versuchen etwas Neues.

Von Susanne Beyer

Kann es sein, dass eine ganze Gesellschaft depressiv verstimmt ist? Und woran würden wir das erkennen?

Bei Menschen, die an Depressionen erkrankt sind, zeigen sich unterschiedliche Symptome: Der eine ist so niedergeschlagen, dass ihm die Kraft fehlt, irgendetwas anzufangen. Die andere ist unruhig, ständig angespannt. Wieder andere sind aggressiv, reizbar. Gemeinsam haben viele, dass es ihnen schwerfällt, zu glauben, dass es für sie noch eine gute Perspektive gibt.

Natürlich ist eine Depression eine schwere Erkrankung und somit deutlich schlimmer als ein Stimmungstief. Aber ein Blick in die typische Symptomatik kann durchaus hilfreich sein, um zu ermitteln, wie es uns gerade geht. Und? Leiden wir, die deutsche Gesellschaft, an einem Stimmungstief?

Unruhe, ja klar: Wir verlieren immer schneller die Geduld mit unseren Regierungen. Angela Merkel war 16 Jahre lang Kanzlerin. Die Ampel zerbrach und wurde dann nicht wiedergewählt. Der jetzige Kanzler ist nach nur gut einem Jahr an der Regierung so unbeliebt wie wohl niemand vor ihm in diesem Amt.

Dass die Unzufriedenheit ausschließlich der aktuellen und der vorangegangenen Regierung anzulasten ist, kann eigentlich nicht sein. Dafür sind Olaf Scholz und Friedrich Merz als Kanzler zu unterschiedlich, ihre politischen Vorhaben sind es und ihre Kabinette auch.

Die AfD führt zurzeit in Umfragen. Darin scheint sich ein aggressives Grundgefühl eines größeren Teils der deutschen Gesellschaft zu zeigen. Die prominentesten Politiker dieser Partei, Alice Weidel und Björn Höcke, treten jedenfalls betont feindselig auf. Wer das als Wählerin oder Wähler gut findet, kann nicht ganz frei sein von eigenen Aggressionen.

Wir sind wohl auch enttäuscht von uns selbst. Denn wir sind nicht mehr die, die wir zu sein meinten: führend in der Autoindustrie, ohnehin in der Technologie, im Fußball.

Hoffnungslosigkeit, Aggression, Enttäuschung – wenn das Vertrauen in die Politik und allgemein in die eigene Gestaltungsfähigkeit schwindet, ist das gefährlich für ein Land. So wie jeder Mensch Perspektiven für sein Leben braucht, um am Laufen zu bleiben, braucht eine Gesellschaft sie auch. Eine Wirtschaft floriert nur, wenn genügend Menschen Lust haben, sie mitzugestalten. Die Demokratie

lebt auch vom Glauben daran, dass sich mit ihren Werkzeugen Probleme adäquat und in gewisser Einvernehmlichkeit lösen lassen.

Wie konnte es so weit kommen? Eine solche Frage sollte man auch sich selbst stellen. Trägt Journalismus also bei zu der gedrückten Stimmung in Deutschland?

Politischer Journalismus, und Journalismus generell, sollte seinem Wesen nach kritisch sein. Das gilt gerade hier, in einem Land mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert.

In der NS-Zeit gab es keine freie Presse, und deswegen war es umso wichtiger, sie danach in der Bundesrepublik aufzubauen. Das Ideal sah in der Nachkriegszeit vor, mit Schärfe über die alten Nazis in Politik und Wirtschaft zu berichten. Auch dadurch hat sich die Demokratie in Deutschland gefestigt. Gemeinsam mit der Demokratie hat sich der Journalismus bewährt. An seinem öffentlichen Auftrag hat sich nichts verändert. Er dient nach wie vor der freien Meinungsbildung und eben auch der Kontrolle von Macht, sei es in Politik, Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft.

Doch die Art und Weise, wie sich Meinungen ausbilden, hat sich verändert, seit es die sozialen Medien

gibt. Aggressive Posts dringen leichter durch als gemäßigte. Ein Journalismus, der sich in bewährter Tradition auf Missstände fokussiert, kann die negative Stimmung verstärken. Zur Wahrheit gehört noch dazu, dass Journalisten manchmal auch absichtlich einer Sensations- und Angstlust nachgeben, weil sie damit mehr Aufmerksamkeit generieren können als mit der Botschaft, dass etwas in Ordnung sei. Nimmt man nun alles zusammen, kann in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass die Lage schlechter sei, als es der Wirklichkeit entspricht.

Natürlich gibt es viele negative Entwicklungen. Die Nachrichten sind heutzutage wieder von Kriegen bestimmt, zunehmend von Klimakatastrophen und aktuell von einer Wirtschaftskrise in Deutschland. Doch es gibt eben auch Entwicklungen zum Guten. Extreme Armut hat sich weltweit erheblich verringert. Erneuerbare Energien, meist gewonnen aus der Kraft der Sonne und des Windes, erzeugen in der EU wesentlich mehr Strom als fossile Brennstoffe.

Oft verlaufen schlechte und gute Entwicklungen parallel. Dann aber ist es nötig, beides zu beschreiben. Denn Journalismus sollte ein Abbild der Wirklichkeit bieten, das gan-



ze Bild zeigen. Der SPIEGEL-Redakteur Guido Mingels, der jahrelang die Kolumne »Früher war alles schlechter« betreut hat, reflektierte einmal in einem Aufsatz für die Reihe »Journalisten Werkstatt« über einen zentralen Satz des SPIEGEL-Gründers Rudolf Augstein, einen Satz, der zum Motto des SPIEGEL-Journalismus geworden ist: »Sagen, was ist«. Dieser Satz bedeute, so Mingels, auch zu sagen, was gut sei: »Wer verschweigt, was funktioniert, wer nur das Scheitern zeigt, zeichnet ein negativ verzerrtes Bild der Wirklichkeit.«

Der SPIEGEL benennt in der Tradition von »Sagen, was ist« viele Probleme und Schwierigkeiten, das ist der Schwerpunkt unserer Arbeit. Doch in dieser Tradition benennen wir – wie andere Medien – auch immer wieder, was gut ist. Unsere Korrespondenten entdecken es und berichten davon, so wie das Kulturreportage gelungene Bücher und Inszenierungen empfiehlt und das Wissenressort technologische und wissenschaftliche Fortschritte vorstellt. Der Newsletter »Alles Gute vom SPIEGEL« sammelt solche Geschichten, in seiner Onlinekolumne »Genug gekammert« plädiert der SPIEGEL-Redakteur Ullrich Fichtner für mehr Zuversicht. Und dies sind nur einige Beispiele. Dass wir bei alledem immer mal wieder der allgemeinen Tendenz zur Negativität erliegen, stimmt natürlich, und das müssen wir im Sinne von »Sagen, was ist« auch zugeben.

Deswegen nehmen wir uns, zusätzlich zu dem, was wir bereits tun, etwas Neues vor: Unter dem Motto »SPIEGEL Solutions« sollen Beiträge entstehen, die in der bewährten Tradition des kritischen Zugriffs stehen, also von Konflikten ausgehen und Probleme in den Blick nehmen, zugleich aber auch Lösungen aufzeigen.

Diese Beiträge werden unterschiedliche Formen haben, mal Reportagen sein, mal Gespräche. So werden wir zum Beispiel in lockerer Folge in einer Reportagereihe mit dem Titel »Wo es besser läuft« beschreiben, an welchen Orten Konflikte, die uns hier und heute unlösbar erscheinen, dann doch schon gut gelöst sind.

Denn überall und immer wieder gelingt es, Lösungen zu finden. Gerade auch in der Politik. In einem Land der Koalitionsregierungen liegen die Lösungen oft in Kompromissen. Kompromisse sind der Wesenskern der Demokratie, denn die Demokratie ist eine Staatsform, die auf den Ausgleich der Interessen bedacht ist.

Doch es liegt in der Natur der Sache, dass die Beteiligten sich meist nicht hundertprozentig mit den Kompromissen identifizieren können, weil sie nicht alle Interessen ihrer Partei unterbringen konnten. Sind sie deswegen unzufrieden mit dem Ergebnis, sickert das oft durch und liefert uns dann Stoff für Berichterstattung.

Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass ein Kompromiss etwas Schlechtes sei. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass wir als Bürgerinnen und Bürger insgesamt aus der Übung geraten, uns mit Interessen, Perspektiven, Motiven einer anderen Partei, einer Gegenseite, einer Person mit anderen Ansichten und Prägungen auseinanderzusetzen. Informationen werden zunehmend durch Algorithmen verbreitet. Wir bekommen in sozialen Medien oder über Suchmaschinen eher das gezeigt, was unseren eigenen Interessen und Meinungen entspricht, umso befremdeter reagieren wir oft auf Menschen, deren Positionen uns unvertraut sind. In Talkshows werden unterschiedliche Positionen zusammengebracht,

damit bieten sie wichtige Räume für politische Auseinandersetzung. Doch Gäste werden oft so ausgesucht, dass unterschiedliche Meinungen schroff gegeneinanderstehen, sodass es beim reinen Streit bleibt.

Manchmal gibt es ja auch Konstellationen, bei denen zwei Menschen unterschiedlicher Meinung sind und beide recht haben. Oder der eine hat recht, der andere unrecht, und man kommt nicht zusammen. Doch wie es die Aufgabe von Journalismus ist, solche Gemengelagen abzubilden und Konflikte darzustellen, ist es auch die Aufgabe, darzustellen, wie Einigungen aussehen können, Lösungen gefunden werden, auch wenn man unterschiedlicher Meinung ist. Es ist die Aufgabe, weil genau das in der Politik, der Wirtschaft und in anderen Bereichen des Lebens dauernd passiert. Und weil Fortschritt nur durch Lösungen entsteht und niemals dadurch, dass man im Problem verharret. Und schließlich liegt es auch in der Natur des Menschen, miteinander auskommen zu wollen. Wir sind soziale Wesen, wir brauchen einander.

Um darzustellen, wie sich aus Konflikten Lösungen ergeben können, wollen wir eine neue Gesprächsform einführen, die wir SPIEGEL-Mediation nennen. Sie wandelt das SPIEGEL-Streitgespräch ab. Wir haben uns dafür inspirieren lassen vom bewährten Verfahren der Mediation, das häufig Juristen nutzen, um Konflikte außergerichtlich beizulegen. Die SPIEGEL-Mediation unterscheidet sich natürlich von der klassischen Mediation, aber die Grundidee ist gleich: Der Konflikt zwischen zwei Parteien ist der Ausgangspunkt, dann nähern sich die Kontrahenten an, schließlich finden sie eine Lösung, von der beide Seiten profitieren.

Journalismus entwickelt sich, ändert sich, so wie sich auch die Zeit, in der wir leben, entwickelt und ändert. Doch eines ist wichtig: Wir machen SPIEGEL-Solutions nicht, um die aktuelle Regierung, die schon als »letzte Patrone der Demokratie« gilt, durch einen freundlicheren Ansatz zu schützen. In der Abwägung aller Interessen bleibt für uns die Rolle der Kontrolle von Macht die wichtigste. Doch Macht lässt sich auf verschiedene Weise kontrollieren: mal durch investigative Recherchen, mal durch ein genau geführtes Gespräch. Kritik und Empathie müssen sich übrigens auch gar nicht ausschließen. Kritik ist oft erst dann wirksam, wenn sie mit prinzipieller Wertschätzung vorgebracht wird. Empathie kann das genaue Hinschauen befördern, wie es die Kritik sowieso tut, aus beidem ergibt sich Erkenntnis.

Und darum geht es doch eigentlich: Erkenntnis, Aufklärung und in jede Richtung die Augen aufzuhalten – auch in die eigene. Wenn wir dann als Journalisten zu dem Schluss kommen, dass wir jedenfalls nicht willentlich zur schlechten Stimmung im Land beitragen sollten, ist es einen Versuch wert, zusätzlich zu unserem bewährten Angebot Neues auszuprobieren.

Als Therapeuten einer mit sich selbst unglücklichen Gesellschaft verstehen wir uns aber nicht. Allenfalls in diesem Sinne: Auch der Therapeut verhilft seinen Klienten dazu, Probleme und Chancen zu erkennen und dann selbst zu entscheiden, welche Lösung ihm einleuchtet und welche nicht.

S



SPIEGEL-Redakteurin **Susanne Beyer** hat eine Ausbildung zur Mediatorin absolviert. Während eines Fellowships am Thomas Mann House in Los Angeles hat sie sich mit journalistischen Formen beschäftigt, die auf die Polarisierung der Gesellschaft reagieren.



Die Revolution frisst ihren Kanzler

CDU Friedrich Merz war mal der Liebling der Parteibasis. Jetzt wenden sich sogar einstige Merz-Ultras von ihm ab.

Bei einem Spaziergang durch die Potsdamer Innenstadt erzählt Laura Strohschneider, warum sie jetzt, nach zehn Jahren, der CDU den Rücken gekehrt hat. »Ich war Merz-Fan, aber inzwischen bin ich wirklich enttäuscht«, sagt sie an diesem sonnigen Montagmittag. Strohschneider, 29, war 2016 in die CDU eingetreten und über Jahre engagiert, zuletzt als Landesvorsitzende der Jungen Union. In der vergangenen Woche trat sie aus der CDU und der JU aus.

Aus der Partei habe es viele Anrufe und SMS gegeben. Viele hätten Verständnis gezeigt, ihre Hoffnungslosigkeit geteilt. Der Kurs von Friedrich Merz sei nicht mehr akzeptabel, findet Strohschneider. Selbst Angela Merkel habe »das gemacht, was sie im Wahlkampf auch angekündigt hat«. Bei Merz sei das nicht der Fall. Ihr sei schleierhaft, was da in Berlin für eine Politik gemacht werde.

Um den Kanzler und Parteichef wird es einsamer in der Union. An der Parteibasis macht sich zunehmend Unmut breit gegen Merz, der im Wahlkampf große Versprechen machte und nun einen unbeliebten Kom-

promiss nach dem anderen mit den Sozialdemokraten schließen muss.

Gleich nach der Bundestagswahl brach Merz ein zentrales Wahlversprechen und sorgte für eine Lockerung der Schuldenbremse. Zuvor hatten seine Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer noch wochenlang an den Ständen erzählt, ihre CDU würde das Geld zusammenhalten. Nun mussten sie dabei zusehen, wie Merz' Regierung historisch hohe Schulden von rund einer Billion Euro für die kommenden Jahre verplante.

Zuletzt befeuerte der Personalumbau in Regierung und Partei den Frust an der Parteibasis. Nach dem Rückzug von Fraktionschef Jens Spahn drängte Merz den in der Partei beliebten Patrick Schnieder aus dem Amt des Verkehrsministers, ohne dafür einen Grund zu liefern. Viele in der Union empfanden das als stilllos. Ausgerechnet jetzt wurde zudem ein parlamentarischer Staatssekretär aus Sachsen-Anhalt des Amtes enthoben – aus dem CDU-Landesverband also, der gerade darum kämpft, die AfD von der Macht fernzuhalten.

Da braut sich etwas zusammen an der Basis. Der Ärger könnte sich im Spätsommer nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin entladen. Er könnte zur Gefahr werden für den Kanzler, ihn am Ende vielleicht das Amt kosten.

Dass ausgerechnet Merz die Wut der Parteibasis zu spüren bekommt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Über viele Jahre galt er in konservativen Kreisen der Partei als Heilsbringer. Zweimal warb der Sauerländer auf Parteitagen vergebens um die Stimmen der CDU-Funktionäre. Als schließlich die Basis mitentscheiden durfte, wer die CDU führen soll, setzte sich Merz mit 62 Prozent durch, während der Vertreter des alten Parteiestablishments, Helge Braun, mit 12 Prozent abgestraft wurde.

Merz war der Außenseiter, der die Partei wieder auf Linie bringen sollte. Mit ihm wollten viele Christdemokraten den mittigen Merkel-Kurs ablegen und stärker nach rechts rücken. Er wollte die AfD in die Schranken weisen und hatte 2018 noch in Aussicht gestellt, sie halbieren zu können. Seitdem haben sich die Umfragewerte der Rechtsaußenpartei im Bund verdoppelt.

Gerhard Oertel kämpfte einst für Merz, als der gegen Armin Laschet um den Parteivorsitz konkurrierte. Der heute 72-Jährige lebt in dem 8000-Einwohner-Ort Ballenstedt in Sachsen-Anhalt, er war ein »Merz-Ultra«, wie dessen besonders treue Anhänger in der Partei genannt wurden. Als der SPIEGEL 2020 mit Oertel sprach, zog der CDU-Basismann noch mit Plakaten umher, auf denen stand: »Merz 2021« und »Merz Revolution«, angelehnt an die deutsche bürgerlich-demokratische Märzrevolution von 1848. Nun folgt womöglich auch die CDU-Machtübernahme von Merz dem typischen Muster einer Revolution: Sie frisst am Ende ihre Kinder, in diesem Fall Merz.

Oertel will heute nichts mehr davon wissen, wie er einst alle Hoffnungen in Merz setzte, ihn verklärte. »Merz ist ein armes Würstchen«, sagt Oertel. Er habe sich in ihm getäuscht. Oertel missfällt Merz' Personalpolitik: »Warum schmeißt er die Ostdeutschen raus?« Auch die Rentenpolitik stört ihn, etwa die Abschaffung der »Rente mit 63«. Nach 45 Jahren auf dem Bau oder in der Altenpflege sei es genug, findet Oertel. »Dies kann natürlich ein Politiker, der diese Vorschriften macht, nicht nachvollziehen.«

Die ostdeutschen CDU-Landesverbände setzten sich besonders stark für Merz ein. Lange sah es so aus, als spräche der Sauerländer mit den markigen Sprüchen der ostdeutschen Basis aus dem Herzen, während dem Aachener Laschet Unverständnis für die ostdeutsche Mentalität nachgesagt wurde. Besonders heftig traf der Unmut im Osten Annegret Kramp-Karrenbauer. Nachdem die Thüringer CDU-Abgeordneten mit den

Stimmen der AfD den FDP-Mann Thomas Kemmerich 2020 zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten gewählt hatten, versuchte sie vergebens, ihre Leute von einer Neuwahl zu überzeugen. In einer Nachtsitzung in Erfurt redete sie auf die Abgeordneten ein. Bald darauf kündigte sie ihren Rücktritt als Parteivorsitzende an.

Auch nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern dürften die Regierungsbildungen kompliziert werden. So wie damals Kramp-Karrenbauer könnte dann Merz vor der Frage stehen, wie die ostdeutschen Christdemokraten es mit der AfD halten. Dem Kanzler droht eine schwierige Bewährungsprobe.

Nicht nur im Osten, auch im Westen sitzt der Ärger über Merz tief. Stephan Neher, 52, ist Oberbürgermeister im baden-württembergischen Rottenburg am Neckar. Seit mehr als 30 Jahren fühle er sich bei den Christdemokraten zu Hause, sei »Mitglied mit Leib und Seele«, sagt er. Doch was Merz im fernen Berlin macht, bereitet ihm Sorgen. »Der angekündigte Befreiungsschlag des Kanzlers mündete in noch mehr Chaos«, sagt Neher, »das ist katastrophal.«

Nicht einmal Personalbesetzungen gelängen ohne Pannen und beschädigte Politiker, das hinterlasse mehr als nur ein Grummeln an der Parteibasis. »Wie das mit Ex-Verkehrsminister Schnieder vonstattenging, passt nicht zu einer christlichen Partei.« So etwas käme bei den Wählern nicht gut an. »Man kommt nicht um die Note Mangelhaft für den Kanzler herum.«

Neher erzählt, er vernehme in seinem Bekanntenkreis immer öfter Sympathiebekundungen für die AfD: Vielleicht sollte man mal die Blauen ranlassen, viel schlechter als jetzt könne es nicht werden, solche Sätze. »Das ist fatal«, sagt er.

Selbst in Merz' Landesverband Nordrhein-Westfalen ist die Kritik am Kanzler laut. Maurice Winter, 39, ist Kreisvorsitzender der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis, seit November ist er Bürgermeister der 28.000-Einwohner-Stadt Leichlingen im Rheinland.

Vor eineinhalb Jahren machte Winter noch Wahlkampf für Merz. Bei Minusgraden klebte er Plakate. »Mit Schal und Handschuhen« stand er mit anderen CDU-Mitgliedern an Infoständen und erklärte den Menschen, was die Partei mit einem Kanzler Merz vorhatte, was sich alles ändern würde nach den chaotischen Ampel-Jahren. »Ich war überzeugt davon, dass er der Richtige ist«, sagt Winter. Merz, das war für ihn einer, der es ernst meint mit den Reformen. »Ich habe fest daran geglaubt, dass er mit seiner Wirtschaftskompetenz das Land voranbringt.«

Dann kam das Sondervermögen: 500 Milliarden Euro zusätzliche Schulden. »Ich fand das unglücklich«, sagt Winter. Wochenlang

»Merz ist ein armes Würstchen.«

Gerhard Oertel, einstiger Merz-Fan

habe er den Menschen erzählt, wie wichtig es sei, die Schuldenbremse einzuhalten – »also das Gegenteil von dem, was dann passierte«. Für die Mitglieder vor Ort sei das schwer zu verdauen gewesen. Winter spricht von einem »Störgefühl«, das sich über die Zeit weiter verfestigt habe. »Wenn Parteimitglieder nicht verstehen, was in Berlin passiert, können wir es den Menschen vor Ort auch nicht erklären«, sagt er. »Das halte ich für problematisch.«

Dass dann auch noch der angekündigte »Herbst der Reformen« ausblieb, habe ihn enttäuscht. »Wenn Versprechen aus Berlin nicht eingehalten werden, ist das für uns hier vor Ort ein Problem, weil die Menschen Antworten erwarten, die wir selbst nicht geben können.« Ob die Kabinettsumbildung nun Tempo in den Reformprozess bringt? Winter ist skeptisch: »Dafür hätte man wohl auf der anderen Seite der Regierungsbank, bei der SPD, auch ein paar Wechsel machen müssen.«

Die CDU-Basis, so scheint es, senkt den Daumen über ihren Kanzler. Aber was folgt daraus? Muss Merz weg?

»Er muss jetzt das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen«, sagt Bürgermeister Winter. Von einem Wechsel im Kanzleramt hält er nichts. »Die Leute haben Friedrich Merz gewählt – und nicht Hendrik Wüst oder

Ex-JU-Landeschefin Strohschneider:

»Inzwischen bin ich wirklich enttäuscht«



Timo Lehmann / DER SPIEGEL

jemand anderen. Ich erwarte, dass Merz diesen Auftrag erfüllt.«

Die CDU galt lange als Machtmaschine, als Partei, die sich wie keine andere auf diszipliniertes Regierungshandwerk versteht. Inzwischen erkennen einige an der Basis ihre Partei nicht mehr wieder.

Klaus Voussem, 55, ist Vizefraktionschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Er vertritt den Wahlkreis Euskirchen I, der im Süden an den Bundestagswahlkreis Bitburg grenzt, vertreten durch den geschassten Verkehrsminister Patrick Schnieder. Die beiden kennen sich lange. »Personalentscheidungen müssen transparent begründet und respektvoll kommuniziert werden«, sagt Voussem. »Dazu gehört auch, dass Leistungen und Verdienste, wie die von Patrick Schnieder, ausdrücklich gewürdigt werden.« Schnieder habe viele Jahre in Rheinland-Pfalz und als Abgeordneter im Bundestag Verantwortung getragen und mit dem Verkehrsministerium ein »durchaus komplexes« Ressort übernommen. Das mit der Wertschätzung, sagt Voussem, sei »in diesem Fall so nicht gelungen«. Gleichwohl respektiere er die Entscheidung des Bundeskanzlers.

Für die Menschen vor Ort, in seinem Wahlkreis in Euskirchen etwa, sei es zweitrangig, wer in Berlin auf welcher Position sitze. »Personalwechsel können helfen«, sagt Voussem. Aber ein Befreiungsschlag gelinge nur, wenn die handelnden Personen an einem Strang zögen. »Bürgerinnen und Bürger erwarten, gerade von einer Partei wie der CDU, Stabilität und Verantwortungsbewusstsein – nicht Dauerkonflikte und interne Lagerkämpfe«, sagt Voussem.

Bevor er ins Kanzleramt einzog, hatte Merz »CDU pur« in Aussicht gestellt. Klare Kante, keine Kompromisse. Ohne beidseitige Zugeständnisse kann eine Koalition wie Schwarz-Rot aber nicht funktionieren. An der CDU-Spitze ist das inzwischen jedem klar, an der Basis aber sträuben sich viele dagegen. Dann heißt es, die CDU würde sich gegen die SPD nicht durchsetzen, lasse sich von ihr über den Tisch ziehen.

Wohin führt diese Enttäuschung? Stärkt sie am Ende jene in der Union, die ihre Ziele im Zweifel auch mit der AfD verfolgen würden?

Laura Strohschneider, die zurückgetretene Landeschefin der JU in Brandenburg, hätte da keine Skrupel. »Natürlich müssen wir für das stimmen, was wir für richtig halten, auch wenn die AfD zustimmt«, sagt sie. Sie hielt es für richtig, dass Merz vor der Bundestagswahl einen Antrag zur Migration mit Stimmen der AfD durchbrachte.

Strohschneider will sich jetzt wieder stärker ihrer Promotion widmen. Die Arbeit handelt von einer in Deutschland kaum erprobten Regierungsform: der Minderheitsregierung.

Christine Keck, Timo Lehmann, Miriam Olbrisch **5**

Mann fürs Gefühlig

Kabinett Alois Rainer ist das blasseste Mitglied in der Regierung Merz. Jetzt will der Landwirtschaftsminister als oberster Heimatpolitiker punkten.

Alois Rainer hat sich Zeit gelassen, mehr als ein Jahr, bevor er öffentlich sein Ministeramt vollumfänglich wahrnimmt. Sein Team hat einen Brandenburger Tümpel mit Trauerweide im Dorf Golzow für ihn gecastet, als idealen Hintergrund für die Vorstellung seiner »Heimat-Agenda«: Zwei Acrylgaspulte haben die Mitarbeiter an diesem Julisommertag aus der Stadt mitgebracht, zwei Mikrofone, das neben ihm übernimmt die Präsidentin des deutschen Landfrauenverbands. Die Brandenburger Mittagssonne leuchtet die Szene aus. Es geht um Rainers »Heimatpolitik«.

»Wir brauchen viel mehr Mutmacher, nicht die ständigen Miesmacher«, ruft er. Heimat gehöre denen, die sich um das Mit- einander kümmern, nicht denen, die das Gegeneinander organisieren.

Der Bundeslandwirtschaftsminister ist auf Sommertour, fünf Tage in den östlichen Bundesländern. Und womöglich hat er hier seine Aufgabe gefunden.

Alois Rainer, zuständig für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, ist der blasseste Minister im Kabinett von Friedrich Merz. Nun ist er auch offiziell Heimatminister. Den neuen Titel trägt sein Haus zwar schon seit Beginn dieser Legislatur. Das Ministerium sollte um die Zuständigkeit für »Heimat« erweitert werden und zu diesem Zweck Stellen vom Innenministerium übernehmen. Aber was Rainer mit der Heimat anstellen will, dazu gab es lange keinen Plan.

Rainer wurde bundesweit zunächst als Fleischer bekannt, das hatte er seinem Parteivorsitzenden Markus Söder zu verdanken, der ihn nach dem grünen Vegetarier Cem Özdemir als »schwarzen Metzger« an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums ankündigte. Dass er zuvor schon über zehn Jahre im Bundestag gesessen hatte, war vergessen. Fortan schien es, als wäre Rainer (CSU) von der Wursttheke aus Haibach im Bayerischen Wald direkt ins Berliner Ministerium marschiert.

Lange war es still um ihn. Monatelang verzeichnete Rainers öffentlicher Kalender größtenteils nicht öffentliche Termine. Nach den Bauernprotesten wegen der Streichung der Agrardiesel-Subventionen vor zweieinhalb Jahren galt es vielen schon als Fortschritt, wenn es eine Weile ruhig blieb unter den Bauern. Das Landwirtschaftsministerium gilt als kleines Ressort, nicht so wichtig wie andere. Trotzdem nutzten es viele Amts-

inhaber, um sich zu profilieren. Die Grüne Renate Künast legte sich mit dem Bauernverband an und stritt für gesunde Ernährung. Kampfeslustig hatte sie ihr Lebensthema gefunden. Julia Klöckner flirtete mit Lobbyisten und brachte das Verbot, massenhaft männliche Küken zu töten, auf den Weg. Und der heutige grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Cem Özdemir, stellte sich den tobenden Bauern entgegen, die gegen die Verteuerung von Agrardiesel protestierten und im Berliner Regierungsviertel hup-ten. Er kämpfte für tierwohlrechtlichen Stallumbau und ein Verbot von Werbung für ungesunde Lebensmittel, die sich an Kinder unter 14 Jahren richtet.

Rainer ist nicht so kampfeslustig wie Renate Künast, nicht so schillernd wie Julia Klöckner und nicht so ehrgeizig wie Cem Özdemir. Seine Politik ist von der des Bauernverbands kaum zu unterscheiden. Dass Alois Rainer im Stillen wirkt, bedeutet allerdings nicht, dass nichts geschieht.

Er hat dafür gesorgt, dass Landwirte nun nicht mehr darlegen müssen, wie viel Düngemittel sie in die Böden einbringen. Die sogenannte »Stoffstrombilanz« sollte verhindern, dass zu viel Nitrat die Gewässer belastet. Bei Rainer heißt das Bürokratie – und kann weg. Landwirte dürfen Rinder weiter in Anbindehaltung fixieren. Agrardiesel ist wieder steuerermäßigt. Der Wolf ist ins Jagdgesetz aufgenommen und darf erschossen werden. Und Özdemirs Paradeprojekt, seine Milliarde für Stallumbauten zugunsten des Tierwohls, hat Rainer im September schlicht kassiert.

Rainer wickelt für die Landwirtschaft das Erbe der Ampel genauso gründlich ab, wie Katherina Reiche das in der Wirtschaft mit den erneuerbaren Energien tut. Nur macht Rainer dabei weniger Lärm.

Es ist noch vor acht Uhr am Morgen, zwei Stunden vor dem Termin am Tümpel, im Choriner Ortsteil Serwest im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Endmoränenlandschaft. Vor dem Gemeindehaus Stehtische mit Blumen und Apfelschnitzen, daran im Warten auf den Minister vereint: die Feuerwehr, der Bürgermeister, der Landrat, Dorfbewohner, der Pfarrer, Ehrenamtliche.

»Als Landwirtschaftsminister macht er alles, was wir nicht wollen«, sagt eine Frau über Alois Rainer. Aber heute komme er ja als Heimatminister. Er will sich das Gemeindehaus anschauen, dessen Erhalt sein Mi-

nisterium mit 150.000 Euro gefördert hat. Das Haus hätte verkauft werden sollen, die Gemeinde braucht Geld, aber die Dorfbewohner wollten das nicht hinnehmen. Einige von ihnen sind in dem Backsteingemäuer vor Jahrzehnten in die Kita oder zur Schule gegangen, sie haben dort gefeiert, gegessen und Mittagsschlaf gemacht. Also bewarben sie sich um eine Förderung und haben mit viel Eigenleistung das Haus saniert. Heute bieten sie Yogastunden, Tischtennis, ein Café und Hochzeitsfeiern.

Es ist ein Erfolg der Ehrenamtlichen aus dem Ort. Und jetzt gleich ist es auch Alois Rainers Erfolg. Liefse der nicht auf sich warten.

Der langjährige Landrat im Kreis Barnim, Daniel Kurth von der SPD, überlegt noch, wie er seine Haltung zum Heimatminister höflich ausdrücken soll. Ihm sei schon bewusst, sagt er, dass man auf dem Land keine Universitätsklinik erwarten dürfe, doch wenn immer mehr Krankenhäuser sterben und die Wege für ärztliche Versorgung immer weiter werden, sei es mit den »gleichwertigen Lebensverhältnissen« nicht mehr so weit her, immerhin ein Grundgesetzauftrag. Und wenn die Dieselpreise steigen, ohne dass das Budget der öffentlichen Verkehrsbetriebe erhöht wird, muss er vor Ort den Busfahrplan ausdünnen. Stück für Stück, sagt Kurth, fielen damit die Voraussetzungen weg, die es erst ermöglichen, dass die Leute ihren Wohnort als Heimat empfinden können.

Man kann den Landrat so verstehen: Auch Heimat muss zuerst einfach funktionieren. Wenn die Daseinsfürsorge bedroht ist, muss ihm mit einem Heimatministerium eigentlich niemand mehr kommen.

Da fährt der Minister vor. Er stellt sich an den Stehtisch und packt im deutlichsten Bairisch seine Vergangenheit aus: 18 Jahre lang sei er Bürgermeister in seinem Heimatdorf Haibach gewesen, einem kleinen Ort im Bayerischen Wald. Er wisse also, wie es ist, im reichen Deutschland als Kommune klamm zu sein. Fehlendes Geld hätten sie damals durch Ideen und Ehrenamt wettgemacht, so hätten sie ihr Freibad gerettet. Das ehrenamtliche Engagement, hier vor Ort, das sei »aller Ehren wert«, lobt der Minister. Er lobt die vielen guten Ideen, den Einsatz der Landfrauen. Er lobt ihre Beständigkeit und Kraft.

So redet wohl jemand, der kaum Budget hat. Rainer ist jetzt zwar Bundesminister, muss aber selbst sparen. Garantieren könne er nichts, aber bewerben sollen sich die Serwester trotzdem noch einmal für eine weitere Förderung.

Die Grenze zwischen Wertschätzung und Zynismus ist manchmal schmal, Rainer ist vor allem gekommen, um vor Ort die Seele zu streicheln. Er flaniert durch die renovierten Räume, sieht Kunst an den Wänden, lobt

das Café, das zweimal in der Woche geöffnet hat und wo zu DDR-Zeiten Kitakindern das Mittagessen serviert wurde. Der Minister serviert Wertschätzung. Vor dem Fenster liegen Acker und Wald. Daheim, erzählt Rainer, gehe er regelmäßig in den Wald, um Pilze zu suchen. Das sei für ihn die beste Entspannung. »Schwammerln heißen die bei uns – kennen Sie Schwammerln?«, fragt er in die Runde. Es klingt wie »Lieben Sie Brahms?«, das Angebot, eine Leidenschaft zu teilen. Er fragt noch einmal, Nicken im Saal, ja, ja, doch, Pilzesuchen kennen sie.

Heimat ist, wenn der Bus nicht fährt? Nein, Heimat ist vor allem: eine gemeinsame Beschwörung.

»Heimat ist dort, wo das Herz schlägt«, sagt Rainer draußen vor der Tür etwas kalenderspruchartig. Sein eigenes Herz schlage, natürlich, in Haibach, wo seit Generationen seine Familie lebt.

Etwas merkwürdig wirkt es schon, hier draußen in der frischen Landluft mit dem CSU-Minister unter Landfrauen. Wie beide hier mit einem traditionell bebilderten Begriff Heimat für Anfänger zelebrieren. Seit wann verantworten Ministerien auch den Gefühlshaushalt der Bürger? Ist das eine Übertretung der Befugnisse oder genau das, was der Politik fehlt? Angenommen, Heimat ist ein sehr persönliches Gefühl von Zugehörigkeit – kann dafür ein Ministerium im fernen Berlin zuständig sein? Und wie kann ein Minister etwas an der deutschen Innerlichkeit ändern, wenn die Politik sich schon mit den Äußerlichkeiten schwertut? Die Wähler nicht mehr richtig zu verstehen scheint? Entgeistert auf die Umfragen starrt? Welche konkreten Maßnahmen sollen da helfen?

Anruf bei Bernd Schwang, Leiter des neuen Referats 411, »Heimat, Regionale Kultur und Regionale Identität«. Das Referat existiert seit März, seitdem ist auch Schwang im Amt. Mit der neuen Aufgabe sind aus dem Innenministerium acht Stellen herübergewandert, vier davon ins Referat 411.

Das Ministerium wäre in Heimatfragen gern Problemlöser, erläutert Schwang. Es soll deshalb keine folgenlosen, öffentlichen Bürgerdialoge geben, aus denen das Ministerium nur offene Fragen nach Berlin mitnimmt. Experten sollen Fragen vor Ort gleich beantworten können.

Schwang schweben als neu entwickeltes Format sogenannte »Arbeitsbesuche« vor, die nicht öffentlich, sondern »vertrauensvoll gemeinsam am Besprechungstisch« stattfinden. Dort soll sofort an einem konkreten Problem gearbeitet werden, das vorher gemeinsam mit den Kommunen identifiziert wurde. Idealerweise bringt das Ministerium seine entsprechenden Experten zum Besuch gleich mit. Ein paarmal sei das schon gelungen. Etwa bei verunsicherten Steillagenwinzern an der Mosel: Eine EU-Verordnung



Minister Rainer im brandenburgischen Chorin: Vor Ort die Seele streicheln

hatte dazu geführt, dass traditionelle Lagebezeichnungen im Weinbau nicht mehr wie bisher auf dem Etikett verwendet werden können. Es war nicht klar, was das für ihre bekannten Lagen Piesporter Goldtröpfchen, Kröyer Nacktarsch oder Zeller Schwarze Katz bedeuten würde. Das Berliner Ministeriumsteam fand Möglichkeiten, wie sie die regionalen Bezeichnungen doch weiterverwenden können.

Man kann sagen: Als Heimatminister hat Alois Rainer den Moselwinzern womöglich den Kröyer Nacktarsch gerettet.

Für ein Bundesministerium ist das brutal regional und extrem kleinteilig. Aber genau so solle es sein, heißt es aus dem Ministe-

rium. Schwang verweist auf das übergeordnete Ziel: Vertrauen in den Staat schaffen – oder es wiedergewinnen.

Hier liegt womöglich der Kern von Rainers neuer Zuständigkeit: Heimat ist ein kultureller Kampfbegriff geworden, der Minister soll dem Anspruch der Nationalisten auf den Begriff etwas entgegensetzen. Er soll der Demokratie dabei helfen, sich zu behaupten.

»Es geht auch darum, reale oder gefühlte Distanz zwischen Politik und Bürgern abzubauen«, hatte Schwang noch gesagt. Zwei Besuche im Jahr in jedem Bundesland fände er dafür ideal.

Deike Diening

Ein Zimmer mehr? Macht doppelt so viel Miete

Berlin Eine Familie findet keine größere Bleibe, eine Rentnerin keine kleinere, und ein Student zieht schon wieder um: Kein Thema beschäftigt die Hauptstadt vor der Abgeordnetenhauswahl im September so sehr wie das Wohnen.

An der Straßenkreuzung in Berlin-Schöneberg stehen an diesem Samstagmittag die Verzweifelten: Neuberliner, Paare, Eltern mit Kindern, Menschen, die ausziehen müssen oder umziehen wollen. Sie hoffen, bald Mieter einer Altbauwohnung zu werden: zwei-einhalb Zimmer, 67 Quadratmeter, 1381 Euro warm. Als »renovierungsbedürftig« wird sie in der Anzeige beschrieben. Dennoch wächst die Schlange kurz vor Beginn der Besichtigung auf rund 50 Menschen. Ein Paar knutscht, ein Vater und eine Mutter scherzen mit ihren Kindern, manche trinken Kaffee oder starren auf ihr Smartphone. Wer in Berlin eine Wohnung sucht, braucht Geduld.

Im vorderen Drittel der Schlange warten Nico, 36, und Lucia, 34. Die beiden möchten zusammenziehen. Einen Monat haben sie noch, erzählen sie, dann muss er raus aus seiner Wohnung. Die Suche beschreiben die beiden als »nervlich anstrengend«. Sie haben inzwischen ein Schufa-Abo, sagt Lucia, um Vermietern jederzeit einen aktuellen Nachweis ihrer Zahlungsfähigkeit vorlegen zu können. Kostenpflichtige Accounts bei Immobilienplattformen seien ohnehin Pflicht, um überhaupt eine Chance zu haben. Das verschlingt alles Geld, oder wie sie es nennt: »Man wird gemolken.«

Eine Frau und ein Mann mischen sich in die Unterhaltung ein, die Wohnungssuche verbindet. Die vier erzählen von Menschen, die Gehaltsabrechnungen fälschten, um bessere Chancen zu haben. Die Tausende Euro Ablöse für Möbel zahlten, um vom Vermieter vorgeschlagen zu werden. Oder denen teure Mietverträge für ganz normale Wohnungen vorgelegt wurden, mit denen Vermieter versuchten, die Mietpreiskontrolle zu umgehen.

Kein Thema ist für die Berlinerinnen und Berliner laut Umfragen im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl am 20. September so drängend wie die Situation auf dem Wohnungsmarkt. In der Stadt ist es eng geworden. Schon jetzt wären 100.000 neue Wohnungen nötig, um die Lage zu entspannen. Dazu explodieren die Preise: In keiner der 14 größten deutschen Städte sind die Online-Angebotsmieten innerhalb von zehn Jahren so enorm gestiegen wie in Berlin – laut Investitionsbank Berlin um rund 75 Prozent auf 15,78 Euro kalt pro Quadratmeter im vergangenen Jahr.

Das Selbstverständnis einer ganzen Stadt leidet: In Berlin kann jeder sein, was und

wer er will? Gilt nur noch für diejenigen, die sich überhaupt leisten können, hier zu leben – und die irgendwo einen Platz finden. Wie konnte es so weit kommen?

Max Fröhlich, 39, Arzt

»Meine Frau und ich sind 2019 in eine 91-Quadratmeter-Wohnung im Wedding gezogen, drei Zimmer, 1100 Euro Nettokaltmiete. Inzwischen haben wir zwei Kinder, deshalb suchen wir nach einer Wohnung mit vier oder fünf Zimmern. Das wird teuer, das ist uns bewusst: Schon für ein Zimmer mehr würden wir mehr als doppelt so viel Miete zahlen wie bisher. Wir sind beide Ärzte, wir könnten das stemmen. Trotzdem tut es weh.

Auf der Suche sind wir eigentlich seit 2020, nicht nur über die üblichen Plattformen. Die sind wahnsinnig anstrengend, es gibt zu viele Tauschangebote oder möblierte Wohnungen. Wir nutzen inzwischen Kontakte, fragen viel herum. In einem Jahr, vor der Einschulung unseres ersten Kindes, würden wir gern in einer neuen Wohnung sein. Mit dem Schulweg wird es sonst kompliziert. Wir wollen aber in der Stadt bleiben. Wir sind nicht die Typen für ein Leben am Stadtrand.

Für mich ist Wohnen – neben Verkehr – eines der wichtigsten Themen für die Wahl im September. Ich glaube aber, es wird schwer, den Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen. Der Karren steckt zu tief im Dreck.

Die Folge spüren wir schon jetzt: Wie Kinder in Berlin aufwachsen, verändert sich. Es wird wieder normaler, dass Familien auf engerem Raum leben und Kinder sich ein Zimmer teilen müssen. Wir kennen auch Eltern, die sich in Altbauwohnungen eine Hochebene ins Wohnzimmer gezogen haben, um dort zu schlafen. Auch darüber denken wir nach.«

Wer in Berlin in einer Mietwohnung lebt, zahlt laut der zuständigen Senatsverwaltung aktuell im Mittel 7,71 Euro kalt pro Quadratmeter. Auch dieser Wert steigt, aber nicht so stark. Die Kluft zwischen den hohen Angebotsmieten und den Bestandsmieten wird immer größer. Die Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins, Wibke Werner, beobachtet: »Es ist kaum Bewegung im Markt. Wer eine Wohnung hat, kann sich noch glücklich schätzen und zieht nicht um. Wer eine sucht, hat enorme Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.«

Zudem werde zu wenig gebaut. »Und wenn gebaut wird, dann als Eigentumswohnung oder zu sehr teuren Einstiegswohnungen von mindestens 20 Euro pro Quadratmeter«, sagt Werner.

Zwar gilt in Berlin seit Juni 2015 eine Mietpreiskontrolle; bei Neuvermietungen darf die Miete das ortsübliche Niveau um nicht mehr als zehn Prozent überschreiten. Doch es gibt Ausnahmen. So fallen etwa Neubauten nicht unter die Mietpreiskontrolle. Manche Vermieter versuchen auch, die Vorschriften mithilfe eines Möblierungszuschlags zu umgehen. Oder sie vermieten einzelne Zimmer einer Wohnung, weil das mehr einbringt, als die gesamte Wohnung an eine WG zu vergeben.

In vielen Fällen ist die Höhe der Mieten schlicht illegal, wie der »Mietenscan« zeigt, ein neues Instrument des Senats: Bei gut 4500 Wohnungsinseraten im Juni wurde in fast der Hälfte der Fälle mutmaßlich zu viel Miete verlangt.

Der schwarz-rote Senat versucht gegenzusteuern. Im Berliner Mietskatalog sollen künftig alle 1,8 Millionen Mietwohnungen inklusive ihrer Nettokaltmiete erfasst werden. So will das Land überhöhte Mieten einfacher erkennen. Seit Ende 2024 gilt zudem ein Schneller-Bauen-Gesetz. Kritiker sagen, dass beides zu wenig nütze.

Johannes Homann, 23, Student

»Ich studiere seit April 2023 an der TU Berlin Wirtschaftsingenieurwesen. Seitdem bin ich dreimal umgezogen. Im Dezember 2024 habe ich mich auf einen Platz im Studentenwohnheim beworben, bisher vergeblich. Ich hoffe, dass es zum nächsten Wintersemester klappt, sonst ist es ohnehin zu spät: Ich muss nur noch meine Bachelorarbeit schreiben.

Im ersten Semester einen Platz im Studentenwohnheim zu bekommen, ist im Normalfall unmöglich. Man kann sich erst kurz vor Semesterbeginn bewerben, und die Wartelisten sind lang.

Erst vor Kurzem habe ich mein WG-Zimmer gekündigt. Seit Januar wohne ich hier mit einem Kumpel, er zieht aber aus, und allein will ich nicht bleiben. Unser Vermieter wohnt im Keller, das Zusammenleben ist speziell.

Findet man in Berlin eine Wohnung in einer einigermaßen guten Lage, gibt es immer einen Haken. Einmal habe ich in einer



1 | Hochhäuser am Berliner Alexanderplatz 2 | Vater Fröhlich 3 | Mieter Homann 4 | Rentnerin Thalheim

Elliott Kreyenberg / DER SPIEGEL (4)

Kellerwohnung gewohnt, ein anderes Mal vermietete meine Vermieterin das zweite Zimmer über Airbnb, und ich hatte ständig fremde Leute in der Wohnung. Eine Auswahl hatte ich nie. Wenn ich ein Zimmer angeboten bekommen habe, dann habe ich es genommen.

Ob ich auch meinen Master in Berlin mache, weiß ich nicht. Die Wohnsituation spielt bei meiner Entscheidung eine Rolle. Besuche ich Freunde in Aachen oder Erlangen, sehe ich, wie man dort leben kann, wenn man 450 Euro für die Miete ausgibt.

Ich habe für jedes meiner Zimmer mehr gezahlt, im Moment sind es 600 Euro warm. Berlin ist eine tolle Stadt, aber durch die hohen Wohnkosten verliert sie an Lebensqualität.«

Vor allem die Linke setzt im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl auf das Thema Mieten und Wohnen. In der aktuellsten Umfrage liegt die Partei mit 21 Prozent vor allen anderen. Sie könnte mit Elif Eralp, einer 45-jährigen Juristin, bald die Regierende Bürgermeisterin stellen. Es wäre ein Novum für die Stadt.

Die Linke ist für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne, sie fordert einen Mietendeckel für landeseigene Wohnungsunternehmen und ein Landesamt für Mieterschutz, das gegen überhöhte Mieten vorgeht. Die Grünen wollen, wie die Linken auch, ein Gesetz, das Vermieter mit mehr als 50 Wohnungen verpflichtet, einen Anteil der frei werdenden Wohnungen an Menschen mit wenig Geld zu vergeben. Die SPD will

unter anderem einen Mietendeckel und eine »Mietenpolizei« gegen Wuchermieten. CDU, FDP und AfD wollen vor allem schneller, unkomplizierter und mehr bauen und Wohneigentum fördern.

Beide Gruppen hätten erkannt, wie sehr das Thema die Menschen bewegt, sagt Matthias Bernt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner bei Berlin. Das Problem aus seiner Sicht: Reformversuche würden blockiert oder blieben in der Umsetzung stecken, man schaffe es deshalb nicht, die Bürger zu entlasten.

Als Beispiel nennt er den Versuch des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, über das Vorkaufsrecht zugunsten landeseigener Wohnungsunternehmen oder der bezirksnahen Genossenschaft »Diese« einen Ver-

kauf von Häusern an Investoren zu verhindern. Wegen der hohen Kaufpreise entstanden für »Diese« schnell enorme finanzielle Risiken, das Land Berlin musste die Genossenschaft schließlich vor der Pleite retten.

Oder den über Berlin hinaus bekannten Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« aus dem Jahr 2021, damals unterstützt vor allem von der Linken und Teilen der Grünen. Obwohl erfolgreich, wurde er nicht umgesetzt und wird es möglicherweise auch nicht mehr. Die Bundesregierung hat jüngst angekündigt, die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen durch Landesgesetze zu verbieten.

Rund 58 Prozent hatten damals für die Vergesellschaftungspläne gestimmt. »Das zeigt: Viele finden wirklich, dass etwas passieren muss«, sagt Bernt. »Und sie sind bereit, dafür auch radikale Schritte zu unterstützen. Da ist Druck im Kessel.« Er sei wenig optimistisch, dass sich nach der Wahl im September etwas ändere: »Laut den Umfragen sind nur Regierungskonstellationen mit drei Parteien möglich. Keine dieser Konstellationen hat eine klare, gemeinsame politische Vision für den Wohnungsmarkt.«

Ingrid Thalheim, 81, Rentnerin

»Meine 132-Quadratmeter-Wohnung liegt in Berlin-Mitte direkt am Monbijoupark. Sie hat fünf Zimmer, Küche, Bad und Toilette sind getrennt. Mit meinem Mann und unseren beiden Kindern bin ich 1978 hier eingezogen. Inzwischen wohne ich allein. Manchmal ist mein Enkel da, er ist bei mir aufgewachsen und hat noch sein Zimmer.

Ich habe mich in den vergangenen zehn Jahren bemüht, eine kleinere Wohnung zu finden, ich brauche so viel Platz ja gar nicht. Momentan bezahle ich mit Betriebskosten knapp 1100 Euro pro Monat, hinzu kommen Strom und Gas. Eine kleinere Wohnung würde voraussichtlich mehr kosten. Mein Vermieter, die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte, hat mir angeboten, zu den gleichen Konditionen in eine andere Wohnung zu ziehen. Die war aber in einem dieser abgewohnten DDR-Bauten, das wollte ich nicht.

An den Stadtrand zu ziehen, kann ich mir nach so langer Zeit nicht vorstellen. Ich bin kulturinteressiert. Aus dem Wohnzimmerfenster sehe ich das Bode-Museum, aus Bad und Toilette ebenso. Wo gibt es das schon? Meine Umzugspläne ruhen aktuell, mit höherem Alter wird das immer aufwendiger. Und wenn ich irgendwann jemanden brauche, der mich pflegt, kann der vielleicht gleich hier wohnen.

Ein schlechtes Gewissen habe ich trotzdem, wenn ich höre, dass Familien dringend eine Wohnung suchen, und ich hier allein lebe. Ich bin kein Mensch, der sagt: Hauptsache, mir geht es gut. Ich vermisse den politischen Willen, die Wohnungssituation für

die Menschen zu verbessern. Denn selbst wenn ich jetzt umziehen würde, müssten die nächsten Mieter hier bestimmt doppelt so viel Miete bezahlen wie ich.«

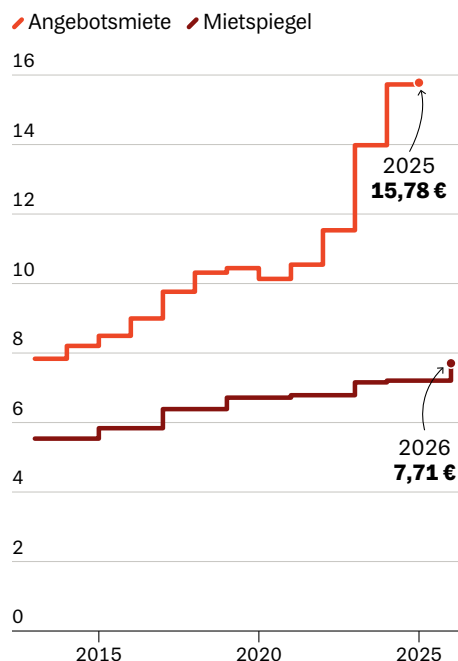
In vielen deutschen Großstädten sind steigende Mieten und zu wenig Wohnraum ein Problem. In Berlin aber noch einmal mehr. Soziologe Bernt vom IRS sagt: »Berlin ist Mieterstadt.« Rund 85 Prozent der Menschen in Berlin leben zur Miete, in München und Köln sind es schätzungsweise rund 75 Prozent, in Hamburg 77 Prozent. Das Thema betrifft in der Hauptstadt also einfach mehr Menschen.

Zudem habe sich Berlin in den vergangenen 20 Jahren enorm verändert, sagt Bernt. In den Nullerjahren stagnierte die Bevölkerung. »Das ist diese Berlin-Legende: Wir haben damals auf 100 Quadratmetern für einen Apfel und ein Ei gewohnt und konnten quasi umsonst ausgehen. Ein bisschen stimmt das.« Danach habe es einen »enorm schnellen Wandel« gegeben.

2010 lebten 3,39 Millionen Menschen in der Stadt, fünfzehn Jahre später waren es 3,91 Millionen. »Die Ausweitung des Angebots in Form von Neubau blieb dahinter zurück, sodass steigende Preise die Folge waren«, heißt es bürokratisch im Wohnraumbedarfsbericht des Landes Berlin. Der Bedarf an Neubau ist enorm: Selbst wenn man für alle Menschen Wohnungen bauen

Teures Wohnen

Median der monatlichen Angebotsmieten* und der ortsüblichen Vergleichsmiete in Berlin, netto kalt in € pro m² Wohnfläche



* anhand von Online-Wohnungsinseraten

5 • Quellen: Investitionsbank Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Berlin

würde, die jedes Jahr neu nach Berlin kommen, würde sich am angespannten Wohnungsmarkt nichts ändern, so der Bericht.

Betroffen ist nicht nur die Innenstadt. In allen Berliner Bezirken wohnen mehr Menschen als noch vor zehn Jahren. Zwar wollen vor allem Neuberliner nach Friedrichshain-Kreuzberg oder Neukölln; für Umzüge innerhalb Berlins scheinen aber besonders die Randbezirke attraktiv. Auch in Reinickendorf oder Treptow-Köpenick ist die Lage angespannt.

Mykhailo, 32, Softwareentwickler, und Olena, 27, Werbefotografin, aus der Ukraine

»Wir sind vor drei Jahren nach Berlin gekommen. In den ersten sechs Monaten haben wir in einem möblierten, viel zu teuren Kurzzeitapartment gewohnt. Von dort aus haben wir nach einer längerfristigen Bleibe gesucht. Das hat nicht geklappt, wir haben nur eine Wohnung zur Untermiete gefunden, aus der wir bald rausmüssen.

Seit fünf Monaten suchen wir, es ist sehr schwer. Wir zahlen für Plattformen wie Kleinanzeigen oder Immoscout, um unsere Chancen zu erhöhen. Wir sind in Facebook-Gruppen, auf Telegram, wir posten auf Instagram, und unsere Freunde halten Ausschau. Wir versuchen wirklich alles. Im Schnitt einmal pro Woche gehen wir zu einer Besichtigung. Dass Deutsch nicht unsere Muttersprache ist, macht es noch schwerer.

Der Markt ist so kaputt, dass wir unser Budget von 1300 Euro auf 1600 Euro Warmmiete erhöhen mussten. Finden wir keine Wohnung, holen wir uns als Übergang noch einmal ein möbliertes, teures Apartment oder schlafen bei Freunden auf der Couch. Das machen wir lieber, als eine Wohnung zu nehmen, die wir eigentlich nicht wollen. Wir arbeiten beide von zu Hause aus und werden viel Geld für die Miete ausgeben müssen. Deshalb wollen wir eine Wohnung, die für uns passt.«

In Berlin-Schöneberg dürfen Nico und Lucia jetzt zur Besichtigung in die Wohnung. Links liegt ein kleines Zimmer mit eingezogener Hochebene, daneben das Bad, geradeaus die Küche mit Balkon. Auf der rechten Flurseite sind zwei Zimmer. Die Dübel der Vormieter sind noch zu sehen, die Wände sind nicht gestrichen, der Lack an den Türen ist abgeplatzt.

So richtig zufrieden wirkt das Paar nicht. Mehr Platz wäre eigentlich schön, sagt Nico. Lucia vermutet, dass in der Wohnung zuvor geraucht wurde.

Die beiden wollen über die Wohnung nachdenken. Bei der Zahl an Interessenten ist es ohnehin unwahrscheinlich, dass sie sie bekommen. Die Suche geht weiter. Das Wochenende sei »ein Marathon«, sagt Lucia. Sie wollen noch drei weitere Wohnungen besichtigen.

Florian Kistler

Risse in der Fassade

Gesundheit Der sächsische Grünenabgeordnete Kassem Taher Saleh macht seine Depression öffentlich. Er will ein Zeichen setzen gegen zu hohe Erwartungen an Politiker und Einwanderer.

An einem Nachmittag Ende Juli, in einem Café neben der Grünen-Parteizentrale, möchte Kassem Taher Saleh über etwas reden, das ihn vor einigen Monaten aus der Bahn warf. Über den Platz hinweg, ein paar Minuten zu Fuß entfernt, ist er zehn Wochen lang in eine Tagesklinik der Berliner Charité gegangen. Um sich behandeln zu lassen, gegen eine Depression.

Taher Saleh, 33, macht seit Langem für die Grünen Politik, seit 2021 ist er Abgeordneter im Bundestag. Depressionen unter Politikern, das sei ein mit Scham behaftetes Thema, sagt er, dabei gebe es die »auch im Bundestag«.

Nur wenige Politiker reden offen darüber. Eine Ausnahme ist Michael Roth, früherer SPD-Abgeordneter, der darüber in seinem Buch »Zonen der Angst« schrieb. Im Politikbetrieb der Hauptstadt, wo 60-Stunden-Wochen und ständige Erreichbarkeit die Regel sind und der Konkurrenzdruck groß ist, werden psychische Erkrankungen lieber kaschiert.

Auch Taher Saleh behielt sein Leiden zunächst für sich. Er habe keine Schwäche zeigen wollen. »Als Mann und als migrantischer Politiker hatte ich dieses Bild von mir – ich muss stark sein, ich darf nicht verletzlich sein.« Da sei dieses Gefühl, »noch stärker im Fokus zu stehen und sich keine Fehler erlauben zu dürfen«.

Es ist ein Gefühl, dem Taher Saleh etwas entgegensetzen möchte. Auch deshalb will der Abgeordnete aus Sachsen seinen Fall öffentlich machen.

Taher Saleh kam 2003 als kurdischer Flüchtling mit seinen Eltern und drei Brüdern aus dem Irak nach Deutschland. Sie wurden in Plauen untergebracht, lebten jahrelang in einem Flüchtlingsheim. Er machte Abitur, studierte Bauingenieurwesen, arbeitete als Bauleiter, kam mit 28 Jahren erstmals in den Bundestag. »Seit unserer Flucht haben wir uns als Familie Schritt für Schritt ein besseres Leben aufgebaut«, sagt er. Es ging stets bergauf. Bis zu dem Tag, an dem es für Taher Saleh nicht weiterging.

Im Frühjahr 2025 holte ihn ein frühes Erlebnis ein. Im Bundestagswahlkampf habe er auf einem Podium in Dresden gesessen, mit anderen Kandidaten. »Plötzlich war ich für vier oder fünf Sekunden weg, in diesem Moment war ich gedanklich wieder in einer

Situation unserer Flucht«, erzählt er. Als er zu sich kam, hätten die Zuhörer geklatscht, er aber habe nicht gewusst, weshalb. »Das war der Moment, in dem ich dachte: Irgendwas stimmt mit mir nicht.« Details will er nicht öffentlich nennen, nur so viel: Ihm war durch den Kopf geschossen, wie seine Familie damals nachts einen Fluss zwischen der Türkei und Griechenland überquerte.

Nach dem Auftritt in Dresden ahnte Taher Saleh, dass er etwas tun musste. Schon zuvor habe er »Schlafstörungen, Einsamkeit, depressive Gedanken« gehabt. Es sei für ihn nicht einfach gewesen, sich einzugestehen, dass er Hilfe brauche. Die schlimmsten Stunden seien jene gewesen, in denen er zu Hause auf der Couch gelegen habe und allein gewesen sei.

Sachsen ist kein leichtes Umfeld, die AfD ist stark, die Vorurteile gegen die Grünen sind es auch. Diese Stimmung habe »unterschwellig« wohl zu seiner Erkrankung beigetragen, sagt Taher Saleh. »Dazu kommt der ganze Hass in den sozialen Medien«, auch der habe ihm zugesetzt. Kritik sei ja richtig, »aber wenn es persönlich oder rassistisch wird, ist das etwas anderes«.

Parlamentarier Saleh:

»Ich muss stark sein«



Gordon Welters / DER SPIEGEL

Monatlang suchte er erfolglos nach einem Therapeuten mit einer Migrationsgeschichte. »Als Migrant macht man Erfahrungen, die für andere oft schwer nachvollziehbar sind.« Schließlich begann er in Dresden eine Therapie bei einer Therapeutin ohne Migrationserfahrung. In den Sitzungswochen des Bundestags sprachen sie digital miteinander. Ende vergangenen Jahres, nach sieben Monaten, habe die Therapeutin gesagt: »Ich komme nicht an Sie heran«, sie müsse ihn in eine Klinik überweisen. Er habe »erst einmal schlucken müssen«. Heute ist er dankbar, dass es so kam.

Taher Salehs Familie sei zunächst »überfordert« gewesen, habe dann aber auch »sehr sensibel reagiert«. Er stamme aus »einer migrantischen Arbeiterfamilie, in der es überhaupt keinen Raum gab, um über mentale Gesundheit zu sprechen«. Bis er an der Charité einen Platz in der Tagesklinik gehabt habe, habe er nur noch funktioniert, eine »extrem große Fassade« aufgebaut. »Ich habe mich in den Bundestag geschleppt«, sagt er.

Erst als er im März seine Therapie in Berlin beginnen konnte, informierte er seine Fraktionsführung. Er müsse sich um sich und seine Gesundheit kümmern, habe er geschrieben. Über seine Depression sprach er mit der Führung erst viel später; auch, weil er nicht wusste, wie lange die Behandlung dauern würde. Er stieß auf viel Verständnis. Eine Grünenabgeordnete, seine Stellvertreterin, Mutter eines kleinen Kindes, übernahm in seiner Abwesenheit seinen Job als bau- und wohnungspolitischer Sprecher.

In der Charité traf Taher Saleh bei Gruppensitzungen auf sehr unterschiedliche Menschen, »auf einen Polier am Bau, Erzieherinnen, Rentner, einen Doktor, eine Schülerin«. Er habe keine Vorzugsbehandlung erfahren, sei gesetzlich versichert, wie er betont.

Als der Klinikaufenthalt beendet war, hörten Abgeordnete von CDU, SPD und Linken davon. Er merkte, dass er nicht allein ist. »Viele haben gesagt: Ich kenne dieses Gefühl, ich bin auch in Therapie oder habe eine Therapie gemacht.« Taher Saleh ist überzeugt: »Unsere Demokratie hängt auch davon ab, wie gesund wir sind und ob wir sie am Ende verteidigen können.«

Seit Ende Mai ist er »wieder voll im Arbeitsalltag«, wie er sagt. Er hat gerade eine Sommertour für seine Partei hinter sich. Alle zwei bis drei Wochen spricht er noch mit seiner Therapeutin.

Kann er nun besser umgehen mit dem Druck im Politikbetrieb? An Wochenenden nehme er sich mehr Zeit für sich als früher, schalte das Handy aus. Kürzlich habe er wieder mit Acrylfarben gemalt, das habe er in der Klinik gelernt. »Eine Lilie«, sagt Taher Saleh.

Severin Weiland

DIE KUNST, GUT ZU ALTERN



288 Seiten · Hardcover · 22,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

Wie schließen wir Frieden mit dem Älterwerden? Dieser Frage geht Alexander Kühn nach und spricht u.a. mit prominenten und unbekannten Menschen – darunter Nana Mouskouri, Thomas Gottschalk, der YouTuber Rezo, aber auch eine trans Frau und ein Bäckermeister. Was er sich von ihnen abschauen will und was lieber nicht, erzählt er allen, die – wie er – mit dem Älterwerden begonnen haben.

»Dieses Buch macht mir Lust aufs Altwerden ... ach nee, ich bin ja schon alt.«

Otto Waalkes



Jan Woitas / dpa

Reichinneks Männerproblem

Linke Frontfrau Heidi Reichinnek spricht vor allem junge Frauen in Städten an. Diese Strategie könnte ihrer Partei bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt zum Verhängnis werden.

Wann immer Heidi Reichinnek irgendwo auftritt, gilt die Fifty-fifty-Regel. Die Hälfte der Zeit wendet die Linken-Bundestagsfraktionschefin für ihre Rede auf, die andere für Selfies mit ihren Fans.

Ein Dienstag im Juli, mehr als 300 Menschen haben sich auf dem Holzmarkt der kleinen Stadt Köthen in Sachsen-Anhalt versammelt. Sie wollen Reichinnek und Eva von Angern hören, Spitzenkandidatin der Linken bei den Landtagswahlen am 6. September.

Eine Dreiviertelstunde lang reden die Frauen über häusliche Gewalt und Feminismus, über Sozialpolitik und Heimatverbundenheit. Dann kündigt die Moderatorin Zeit für Fotos an. Links der Bühne bildet sich rasch eine lange Schlange. Jüngere Frauen, ältere Damen, Teenagerinnen, sie alle wollen ein Foto mit Reichinnek.

Männer sind in der Schlange kaum auszumachen.

Als Reichinnek und andere Spitzenvertreterinnen der Linken damit begannen, auf TikTok und Instagram für ihre Politik zu werben, erlebte die Partei ein Comeback. Der Zuspruch kam zu einem großen Teil von jungen Frauen in Städten wie Berlin, Leipzig oder Köln. Bislang galt der weibliche Rück-

halt als Erfolgsfaktor der Linken, doch jetzt könnte er ihr Probleme bereiten. Das Wachstum der Partei gerät dort an Grenzen, wo es kaum junge, urbane Milieus gibt, die links ticken. Will die Linke auch im ländlich geprägten Sachsen-Anhalt erfolgreich sein, braucht sie nicht nur die Stimmen von Wählerinnen, sondern auch die vieler Wähler.

Studien zeigen, dass das Geschlecht einen Einfluss auf das Stimmverhalten hat. Bei der vergangenen Bundestagswahl wählten in der Gruppe der unter 25-Jährigen 35 Prozent der Frauen die Linke, aber nur 16 Prozent der Männer. Für die AfD hingegen stimmten 27 Prozent der jungen Männer und 15 Prozent der jungen Frauen. In eher ländlich geprägten Bundesländern kommt das Phänomen besonders häufig vor: Bei den diesjährigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schnitt die AfD bei Männern deutlich besser ab als bei Frauen. Die extrem rechte Partei landete deutlich vor der Linken. Die schaffte am Ende nicht einmal den Sprung über die Fünfprozenthürde.

Was tut die Linke gegen ihre Schwäche bei Männern? Die Antwort erstaunt: nicht viel. Die Partei plant für die anstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-

Vorpommern und Berlin keine gezielte Ansprache von Männern. Im Karl-Liebknecht-Haus, der Berliner Parteizentrale, glauben die Strategen, dass der Kampf für Gleichberechtigung am Ende allen zugutekommt. Wenn sie bei der Linken über Feminismus reden, sind Männer mitgemeint.

Die AfD spricht Männer gezielt an. In den sozialen Medien nutzt sie die Verunsicherung aus, die viele insbesondere junge Männer angesichts widersprüchlicher Rollenerwartungen empfinden; AfD-Vertreter geben dann Tipps, wie ein angeblich echter Mann zu sein hat. Selbst die Grünen öffnen sich für ein, wie es in der Partei heißt, positives Bild von Männlichkeit, aus Sorge davor, mit ihrer Emanzipationsrhetorik Wähler zu verschrecken. Reichinnek aber, selbst in Sachsen-Anhalt geboren, denkt nicht daran, ihren Landtagswahlkampf auf Männer auszurichten.

Sie wolle authentisch sein, sagt sie. Die Menschen auf den Marktplätzen sollen »die Heidi« erleben, die sie von TikTok kennen. Nur ihre Herkunft wolle sie stärker betonen. »Ich spreche das Ohnmachtsgefühl vieler Ostdeutscher an«, sagt Reichinnek. Und das sei keine geschlechtsspezifische Erfahrung.

Wenig später, auf dem Domplatz in Halberstadt, ist wieder Reichinnek, die Feministin, zu erleben. »Ich bin eine Ostfrau«, ruft sie vor rund 400 Menschen ins Mikrofon, »und ich lass mich nicht von Rechtsextremen in die Küche drängen.« Ihre Großmutter, ihre Mutter, sie selbst, sie alle hätten gearbeitet, traditionelle Rollenbilder lasse sie sich nicht aufzwingen. »Lasst euch nicht von so einer Westmänner-Elitepartei versarschen«, ruft Reichinnek, sie meint die AfD. Das Publikum jöhlt, es sind vor allem Frauen.

Vor 20 Jahren wählte rund ein Viertel in Sachsen-Anhalt die Linke, bei der Landtagswahl 2021 war es nur noch etwas mehr als ein Zehntel. Mit dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2025 kamen zwar neue Mitglieder, in den Ortsgruppen freuen sich die Alten über junge Engagierte, die Instagram bespielen. Auch auf der Landesliste für die Wahl finden sich mehrheitlich neue Namen.

Aber ob der Heidi-Hype die Partei im September zum Erfolg trägt, ist offen. Bei der Bundestagswahl profitierte die Linke in Sachsen-Anhalt nicht vom bundesweiten Trend, in den Zweitstimmen lag sie auf dem gleichen Niveau wie bei der Landtagswahl 2021, bei rund elf Prozent.

In Halberstadt finden dann doch noch einige junge Männer zur Linken-Kundgebung. Erst fünf, dann sieben, bald sind es zwölf, in Schwarz gekleidet. Sie öffnen Bierflaschen, zücken ihre Smartphones. Auch sie machen Fotos von Reichinnek, aber keine Selfies. Die wenigen Männer, die an diesem Nachmittag die Linke sehen wollen, sind keine Sympathisanten. Es sind Ortsbekannte Neonazis.

Marc Röhlrig

S



Rechtsextreme bei Kundgebung der »Jungen Nationalisten« in Essen

SPIEGEL TV

MONTAG, 10. 8., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Rechter Nachwuchs – Immer jünger, immer radikaler

Militant und ideologisch gefestigt: die neue, junge Neonaziszene. Der Verfassungsschutz beobachtet eine beispiellose Radikalisierungswelle unter Jugendlichen. Immer mehr schließen sich rechtsextremen Gruppen wie den »Jungen Nationalisten« an. Die Versuche der Einflussnahme reichen laut Behörde sogar bis in Grundschulen. Bislang unveröffentlichte Aufnahmen zeigen Akteure bei geheimen Gemeinschaftslagern und bei Vernetzungstreffen, zu denen Neonazis aus ganz Europa kommen. Beim Sommerfest der Partei »Die Heimat«, früher bekannt als NPD, leiten erfahrene Kader den Nachwuchs an. Dazu: die »Letzte Verteidigungswelle«, eine Gruppierung, die mit Hasspropaganda und radikalen Botschaften gezielt Jugendliche anwarb und den Rassenkampf auf der Straße propagierte. Jetzt verurteilte ein Gericht die Anführer zu Haftstrafen, unter anderem wegen versuchten Mordes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Der jüngste Angeklagte war zum Tatzeitpunkt 14 Jahre alt. SPIEGEL TV über die jungen Rechten und darüber, wie gefährlich der aktuelle Zulauf ist.



Fackelaufzug beim »JN«-Treffen

SPIEGEL TV HISTORY

EXKLUSIV AUF YOUTUBE FÜR KANAL-MITGLIEDER UND SPIEGEL+-ABONNENTEN

Der Bombenkrieg Folge 3: Die Heimatfront

Im Herbst 1943 spitzt sich die Lage im Deutschen Reich zu – der Krieg, den Nazideutschland vier Jahr zuvor begonnen hat, trifft das Land nun immer stärker an der Heimatfront. Das Leid unter der Zivilbevölkerung verstärkt sich. Im Juli hatten britische und US-amerikanische Bomberverbände einen Feuersturm apokalyptischen Ausmaßes in Hamburg entfacht. Zehntausende Menschen waren bei der »Operation Gomorrha« ums Leben gekommen, Hunderttausende wurden obdachlos. Wenige Wochen später rückt Berlin in den Fokus alliierter Angriffe. Ende August wird der Süden der Reichshauptstadt schwer getroffen. Der britische Luftmarschall Arthur Harris ruft den »Battle of Berlin« aus, der über Monate andauern und Tausende Todesopfer fordern wird. Der dritte Teil der Serie über den Bombenkrieg rekonstruiert die Schrecken der Luftangriffe auf Berlin und andere deutsche Städte mit eindrucksvollen Filmaufnahmen und ergreifenden Zeitzeugenberichten.



Hamburger Mönckebergstraße 1943

Wann zerbricht dieser Berg?

Klimawandel Ein Gipfel zerfällt, auf Hütten fehlt das Wasser, in den Tälern drohen Gerölllawinen: Naturkatastrophen gefährden zunehmend die Alpen und ihre Bewohner. Doch es gibt Möglichkeiten, die Region widerstandsfähiger zu machen.

Auf dem Hochvogel gibt es keinen Landeplatz. Der Helikopter setzt bei laufendem Motor eine Kufe auf einen Felsblock. Vier Menschen steigen aus, ducken sich, umklammern fest die Rucksäcke. Der Abwind zerrt an der Kleidung. Tür zu, der Heli dreht ab und holt die nächsten.

Für Bergwanderer ist der 2592 Meter hohe Hochvogel in den Allgäuer Alpen eine Zehn-Stunden-Tour. Weil die Ausrüstung zu schwer ist, steht an diesem Junitag das Forscherteam der Technischen Universität München (TUM) innerhalb weniger Minuten neben dem Gipfelkreuz – ohne einen Schweißtropfen. Mehrere Hundert Kilogramm Gerät haben sie dabei. Und eine schwerwiegende Frage: Wann zerbricht dieser Berg?

Der Hochvogel nahe Bad Hindelang, auf dessen Gipfel die deutsch-österreichische Grenze verläuft, bricht auseinander: In der Mitte des Gipfels klappt ein Spalt, teils mehr als 5 Meter breit und rund 40 Meter lang. Die deutsche Seite samt Gipfelkreuz gilt als stabil, doch die österreichische wird, davon ist Michael Krautblatter überzeugt, irgendwann abbrechen. Rund 400.000 Kubikmeter Fels – das Volumen von 10.000 Lkw-Ladungen – werden seinen Berechnungen zufolge in mehreren Schüben über die Südflanke ins Tal rauschen. Die Frage ist nicht ob, sondern wann das passiert.

Krautblatter, Ende vierzig, hat den Lehrstuhl für Hangbewegungen an der TUM inne. Sein Spezialgebiet: Orte sicherer machen, die der Klimawandel unsicherer macht. Der Hochvogel ist sein Forschungslabor.

»Im Frühjahr nach der Schneeschmelze sehen wir die höchste Aktivität«, sagt Krautblatter. Tatsächlich ist der Hochvogel massiv in Bewegung. Mitte Juni ist an der Südwestseite ein riesiger Block abgegangen. Ein weiterer Felskeil in Form eines Tortenstücks zeigt ebenfalls eine große Aktivität: Fünf Millimeter weitet sich der Spalt pro Woche – »das ist wahnsinnig schnell«, sagt Krautblatter. Wenn das Tortenstück abbreche, werde auch der Rest des Felsens instabil – vielleicht der Auslöser für den großen Bergsturz.

Der gesplante Gipfel ist eine Gefahr für Besucher, aber ein Glücksfall für die Forschung. Oft bemerkt man gefährliche Hangbewegungen erst, wenn der Fels schon kommt. Der Riss am Hochvogel dagegen ist seit Jahrzehnten bekannt, die Forschenden können ihn studieren. Mit seinem Team testet Krautblatter Messsysteme, die ganzjäh-

rig durchhalten müssen: bei Schnee und Eis im Winter, bei Starkregen und Blitzeinschlägen im Sommer. Die Batterien müssen halten, die Funkverbindungen auch.

»Was wir am Hochvogel sehen, lässt sich auf den gesamten Alpenraum übertragen«, sagt Krautblatter. »Damit können wir Frühwarnsysteme verbessern und so Menschenleben schützen.« Denn in den kommenden Jahren würden Felsstürze immer häufiger.

»Der Gipfel reißt nicht wegen des Klimawandels auf, aber er wird dadurch schneller instabil«, erklärt Krautblatter. Die kalte Zeit, in der Frost und Eis den Fels wie Kleber zusammenhielten, werde immer kürzer. Anstelle von Schnee fülle nun Regen die Spalten mit Wasser, das von innen den Berg auseinanderdrücke.

In den Alpen erwärmt sich die Erde etwa doppelt so schnell wie im globalen Durchschnitt. Damit steigen die Risiken: Hangrutsche, Extremwetter, Steinschlag. Auf einigen Berggipfeln gibt es im Sommer kaum noch Wasser, in den Tälern immer häufiger zu viel. Skifahren wird bald nur noch in großen Höhen möglich sein. Spätestens in zehn Jahren hat Deutschland keinen Gletscher mehr. Was unten im Tal für viele abstrakt wirkt, ist oben am Berg sichtbar: Der Klimawandel verändert das Leben der Menschen – und macht es gefährlicher.

So kann ein gewöhnlicher Sommerurlaub in den Bergen schnell zum Albtraum wer-

den. Die extreme Hitzewelle Ende Juni und die darauffolgenden starken Unwetter haben gezeigt, wie gefährdet die Infrastruktur im Alpenraum ist. Das hintere Kaunertal in Tirol war von der Außenwelt abgeschnitten, nachdem mehrere Gerölllawinen die Zugangsstraße verschüttet hatten. Rund 250 Menschen mussten ausgeflogen werden.

Der SPIEGEL hat Orte in den Alpen besucht: im Allgäu, im Berchtesgadener Land, in Garmisch-Partenkirchen, im Pitztal. Dort sind die Menschen mit drohenden Naturkatastrophen konfrontiert. Aber sie haben auch Lösungen parat.

Hinterhornbach: Droht dem Dorf das gleiche Schicksal wie Blatten?

Das österreichische Dorf Hinterhornbach liegt am Fuß des Hochvogels, unterhalb des Gipfelteils, der abubrechen droht. Das Szenario erinnert an Blatten im Schweizer Lötschental. Das Dorf wurde vor rund einem Jahr von einem Bergsturz weitgehend verschüttet. Vorher wurde gewarnt und evakuiert – trotzdem starb ein Mensch. Droht Hinterhornbach mit seinen 89 Einwohnern ein ähnliches Schicksal?

Einige Wochen vor der Exkursion zum Hochvogel sitzt Krautblatter in seinem Münchner Büro, auf dem Bildschirm ein Modell des Bergs. Er kann genau zeigen, welche Teile abbrechen und wohin sie fallen werden.

»Die Gesteinsbrocken werden das Dorf nicht direkt treffen, sondern davor in den Flussläufen zum Stillstand kommen«, sagt Krautblatter. Deshalb drohten Muren und Schlammlawinen. Undenkbar, dass dann noch jemand in der Gipfelregion unterwegs sein könnte. Der Weg direkt über die abbrechende Flanke sei ohnehin seit einigen Jahren gesperrt, auf den Kameras sehe man trotzdem immer wieder Wanderer.

Es gibt Warnschilder, aber keine Barrieren. Spalten-Staunen auf eigene Gefahr. Wer in den Bergen unterwegs ist, sucht oft Freiheit abseits des Alltags. Und nimmt das Risiko in Kauf. Die gesamten Alpen überwachen? Jede Tour sichern? Alle Gefahren vorhersagen? Selbst wenn man es technisch könnte: Für viele stünde das im Gegensatz zu ihrem Selbstverständnis.

Wann es so weit sein wird, können die TUM-Forschenden erst einige Stunden bis Tage vorhersagen. Sie wollen selbst hinfahren, wenn es losgeht, mit eigenen Augen be-

Gebirgswelt in Gefahr

Vier Schauplätze im deutsch-österreichischen Alpenraum



S-Grafik



Solveig Eichner / DER SPIEGEL

Wissenschaftler am gespaltenen Gipfel des Hochvogels: Frühwarnsysteme verbessern, Menschenleben schützen

obachten, ob sie mit ihren Berechnungen richtig lagen. Nur wenige Risikogebiete in den Alpen werden so intensiv überwacht wie der Hochvogel. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Orten, wo sich viele Menschen aufhalten, wo Infrastruktur bedroht ist – oder wo der gute Ruf auf dem Spiel steht.

In der Partnachklamm: bröckelnde Felsen, drohende Flutwellen

Die Partnachklamm in Garmisch-Partenkirchen ist so ein Ort. Sie gehört zu den bekanntesten Attraktionen der Zugspitzregion. Rund eine halbe Million Menschen kam im vorigen Jahr. An Spitzentagen drängen bis zu 2300 Personen durch die Schlucht mit ihren spektakulären, bis zu 86 Meter hohen Felswänden. Mit rund vier Millionen Euro Umsatz jährlich ist sie eine der wichtigsten touristischen Einnahmequellen für Garmisch-Partenkirchen.

Während einer Hitzewelle ist die Partnachklamm ein angenehm kühler Ort. Es tropft, von oben fallen Lichtstrahlen in die enge Schlucht, wer sich unterhalten will,

muss brüllen. Der 700 Meter lange Weg durch die Klamme ist mit Geländern gesichert. Am Eingang gibt es Minitaschenlampen und Plastikregenponchos. Besucher laufen in Sneakern und Flipflops über den gewundenen Weg. Die meisten halten ihr Handy vors Gesicht. Sie ahnen nicht, dass sie von Sicherheitsmaßnahmen umgeben sind, die für ein reibungsloses Urlaubserlebnis sorgen.

Rudi Achtner stieft durch die teils stockdunklen Gänge der Klamme, als würde er den Weg auch mit verbundenen Augen finden. Der 63-Jährige schaut täglich nach dem Rechten, er ist der Klammwart. Oder »Klammschef«, wie er sich selbst nennt.

»Die meisten Besucher«, sagt Achtner, »haben kein Risikobewusstsein, viele benehmen sich, als wären sie im Museum.« Also tut Achtner alles dafür, dass der Klammbesuch möglichst so sicher ist wie ein Museumsbesuch. Denn er trägt die Verantwortung: Droht Gefahr, sperrt er. Eine Entscheidung, die Zehntausende Euro kostet. Absprechen muss Achtner das mit niemandem, er kennt die Klamme und ihre Tücken am besten.

Um die Risiken beherrschbar zu machen, hat Achtner die Klamme über die Jahre mit Sicherheitsvorkehrungen ausgerüstet, die er teilweise per Warn-App überwachen kann. Zwischen 100.000 und 250.000 Euro kosten sie die Gemeinde pro Jahr. Über dem Gehweg hängen Netze, weil sich von den Wänden immer wieder Steine lösen. Stellenweise ist der Fels so brüchig, dass lange Schrauben das Gestein zusammenhalten. Wo ganze Felsblöcke nachzugeben drohen, misst ein Frühwarnsystem – wie am Hochvogel. Ein neuer Riesen-Wildholzrechen fängt Treibgut auf. Wenn der Wasserpegel steigt, schlägt ein Sensor Alarm. Kritisch wird es ab einem Stand von gut einem Meter.

Der Pegel ist für Achtner das, was für Krautblätter der Gipfelspalte ist: ein Damoklesschwert. Ein zu hoher Wert, und aus einem Ausflugsziel wird ein Sperrgebiet.

»Mit viel Wasser ist die Klamme am schönsten, mit zu viel wird sie extrem gefährlich«, sagt Achtner. Im engen Bachbett genügt ein verkeilter Stamm mit Treibgut – dann staut sich das Wasser auf. Löst sich die Blockade,



Forschende am Hochvogel: Hangrutsche, Extremwetter, Steinschlag

schießt eine Flutwelle durch die Schlucht bis hinunter in den Ort.

So wie 2018. Nach Starkregen staute sich die Partnach erst auf und löste sich nach einiger Zeit schwallartig in Richtung Partenkirchen. Ein Mensch kam ums Leben.

Trotz all der Technik: Noch ist es der Mensch, der die Entscheidungen treffen muss. Der Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen vertraut dabei auf Achtners Expertise.

Daniel Schimmer (Freie Wähler) ist erst seit Mai im Amt. Er entschuldigt sich, dass er beim Klimathema noch nicht so gut im Stoff sei. Wo er sich allerdings gut auskennt, ist die Tourismusbranche. Und die hängt damit unmittelbar zusammen, in einem Ort so nah an den Bergen. Schimmer leitete zwei große Hotels, »und da sind wir natürlich regelmäßig damit konfrontiert, wenn die Touristen wegbleiben, weil es zum Beispiel keinen Schnee gibt oder Veranstaltungen ab-

gesagt werden müssen«, sagt er. Laut einer Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr in München machte der Landkreis Garmisch-Partenkirchen 2024 rund 960 Millionen Euro touristischen Umsatz. Schimmer weiß, dass es diese Zahlen zu halten gilt: »Der Tourismus ist einer der Hauptwirtschaftszweige in der Region.« Der Klimawandel mache ihn schwerer planbar. Man müsse sich darauf vorbereiten, dass die Bedürfnisse der Touristen sich neu sortieren: weniger Wintersport, dafür mehr Sommersport.

Beim Taschachhaus: sterbender Gletscher, verschwindende Wege

Ein Montag Ende Juni. Auf einem Schotterparkplatz im hinteren Pitztal, rund anderthalb Autostunden südwestlich von Innsbruck, versammelt sich eine Gruppe Wis-

senschaftler in Outdoorkleidung. Sie wollen zum Taschachhaus aufsteigen, gut 730 Höhenmeter, rund drei Stunden durch teils verblocktes Gelände.

Ihr Auftrag: sich ein Bild davon zu machen, wie sich die Wege in den Alpen verändern. Was bedeutet das für Wanderer? Welche Routen müssen gesperrt werden? Und wo kann Steinschlag zur Lebensgefahr werden?

Das Projekt der Universität Salzburg nennt sich »ReHike«. Eines der Untersuchungsgebiete ist das Taschachhaus. Die Berghütte ist einer der wichtigsten Ausbildungsstützpunkte des Deutschen Alpenvereins (DAV) und damit für Bergsteigerinnen und Bergsteiger aus Deutschland.

Die Hütte liegt malerisch am nördlichen Hang des Urkundkopfs, eingerahmt von steilen Hängen auf 2434 Metern. Unweit des Hauses liegt der Taschachferner, ein Gletscher mit Spalten und Steilabschnitten, auf dem man lernen kann, wie man jemanden aus Gletscherspalten rettet oder einen Eispickel benutzt. Noch.

Die Forschenden wollen untersuchen, wie es um den Gletscher und um die Wege rund um das Taschachhaus steht. Die meisten von ihnen waren noch nie dort oben – und kennen in diesem Bereich der Alpen dennoch jeden Stein: aus dem Weltall.

Das europäische Erdbeobachtungsprogramm Copernicus liefert etwa alle sechs Tage aktuelle Bilder. Die Salzburger Forschenden vergleichen die Aufnahmen bestimmter Alpenregionen seit 2015 in akribischer Kleinstarbeit miteinander.

»Hier zum Beispiel«, sagt die mitgereiste Geoinformatikerin Zahra Dabiri und zückt eine in einer Plastiktüte verstaute Karte. Darauf zu sehen: die Bergwelt zwischen dem hinteren Pitztal und dem Taschachhaus. Sie zeigt auf eine Stelle, an der es vor roten Punkten, die auf gefährliche Veränderungen hinweisen, nur so wimmelt. Dann deutet sie auf einen steil abfallenden Hang hinter einem Bach: Eine Mure hat dort vor Jahren das Erdreich aufgerissen, aus grünen Wiesen ist das Gestein hervorgebrochen. »Da würde ich auf keinen Fall entlanggehen«, sagt sie.

Mit den Daten modelliert das Team, welche Wege in Zukunft nicht mehr begangen werden sollten und welche sicher bleiben. Künftig sollen so ganze Gebirgsketten bewertet werden, vielleicht die gesamten Alpen. Mehr Daten, so die Hoffnung, bedeuten mehr Sicherheit.

Am Taschachhaus scheint die Sonne. Nur ein leises Summen stört die Idylle: ein Dieselgenerator. Normalerweise bezieht die Hütte ihren Strom aus einem kleinen Wasserkraftwerk. Doch das Unwetter hat mehrere kleine Bergrutsche ausgelöst, der Bach, der das Kraftwerk versorgt, ist verstopft. Ein Bagger muss nun aus dem Tal heraufgeschafft werden, um ihn freizuräumen.

Carolyn Kalkbrenner ist Ressortleiterin Hütten und Wege bei der DAV-Sektion München, der auch das Taschachhaus gehört. Sie ist für zwölf DAV-Hütten und zusammen mit der Sektion Oberland für rund 600 Kilometer Wege verantwortlich. Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft hilft Kalkbrenner: »Wenn wir Jahre im Voraus wissen, welche Wege stillgelegt werden müssen und wo wir neue anlegen können, erleichtert das unsere Arbeit enorm«, sagt sie.

Am Taschachhaus ist ihr größtes Sorgenkind der sterbende Gletscher. Südöstlich der Hütte glitzern die Reste des Taschachferner in der Sonne. »Noch vor 15 bis 20 Jahren konnte man von der Hütte in wenigen Minuten zum Gletscher gehen«, sagt Kalkbrenner. Nun brauche man anderthalb Stunden.

Unter dem Gletscher kommt Schotter zum Vorschein, der über Jahrtausende von der dicken Eisschicht zusammengehalten wurde. Im Sommer 2022 errichtete der DAV über das Tal der ehemaligen Gletscherzunge eine Hängebrücke, weil der Weg immer gefährlicher wurde. Kostenpunkt: rund 80.000 Euro.

Nach einer Nacht im Taschachhaus steigt Kalkbrenner den Berg hinab – und der hat sich verändert. Nach erneuten starken Regenfällen gingen in der Nacht zwei Schlammlawinen ab und haben den Wanderweg getroffen. Kalkbrenner geht vorsichtig drum herum, sinkt immer wieder im lockeren und von Steinen durchsetzten Geröll ein. Normalerweise kann man diesen Teil des Wegs mit einem Auto befahren – jetzt ist das unmöglich.

»Klimawandel zum Anfassen«, sagt Kalkbrenner. Unten im Tal, so wird sie später sehen, ist die Situation noch dramatischer. Mehrere Muren sind in der Nacht den Berg hinabgedonnert und haben beinahe zwei Häuser mitgerissen. Riesige Felsen stürzten

in die Pitze und ließen den kleinen Fluss zu einem Strom anschwellen. Innerhalb weniger Minuten war die Straße überschwemmt, die Feuerwehr musste an diesem Tag das hintere Pitztal abriegeln.

In ihrem Job ist Kalkbrenner ständig in den Bergen unterwegs. Doch so etwas, sagt sie, habe sie in all den Jahren noch nie erlebt.

Am Watzmann: Dixi-Klos gegen den Wassermangel

Drei Tage später ist Kalkbrenner auf dem Weg zum nächsten Problem. Diesmal zum südöstlichsten Zipfel Deutschlands, nach Berchtesgaden. Dort steht das Watzmannhaus, eine Schutzhütte am gleichnamigen Berg. Und die hat zu wenig Wasser. »Auf fast allen Hütten ist Trockenheit inzwischen eine der größten Herausforderungen«, sagt Kalkbrenner.

Am Watzmannhaus merkt man das bereits beim Händewaschen. Aus dem Hahn läuft ein Rinnsal, gerade genug, um die Seife abzuspielen. Der Durchfluss ist gedrosselt. Was zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar ist: Anfang August wird das Wasser ganz abgestellt.

Hüttenwirt Paul Verst kennt das Haus seit seiner Kindheit. 25 Jahre lang führte es sein Vater, vor knapp drei Jahren übernahm der Sohn. »Der Wassermangel wird jedes Jahr schlimmer, weil die Hitzeperioden länger dauern«, sagt Verst.

Die Berghütte liegt auf 1930 Metern und ist mit 160 Schlafplätzen eine der größten in den Berchtesgadener Alpen. Und eine der meistbesuchten Alpenvereinshütten überhaupt: Der Watzmann, 2713 Meter, ist ein Sehnsuchtsziel für viele Bergsportlerinnen und Bergsportler. Die meisten kommen für die Watzmann-Überschreitung, eine anspruchsvolle Grat-Tour über alle drei Gipfel.

Die Hütte erreicht man nur zu Fuß. Frische Ware kommt mit einer Materialseilbahn aus dem Tal herauf. Wasser dagegen muss Verst in drei großen Tanks sammeln, sie fassen rund 100 Kubikmeter. Etwa zehn Tage kommt er damit in der Hochsaison hin, dann wird es eng.

Nach der Hitzewelle im Juni waren die Tanks fast leer. Beinahe habe er die Toiletten schließen müssen, sagt Verst. Die Spülung frisst am meisten: zwischen zwei und sechs Liter pro Gang, je nachdem ob man die große oder die kleine Taste drückt. Gastronomie ohne WC – geht das überhaupt? Der Hüttenwirt hat offenbar für alles eine Lösung: »Wenn es nicht geregnet hätte, hätten wir Dixi-Klos einfliegen lassen«, sagt Verst. Das habe es schon einmal gegeben.

»Früher haben wir den Gästen ausführlich erklärt, warum und wie sie Wasser sparen sollen«, sagt Verst. »Aber das bringt



Jonas Kraus / DER SPIEGEL

Alpenverein-Ressortleiterin Kalkbrenner:
»Klimawandel zum Anfassen«

nichts – jeder verbraucht so viel, wie er will.« Also greift er durch: Hähne werden gedrosselt oder notfalls stillgelegt, Waschzeiten geregelt, Duschen gibt es ohnehin keine. Trinkwasser kostet.

Verzicht gehört dazu, zur neuen Realität. Jahrzehntlang wurden Berghütten immer komfortabler – Luxusherbergen am Berg, mit Doppelzimmern, großen Speisekarten und warmen Duschen. Nun kehren viele wieder zurück zur Einfachheit. Weil es nicht anders geht.

In der Stube sitzen Max Quecke und Simon Melchers aus Berlin. Sie wollten am Morgen zur Überschreitung aufbrechen, doch Regen und Nebel hielten sie ab. Dass auf dem Watzmannhaus das Wasser knapp ist, wussten sie nicht, trotz der Schilder auf den Toiletten. Ein Problem hätten sie damit aber nicht. »Für mich ist es selbstverständlich, auf einer Berghütte einfacher zu leben«, sagt Quecke.

Das sehen nicht alle so. Am Nebentisch sitzen zwei Männer aus den USA, vor ihnen leere Teller und zwei Helle. Sie sind zum Mittagessen heraufgewandert. »Hier gibt es keine Duschen?«, fragt einer, der seinen Namen nicht nennen möchte. Für ihn sei es unvorstellbar, hier eine Nacht zu verbringen, schließlich zahle er dafür.

»Leute mit dieser Einstellung gibt es leider immer wieder«, sagt Hüttenwirt Verst. Viele erwarten auf knapp 2000 Metern ein Hotel mit Vollverpflegung. Sie blenden aus, dass alles herauf- und wieder hinuntergelangen muss: Müll, Material, Lebensmittel.

Den Klimawandel spüre er hier oben mit voller Wucht, sagt er. Man müsse damit umgehen – und fortschrittlich denken, Lösungen finden. »Ich bin noch jung und will die Hütte noch lange betreiben.«

Jonas Kraus, Katherine Rydlink

Partnachklammwart Achtner: »Die meisten Besucher haben kein Risikobewusstsein«



Katherine Rydlink / DER SPIEGEL



Flächenbrand nahe Bordeaux

Baz Ratner / AFP

»Entscheidend ist die Trockenheit«

Feuer Europaweit wächst die Brandgefahr, warnt der Ökologe Thomas Hickler, nicht nur im Süden. Er sieht den deutschen Wald vor einer Zeitenwende.

Hickler, 54, arbeitet als Ökosystemforscher am Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum in Frankfurt am Main.

SPIEGEL: Herr Hickler, aus Spanien, Frankreich und Griechenland kommen apokalyptische Bilder, die Flammen standen vor Madrid, vor Bordeaux, dann vor Athen. Erleben wir eine schlimme Feuersaison, oder bricht da die Treibhaus-Ära an?

Hickler: Die hat längst begonnen. Die globalen Temperaturen liegen um 1,3 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau, an Land noch höher, und in Europa nochmals mehr. In Zentraleuropa, auch bei uns in Deutschland, gab es in den vergangenen Jahren mehrere sehr trockene Sommer, ge-

nau das erwarten wir den Klimamodellen zufolge für die weitere Zukunft. Es ist ganz klar: Das wetterbedingte Waldbrandrisiko steigt.

SPIEGEL: Brennt es heftiger als früher?

Hickler: Frankreich hat einen Rekord erreicht. Dass so früh im Jahr so viel Fläche verbrannt ist, das hat man dort noch nicht gesehen, seit wir gute Daten über Satelliten haben. Dieser riesige Brand westlich von Bordeaux machte sozusagen sein eigenes Wetter durch die enorme Hitze, die da entstand. Mir ist nicht bekannt, dass es in Frankreich schon einmal so massiv gebrannt hätte.

SPIEGEL: Müssen wir uns darauf einstellen, dass künftig in jedem Sommer solche Feuer lodern?

Hickler: Nicht unbedingt jeden Sommer. Es gibt immer noch die natürliche Wettervariation. Vielleicht wird das nächste Jahr wieder feucht, und es regnet viel. Aber der Trend geht hin zu trockeneren, heißeren Sommern. 2025 war ein Rekordjahr, als über eine Million Hektar in Europa gebrannt haben. 2022 war ein weiteres extremes Jahr, das uns gezeigt hat, dass wir auch in Deutschland Grund zur Sorge haben. Da hatten wir das große Feuer in der Sächsischen Schweiz. Im Elbsandsteingebirge haben, zusammen mit der tschechischen Seite, mehr als 1000 Hektar gebrannt, während es in vielen Jahren in ganz Deutschland nur 300 oder 400 Hektar waren.

SPIEGEL: In dieser Woche brannte es im Südosten Frankreichs, in Rumänien, aber auch in den Niederlanden, an der Grenze zu Deutschland. 2017 traf es Portugal, 2023 war Griechenland besonders betroffen. Lässt sich vorhersagen, wo die nächste Brandkatastrophe ausgerufen wird?

Hickler: Wir haben dazu eine Studie gemacht, in der wir Klimamodelle für ganz Europa analysiert haben. Es kam dabei heraus, dass es überall schlimmer wird, auch in Deutschland übrigens. Ob es aber im nächsten Jahr Griechenland, Frankreich oder Spanien trifft, wissen wir nicht.

SPIEGEL: Wovon hängt denn ab, wie hoch die Brandgefahr ist?

Hickler: Entscheidend ist die Trockenheit. Hitze verschlimmert sie noch, weil dann mehr Feuchtigkeit verdunstet. Außerdem spielt auch die Vegetation eine Rolle. Bisher wird sie in den gängigen Waldbrandrisikokarten noch nicht berücksichtigt. Aber es wird intensiv daran geforscht, wie man sie in den Modellen besser darstellen kann.

SPIEGEL: Wie beeinflusst die Vegetation die Brände?

Hickler: In Frankreich rund um Bordeaux dominieren Seekiefern. Es ist eines der größten Waldgebiete Westeuropas. Zwar gibt es dazwischen auch mal ein Feuchtgebiet, aber eben vor allem viel Wald – und zwar Kiefernwald, der gut brennt. In Spanien wiederum spielt auch die Landflucht eine Rolle. Die Landschaft wird seltener traditionell mit Ziegen, Schafen und Kühen bewirtschaftet, Büsche haben sich ausgebreitet. Deshalb gibt es viel Brennstoff, der zuvor nicht vorhanden war. Hinzu kommt, dass es in vielen Gegenden, wo es jetzt brennt, im Winter und Frühjahr ordentlich geregnet hat. Da ist viel Biomasse gewachsen, Gräser etwa und Büsche, die dann aber ausgetrocknet sind, als es im Frühsommer richtig lange trocken und heiß war, und die jetzt eben sehr gut brennen.

SPIEGEL: Am Mittelmeer hat es im Sommer schon immer gebrannt. Ist Feuer dort nicht auch ein Teil der Natur?

Hickler: Ja. Feuer gehört dort dazu. Gerade am westlichen Mittelmeer herrscht sogenanntes Winterregenklima. Im Sommer ist es dort sehr trocken, was Brände begünstigt. Die Vegetation ist daran angepasst. Aber Sie sollten nicht vergessen: Die allermeisten Entzündungsquellen kommen vom Menschen. Die wenigsten Brände werden natürlich verursacht, also durch Blitze. Holzkohlepartikel in Bohrkernen verraten, dass es im Mittelmeerraum schon immer hin und wieder gebrannt hat, aber eben immer häufiger, seit dort mehr Menschen leben. Schon die Römer und Griechen haben Feuer gelegt, um die Vegetation zu öffnen und landwirtschaftliche Flächen zu erschließen.

SPIEGEL: Vielleicht haben sie, indem sie solche kontrollierten Brände gelegt haben, den großen, katastrophalen Feuern vorgebeugt?

Hickler: In der Tat sollten wir nicht vergessen, dass die Landschaft rund um die Bevölkerungszentren sehr intensiv genutzt wurde. Da gab es kaum noch Wald. Das Land war überweidet von Schafen und Ziegen, ähnlich wie in Teilen Spaniens noch heute, ehe die Landflucht begann. Was die wenigsten wissen: Wir haben heute viel mehr Biomasse und viel mehr Wälder in Europa als vor 200 oder auch vor 1000 oder 2000 Jahren. Die Wälder sind in unsere Landschaft zurückgekommen, seit wir fossile Brennstoffe statt Holz verbrennen. Und diese Wälder bieten nun dem Feuer Nahrung.

SPIEGEL: Gerade haben Wissenschaftler aus den Niederlanden eine Studie in »Scientific Reports« veröffentlicht. Ihre Botschaft: Das Waldbrandrisiko in Südeuropa steigt, aber die Zahl der Feuer sinkt. Wie kann das sein?

Hickler: Das zeigt, dass wir den Veränderungen nicht hilflos ausgeliefert sind. Die meisten Feuer sind menschengemacht, mit Vorsatz oder versehentlich. Und es ist offenbar gelungen, die Anzahl der Entzündungen zu verringern. Dank besserer Brandbekämpfung und -überwachung war die Zahl der Feuer rückläufig, obwohl das wetterbedingte Brandrisiko eindeutig zugenommen hat.

SPIEGEL: Die jüngere Entwicklung, wie in Frankreich oder Spanien, klingt nicht nach einem rückläufigen Trend.

Hickler: In der Tat. Die jüngsten Rekorde widersprechen dem Trend. Auch bei uns in Deutschland hatten wir mehrere Jahre, in denen 3000, 4000 oder 5000 Hektar verbrannt sind, weit mehr als der langjährige Mittelwert. Noch wissen wir es nicht sicher, aber ich gehe davon aus, dass sich da gerade etwas grundlegend verändert.

SPIEGEL: Die Brandbekämpfung hält also nicht länger Schritt mit dem Klimawandel?

Hickler: Ich befürchte es. In Spanien zum Beispiel ist man sehr erfahren in der Brandbekämpfung. Es gibt dort gute Überwachungssysteme und viel Feuerwehr. Trotzdem werden sie der massiven Brände in diesen extremen Jahren nicht mehr Herr. Ich fürchte, dass wir damit rechnen müssen, dass die Brandfläche und die Schäden zunehmen werden.

SPIEGEL: Was kann man dagegen tun?

Hickler: Gute Überwachung ist wichtig. In Brandenburg beispielsweise stehen noch aus DDR-Zeiten Türme. Früher saß dort ein Mensch mit Fernglas, heute ist er durch eine Kamera mit KI ersetzt, die jedes Anzeichen von Rauch sehr früh erkennen kann. Zunehmend wird außerdem Satellitentechnik zur Überwachung eingesetzt. Ein weiterer Faktor ist, wie wir unsere Wälder gestalten: Nadelbäume brennen besser, und Nadelbäume, die vom Borkenkäfer getötet wurden, schon gar. Laubmischwälder dagegen brennen in der Regel weniger gut.

SPIEGEL: Was sagen die Modelle denn für Deutschland vorher?

Hickler: Klar ist, dass es wärmer wird. Die Menge der Niederschläge übers Jahr ändert sich vielleicht nicht dramatisch. Aber sie

nehmen im Winter eher zu, im Sommer dagegen wird es trockener. Unser Klima wandert sozusagen um einige Hundert Kilometer in Richtung Südwesten, und damit in Richtung Sommerdürre und in Richtung Brandgefahr. Wenn sich das bestätigt, kann es bedeuten, dass unsere Lehrbücher umgeschrieben werden müssen.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Hickler: Wir leben in einem Sommerregenklima. Die Gesamtniederschläge sind nicht sehr hoch, trotzdem haben wir grüne Sommer. Wenn wir künftig sehr trockene Sommer erleben, mache ich mir besonders Sorgen um die Buche, eine für uns sehr wichtige Baumart. Buchen sind nicht angepasst an Brände und extreme Sommerdürre. Die Frage ist jetzt: Wie viel Klimawandel kriegen wir?

SPIEGEL: Wann ist es den Modellen zufolge so weit, dass unsere Buchenwälder kaputtgehen?

Hickler: Wir wissen es nicht, die Modelle geben darüber bisher keine klare Auskunft. Selbst wenn die Sommerniederschläge konstant bleiben, wird es trockener werden, weil die Temperatur und damit die Verdunstung steigt. Wenn es aber im Sommer um 10 oder 20, vielleicht sogar 30 Prozent weniger regnet, wäre das dramatisch, zumal die größte Herausforderung ja nicht die Veränderung des Mittelwerts, sondern die Extremereignisse sind.

SPIEGEL: Sie meinen Rekorddürren, wie wir sie zum Beispiel 2018 erlebt haben?

Hickler: Genau. Seitdem sterben die Fichten, der ehemalige Brotbaum der deutschen Forstwirtschaft, vielerorts flächendeckend. Es gibt dramatische Bilder aus dem Harz. Auch der Taunus hier bei Frankfurt sieht jetzt ganz anders aus als zuvor.

SPIEGEL: Erleben wir derzeit ein Waldsterben, vergleichbar mit dem der Achtzigerjahre?

Hickler: Ja, nur noch unheimlicher. Damals konnten wir die Ursachen relativ einfach beheben. Mit Rauchgasfiltern für die Industrieanlagen und Katalysatoren für die Autos ließ sich der saure Regen in den Griff kriegen, der damals den Bäumen zusetzte. Jetzt stehen wir vor einem viel komplexeren Problem.

SPIEGEL: Werden irgendwann die Flammen vor Potsdam stehen, so wie vor Bordeaux?

Hickler: Wenn es gelingt, den Klimawandel zu bremsen, dann werden wir Brände in Deutschland im Griff behalten. Ereignisse, wie wir sie westlich von Bordeaux gesehen haben, werden wir dann nicht erleben. Andernfalls lässt sich solch ein Ereignis nicht ausschließen. Und sollte es so weit kommen, dann ist tatsächlich Potsdam ein Kandidat. Brandenburg ist sehr trocken, es gibt dort Sandböden, wo viele Kiefern-Monokulturen stehen. So etwas brennt gut.

Interview: Johann Grolle



Forscher Hickler:
»Dramatische Bilder aus dem Harz«

Der blinde Fleck im Umgang mit der AfD

Rechtsextremismus Die AfD hat das Parteiensystem verändert.

Die demokratischen Kräfte sollten sich endlich fragen, unter welchen Bedingungen sie die Rechts-außen-Partei verändern könnten.

Von Michael Zürn

Die Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán wurde im Frühjahr mit überraschend hoher Mehrheit abgewählt. Zugleich sanken die Zustimmungswerte von US-Präsident Donald Trump weiter wegen des Kriegs gegen Iran, den er entfesselt hatte. Und die AfD? Erlebt den gegenteiligen Trend. Seit April liegt sie in den bundesweiten Umfragen vor der Union. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo bald gewählt wird, führt sie sogar deutlich.

Vielleicht ist das nur eine Momentaufnahme, aber das ist unwahrscheinlich. Was wäre, wenn sich der Aufstieg der AfD kurzfristig gar nicht verhindern ließe? Was wäre, wenn der Höhenflug autoritär-populistischer Parteien in der Opposition unaufhaltsam ist und sie erst gestoppt werden können, wenn sie regieren und dann Wahlniederlagen erleiden?

Diese Aussicht ist unerquicklich. Man sollte sie aber deshalb nicht einfach ignorieren. Denn wenn die Annahme stimmt, dass extrem rechte Parteien in der Opposition politisch kaum wirksam bekämpft werden können, verändert sich die politische Aufgabe der etablierten Parteien. Dann geht es nicht mehr allein darum, den Erfolg einer bestimmten Partei zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Dann stellt sich eine zweite, kaum diskutierte Frage: Kann eine Demokratie Einfluss darauf nehmen, welchen Charakter eine autoritär-populistische Partei wie die AfD annimmt?

Eine kluge Demokratie – also die sie tragenden Parteien und Institutionen – sollte genau das tun. Sie sollte nicht nur fragen, wie sie ihre Gegner kleinhalten kann. Sie sollte ebenso fragen, auf welche Weise sie beeinflussen kann, ob der Gegner ein skrupelloser Antidemokrat wie Trump ist oder eine Politikerin wie die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ist. Die verfolgt zwar ebenfalls eine zumindest in Teilen rechtspopulistische Politik, zielt aber nicht aktiv auf die Zerstörung des demokratischen politischen Systems.

Genau hier liegt der blinde Fleck der deutschen Debatte. Fast alle Vorschläge werden danach beurteilt, ob sie die AfD

schwächen oder stärken. Kaum wird dagegen gefragt, ob und wie sie die Partei selbst verändern. Die Frage, wie sich eine reife Demokratie mit ihren Institutionen organisiert und mit ihren Gegnern umgeht, beeinflusst nicht nur die Wahlergebnisse. Sie verändert auch politische Karrieren, innerparteiliche Machtverhältnisse und damit langfristig den Charakter politischer Parteien. Institutionen sind nicht nur Instrumente der Abwehr, sondern auch Mechanismen der politischen Auswahl und Sozialisation.

Diese Perspektive ermöglicht einen anderen Blick auf viele der gegenwärtigen Kontroversen. Sie zeigt, dass die von Innenminister Alexander Dobrindt zuletzt in einem »Zeit«-Interview beschriebene Strategie kurzsichtig ist. Er sagte, die AfD müsse man wegeregieren. Darüber, was zu tun ist, wenn es nicht funktioniert, will er sich demnach keine Gedanken machen.

Sie zeigt auch, dass man ein Parteiverbot nicht nur auf die Frage des Fortbestehens der AfD beschränken sollte. Die Verbotsdiskussion konzentriert sich nämlich zum einen darauf, ob ein solches Ver-

fahren juristisch Erfolgsaussichten hat. Und man diskutiert zweitens, ob das Verbot einer Partei, die voraussichtlich in manchen Bundesländern 40 oder mehr Prozent der Stimmen erhalten wird, mit den Prinzipien der Demokratie und der Mehrheitsabstimmung vereinbar ist. In Anlehnung an den großen Verfassungstheoretiker Hans Kelsen beantworten manche diese Frage aus prinzipiellen Gründen mit Nein. Für Kelsen lebt die Demokratie vom Streit über Weltanschauungen. Sie muss also den offenen Wettbewerb der Meinungen schützen und darf keine Instanz schaffen, die eine bestimmte politische Wahrheit autoritativ festlegt – wie es das Bundesverfassungsgericht mit einem Parteienverbot tun würde.

Das kategorische Nein zu einem Parteienverbot halte ich für überzogen. Es gibt aber auch pragmatische Gründe, ein Parteiverbot abzulehnen. Genau an dieser Stelle kommt die Idee ins Spiel, dass man über die Radikalität der autoritär-populistischen Partei in Teilen mitbestimmen kann.



Tisch auf dem AfD-Parteitag in Erfurt:
Den Gegner beeinflussen

Rafael Heygster / DER SPIEGEL

Die Frage lautet dann zuallererst: Was geschieht mit der autoritär-populistischen Bewegung nach einem Verbot? Es spricht wenig dafür, dass die ihr zugrunde liegende Bewegung und Stimmungslage dadurch einfach verschwinden. Würde die AfD verboten, könnte man sicher davon ausgehen, dass sich Mitglieder und Unterstützerinnen der Partei weiter betätigen und versuchen würden, eine Nachfolgeorganisation aufzubauen. Dabei ist es wahrscheinlich, dass es einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Flügeln und Fraktionen geben wird. Und vieles spricht dafür, dass es gerade nach einem Verbot zu einem Radikalisierungswettbewerb kommt. Wer die Systemgegnerschaft am deutlichsten zur Schau trägt, wird diesen Wettbewerb gewinnen.

Mit dem Parteiverbot würde in mittelfristiger Betrachtung nicht die autoritär-populistische Bewegung einfach abgeschafft werden – die es ja in allen konsolidierten Demokratien in unterschiedlichen Varianten gibt – sondern sie würde beeinflusst werden, und nicht zum Positiven. Am Ende könnte in Deutschland eine radikalere Alternative stehen. Das ist aber nicht das, was eine kluge Demokratie tun sollte. Vor allem dann nicht, wenn man bedenkt, dass die AfD wie die Trump-Republikaner ohnehin zu den autoritär-populistischen Parteien in konsolidierten reichen Demokratien gehört, die sich radikalisiert haben und nicht – zumindest in ihrer Rhetorik – moderater geworden sind.

Gibt es politische Maßnahmen, die einen gegenteiligen Effekt haben und zur Moderation beitragen könnten? Da gibt es einiges, was sich zu versuchen lohnte: Man könnte der AfD die staatliche Parteienfinanzierung entziehen, was in Artikel 21 des Grundgesetzes als Möglichkeit vorgesehen ist. Warum sollte der Staat Parteien finanzieren, die sich selbst als Gegner der bestehenden Ordnung verstehen? Die Aberkennung der staatlichen Parteienfinanzierung ließe sich in der Öffentlichkeit vermutlich leichter begründen als ein vollständiges Parteiverbot. Schon NS-Propagandaminister Joseph Goebbels hatte sich darüber belustigt, dass die Demokratie ihren Gegnern die Mittel zur Bekämpfung ihrer selbst verschaffe.

Vor allem aber erzeugte die Aberkennung der Parteienfinanzierung andere Anreize als ein Verbot. Die Organisation bliebe bestehen, verlöre jedoch erhebliche Ressourcen oder müsste zumindest mit deren Verlust rechnen. Innerhalb der Partei entstünde unter diesen Umständen ein starkes Interesse daran, einen moderateren Kurs einzuschlagen, wenn dadurch der Zugang zur staatlichen Finanzierung erhalten oder wiederhergestellt werden könnte. Das Instrument könnte die Partei also verändern, ohne sie aus dem politischen Prozess auszuschließen.

Ähnliches könnte dadurch erreicht werden, dass man besonders radikalen und offensichtlich verfassungsfeindlichen Funktionären das passive Wahlrecht entzieht. Sie könnten dann nicht mehr in öffentliche Ämter gewählt werden. Auch hier bliebe die Partei als Organisation erhalten. Jene Personen, die den radikalsten Kurs in der Partei vertreten, hätten es dann schwerer, als Kandidaten aufgestellt zu werden. Denn die Partei wüsste sehr wohl, dass die entsprechende Person aus dem Rennen genommen werden könnte.

Wenn die radikalen Kräfte wegen dieser beiden Maßnahmen keine aussichtsreichen Listenplätze und Führungsämter mehr erreichen könnten, schwände zugleich ihr Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Partei. Dadurch könnten sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse verschieben.

Als Folge dieser Entwicklung könnten sich auch die Medien stärker mit den Personen in der Partei beschäftigen, die nicht das größte Skandalpotenzial haben, statt primär den Radikalen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Auch das würde die Kräfteverhältnisse in der Partei beeinflussen.

Der Einwand liegt auf der Hand. Wer Einfluss statt Ausschluss fordert, müsste dann auch konsequenterweise die Brandmauer infrage stellen? Zumindest lohnt es sich, die Frage zu stellen. Denn auch die weitgehende parlamentarische Isolation der AfD und die Erfahrung, ausgeschlossen zu werden, tragen zu ihrer Radikalisierung bei. Das stärkt jene Kräfte, die ihren politischen Erfolg gerade daraus ziehen, dass sie sich demonstrativ von den anderen und vom politischen System abgrenzen. Umgekehrt könnte eine stärkere institutionelle Einbindung von halbwegs verlässlichen AfD-Politikerinnen und -Politikern – etwa in parlamentarischen Ausschüssen, die keine sicherheitsrelevanten Fragen behandeln – moderatere Akteure stärken.

Um in solchen Ausschüssen erfolgreich arbeiten zu können, werden Verlässlichkeit, Fachkompetenz und Kompromissfähigkeit wichtiger als die demonstrative Systemopposition. Gerade dadurch könnten innerhalb der Partei diejenigen an Einfluss gewinnen, die an parlamentarischer Wirksamkeit interessiert sind, während reine Obstruktionspolitiker an Gewicht verlören. Zugleich ließe sich mit der gewonnenen Erfahrung leichter identifizieren, welches Personal nicht *per se* gegen das System arbeitet. Das bedeutet keineswegs, dass jede Form der Einbindung sinnvoll wäre. Zwischen der Wahl eines Ausschussvorsitzenden und einer Regierungsbeteiligung liegen Welten. Jede einzelne Maßnahme muss danach beurteilt werden, ob der mögliche Gewinn größer ist als das Risiko, Gegner der liberalen Demokratie zu ermächtigen. Aus der Einsicht, dass Institutionen Verhalten beeinflussen, lässt sich nicht unmittelbar politisches Handeln ableiten. Sie erweitert lediglich den Maßstab, nach dem wir politische Strategien beurteilen sollten.

Wichtig ist der Perspektivwechsel. Solange die AfD ausschließlich als Objekt der Ausgrenzung betrachtet wird, bleibt ein wesentlicher Teil des Problems unsichtbar. Die Frage ist nicht nur, wie sich die AfD begrenzen lässt. Sie lautet ebenso, welche AfD eine Demokratie durch ihre eigenen Institutionen hervorbringt. Vielleicht liegt genau darin der blinde Fleck der AfD-Debatte.

Die klassische Idee der wehrhaften Demokratie bleibt unverzichtbar. Aber sie reicht möglicherweise nicht mehr aus. Eine kluge Demokratie fragt nicht nur, wie sie ihre Gegner begrenzen und stützen kann. Sie fragt auch, welche Anreize sie ihnen setzt und welche politischen Akteure dadurch entstehen. Um in zeitgeistigen Kategorien zu sprechen: Neben hierarchisch durchgesetzten Verboten würde eine Art Nudging auftreten. Das könnte der klügere Weg sein. Nicht jedes Mittel, das kurzfristig Stärke demonstriert, führt langfristig zu einem besseren Ergebnis. **S**



Michael Zürn, Jahrgang 1959, ist Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin.

AUSLAND

Migranten bei Rückführung nach Marokko

»Mama, ich gehe nach Europa«



Kind in Ceuta, Bergung von Leichen

Migration Zehntausende schwammen von Marokko in die spanische Exklave Ceuta, viele ertranken. Über zwei Dutzend Migranten berichten dem SPIEGEL, marokkanische Sicherheitskräfte hätten sie über die Grenze gedrängt. Eine Rekonstruktion.

Nachdem er dem Tod entkommen war, ist Souleymane Griene auf den Friedhof geklettert, um sich auszuruhen. Seit drei Tagen schläft er hier in Ceuta zwischen weißen Grabsteinen unter freiem Himmel, ein Handtuch als Decke. Seine Füße stecken in Schlappen mit unterschiedlichen Varianten des Lacoste-Krokodils.

Er ist 20 Jahre alt, kaut nervös auf seinen Fingernägeln, an seinen Waden sind Schnitte von den scharfkantigen Felsen. Mit fünf Freunden sitzt er an diesem Montag unter einem Olivenbaum. Sie seien Schulfreunde aus Ksar-al-Kebir, einer Stadt im Norden von Marokko. Alle hätten sie eine Ausbildung, aber keine Arbeit. Zwei weitere, sagen sie, würden vermisst, seit die Gruppe am Donnerstagnachmittag über die Grenze von Marokko nach Spanien geschwommen sei.

Griene ist zuversichtlich, von hier bald aufs europäische Festland zu kommen. Im Flugzeug oder per Schiff. Spanien sei ein guter Ort. Sein Onkel lebe bereits dort, fahre einen schwarzen Audi RS6. Griene streicht sich über die Stoppeln am Kinn, stützt die Arme ins Gras: »Mein Vater in Marokko hat kein Auto – er fährt ein Fahrrad.« Als Automechaniker verdiene er umgerechnet 700 Euro, sagt Griene. In Europa könnte es das Doppelte sein, glaubt er.

Griene und seine Freunde waren nie dort, haben Europa aber auf Instagram gesehen. Schöne Parks und saubere Straßen, Videos junger Männer, die Bündel voller Geldscheine zeigen. Auch eine Familie könne man sich als junger Mann dort leisten. Europa können sie noch immer nur in der Ferne sehen, auf der anderen Seite des Meeres ist die spanische Küste zu erahnen. Er hat neben der Schule ein paar Brocken Deutsch gelernt, er sucht ein Wort. »Ceuta ist für uns, wie sagt man... libertad... Freiheit.«

Als die Freunde vergangene Woche in einem Video der marokkanischen Nachrichtenseite Hespress sahen, dass die Grenze nach Ceuta offen sein soll, legten sie umgerechnet jeweils knapp 20 Euro zusammen, stiegen im Grenzort Fnideq sechs Stunden später aus einem Taxi, liefen zum Zaun, packten ihre Smartphones wasserdicht in Frischhaltefolie ein – und schwammen durchs Meer nach Ceuta. »Es fühlte sich an wie ein Abenteuer«, sagt er. Schon am Strand seien sie an drei Leichen vorbeigestiegen, sagt er, im Wasser seien viele mehr geschwommen.

Er sagt: »Ich hatte zuerst weniger Angst vor dem Meer als vor einem Leben ohne Zukunft.«

Ceuta ist eine Kuriosität der Geschichte: eine spanische Stadt auf afrikanischem Bo-

den, seit dem 17. Jahrhundert, heute ist sie EU-Territorium auf dem gegenüberliegenden Kontinent. Der Weg aus der marokkanischen Grenzstadt Fnideq nach Ceuta ist kurz. Zahlreiche Menschen pendeln täglich mit Arbeitserlaubnis.

Die Stadt liegt auf einer Halbinsel, die ins Mittelmeer ragt, auf drei Seiten von Wasser umgeben, auf der vierten mit drei Grenzzäunen befestigt: Dazwischen liegt ein bis zu 700 Meter breiter Streifen Niemandsland, gesichert mit Hightech und vielen Kameras. Marokko erhält jährlich Millionen Euro aus Europa, damit niemand irregulär über diese Grenze gelangt.

Nur der Weg über das Meer war bislang kaum gesichert. Es schien wie eine natürliche Barriere. Bis vergangene Woche.

So wie die acht jungen Männer aus Ksar-al-Kebir kamen in den vergangenen Tagen mindestens 50.000 Migranten in die spanische Exklave mit ihren 84.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Manche Berichte sprechen gar von 60.000 oder 80.000. Es ist eine historisch hohe Zahl an diesem Ort. Ausgelöst wurde der Massenansturm nicht durch einen Krieg wie bei der Flüchtlingskrise 2015. Sondern vermutlich von Hunderten, wenn nicht Tausenden Videos und Fotos auf sozialen Netzwerken wie TikTok, in denen die Nachricht von der vermeintlich offenen Grenze sich verbreitete.

Es schien vielen die Chance ihres Lebens zu sein. Für etliche Marokkaner ist Ceuta der reiche Außenposten einer anderen Welt,

in der es besser zugeht. Ein verheißungsvoller europäischer Fleck auf dem eigenen Kontinent.

Und so kamen Jugendliche und junge Erwachsene, Frauen und Kinder. Sie klammerten sich an Reifen fest, sie schwammen in ihrer Kleidung, sie hielten sich aneinander fest, es war ein Gedränge im Wasser, die einen rissen die anderen in Panik mit nach unten. Nach bisherigen Angaben starben mindestens 141 Menschen.

Der Massenansturm löste in Europa eine Krise aus. Es waren Bilder von Kontrollverlust, wie die EU sie seit dem Jahr 2015 um jeden Preis vermeiden will. Daran ändert auch nicht, dass die meisten Ankömmlinge binnen Stunden Ceuta wieder verließen, weil sie kein Wasser und keine Nahrung erhielten und der Weg übers Meer ohne gültige Papiere versperrt war. Ein Großteil der Migranten war bis Anfang der Woche wieder zurück nach Marokko gekehrt.

Die Frage, wie es dazu kommen konnte, steht seitdem in der Welt. Die EU zerstritt sich sofort öffentlich, Italien setzte das Schengenabkommen mit Spanien vorübergehend aus, 22 von 27 Staats- und Regierungschefs kritisierten in einem Brief Spanien, darunter Bundeskanzler Friedrich Merz.

Der SPIEGEL hat in den vergangenen Tagen mit mehr als zwei Dutzend Menschen auf beiden Seiten der Grenze gesprochen. Die Migranten berichten nahezu ausnahmslos davon, von marokkanischen Sicherheitskräften über die Grenze getrieben worden zu sein. Oft mit Gewalt. »Sie haben uns geschlagen, damit wir weiter nach Spanien gehen«, sagt ein junger Marokkaner. Sie seien mit Stöcken bedroht und immer weiter geschubst worden, berichtet auch Souleymane Griene. »Sie verprügelten und pushten uns in Richtung Meer.«

Es kam ein Händler von der Grenzstadt nebenan, der schauen wollte, woher seine wohlhabenderen Kunden kommen. Es kamen 15-jährige Schüler, die sich morgens von ihren Eltern verabschiedeten und mit Taschengeld und iPhone nach Europa aufbrachen. Eine 17-jährige Fußballspielerin, die sagt, sie fliehe vor ihrem gewalttätigen Vater.

Viele von ihnen fuhren im Sammeltaxi, auf dem Motorrad oder mit dem Bus aus dem ganzen Land in die marokkanische Grenzstadt Fnideq, die letzten zwei Kilometer gingen sie zu Fuß. Von Schmugglern erzählt nur einer. Am Zaun stoppte sie, so erzählen sie übereinstimmend, niemand. Sie schwammen durchs Meer um den Grenzzaun, später kletterten sie einfach durch Lö-





Essensausgabe in Ceuta



Ration für Migranten

cher in der europäischen Außengrenze. Woher diese Löcher kamen – unklar.

Auf den Straßen kursieren wilde Geschichten, wie es überhaupt zum Sturm auf Ceuta kam: Algerien, die USA, Israel – irgendwer müsse doch dahinterstecken. Belege gibt es für keine dieser möglichen Begründungen.

Viele vermuten, die marokkanische Regierung wolle Spanien eine Lektion erteilen. Einen Präzedenzfall dafür gibt es: Im Mai 2021 ließ sie im Streit über die von Marokko kontrollierte Westsahara die Grenzkontrollen für zwei Tage schleifen, rund 9000 Menschen gelangten nach Ceuta, mindestens 1500 von ihnen Minderjährige.

Auch diesmal lassen sich Gründe finden, warum Marokkos Regierung verstimmt gewesen sein könnte: Mitte Juli reiste Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez nach Alger und traf Präsident Abdelmadjid Tebboune, um die Beziehungen zu Marokkos Erzfeind Algerien nach einer vierjährigen diplomatischen Krise zu normalisieren.

Auch die USA, Marokkos enge Partner, haben eine Rechnung mit Spanien offen: Madrid kritisierte Trumps Irankrieg, verweigerte den Amerikanern die Nutzung spanischer Basen. Im US-Kongress bezeichnete das Trump-Lager die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in dieser Woche als »von Spanien verwaltete Städte« auf »marokkanischem Territorium«.

Noch Tage später schwimmen Tausende Flipflop-Sandalen im Meer, an den Stränden treiben Rucksäcke und Schwimmreifen in der Brandung. Nur direkt am Zaun ist aufgeräumt, als wäre nie etwas passiert. Während oben auf der Promenade erschöpfte Migranten vom Militär zurück zur Grenze

getrieben werden, ist der helle Sand unten fein gesäubert. Menschen baden, wo andere kurz zuvor ertranken.

Noch immer werden in Ceuta 2000 bis 6000 Migranten vermutet, zunehmend feindselig treiben spanisches Militär und Polizei sie zusammen, teils auf Militärlastwagen, meist zu Fuß. Als am Samstag die ersten Geschäfte wieder öffneten, standen teils Soldaten Spalier. Vor Lidl parkten gepanzerte Fahrzeuge.

Das Militär patrouilliert seit dem Wochenende in Konvois durch die Stadt wie durch ein Kriegsgebiet. Seit Montag sind Soldaten der Legión Española, der spanischen Fremdenlegion, zu sehen. Alle Hotels der Stadt sind seit Tagen durch Sicherheitskräfte ausgebucht. Und es kommt weiter Polizei vom Festland.

Es habe sie geschmerzt, die Migranten vor ihrem geschlossenen Café leiden zu sehen, sagt Nieves Castaño. »Aber wie soll ich 50.000 Personen ernähren?«

Sie betreibt die Cafetería Correos im Zentrum von Ceuta, dort, wo die Häuser pittoresk und die Gassen sauber sind: an der Plaza de España. Es ist ein Stück altes Spanien am äußersten Rand von Afrika.

Die Einheimischen, die sich hier treffen, tranken ihr Pan con tomate großzügig mit Olivenöl. Viele sind gut situierte Senioren, viele braun gebrannt, die Stimmung wirkt gedrückt. Etliche erzählen, sie hätten sich tagelang zu Hause eingesperrt vor Angst. Wenn in den Häusern abends Türen offen stehen würden, komme jetzt oft ein nervöser Nachbar, um sie zu schließen.

»Die Marokkaner wollen Ceuta und Melilla zurückholen«, sagt ein Rentner.

Nieves Castaño, 54, lebt ihr ganzes Leben in Ceuta und berichtet, schon Tage vor

der »Invasion« seien vereinzelt Jugendliche in Neoprenanzügen durch die Straßen gelaufen. Anfangs habe sie sich nicht viel dabei gedacht. Dann, am Donnerstagmorgen, hätten ihre marokkanischen Kollegen Videos gezeigt. »Schau, sie kommen über den Zaun, sie kommen«, sagten sie zu mir.« Kurz darauf seien die Straßen voll mit klatschnassen Jugendlichen gewesen.

Castaño klappte die Sonnenschirme ihres Cafés ein und verbarrikadierte sich. So wie sie tat es die ganze Stadt. Im Shoppingcenter Parque Ceuta wurden mittags die Rolläden heruntergelassen. Offiziell aus Sorge um »Kunden, Beschäftigte und Inhaber« empfahl der örtliche Unternehmerverband am Freitag die Schließung aller Geschäfte und begründete sie mit einer Bitte der Polizei. Die Stadt rollte sich ein wie ein Igel.

Zehntausende Menschen standen plötzlich ohne Wasser und Brot auf spanischem Territorium. Viele kehrten bereits am Freitag zurück nach Marokko.

Die Frage, über die nun gestritten wird, lautet: Hat Spanien sich die Situation selbst zuzuschreiben – oder war es das Ziel eines hybriden Angriffs, gar unterstützt von der marokkanischen Regierung? Belegt ist bislang wenig. Die spanische Zeitung »El País« hat rekonstruiert, dass anonyme TikTok-Konten behaupteten, die Grenze sei offen; die Videos und die Konten verschwanden später von der Plattform.

Die Regierung in Rabat dementiert jede Beteiligung, sie macht ein Urteil des spanischen Obersten Gerichtshofs verantwortlich: Danach dürfen Menschen, die schwimmend nach Ceuta gelangen wollen, nicht umgehend zurückgeschickt werden. Die See-grenze sei, anders als der Zaun, keine phy-



Erschöpfte am Stadtrand

Anna Surinyach Garcia / DER SPIEGEL (3)

sische Barriere, die man überwinden könne. Davon ausgehend habe sich in den sozialen Netzwerken eine Dynamik aufgebaut.

Die marokkanische Regierung teilt mit, man habe Madrid schon im Juli gewarnt; die eigenen Sicherheitskräfte seien nicht in der Lage gewesen, eine solche Zahl von Menschen aufzuhalten.

Madrid will von Warnungen nichts wissen, der Geheimdienst CNI habe keine Hinweise gehabt. Regierungschef Pedro Sánchez sprach von einem Angriff auf die territoriale Integrität des Landes und machte Schleuser verantwortlich. Die spanische Opposition fordert eine Untersuchung.

Auf der Plaza de los Reyes in Ceuta, vor dem örtlichen Regierungsgebäude, treffen sich am Sonntagabend Hunderte, die fürchten, dass sich Situationen wie diese wiederholen. Sie schwingen Spanienflaggen. Im Chor rufen sie: »Wir sind Spanier, Spanier, Spanier«, »Ceuta steht nicht zum Verkauf« und »Pedro Sánchez, Hurensohn«.

Viele Bewohner Ceutas fordern von ihrer Regierung verstärkte Grenzkontrollen und mehr Polizei. Die rechte Kundgebung und ein Gegenprotest gehen ineinander über.

Kurz zuvor hatte schon Santiago Abascal, der Chef der rechtsradikalen Partei Vox, Ceuta besucht; ebenso Alberto Núñez Feijóo, Vorsitzender des konservativen Partido Popular. Auch der österreichische Rechts-extremist Martin Sellner ist in der Stadt.

An der Calle Capitán Claudio Vázquez stehen zwei gelbe Bauzäune auf der Nebenstraße. Junge Männer bewachen sie. Einer von ihnen hat einen Golfschläger in der Hand. Er sei eigentlich Koch für italienisches Essen in Tanger, sagt er. Als das spanische Militär in Radpanzern vorbeifährt, jubeln er und seine Nachbarn ihm zu.

Anders, als jetzt oft suggeriert wird, ist Ceuta kein Außenposten des weißen Europas. Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Häufigster Vorname bei Neugeborenen: Mohamed. Viele leben in gemischten Familien.

Seit dem Wochenende ist zu beobachten, wie spanische Sicherheitskräfte Menschen zur Grenze bringen, die teils noch Kinder sind. Manchen, die verletzt sind, helfen Soldaten, um sie außer Landes zu bringen. Am Montag taucht ein Fremdenlegionär auf, der auf der Promenade einen weinenden Jungen vor sich herschiebt. Er sei zwölf und aus Marokko, sagt der Junge. »Nicht nach Marokko, nein«, ruft er. Der Soldat lässt erst von ihm ab, als eine Passantin und Beobachter ihn auf die Rechtslage hinweisen: Minderjährige dürfen nicht ohne Einzelfallprüfung abgeschoben werden.

Hunderte Minderjährige harren noch in der Stadt aus. Einige erzählen, ihre Eltern hätten sie geschickt, teils seien sie auf eigene Faust aufgebrochen. 862 Heranwachsende wurden inzwischen in Obhut genommen, täglich werden es mehr. Zwei Schulen sollen jetzt zu Notlagern umfunktioniert werden.

Als der SPIEGEL Anfang der Woche eine Notunterkunft in einem Industriegebiet am Stadtrand besucht, sitzen dort Hunderte im Freien, darunter viele Mädchen. Sie berichten von Belästigungen und kommen an diesem Ort zusammen, weil sie sich woanders nicht sicher fühlen.

Die meisten der Zehntausenden, die in die Stadt gekommen waren, sind Marokkaner. Doch unter ihnen waren auch Menschen aus Subsahara-Afrika, die sich seit Jahren auf dem Weg nach Europa befinden. An der Playa del Trampolín im Nordwesten der Ex-

klave sammelt sich eine Gruppe von ihnen um ein Lagerfeuer.

Angelehnt an einen Baumstamm sitzt Baye Gana Pouye, 27, aus Senegal. Er hat keine Schuhe, anstelle eines Pullovers trägt er ein Handtuch. Neben ihm sind Sudanesen, Ivorer, Kameruner, Gambier. Sie sehen erschöpft aus und verunsichert. Europa hatten sie sich anders vorgestellt.

Pouye ist seit Dezember 2024 unterwegs nach Norden. Über Gambia sei er nach Tanger in Marokko gelangt. Er sei gerade dabei gewesen, zu beten, als ein Freund anrief und ihm von Ceuta erzählte. Er habe eilig seine Mutter im Senegal angerufen und ihr gesagt: »Mama, die Grenze ist offen. Ich gehe nach Europa!« Um schnell loszukommen, habe er sogar seinen Lohn zurückgelassen. An der Grenze habe er festgestellt, so sagt er, dass sie zumindest für ihn nicht offen sei. Während die Marokkaner durchgewinkt worden seien, habe die Polizei versucht, schwarze Menschen wie ihn zurückzustößen. Auch er berichtet von Schlägen.

Schon am Strand habe er über vier Leichen steigen müssen. Es sei stockdunkel gewesen, der Wellengang hoch. »Ich bin ein guter Schwimmer«, sagt er. »Aber alle, die nicht gut schwimmen konnten, hatten es sehr hart.« Seinen linken Fuß hat er an den Felsen verletzt. Aber er habe es erst gar nicht bemerkt. Er habe nur an Europa gedacht.

Pouye verlor seine Schuhe und die Hose, sein Geld und das Handy. Alles, was er noch habe, sagt er, sei die Telefonnummer seiner Mutter. Als er sie vom Handy der Reporterin anruft, klingt seine Stimme gefasst. Es ist die Stimme eines Kindes, das versucht, seinen Eltern die Sorgen zu nehmen.

Für Pouye gibt es wenig Gründe zurückzukehren. In Marokko seien Schwarze noch

unerwünschter als hier. Die Polizei habe sie teils mit Messern traktiert, die Busfahrer in Fnideq hätten sich geweigert, sie zur Grenze mitzunehmen.

Die Bar mit dem Namen Puerta de Europa, Tor zu Europa, direkt an der Grenze ist am Wochenende geschlossen. Unmittelbar dahinter werden zu Wochenbeginn immer wieder Marokkaner auf Pritschentlastern des spanischen Militärs ins Sperrgebiet an der Grenze gebracht. Wer aus Erschöpfung freiwillig geht und wer unter Zwang, ist unklar.

Manche, die vergangene Woche hier euphorisch ankamen, riefen »Viva España!«. Jetzt, auf den letzten Metern Spaniens, rufen manche »Fuck you, Ceuta«.

In der marokkanischen Stadt Fnideq, auf der anderen Seite der Grenze, hat man Europa ständig im Blick: die Nachbarstadt Ceuta. Man sieht die Linien der Architektur, abends die Lichter, hört Geschichten von denen, die »drüben« waren. Man atmet dieselbe Luft wie die Nachbarn, und doch trennen der Zaun, die Kontrollen und Papiere, die man nicht hat, zwei Welten.

Der Markt von Fnideq ist voller Rückkehrer aus der verbotenen Stadt. Die Männer sitzen unter Sonnenschirmen, verkaufen Fußballtrikots von Mbappé und von der marokkanischen Nationalmannschaft. Viele wollen nicht reden. Überall in der Stadt stehen Polizisten, immer wieder rollen Armeefahrzeuge vorbei.

Einer der Rückkehrer ist Samir, 16 Jahre alt. Der Rucksack hängt ihm am schmalen Körper herunter, im Gesicht klebt noch Sand. Er sei gerade erst aus Ceuta gekommen, sagt er. »Mein Bruder hat es nicht geschafft, er wurde nur 20 Jahre alt«, erzählt er, fast nebenbei. Ob seine Mutter Bescheid wisse? »Ne, die wird nur ohnmächtig.«

Samir kommt aus Zagora, so erzählt er, einer Oasenstadt rund 1000 Kilometer von Fnideq entfernt, am Rand der Sahara. Hinter ihm liegt eine Odyssee: Bus nach Agadir, weiter nach Casablanca, Zug nach Tanger, dann per Auto. Und jetzt? Samir sagt, er habe einen Plan. »Ich werde Friseur in Spanien.« Traurig sei er nicht. »Ich werde es wieder versuchen. Europa ist nur eine Frage der Zeit.«

Es sind junge Männer und halbe Kinder wie Samir, Teil der Generation Z, die in Marokko keine Zukunft mehr sehen. Im vergangenen Oktober entlud sich ihr Frust bei den »Gen Z 212«-Protesten: eine lose, digitale Jugendbewegung, benannt nach der Landesvorwahl +212, die binnen weniger Wochen Demonstrationen in allen großen Städten auslöste. Mehr als ein Drittel der Marokkaner zwischen 15 und 24 Jahren ist arbeitslos und nicht in Ausbildung, ein erheblicher Teil hat die Jobsuche ganz aufgegeben.



Automechaniker Griene

Anna Surinyach Garcia / DER SPIEGEL

Der König, der gerade sein Thronjubiläum feierte, gilt vielen als Symbol der Ungleichheit: Während die Jungen im Land ausharren müssen, wird er regelmäßig in Paris gesehen.

In Fnideq sitzen viele mit der immer selben Frage vor sich: Wie sähe mein Leben aus, wenn ich da drüben wäre? Welche Chancen hätte ich? Welcher Mensch wäre ich?

»Es war ein Spiel, und wir sind einfache Leute – wir sind drauf reingefallen«, sagt Youssef, er ist 38 Jahre alt, kauert auf dem Boden in Fnideq, neben ihm ein Glas Minztee. Auch er war drüben in Ceuta, »aus Angst, etwas zu verpassen« – und um für seine Familie zu sorgen. »Männer, die das nicht können, sind in Marokko nichts wert«, sagt er. Er habe sich über die marokkanischen Polizisten an der Grenze gewundert, die die Marokkaner sogar zum Schwimmen angefeuert hätten, so erzählt er es. Es gebe, so erklären hier einige, die Unterstützung durch die Sicherheitskräfte, eine Art unausgesprochenen Brüder-Code: Man nimmt niemandem die Chance auf ein besseres Leben in Europa.

Noch einmal will Youssef es nicht probieren. »Ich habe den Tod gesehen.« Direkt neben ihm seien die Eltern eines Kleinkinds ertrunken, das dann von der spanischen Polizei allein an Land gezogen wurde.

Als er in Ceuta ankam, hatten noch ein paar Geschäfte offen. Mit marokkanischem Dirham kaufte er Thunfisch und Brot. Als immer mehr seiner Landsleute ankamen, waren die Geschäfte in Ceuta plötzlich zu, erzählt er. Kein Essen, kein Wasser. Nachts schlief er auf der Straße. Am Freitag lief er zurück nach Marokko. »Ich bin fast gestorben vor Hunger«, sagt Youssef.

Und die EU? Hat sich wegen Ceuta erst öffentlich zerlegt und dann schnell wieder zusammengefunden, so schnell, dass die eigentliche Frage nach der Verantwortung weiterhin unbeantwortet bleibt.

Beim Notfalltreffen der EU-Innenminister am Dienstag in Brüssel lobten dieselben Regierungen Spaniens Krisenmanagement, die wenige Tage zuvor noch seinen Ausschluss aus dem Schengenraum gefordert hatten. Marokkos Rolle wurde nicht offiziell benannt – zu heikel. Rabat ist zu wichtig. Die EU plant, die Partnerschaft mit dem Königreich sogar auszubauen: mehr Geld, mehr Koordination, mehr Abhängigkeit. Wer die Grenze kontrolliert, sitzt am längeren Hebel. Das weiß Rabat, das weiß Brüssel.

Die sichtbarste Antwort Spaniens ist nun eine 500 Meter lange schwimmende Barriere aus Bojen, die seit Samstag am Tarajal-Wellenbrecher im Wasser liegt – dem Abschnitt, durch den die meisten geschwommen kamen. Sie ragt 30 bis 70 Zentimeter aus dem Wasser, reicht bis zu einem Meter in die Tiefe, daneben patrouillieren Boote der Guardia Civil. Sie lässt sich überwinden, aber wer diese physische Barriere überwunden hat, kann dann doch direkt zurückgewiesen werden.

Es sind Antworten auf die Frage, wie man verhindert, dass Menschen kommen – aber nicht auf die Frage, warum sie kommen und es immer wieder versuchen werden.

Drei Tage nach der Massenflucht sitzen drei Jungen am Busbahnhof von Tanger, alle in Flipflops, auf dem Tisch ein Ladekabel und die Reste eines hastigen Essens: Brotkrümel, ein paar Eierschalen, ein Tetrapak Saft. Sie sind gerade aus Ceuta zurückgekehrt – nicht wegen der Polizei oder aus Angst, sondern: wegen Hunger.

Hussein, 18, Marwan, 19, und Mohamed, 18, sind beste Freunde aus Agadir. Auch sie sind wegen Social Media losgezogen. »Das Schlimmste im Meer waren die Leichen«, sagt Hussein. Ein Mann gehe ihm nicht mehr aus dem Kopf, Mitte dreißig vielleicht, er war grün angelauten. Hussein schüttelt den Kopf.

»Europa bleibt ein Traum, den ich nicht aufgeben werde«, sagt Hussein trotzdem.

Dass es auch Probleme in Europa gebe, wollen sie nicht hören. »Wie sagt man so schön: Europa ist kein Paradies, aber dort wird mein Herz zur Ruhe kommen«, sagt Mohamed. »Der Mensch hat in Europa ein Recht auf Bildung, auf Gesundheit«, sagt Hussein, er zeigt auf sein Ohr, es ist rot entzündet. »Ich kann da einfach ins Krankenhaus gehen.«

Und sie haben Pläne: Marwan und Mohamed wollen Barbershops eröffnen, Hussein spricht von Export und Import. »Europa ist unsere Zukunft, koste es, was es wolle«, sagt er.

Erst einmal seien sie froh, überlebt zu haben. Aber bald wollen sie Flossen und einen Neoprenanzug kaufen und üben, im eigenen Meer. Und dann wieder losschwimmen: nach Melilla. Eine andere spanische Exklave.

Zoé Kammermann, Katrin Kuntz, Jan Petter, Dunja Ramadan

»Wir sollten ein Gleichgewicht des Schreckens schaffen«

Sicherheit Sauli Niinistö kennt Wladimir Putin besser als die meisten europäischen Politiker. Hier spricht er über dessen Feindschaft gegenüber dem Westen und darüber, warum Europa dennoch direkte Gespräche mit Russland führen sollte.

Niinistö, Jahrgang 1948, war von 2012 bis 2024 Präsident Finnlands. Der konservative Politiker war ein früher Befürworter des Nato-Beitritts seines Landes, pflegte zugleich aber eine enge Beziehung zum Nachbarn Wladimir Putin. Niinistö gilt als möglicher Vermittler für Gespräche der EU mit Russland.

SPIEGEL: Herr Niinistö, Sie fordern, Europa müsse das Gespräch mit Russland suchen. Wenn ich Sie richtig verstehe, geht es Ihnen gar nicht nur um die Ukraine. Worum dann?

Niinistö: Es gibt zwei gewichtige Gründe. Erstens: die sogenannte Sicherheitsarchitektur in Europa. Darüber wollen die Russen seit Jahren reden, 2021 – noch vor dem Angriff auf die Ukraine – haben sie darüber mit den Amerikanern diskutiert. Dann tauchte das Thema nach dem Treffen von Wladimir Putin und Donald Trump in Alaska wieder auf.

SPIEGEL: 2025 wurde ein russisch-amerikanischer Plan für eine Beendigung des Krieges vorgelegt, dessen 28 Punkte mehr als die Ukraine betrafen. Da wurde etwa ein »Nichtangriffsabkommen« für Europa vorgeschlagen.

Niinistö: Wenn eine Diskussion über die europäische Sicherheitsarchitektur stattfindet, sollten die Europäer auf jeden Fall mit am Tisch sitzen.

SPIEGEL: Was ist der zweite Grund, mit Russland zu sprechen?

Niinistö: Der hat mit der Zeit nach einem Ende des Kriegs gegen die Ukraine zu tun. Wie immer das Friedensabkommen mit der Ukraine aussehen wird, ich bin sicher, es wird Russland nicht zufriedenstellen. Durch Europa wird eine feindliche Grenze verlaufen, ein wenig wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Und auch Putin selbst hat sich verändert.

SPIEGEL: Wie denn? Sie kennen ihn besser als die meisten europäischen Politiker.

Niinistö: Ich hatte seit Jahren keinen Kontakt mit ihm, aber ich kann mir gut ausmalen, dass er voller Wut und regelrecht Hass auf die Europäer ist, weil sie der Ukraine die ganze Zeit geholfen haben. Wir haben Drohnen über den Flughäfen von Oslo, Brüssel, Kopenhagen und Berlin gesehen, wir hatten zertrennte Unterseekabel, Sabotage. Wenn ich das alles zusammenbringe, lese



Finnischer Politiker Niinistö:
»Putin hält uns für schwach«

ich das als russischen Wink: Schaut her, das ist es, was wir derzeit anrichten können. Und das macht mir große Sorgen – eine feindliche Atmosphäre, kombiniert mit solchen Mitteln der hybriden Kriegsführung. Damit kann man den Zusammenhalt der Gesellschaft massiv beschädigen. Der hybride Krieg respektiert keine Grenzen, die Front ist überall.

SPIEGEL: Und das könnte man mit bloßen Gesprächen verhindern?

Niinistö: In den Fünfzigerjahren gab es das neue Problem der Atomwaffen. Damals existierte ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, und das führte zu Gesprächen darüber, wie man diese Situation zumindest zum Teil unter Kontrolle halten kann. Heute sollten wir als Erstes ein vergleichbares Gleichgewicht des Schreckens schaffen, also sicherstellen, dass auch wir im hybriden Krieg große Schäden anrichten können. Und dann sollten wir in einem zweiten Schritt mit Russland – und gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und anderen – Gespräche führen, wie wir in Zeiten des Hasses hybride Konflikte vermeiden.

SPIEGEL: Wäre Europa denn überhaupt in der Lage, in einem hybriden Krieg Russland große Schäden zuzufügen?

Niinistö: Das ist ein heikles Thema. Die CIA und auch die britischen Geheimdienste sind zu Dingen fähig, die unsere kontinentale Rechtstradition vermutlich nicht zulässt. Wir haben uns selbst die Hände gebunden – um individuelle Rechte zu schützen. Die Angelsachsen haben dagegen mehr Spielraum, für die gemeinsame Sicherheit zu sorgen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir ein vertrauensvolles Verhältnis zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten bewahren.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, Putin weiß genau, wo er hinwill? Hat er eine Vision für die Zeit nach dem Krieg?

Niinistö: Ich vergleiche die Weltpolitik gern mit dem Schachspiel. Donald Trump spielt Simultanschach: Er spielt mehrere Partien gleichzeitig und achtet nicht groß darauf, was der Gegner tut. Putin dagegen ist jemand, der eine Partie aus dem Schachlehrbuch nachspielt: Er hat einen Plan und spielt Zug um Zug durch bis zum Schachmatt. Er nimmt zwar wahr, was der Gegner tut, aber eigentlich will er bloß den Plan nachspielen. Und der Plan ist, Gebiete der Ukraine zu bekommen und mit der genannten Sicherheitsarchitektur die Ukraine ungefährlich für Russland zu machen.

SPIEGEL: Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj hat im Juni Putin zu Friedensgesprächen aufgerufen, in einem offenen Brief. Aber der forsche Ton wirkte nicht, als sei der Brief für Putin formuliert. Er spielte auf dessen hohes Alter an und auf das Risiko eines politischen Sturzes. Wie haben Sie das interpretiert?

Niinistö: Ich glaube, Selenskyj wollte einfach deutlich machen, dass Putin nicht mit ihm reden will. Als ich noch im Amt war, hat Selenskyj mich mindestens dreimal gebeten, Putin zu überzeugen, dass er mit ihm reden solle. Putin hat das nie aufgegriffen.

SPIEGEL: Könnte Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine eskalieren, gar auf den Westen übergreifen?

Niinistö: Ich glaube nicht an einen konventionellen russischen Angriff auf Nato-Gebiet. Die Russen haben vier Jahre lang die Ukraine angegriffen und ihr Ziel nicht erreicht. Wozu eine neue Front eröffnen, wenn sie sich an der alten schon schwertun? Aber es ist wichtig, dass Europa dem Kreml ein Signal schickt, dass wir stark sind. Putin hält uns für schwach.

SPIEGEL: Wenn wir aber selbst aufrüsten, mit großen finanziellen Ressourcen, führt das nicht zu einer Gegenreaktion, weil die Russen das als Bedrohung auslegen?

Niinistö: Ich glaube nicht, dass unter den russischen Entscheidungsträgern irgendjemand ernsthaft denkt, Europa könne Russland bedrohen.

Interview: Christian Esch

Stöhnen fürs Festland

Taiwan In der Volksrepublik China ist Pornografie streng verboten. Den Markt befriedigt das Nachbarland – mit immer ungewöhnlicheren Mitteln. Von Cornelius Dieckmann und An Rong Xu (Fotos)

Im Empfangszimmer einer Bergvilla in der chinesischen Provinz Hunan sitzt ein Bürgermeister und lässt sich oral befriedigen. Die Frau, die vor ihm kniet, heißt Ying. Sie ist die Schwiegertochter des reichen Industriellen, in dessen Haus der Politiker zu Gast ist. Eben hat sie den beiden Männern noch Tee eingeschenkt, als ihr Schwiegervater ihr mit einem schmierigen Grinsen zugeraut hat: »Ying, du solltest mehr Zeit mit Bürgermeister Chen hier verbringen. Ihm mal so richtig 'ne Freude machen, he, he, he.«

Und jetzt kniet sie da, der Bürgermeister nackt, sie nackt, ihr Schwiegervater nackt, dazu noch die Sekretärin des Politikers, nackt. »Oh ja, Bürgermeister!«, stöhnt Ying. »Lass dich vom Bürgermeister schwängern!«, stöhnt der Bürgermeister.

»Cut«, sagt der Regisseur. Das Stöhnen verstummt.

Stattdessen justiert ein gutes Dutzend Leute, männliche Mittzwanziger vor allem,

Kameras und Mikrofone, und jemand bringt Wasser, während der Darsteller, der den Gastgeber spielt, vergebens versucht, das außerplanmäßige Erschlaffen seiner Erektion rückgängig zu machen.

»Ist es zu kalt?«, fragt ein Crewmitglied leise.

»Geht schon.«

Minuten vergehen. Ying liegt regungslos da und wartet. Der Bürgermeister onaniert mit geschlossenen Augen. Sein erschlaffter Kollege tut es ihm gleich, bis er endlich mit einem gemurmelten »Okay« zu verstehen gibt, dass der gewünschte Erregungszustand wiederhergestellt ist. Der Regisseur zählt runter: »5, 4, 3, 2 und Action.« Alle stöhnen.

Was an diesem sonnigen Montagmorgen in einem Landhaus in den taiwanischen Bergen von Miaoli entsteht, einer für ihre Bambushaine bekannten Gegend nahe der Westküste des Inselstaats, ist ein klassischer Porno. Ein Schmuddelstreifen mit wenig

Plot und viel Sex. Konzipiert von Taiwanern, produziert in Taiwan, besetzt mit taiwanischen Darstellerinnen und Darstellern.

Nur dass die dabei so tun, als wären sie in der Volksrepublik China.

Denn da sind ihre Kunden.

»Onkel Hao und seine Frauen« spielt im Landkreis Hengshan in der chinesischen Provinz Hunan. Drei Folgen, jeweils rund eine Stunde lang: Onkel Hao, der Hausherr mit den Erektionsproblemen, mogelt sich darin vom einfachen Angestellten einer staatseigenen Düngefabrik hoch zum High-Society-Mann, schläft mit allerlei Frauen und knüpft Netzwerke mit den Mächtigen. Das Setting ist passend. Hunan ist die Heimat des chinesischen Staatsgründers Mao Zedong.

»Ein großer Teil unseres Publikums denkt, wir drehen in China«, sagt Ai Xi, die die Schwiegertochter Ying spielt. »Unser Job ist es, diesen Glauben aufrechtzuerhalten.«



Darstellerin Ai Xi,
Kollege Shiba in Miaoli

Ein paar Tage vor dem Dreh sitzt sie im Studio der Produktionsfirma Model Media in New Taipei City, der Metropolregion rund um Taiwans Hauptstadt Taipeh. Ai Xi ist ihr Künstlername. Im echten Leben heißt die 29-Jährige anders, sie will ihre Privatsphäre schützen. »Die taiwanische Pornoindustrie«, sagt sie, »ist die geopolitisch brisanteste der Welt.«

Ai Xi hat gerade die Kostümprobe für den anstehenden Dreh hinter sich. Sie trägt ein Kleid mit tiefem Ausschnitt und eine schmale Kette. Das Set, in dem sie Platz genommen hat, ist einem altertümlichen Bordell mit Holzbadewanne nachempfunden. Ästhetik: Qing-Dynastie, chinesisches Kaiserreich. Auch hier habe sie schon Sex vor der Kamera gehabt, sagt Ai Xi. Eigentlich gehe es überall. Ihr Geschäft sei schließlich die Illusion.

»Die Zuschauer wollen das Gefühl haben: Diese Mädchen sind für mich erreichbar, sie könnten aus meinem Umfeld stammen«, erklärt die Darstellerin. In Taiwan spricht man wie in China Mandarin, Hochchinesisch. Die gemeinsame Muttersprache ist der Schlüssel zum pornografischen Realismus. Nur manchmal ist etwas Selbstzensur nötig. Ihre Kolleginnen und sie würden genau darauf achten, beim Drehen nur das in China übliche Wort für Penis zu benutzen, obwohl das in Taiwan kaum jemand verwende, erzählt Ai Xi. »Sonst zerplatzt die Seifenblase.«

Das Businessmodell beruht auf einer einfachen Tatsache: Während man im liberalen Taiwan straffrei Pornos drehen kann, sind in China Produktion und Verbreitung »obszöner Inhalte« streng verboten. Allein fürs Verteilen kann man in der Volksrepublik ins Gefängnis kommen.

Geguckt wird natürlich trotzdem. Geguckt wird erst recht. Es gibt Statistiken, laut denen Nutzer aus China über ein Viertel des globalen Pornokonsums ausmachen sollen – mehr als aus jedem anderen Land.

Und so entschlossen das kommunistische Regime in Peking droht, Taiwan dereinst zur »Wiedervereinigung« mit der Volksrepublik zu zwingen, so ungeniert erobern die taiwanischen Pornos auf umgekehrtem Weg den chinesischen Markt. Für die Filmmacher ist es ein Glücksfall: China bietet mit seiner 1,4-Milliarden-Bevölkerung ein potenzielles Publikum von vielen Hundert Millionen, hat aber keine professionelle heimische Produktion.

Also stöhnt Ai Xi fürs Festland.

Der Kapitalismus sei pragmatisch, sagt sie. »Auch wenn unsere Kunden wohl ungern zugeben würden, dass sie unsere Videos dem Kapitalismus verdanken.«

Ai Xi wurde in Taiwan geboren und verbrachte ihre Kindheit hier, dann zog sie mit ihren Eltern nach England, wo ihr Vater promovierte. Später studierte sie an der kali-

fornischen Eliteuni Berkeley Wirtschaftswissenschaften. »In meiner Abschlussarbeit habe ich Chinas Entwicklungspolitik mit der des Westens verglichen.« Nach dem College habe sie im Investmentbanking in Hongkong gearbeitet, danach bei einem Hedgefonds in Taiwan. »Irgendwann merkte ich, dass mich das total langweilte.« Sie habe sich anders ausleben wollen. »Ich wollte in Rollen schlüpfen.«

Seit vier Jahren dreht sie Pornos. Nebenbei gibt sie Gymnasialnachhilfe in Wirtschaft, »damit mir die intellektuelle Seite nicht zu kurz kommt«. Sie wisse um die Widersprüche ihrer Branche. »Wir vermarkten Frauen. Als Frau müsste ich dagegen sein, aber ich profitiere davon.« Es sei eine Karriere, kein Lifestyle.

Wenn Ai Xi über Pornografie redet, spricht sie von »Marktequilibrium« und »Konsumentenbasis«, von kleinem Angebot und großer Nachfrage. Taiwans Bevölkerung beträgt gerade mal 24 Millionen, entsprechend wenige Pornodarstellerinnen gebe es. Das führe dazu, dass Taiwanerinnen zu den bestbezahlten Darstellerinnen der Welt gehörten. Bis zu 2700 Euro könnten Frauen pro Dreh mit einer Sexszene verdienen. Vor einigen Jahren, als die Industrie ihre Hochphase erlebt habe, sei es sogar doppelt so viel gewesen. Und wenn sie dafür beim Dirty Talk Penis-



Fanartikel-Spielkarten von Model Media

se als »Hahn« (China) bestöhnen müsse statt als »Fleischknüppel« (Taiwan), was sei schon dabei?

Man mag sich das Pornobusiness anrühlich vorstellen. Zumindest äußerlich wirkt Model Media beim Besuch Anfang des Jahres wie das Gegenteil. Taiwans bekannteste Erotikfirma, gegründet 2019, auf Mandarin Madou genannt, sitzt in einem Bürohaus in einer Neubaugegend von New Taipei City. Im Erdgeschoss geben Lieferanten Essensbestellungen ab, auf der Büroetage tauschen die Angestellten ihre Straßenschuhe gegen Schlappen ein. Rund 20 junge Taiwanerinnen und Taiwaner sitzen in einem Großraum an Schreibtischen. Manche machen gerade ihren Mittagsschlaf, wie es hierzulande zur Arbeitskultur gehört.

Der Chef ist 38 und nennt sich Aaron. Er ist studierter Elektroingenieur, ein charmanter Typ mit modischer Rahmenbrille. Auf seiner Visitenkarte steht »Produktionsdirektor« und kein Nachname, auch er will sein Privatleben abschirmen.

Früher habe er sich als Travel-YouTuber in Australien versucht, erzählt Aaron. Jetzt koordiniert er ein Team von gut 40 Leuten. »Beim Drehen in Taiwan gibt es nur ein paar Sachen, die du nicht machen darfst«, sagt er. »Hartes Zeug, Gewalt. Aber wenn du softere Filme drehst, lässt die Regierung dich in Ruhe.«

Aaron zeigt eine Reihe Sets, die direkt neben dem Großraumbüro liegen. Das Kaiserzeitbordell. Eine Gefängniszelle mit BDSM-Bindegestell und Fesselwerkzeugen. Ein Klassenzimmer. Eine Abstellkammer mit High Heels und Requisiten wie Gewehren, Polizeimützen und Matratzen. Instrumente der Erregungsindustrie – alles, wovon sie glauben, dass das chinesische Herz es begehren könnte.

»Vor allem«, sagt Aaron, »mögen sie große Brüste.«

Taiwanische Kunden würden für die Firma kaum eine Rolle spielen. Seine Landsleute seien zu verwöhnt. Mit der hiesigen gesellschaftlichen Freiheit gehe einher, dass Taiwaner kostenlose Pornos gewohnt seien. »Wir brauchen deshalb den unfreien Markt in China. Chinesen sind eher bereit zu zahlen, weil es wegen der Zensur nicht so viele Pornos gibt und sie für sie kostbarer sind.«

Die größte Kundenkohorte sei männlich, chinesisch und 25 bis 35 Jahre alt. Verbreitet würden die Filme über Downloadlinks, die zu einer App führen. Das sei für die chinesischen Behörden weniger leicht zu sperren als eine Website. Ist die App einmal installiert, hat man sie fest auf dem Handy. Mehr als 37 Millionen Mal sei sie schon heruntergeladen worden. Im Jahr drehe Model Media – Stand Anfang 2026 – 80 bis 100 Pornos, die meisten heterosexuell, manche schwul. Gezahlt werde mit Kreditkarte oder



1 | Produktionschef Aaron 2 | Garderobe 3 | Mikrofonverkabelung in Ai Xis Unterwäsche
4 | Darstellerin Ai Xi als Schwiegertochter, Szenepartner Shiba als Bürgermeister

via WeChat, Chinas Allzweck-App. Das Risiko, vom Überwachungsstaat erwischt zu werden, liegt beim Konsumenten.

Als im vergangenen Jahr Gerüchte aufkamen, Model Media habe Verbindungen in die Organisierte Kriminalität, wiesen Aaron und seine Kollegen das zurück. Ihr Image ist das eines sauberen, progressiven Unternehmens. Zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen starteten sie eine Crowdfunding-Aktion. Der Firmengründer, erklärt Aaron, sei ein Taiwaner namens »Mister P.«, der sich aus dem operativen Geschäft meist heraushalte. Daneben gebe es einige weitere Investoren, über die er spärliche Details unter der Bedingung nennt, sie nicht zu schreiben.

Das Business bleibt schließlich grenzwertig. 2022 wurden in China 24 Personen festgenommen, die dort trotz des Verbots Pornos für Model Media produziert hatten. »Das waren Leute, die auf uns zugekommen waren und für uns drehen wollten«, sagt Aaron. »Wir meinten: Okay, wenn ihr das riskieren wollt, dann auf eigene Gefahr. Leider wurden sie hochgenommen.« Was nach der Festnahme mit ihnen passiert sei, wisse er nicht.

Jetzt wird so gut wie alles von Taiwan aus gemacht, aber ohne dass irgendetwas darauf hindeuten soll. Eine Zeit lang hätten sie Untertitel noch sowohl mit den in Taiwan üblichen Langschriftzeichen getextet als auch mit den in China genutzten Kurzzeichen. Aber das lohne sich nicht. »Wir experimentieren gerade damit rum, ob man auch den Akzent mit KI bearbeiten kann.« Hin zum Festlandzungenschlag. Runder, gerollter, mehr Singsang.

»Bei normaler Konversation geht es schon gut mit der KI. Nur beim Ficken ist es etwas schwierig.«

Es ist nicht so, als gäbe es in China keinen Raum, um über Sexualität zu sprechen. In Shanghai findet jedes Jahr eine mehrtägige Erotikmesse statt, Sexspielzeuge werden präsentiert, vermehrt auch Roboterpuppen. Mehr als 400 Aussteller sind vertreten, die Besucherzahlen überschreiten die 50.000.

Doch in der Breite sorgt die Kommunistische Partei für ein Klima der Prüderie. Nackt- oder Sexszenen in Kinofilmen werden zensiert. Das Regime hält pornografische Inhalte für hedonistisch, für einen Widerspruch zu sozialistischer Disziplin und Reinheitsmoral. Oft geht damit die Gängelung sexueller Minderheiten einher. Vergangenes Jahr wurden Dutzende Autorinnen des beliebten schwulen Romangenres »Boys' love« festgenommen. Eine Autorin bekam 2018 zehn Jahre Haft.

»Chinas Regierung will eine, wie sie es nennt, »harmonische Gesellschaft« kultivieren«, sagt der Medienwissenschaftler Runze Ding von der Universität Swansea in Wales,

»Im Privaten leben viele in China ihre Sexualität mit Freude aus. Offiziell bleibt es ein Tabu.«

Runze Ding, Medien- und Sexualforscher

der zu Sexualität in seinem Heimatland geforscht hat. »Pornos betrachtet die Führung als sozial korumpierend.«

Zwischen den staatlichen Restriktionen und der Realität der Menschen liege eine große Distanz, erklärt Ding. »Im Privaten leben viele heutzutage ihre Sexualität mit Freude aus. Offiziell bleibt es ein Tabu.«

Seit ihrer Gründung 1949 ist die Volksrepublik China ein Staat, dem Sexualität nicht geheuer ist. Geschlechtsverkehr zum Spaß? Dekadent, konterrevolutionär, bourgeois. Während der Kulturrevolution der Sechziger- und Siebzigerjahre wurden auch nicht-explizite Liebesromane als pornografisch eingestuft.

Dass Diktator Mao Zedong wohl selbst ein ausschweifendes Sexleben hatte und laut einem seiner Biografen sogar eine Pornosammlung, änderte nichts am Gebot seiner Partei, Begehren zu unterdrücken. Auch nach Maos Tod wurden Pornos in den Achtzigerjahren in einer Kampagne gegen westliche »spirituelle Verschmutzung« bekämpft.

Dann kam das Internet. Wie besorgt das Regime in jenen Jahren gewesen sein muss, zeigt ein Interview von 2000 mit dem damaligen Partei- und Staatschef Jiang Zemin. Ein US-Journalist fragte Jiang, warum China bestimmte Websites blockiere, etwa Medien wie die BBC oder die »Washington Post«. In seiner Begründung kam Jiang skurrilerweise von sich aus auf Sex zu sprechen: Im Netz, sagte er, »gibt es bisweilen auch schädliche Inhalte, insbesondere Pornografie, die unseren Jugendlichen großen Schaden zufügen«.

Experte Runze Ding glaubt, es sei zwecklos, die Bevölkerung flächendeckend von Pornos fernhalten zu wollen. Er verweist auf die Studie eines Professors der Peking University des Chinesischen Volkes von 2015. Darin gaben knapp 80 Prozent der befragten jungen Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren an, im vorangegangenen Jahr Pornos gesehen zu haben. Unter jungen Frauen waren es 51 Prozent – ein Anstieg im Vergleich zu drei vorherigen Umfragen.

»Was man früher nur auf geschmuggelten DVDs von Straßenverkäufern bekam, kriegt man heute leicht online«, sagt Ding. »Entweder man geht mithilfe eines VPN auf ausländische Websites, oder man findet WeChat-Gruppen, die zu virtuellen Festplatten voller Pornos führen.« Wer gucken wolle, sei nicht zu stoppen.

Xi Jinpings Staat versucht es trotzdem. An einer Hauptstraße im Pekinger Bezirk Xicheng residiert das »Nationale Amt zur Bekämpfung von Pornografie und illegalen Veröffentlichungen«. Eine Anti-Porno-Behörde, die sich das Gebäude unter anderem mit einem »Studienzentrum für die Gedanken Xi Jinpings zur Kultur« teilt, wie ein Schild am Eingang kundtut.

Das Amt, das der Propagandaabteilung der KP unterstellt ist, hat in der Vergangenheit auch Jagd auf verbotene politische Inhalte gemacht, etwa solche über die uigurische oder die tibetische Unabhängigkeit. Doch einen großen Teil ihrer Arbeit widmen Pekings Sittenwächter dezidiert Sexfilmen, zum Beispiel in Kampagnen namens »Sauberes Netz« oder »Zum Schutz der Jugend«. Es gibt sogar eine Telefonhotline zum Mel-den anstößiger Erzeugnisse.

Auf seiner Website präsentiert das Amt Updates zum Kampf gegen Pornografie wie Trophäen. In der Inneren Mongolei, heißt es stolz, sei jemand zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, der 641 USB-Sticks mit Pornos verkauft habe. In Fujian müsse jemand für drei Jahre in Haft, weil er auf WeChat Pornovideos verbreitet habe, für die ihn 116 Gruppenmitglieder bezahlt hätten. Man habe zwei Handys und einen Laptop beschlagnahmt, darauf mehr als 1500 »obszöne Videos«. Als »illegaler Profit« werden umgerechnet läppische 260 Euro angeführt.

Ein Rechtsanwalt warnt auf einer Regierungswebsite, man könne schon im Knast landen, wenn man Pornos nicht selbst herstelle, sondern nur kaufe und sie – privat und ohne Gewinn – weiterleite.

Aber schreckt das irgendjemanden ab?

Die Soziologin Chong Liu, die an der britischen Universität Durham forscht, hat 2019 an zwei Highschools in der chinesischen Großstadt Tianjin über sechs Monate Jungen und Mädchen zu deren Sexualität und Pornokonsum interviewt. »Es war viel Vertrauensarbeit nötig, bis die Jugendlichen verstanden, dass ich sie nicht verurteile«, berichtet sie. Doch von 28 Schülerinnen und Schülern, die sie befragt habe, hätten nur ein oder zwei angegeben, dass sie noch nie Pornos gesehen hätten. »Dass es illegal ist, erwähnte niemand. Das spielte keine Rolle. Sowohl unter den Jungen als auch unter den Mädchen gab es eine Kultur des gemeinsamen Pornoguckens auf den Zimmern, aber auf eine verspielte Weise, die moralische Schuld minimierte.«

Vor allem männliche Jugendliche im Alter von 16 bis 18 hätten betont, sie würden ostasiatische Pornos bevorzugen, auch japanische, weil westliche Videos »ekelhaft« seien. Darin komme zu viel Analsex vor. Außerdem sähen die Schamhaare anders aus.

Ihr längstes Interview habe fünf Stunden gedauert, erzählt Liu. »Der junge Mann hat-

te so viele Fragen.« Womöglich auch, weil der Sexualunterricht an chinesischen Schulen mitunter weggeschluckt wird. »Das sind vielleicht zwei, drei Seiten im Biobuch in der achten Klasse: Fortpflanzungsorgane, Spermien, alles rein wissenschaftlich. Manche Schüler sagten mir, ihre Lehrer hätten diese Einheit übersprungen, weil sie im Test eh nicht drankommt.«

Autodidakten versuchen es online. Zum Beispiel auf der Website 91porn, die so etwas wie der zentrale Marktplatz chinesischer Pornoenthusiasten ist. Man findet dort keine Profiproduktionen, sondern Amateurvideos von Privatpersonen, die sich beim Sex filmen. Im Kleingedruckten steht pro forma, die Seite sei nur für Nutzer, »die nicht in Festlandchina sind«. Doch viele Mitglieder schreiben im angeschlossenen Forum in ihren Signaturen offen, dass sie in Peking oder Guangdong leben, in Fujian oder Jiangsu. Manche geben Kontaktdaten für Sextreffen an. Jemand stellt sich als »Online-BDSM-Trainer« vor und bietet eine »Einführung in die Grundlagen der Subkultur« an.

Es ist ein Fenster in die Sehnsüchte einer zur Keuschheit verdonnerten Gesellschaft.

Er gucke seit der Mittelschule Pornos, schreibt ein User. Anfangs habe er sich schuldig gefühlt, aber bald habe er sie auf Festplatten gesammelt, mehrere Terabyte groß. »Natürlich interessiert mich westlicher Content nicht besonders, also machen meine ausländischen Inhalte weniger als 200 Gigabyte aus.« Seine Vorliebe sei »wife-swapping«, Ehefrauenaustausch. Er beklagt sich über die schlechte Verfügbarkeit solcher Filme, die meisten seien ältere aus Taiwan oder Hongkong.

Ein Nutzer aus der Provinz Hebei, Jahrgang 1993, teilt seine Erweckungserlebnisse unter der Überschrift »Lehrjahre eines Meisters der Verführung«. Eines Tages habe ihm ein älterer Mitschüler im Internetcafé gezeigt, wie man Nacktbilder findet. »Es war das erste Mal, dass ich so etwas sah, und mein Kopf war wie leer [...] Obwohl ich mich damals noch nicht heimlich mit diesem Thema beschäftigt hatte, spürte ich die Anziehungskraft des weiblichen Körpers und hatte von da an Fantasien über Frauenkörper wie nie zuvor.« Seitdem gucke er Pornos.

Der Austausch ist freizügig und unzensuriert. Jemand schreibt scherzhaft: »Wie Generalsekretär Xi Jinping einmal gesagt hat: Häuser sind zum Wohnen. Muschis sind zum Ficken.« Es ist eine krude Anspielung auf einen Appell von Machthaber Xi, die chinesische Bevölkerung möge Immobilien nicht als Spekulationsobjekte missbrauchen – abgewandelt zum sexuellen »Carpe diem«. Wieder andere posten selbst verfasste erotische Kurzgeschichten.

Es sind solche Amateurstorys aus China, die Model Media, die taiwanische Firma, als

»Als Vater finde ich Inzestgeschichten nicht gerade toll, aber Kunden in China lieben sie.«

Shiba, Darsteller

Rohmaterial für viele ihrer Pornodrehbücher verwendet. Hinzu kommen sexualisierte Adaptionen von Popkultur-Erfolgen wie dem chinesischen Animationsfilm »Ne Zha 2«, dem südkoreanischen Sozialthriller »Parasite« oder der dystopischen Serie »Squid Game«.

Gibt es narrative Muster, Motive, Fetische?

»Zum Beispiel Inzest«, sagt der Bürgermeister und lächelt gequält.

Beim Dreh in den Bergen von Miaoli hat er gerade auf Ai Xis Rücken ejakuliert. Nun ist er wieder angezogen, nur seine Socken kann er nicht finden.

In der Branche ist er unter dem Namen Shiba bekannt, ein freundlicher 44-Jähriger mit Kinnbart und Brille, der von seinem Leben als zweifacher Vater erzählt. Einst studierte er an Taiwans bester Universität Theaterwissenschaften, spielte »Macbeth« und »Henry IV.«. Jetzt spiele er eben einen Bürgermeister aus China. Oder Inzestgeschichten. »Als Vater finde ich die nicht gerade toll, aber die Kunden in China lieben sie.«

Ein anderer typischer Plot gehe so: Einfacher Arbeiter wird durch Zufall reich und schläft mit vielen schönen Frauen – vom Malocher zum Macker, wie in »Onkel Hao

und seine Frauen«, dem Dreiteiler, den sie heute drehen. Geschrieben hat die Geschichte ein chinesischer Hobbyautor, der sie unter dem Pseudonym »Paradiespenis« online veröffentlicht hat. Ein sexuelles Aufstiegsversprechen. In China herrscht derzeit Wirtschaftslaute.

Shiba macht seit 2020 Pornos. Seine Frau, sagt er, sei einverstanden. Drei, vier Drehtage im Monat seien das, den Rest der Zeit könne er Hausmann sein. Mit Ai Xi habe er schon mehr als zehnmal aufgenommen, das Verhältnis sei kollegial. Aber er klingt, als habe er etwas mehr Skrupel als sie, was die Kundschaft angeht. »Als ich begriff, dass wir hier Pornos für China drehen, fand ich das schon etwas komisch«, gibt er zu. Viele Taiwaner hegen angesichts der ständigen Bedrohung durch das Regime in Peking negative Gefühle gegenüber China. Aber ein Job sei ein Job, sagt Shiba.

Für die richtige Bezahlung spiele er auch in schwulen Pornos mit, obwohl er hetero sei. Angebot und Nachfrage.

Die Nachfrage bleibt groß. Doch einige Wochen nach dem Dreh ändert sich das Angebot.

Wie aus dem Nichts gibt Model Media im April in einem Social-Media-Post bekannt: Die Firma schließt. In einem knappen Statement heißt es, durch die vielen Raubkopien, die kostenlos im Netz landeten, leide die Profitabilität. Für Shiba und Ai Xi ist es ein Schock. Es bedeutet, dass sie künftig auf Selbstvermarktung oder kleinere Produktionsfirmen angewiesen sein werden.

Und Model Media? Auf Nachfrage bei Chef Aaron stellt sich heraus, dass das Management keineswegs aufgibt. Im Gegenteil: In den vergangenen Monaten habe man Teammitglieder für KI-Fortbildungen nach China geschickt, sagt Aaron. Jetzt sei man bereit für den nächsten großen Schritt, unter neuem Firmennamen.

»Wir bereiten die Transformation zu KI-generierten Pornodramen vor.« Er zeigt ein paar Beispiele. Manche Videos haben einen Anime-Look, andere sind täuschend realistisch. »Die Technologie hat sich viel schneller entwickelt, als wir erwartet hatten«, sagt Aaron. Jetzt könne man auf Knopfdruck einen chinesischen Akzent einstellen, sogar Fremdsprachen.

Etwa in einem KI-Video, in dem ein Schüler in einem Zug heimlich einer schlafenden Frau die Bluse öffnet. Als die Entblößte erwacht, zuckt der Jugendliche ertappt zusammen. Aber weil ein Porno nun mal ein Porno ist, haucht die Frau den Jüngling verführerisch an: »Warum machst du denn nicht weiter?«

Sie haucht es in makellosem chinesischen Festlandakzent, per Klick erzeugt in Taiwan, die perfekte Illusion.

Wirtschaftsexpertin Ai Xi: »Die geopolitisch brisanteste Pornoindustrie der Welt«





Freiwillig sitzen bleiben

Dänemark Die Efterskole soll dänische Jugendliche auf die Zukunft vorbereiten – ein Erwachsenwerden auf Probe. Der Staat will das künftig noch stärker unterstützen.

In der Werkstatt riecht es nach Wald. Harzig, als würden die Bäume vor der Tür ihren Duft bis in den Raum verströmen. Holzstücke, Sägen und Bohrer liegen auf dem Boden. Valdemar Lundbye Larsen sagt, er fühle sich hier wohl. Der 16-Jährige zeigt eine Axt und Figuren, die er geschnitzt hat. Fast jeden Nachmittag, zwischen Unterricht und Abendessen, komme er her. Die Welt um ihn herum hat dann für eine Weile Pause.

Lundbye Larsen hat blonde Haare und trägt eine Arbeitshose. Er lebt und lernt seit zehn Monaten an einer sogenannten Efterskole, einer Schulform, die es nur in Dänemark und im deutschen Südschleswig gibt. Übersetzt bedeutet der Name »Nachschule«. Jugendliche haben hier Unterricht in Dänisch, Mathe und Englisch. Aber sie sollen vor allem etwas über sich selbst lernen: was sie vom Leben wollen, welcher Beruf sie interessiert, wie sie Freundschaften schließen und pflegen.

Deshalb stehen auf dem Stundenplan auch Fächer wie Gärtnern und Demokratiebildung. Die Schüler leben in Wohngemeinschaften, nur am Wochenende dürfen sie nach Hause. Sie kochen, waschen ihre Wäsche, putzen ihre Zimmer. Es ist ein Erwachsenwerden auf Probe.

Das hat in Dänemark eine lange Tradition. Menschen aus der Mittelschicht schicken ihre Kinder an die Efterskole, aber auch Politiker und die Königsfamilie. Der Staat übernimmt einen Großteil der Kosten. Den Rest, oft mehrere Tausend Euro im Jahr, tragen die Eltern.

Ab 2030 sollen die Schulen noch mehr Jugendlichen offenstehen: Die letzte Regierung hat neue Stipendien für einkommensschwache Familien beschlossen.

Lundbye Larsens Schule heißt Baunehøj und liegt eine Stunde nordwestlich von Kopenhagen. Rote Holzhäuser stehen neben einer Pferdekoppel, zwischen den Nadelbäumen glitzert das Meer. Zur nächsten Bushaltestelle laufen die Schüler 20 Minuten.

Familien zahlen hier für ein Jahr zwischen 60.270 und 94.542 Kronen, etwa 8000 bis 12.650 Euro. Teils gibt es weitere Zuschüsse durch Stipendien oder Kommunen.

Die Jugendlichen verlängern mit dem Besuch freiwillig ihre Schullaufbahn. Nach der neunten Klasse, die dem zehnten Jahrgang in Deutschland entspricht, können viele Dänen direkt auf das Gymnasium wechseln. Doch seit einer Schulreform in den Siebzigerjahren gibt es die Möglichkeit, ein zusätzliches Jahr einzuschieben. Mehr als

23.000 Jugendliche verbrachten es zuletzt an einer der rund 240 Nachschulen.

»Wir wollen Orte schaffen, an denen Schüler aus Interesse und Neugier lernen, nicht, um sich mit anderen zu vergleichen«, sagt Ulrik Goos Iversen, 55 Jahre alt und Schulleiter in Baunehøj. Er sitzt im Speisesaal, im Hintergrund bereiten Jugendliche das Mittagessen für ihre rund 100 Mitschüler vor. Sie servieren Chili con carne, überbackene Nachos und Wraps. Später werden sie die Küche putzen, ohne sich ein einziges Mal laut darüber zu beschweren.

Jeder Schüler in Baunehøj wählt einen Schwerpunkt, etwa Kochen, Design, Reiten oder Wildnistraining – in diesem Fach machen die Jugendlichen Feuer, schlafen im Freien oder fahren Kanu.

Noten oder formale Prüfungen gibt es nicht. Statt eines Zeugnisses bekommen die Schüler am Ende eine Beurteilung, wie sie sich weiterentwickelt haben. In einem wöchentlichen Schülerrat sprechen sie über Probleme.

Dort haben sie vor Kurzem entschieden, ihre Handys für zwei Wochen wegzuschließen. »Wir wollen lieber Zeit miteinander verbringen, als uns von Social Media ablenken zu lassen«, sagt Lundbye Larsen auf dem Rückweg vom schuleigenen Strand. Wie er es sagt, klingt es normal, dass Teenager so denken.

Cecilie Johansson, 16, sagt, sie sei in Baunehøj offener geworden. »Vorher fiel es mir schwer, mit Fremden zu sprechen«, erzählt sie, während sie Unkraut aus einem Petersilienbeet im Schulgarten zupft. »Hier verurteilt dich niemand.« Nach dem Gärtnern will Johansson ihr Zimmer zeigen, das sie sich mit einer Mitschülerin teilt. An den Wänden hängen Gruppenfotos und Post-its mit Nachrichten von Freunden. Es fällt schwer, zu glauben, dass sie sich einmal als schüchtern bezeichnet hat.

»Die Schüler haben mehr Selbstvertrauen und nehmen die Welt bewusster wahr«, sagt Iversen. Auch das Verhältnis zu Lehrern ändere sich: Einige lebten auf dem Schulgelände und seien oft die ersten Ansprechpartner, wenn Schüler frustriert oder traurig sind. »Viele verstehen zum ersten Mal, dass Lehrer auch erwachsene Freunde sein können, die bei Problemen helfen wollen.«

Für Lundbye Larsen, Johansson und die anderen ist diese Juniwoche die vorletzte in Baunehøj. Bald werden sie die Poster und Fotos in ihren Zimmern abhängen und zurückkehren in die »normale Welt«, wie Johansson es nennt. Auch ihr Handy bekommen sie dann wieder.

Es abzugeben, sei ihr nicht schwergefallen, sagt Johansson. Sie habe den Eindruck, dass sie es an der Efterskole ohnehin nicht brauche.

Elisa Schwarze



Jerome Favre / EPA

◀ Der Moment

Anhängerinnen der sufistischen Layene-Bruderschaft singen traditionelle Lieder am Grab des Gründers Seydina Mouhammadou Limamou Laye in Senegals Hauptstadt Dakar. Rund 95 Prozent der Bevölkerung des Landes sind Muslime. Die vorherrschende Glaubensströmung ist der Sufismus, die islamische Mystik. Anders als viele seiner Nachbarstaaten gilt Senegal als stabil, kaum anfällig für Terrorismus. Dass der Sufismus und der Pazifismus der Senegalesen zusammenhängen, halten Westafrikaner für wahrscheinlich. MUK

SCHAUT AUF DIESE STADT

Kühl dank Kommunisten

Paris Der Hitzesommer macht mich noch zum Kommunisten. Denn Frankreichs Kommunistische Partei (PCF) schenkt mir Abkühlung. Und noch dazu Schönheit. Im Sinne von: Ästhetik. Schönheit bekäme ich auch, würde ich mich in der Seine erfrischen. Als wir in Paris neulich wieder fast 40 Grad hatten, entsann ich mich aber, wie mir das freiheitsfeindliche Bade-Reglement der Stadt 2025 die Freude am Flussbad vermiest hatte. Kommunisten sind zwar auch nicht für Liberalität bekannt. Trotzdem folgte ich neugierig der Einladung der PCF: Im Zuge »einer brüderlichen und solidarischen Initiative« werde allen Parisern die klimatisierte Parteizentrale als Frischerefugium geöffnet.

Ich muss gestehen, diese Sorte Kommunismus gefällt mir. Das »Haus des Arbeiters« bietet definitiv die stilvollste Art, sich in Pa-

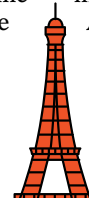
ris abzukühlen: Der Bau des brasilianischen Stararchitekten Oscar Niemeyer ist ein vollendetes Zeugnis davon, wie man sich in den Sechzigerjahren den Fortschritt vorstellte. Anders als die Ideologie ist die Parteizentrale modern geblieben. Sie ist das Gegenteil von stalinistischem Bombast.

Schon von außen beeindruckt mich die geschwungene Fassade. Die weiß getünchte Kuppel, die sich davor aus dem Boden wölbt, erinnert an einen Iglu – eine Verheißung gegen die Hitze. Dann tauche ich über eine Treppe in die höhlenartige Eingangshalle ab. Kühler Beton, kühles Neonlicht. Und vor allem: kühle Luft. Die Temperatur liegt bei 25 Grad.

Ich bin nicht der Einzige, der hier Zuflucht sucht. Hunderte sind da. Die meisten haben es sich in dem

Rieseniglu bequem gemacht, in dem sonst das Exekutivkomitee der Partei tagt. Sie lümmeln auf Designerstühlen oder haben sich gleich auf den grünen Teppichboden gelegt, als wäre er der Strand: Senioren, Familien mit Kindern, Hipster in Flipflops. Studenten, die am Laptop arbeiten, Pärchen, die Karten spielen. Die Kuppelakustik dämpft das Stimmengewirr. Wenn man die Augen schließt, ist es fast, als hörte man das Meer rauschen.

So viel Zulauf hatte die PCF lange nicht mehr, denke ich und frage mich: Können Ästhetik und praktische Lebenshilfe eine Partei retten, deren Kandidat bei der letzten Präsidentschaftswahl 2,3 Prozent der Stimmen erhielt? Jetzt, da die Kommunisten mich als Hitzeflüchtling aufgenommen haben, denke ich: Schön wär's! Leo Klimm



An dieser Stelle schreiben im Wechsel Marian Blasberg, Christoph Giesen, Julia Amalia Heyer, Leo Klimm, Dunja Ramadan und Maria Stöhr.

USA

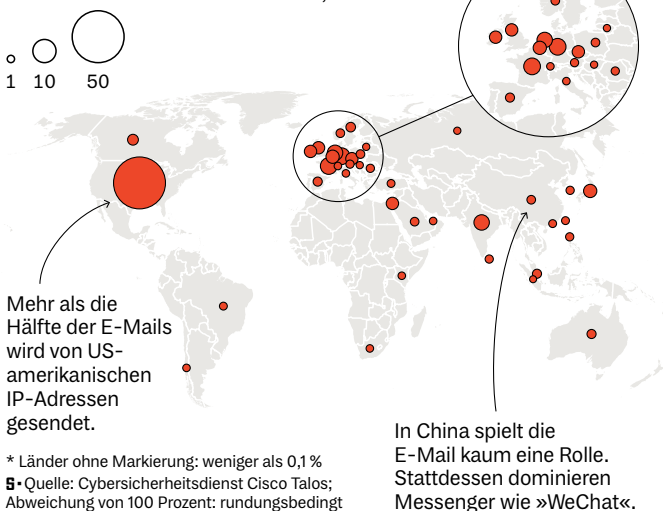
Der Krieg erreicht die Heimat

Ende Februar zerrte Donald Trump die USA ohne jede öffentliche Debatte in den Irankrieg – nun gerät seine Präsidentschaft dadurch immer tiefer in die Krise. Erst vor ein paar Tagen machte die Bundespolizei FBI bekannt, dass es Cyberangriffe auf die Wasserversorgung in mindestens sieben Bundesstaaten gegeben hatte. Zwar gibt es bisher keine Anzeichen dafür, dass die Versorgung manipuliert worden wäre, aber Behörden und Fachleute im ganzen Land sind in Alarmbereitschaft. Im Verdacht stehen iranische Hacker. Sollte sich das bestätigen, hätte der Krieg die kritische Infrastruktur in Amerika erreicht. Es ist nur die jüngste von mehreren schlechten Nachrichten, die den Mann im Weißen Haus zuletzt ereilten. So sanken Trumps Zustimmungswerte auf ein Rekordtief – ein mutmaßlich entscheidender Faktor dabei: die Wiederaufnahme von Luftschlägen gegen Iran Mitte Juli. Der Irankrieg ist in der Bevölkerung extrem unbeliebt. Auch im »Make America Great Again«-Lager knirscht es immer lauter wegen des Konflikts. Der einflussreiche rechte Podcaster Tucker Carlson brach schon vor Monaten mit dem Präsidenten. Trumps Vize JD Vance verteidigt den Waffengang allenfalls halbherzig. Selbst unter Trump-Fans, die den Krieg unterstützen, gibt es laut einer Umfrage inzwischen mehr »verhaltenen« als »starken« Zuspruch. Zuletzt kamen mäßige Wirtschaftszahlen hinzu. Langsameres Wachstum, anhaltende Inflation, Lieferketten und Energiemärkte, die unter dem Irankrieg ächzen. Für Trumps Parteikollegen im Kongress ist das eine Gefahr vor den herannahenden Halbzeitwahlen im November. Denn für viele Wählerinnen und Wähler sind die Lebenshaltungskosten das wichtigste Thema. Und eine Beilegung des Konflikts ist nicht in Sicht. ASA

BLICK IN DIE WELT

Wo werden die meisten E-Mails verschickt?

Anteil an den weltweit versendeten E-Mails am 4.8.2026 nach Land*, in %



RUSSLAND

»Wir wollen, dass die Kämpfe aufhören«



Nikolaj Rybakow, 47, Chef der kleinen, liberalen russischen Partei Jabloko, über Wahlen als letzte Protestform

SPIEGEL: Herr Rybakow, die Zentrale Wahlkommission hat Jabloko, die einzige Antikriegspartei, zur Duma-Wahl im September zugelassen. Wie überraschend war das für Sie?

Rybakow: Wir haben alles rechtmäßig gemacht. Deshalb ist es die richtige Entscheidung.

SPIEGEL: Dutzende Ihrer Mitglieder wurden bereits verurteilt und von den Wahlen ausgeschlossen, auch Sie. Kaum ein Beobachter hat damit gerechnet, dass Jabloko auf dem Wahlzettel stehen wird.

Rybakow: Uns wurde schon viel prophezeit: dass wir unseren Parteitag im Juni nicht abhalten, unsere Wahlliste nicht aufstellen können. Wir haben aber mehr als 400 Kandidaten gefunden und unsere Dokumente für die Wahl eingereicht.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich die Entscheidung? Soll Jabloko bei den Wahlen als »Ventil« für die Unzufriedenheit der Menschen dienen? Die wächst: Die ukrainischen Drohnenangriffe nehmen zu, es gibt Probleme bei der Benzinversorgung.

Rybakow: Es ist müßig, darüber nachzudenken, was die Führung will. Wir konzentrieren uns auf uns.

SPIEGEL: Aber ist Jabloko nicht ein nützliches Feigenblatt für den Kreml, der Wahlen simuliert? Frei sind sie schon lange nicht mehr.

Rybakow: Nein, sind wir nicht. Unsere Position hat sich in keiner Weise verändert. Das dürfte auch der Führung klar sein: Auch wenn wir von den Behörden unter Druck gesetzt werden, Mitglieder verurteilt wurden, viele für ihre Haltung sogar ihre Freiheit aufgeben mussten, unsere Einstellung ist dieselbe: Wir wollen, dass die Kämpfe aufhören, sich die Menschen nicht

mehr gegenseitig umbringen. Wenn die Wahlen manipuliert werden, werden wir das wieder dokumentieren

SPIEGEL: Warum will Jabloko überhaupt an dieser Abstimmung teilnehmen? In einem autoritären System wie Russland ist klar, wie sie ausgeht.

Rybakow: Für Menschen in stabilen Demokratien in Europa ist das vielleicht nicht ganz verständlich. Bei uns trifft die Entscheidungen eine einzige Person. Wahlen sind für uns die einzige Möglichkeit, Putin zu sagen: »Wir sind gegen das, was gerade passiert. Wir wollen Frieden.« In Russland können wir nur noch bei Wahlen legal unsere Meinung sagen. Sie sind der einzige Moment des legalen, landesweiten Protests. Uns bleiben nur

»Ich will hierbleiben.«

noch die Wahllokale: Wir können nicht auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, in den sozialen Netzwerken nicht mehr ohne Weiteres das schreiben, was wir denken.

SPIEGEL: Der Oppositionelle Boris Nadeschdin hat gerade verkündet, dass er Russland verlassen hat. Auch er wollte an den Wahlen teilnehmen.

Rybakow: Ich bedauere das sehr. Es ist ein riesiges Unglück für unser Land, dass so viele Menschen gezwungen werden zu gehen. Auch gerade junge. Wenn man bedenkt, wie lange sie schon im Ausland leben müssen, kommen sie vielleicht gar nicht mehr zurück.

SPIEGEL: Wie lange, glauben Sie, werden Sie in Russland noch Politik machen können?

Rybakow: Solange ich lebe. Das ist mein einziger Plan. Ich will hierbleiben. HEB



Tagesbesucher in Portofino:
Ein Ort, um sich selbst zu bespiegeln

VENI, VIDI – SELFIE!

Reisen Das ligurische Küstendorf Portofino ist zum Sehnsuchtsort schlechthin geworden. Hier ankern Kreuzfahrtschiffe mit Tausenden Besuchern. Wie hält ein 360-Einwohner-Dorf das aus? Von Alexander Smolczyk und Maurice Weiss (Fotos)

»Sind die echt?« Tamara Snyder – Tammy für ihre Freunde – steht zikadenumzirpt vor einem Blumenkübel Dipladenien, im Schatten von Schirmpinien, blassblaue Hügel jenseits der Bucht, und kann das alles nicht fassen. »100 Prozent, *for sure*«, garantiert ihr Gatte John, ganz der Lehrer, der er ist – »für Wirtschaftsgeschichte, in Palm Beach, letztes Jahr vorm Ruhestand« –, und schaut hinunter auf das Hafenbecken von Portofino. Sie erkennen es wieder. Die bauklötzchenbunte Häuserreihe, die Cafés auf dem Platz, die Hänge mit den Villen dahinter und die fischerbootschaukelnde ligurische See.

Die Snyders kennen das. Daheim in Orlando, Florida, hat NBC Universal diesen Anblick maßstabsgetreu nachgebaut, zu Loew's Portofino Bay Hotel. Allerdings würde man dort niemals sein Wasser ohne Eiswürfel serviert bekommen. »So ist das wohl in Italien«, sagt John Snyder, und schließlich begibt man sich auf Kreuzfahrt, um neue Erfahrungen zu machen.

Portofino ist neben Barcelona, Rom/Vatikan und Neapel/Pompeji Bestandteil ihres All-included-Cruise-Pakets Mittelmeer. Und deswegen sind die Snyders heute Morgen trotz der Hitze von einem Beiboot der »Celebrity Xcel« an der Hafenmole abge-

setzt worden, ohne genau zu wissen, weshalb.

Was zieht die Welt nach Portofino?

Als am 6. Mai 1914 der deutsche Kaiser an genau dieser Mole an Land ging, gab es einen Zwischenfall. Die örtliche Blaskapelle hatte das »Heil dir im Siegerkranz« etwas zu begeistert gespielt, weshalb eine kaiserliche Dackelhündin vor Schreck ins Wasser stürzte. Das Tier wurde gerettet, und Wilhelm II. konnte an fähnchenwedelnder Schuljugend vorbei den steilen Weg zum Castello San Giorgio hinaufschreiten, denselben Weg, den auch die Snyders gegangen sind und wo jetzt die so unwirklich aus-



sehenden Blumenkübel mit Dipladenen an die Toten eines Krieges erinnern, an dem dieser Kaiser nicht ganz unschuldig war. »100 Prozent, for sure.«

Die Snyders werden die Geschichte später im Café, mit höflich aufgerissenen Augen – »oh, really?« – so aufnehmen wie den ersten Affogato-Eiskaffee ihres Lebens. Sie werden überrascht sein, dass Real-Portofino kaum größer ist als die Kopie in Florida, dass es keine Mall, kein Fast Food und außer diesem wirklich sehr schönen Blick auf die Häuserzeile am Hafen eigentlich nicht viel zu sehen gibt. Man sollte bei dieser Hitze wohl besser wieder zurück an Bord gehen, zum Late Lunch.

Portofino gehört zu den Flecken Erde, die seit Jahrhunderten mit derselben Trunkenheit und immer gleichen Worten besungen werden. »Als ob sie ewig, ewig Frühling hätten/ So würzt Orangenhauch die milden Lüfte,/ Umschlingt die Myrte sie mit immer grünen Ketten« – schrieb der Renaissance-Dichter Ariosto über diese Hügel.

Überall Bougainvillea, die Steilhänge mit Zitrus- und Oleanderbäumen und dazwi-

schen, in gehörigem Abstand zueinander, Riviera-Villen mit Türmchen und Bogenfenstern, jede für sich so beneidenswert wie die Familiennamen der jetzigen Eigentümer, die im Reisepass wirken müssen wie Schleichwerbung: Pirelli, Armani, Westminster, Dolce & Gabbana.

Friedrich Nietzsche sei hier beim Wandern seinem Zarathustra begegnet – regelrecht »angesprungen« habe ihn seine Figur, was mit Dehydrierung, aber vor allem mit der Schönheit der Bucht zu tun gehabt haben muss. Vor dieser Kulisse, auf einem Balkon des Grandhotels Splendido, bekam Liz Taylor, der Erzählung nach, den ersten Heiratsantrag von Richard Burton. Und seit die Chansonsängerin Dalida Ende der Fünfzigerjahre »I found my love in Portofino« sang, ist Portofino Mythos und Marke. Der Inbegriff von Dolce Vita und damit wie ein hoch konzentriertes Extrakt von *Italianità*, so geschmacksecht und naturidentisch, dass es auf den ersten Blick kaum zu genießen ist.

Außer als Selfie natürlich.

Im Schatten der Arkade vor der Bar Morena da Ugo sitzt, wie jeden Morgen, ein älterer Herr mit Panamahut, versteckt hinter Sonnenbrille und einem Moustache in Abwehrstellung. Giorgio Devoto wird unter den Portofinesen nur *il tigre* genannt, der Tiger, was vermutlich als Haltungsnote zu verstehen ist. 31 Jahre hat dieser Mann im Rat der Kommune gesessen, davon eine Amtszeit als Bürgermeister, bis ihm das Krautentragen zu viel wurde.

»Silvio Berlusconi hat mich den Kommunisten genannt«, sagt Devoto. »Weil meine Familie vom Berg war, und bei Bergbauern, den *contadini*, war man eben links. Aber das war Spaß. Silvio hatte sich hier eine Villa gekauft. Wir saßen auf seinem Boot drüben beim Strand Olivetta, und er sang und spielte, manchmal bis morgens um vier.«

Der Name Devoto hat auch oben auf einem der Gedenksteine am Weltkriegsmahnmal gestanden, wo Tammy und John Snyder aus Florida die ersten Selfies machten. »Devoto, Ambrogio. Mein Großonkel«, sagt Giorgio Devoto. »Wir hatten eine Baumwollmühle, oben auf dem Berg. Bis sie die Netze aus Nylon machten. Dann war Schluss. Mich haben sie zur See geschickt, mit 15 Jahren. Auf einem Tanker.«

Eine »verfluchte Neurodermitis« zwingt ihn seit Kurzem in den Schatten, aber zu-

mindest hat *il tigre* von hier aus alles im Blick und unter Kontrolle.

Über das Pflaster des Hafenplatzes schieben sich schwitzende Cruise-Gruppen, streng sortiert und immer einer fröhlich schnatternden Führerin hinterher, die von der Familie Doria erzählt, von Petrarca, Liz Taylor und den Delfinen, denen nach Plinius dem Älteren dieser Ort seinen Namen verdanke – Portofino, Hafen der Delfine. Alles scheint geduldig und ein wenig ratlos zur Kenntnis genommen zu werden, viele halten sich kleine Akkuventilatoren vors Gesicht wie ein Mikrofon.

Jetzt im Sommer kommen täglich sechs- bis siebentausend Besucher nach Portofino, einem Ort, wo laut Meldeamt 360 Menschen leben. Wie erträgt ein Dorf die Liebe der Welt?

Es gab einen Schockmoment, als im Oktober vergangenen Jahres das neue Album von Taylor Swift herauskam, mit einer Songzeile, die den Blick auf Portofino erwähnt. Sofort schossen die Suchanfragen in die Höhe. Was ist dieses Portofino?

Doch der Swiftie-Tsunami ist weitgehend ausgeblieben. Der Ort ist zu teuer für Mal-kurz-Hinreisen. Seine Topografie, die Sackgassenlage, hat Portofino gerettet. Es gibt schlicht keinen Platz für Supermärkte, McDonald's, geschweige denn Bettenburgen.

Giorgio Devoto scheint auf das Treiben vor sich auf dem Platz zu schauen wie auf das Meer und seine Gezeiten. Er sagt: »Das Dorf wird für ein paar Stunden geflutet, in den Geschäften bleibt etwas hängen, und ab halb sieben, mit der letzten Fähre, sind alle wieder verschwunden. Es hat keinen Sinn, sich dagegen zu wehren.«

Im Hafenbecken liegen Megajachten, schnittig und aggressiv wie übergroße, böse Turnschuhe. Der Eigner eines dieser Schiffe käme, so ist zu erfahren, nicht nur alljährlich der Myrte, des Orangenhauchs, des Mythos und der Schönheit wegen nach Portofino, sondern um zu shoppen. Schließlich sind es nur ein paar Schritte vom Liegeplatz bis zu den Dependancen von Louis Vuitton, Rolex, Dior, die mitsamt ihren 27.000-Euro-Handtaschen in die ehemaligen Tavernen und Fischläden am Hafen eingezogen sind. Vor den Boutiquen steht keine Security.

»Portofino ist immer ein sicherer Hafen gewesen. Für jeden«, sagt Devoto. Sein Ruderboot liegt weiter vorn, etwas verloren zwischen all den Jachten, verziert mit dem Wappen des Dorfpatrons San Giorgio. Devoto hat sein Boot auf »Il Profeta« getauft, der Prophet.

Vor den Markisen des Dior-Shops, gleich neben der Morena-Bar, sind seit gefühlt Stunden schon vier polnische Influencerinnen in Stöckelschuhen damit beschäftigt, diverse Posen einzunehmen, mal hüftwackelnd, mal schmollend, mal cool-entrückt





1 | Kreuzfahrttouristen Snyder 2 | Touristinnen aus Hannover 3 | Wirt Canepa



wie für ein Cover der »Vogue«. All das, ohne sich im Geringsten um die Blicke der Touristen zu kümmern, geschweige denn den Blick eines älteren Herren mit Panamahut, den sie *il tigre* nennen. Sie seien in Portofino für »Content-Creating«, erklärt Klaudia Bieszcz zwischen zwei Einstellungen und bedauert, keine Zeit für weitere Auskünfte zu haben. Sie seien nicht zum Spaß hier, sondern an der Arbeit.

Die Bilder und Clips sind am nächsten Tag im Netz zu finden, auf einer Instagram-Seite mit mehr als 442.000 Followern. Als Location ist dort »Portofino/Piazzetta« vermerkt. Auf den Kartons der Dior-Lieferanten, die sich abends vor der Boutique stapeln, steht eine andere, etwas sperrigere Adresse: Platz der Märtyrer von Olivetta.

»Meine Vorgänger haben den Platz nach dem Krieg so getauft«, sagt Giorgio Devoto. »Jeden Dezember gibt es eine Zeremonie. Wir werfen dann Kränze ins Meer.«

Es war während der deutschen Besatzung Norditaliens. Im Dezember 1944 ließ der SS-Sturmbannführer Siegfried Engel als Vergeltung 21 Partisanen und einen Zivilisten aus dem Gefängnis in Genua nach Portofino bringen. Dort wurden die Männer mit Stacheldraht aneinandergefesselt, erschossen und in der Olivetta-Bucht versenkt. Fischer fanden, Wochen später, Leichenteile in ihren Netzen. Aus Angst vor den Deutschen wagten sie nicht, sie an Land zu bringen und zu bestatten.

Sämtliche Ermittlungen gegen den SS-Mann wurden eingestellt oder archiviert, erst aus Rücksicht auf die Bündnispartnerschaft in der Nato, später aus Rücksicht auf das

Alter. Der Sturmbannführer lebte bis ins Alter von 97 Jahren in der Straße Siebensöhn in Hamburg-Lokstedt.

»Natürlich ist er nie wieder nach Portofino zurückgekehrt.« Es gebe eine Gedenktafel an dem Felsen, sagt Devoto, nur von See aus zu sehen, gleich gegenüber der Villa, die sich Domenico Dolce hat herrichten lassen. »Der von Dolce & Gabbana«, sagt er, und dass Madonna dort öfter zu Gast sei.

Schönheit und Barbarei, Kultur und Grausamkeit. Deutsche haben einen Sinn für beides.

Aber, und das sei ihm wichtig, es gebe da auch noch eine andere Geschichte. In der würde eine schottisch-deutsche Adlige eine Rolle spielen: »La baronessa Mumm von Schwarzenstein. Mein Cousin hat sie noch gekannt. Sie war eine tapfere Frau, die Baronessa.« Es wird noch von ihr zu reden sein.

In vergangenen Sommern verbreiteten sich Meldungen im Netz. Von einem »Selfie-Verbot« und »irren Strafen« (RTL) in Portofino wurde berichtet, verboten sei »es auch, sich auf Treppen oder niedrige Mauern hinzusetzen, um kurz zu verschlafen« (n-tv).

Portofino wurde zum warnenden Exempel für Overtourismus und die Hilflosigkeit der lokalen Politik.

Das Rathaus Portofinos findet sich eingequetscht im fünften Stock des einzigen Parkhauses.

»Da hat einer vom anderen abgeschrieben, ohne jemals hier gewesen zu sein«, sagt Giorgio D'Alia, der stellvertretende Bürgermeister, ein Mann mit lauter Stimme und weichem Händedruck. »Unsere Verordnung gibt der Polizei doch nur die Möglichkeit,

die Möglichkeit!, fotografierende Touristen höflich zum Weitergehen aufzufordern, wenn sich an der Mole etwas stauen sollte.« Es habe, so der *vicesindaco*, keinen einzigen Strafzettel gegeben, und auch von Overtourismus könne keine Rede sein: »Natürlich gibt es im Sommer einige wenige Tage, wo es das Phänomen geben könnte. Wir arbeiten daran, die Schiffe auf andere Gemeinden zu verteilen.« Natürlich könne man immer noch etwas verbessern, aber: »Die Kreuzfahrtreedereien zahlen etwa sieben Euro pro Passagier. Die Händler sind zufrieden, denke ich, und abends haben alle Passagiere das Dorf verlassen.«

Giorgio Devoto sitzt wieder auf seinem Tiger-Posten unter der Arkade und sieht einem Reiher bei dessen Fischfangversuchen zu. Eine aus der Schweiz zugezogene Künstlerin hat sich kurz zu ihm gesetzt und erzählt, wie sie in Portofino mit den Fischen sprechen könne, und dass es einfach der schönste Ort überhaupt sei.

»Wir haben in Portofino die Patentante von Prinz William, dem britischen Thronfolger. Auch Lord Carnarvon hatte hier eine Villa, dem wir die Entdeckung des Grabes von Tutanchamun verdanken. Hier ist Platz für jeden«, sagt Devoto, als die Schweizerin gegangen ist.

Ihm komme das Geschehen auf dem Platz manchmal vor »wie eine Theateraufführung«. Fröhlich wird alles vorbereitet, gegossen, gewienert und geputzt, von der Reling der Superjacht bis zum Fuß der Bar-tischchen. Dann kommen die Besucher, und je später es wird, desto mehr wird das Publikum zum Ensemble, bis abends, wenn die

Tagestouristen und Cruiser wieder in den Booten sind, Portofino endgültig den Reichen und Schönen gehört, wie sie in »Gente«, »Chi«, »Vanity Fair Italia« und anderen Fachzeitschriften zu beobachten sind.

Portofino wird wieder zum Laufsteg. Es fällt auf, wie sich – mit Ausnahme vielleicht der Kreuzfahrttouristen – die Menschen auf dem Platz fein gemacht haben. Als gingen sie zu den Oscars und nicht zu einer ligurischen Hafenmole.

Unter einem der Schirme des Morena sitzen vier junge, sehr heitere Frauen vor ihren Cocktails, es könnten ebenfalls Influencerinnen sein, bis in die Wimpern gestylte Schauspielerinnen oder Oligarchentöchter. »Wir sind aus Hannover«, sagt eine.

Pflegerinnen seien sie aus der Gerontologie und gynäkologischen Onkologie, sagt eine von ihnen, Gülcan. Vor zwei Tagen noch haben sie mit Bettpfannen hantiert und Zugänge in welke Haut gelegt. »Ich musste einfach raus, eine Patientin ist gestorben. Am Tag vorher hatte sie noch ihre Tochter auf dem Schoß. Das lässt dich nicht los.«

Gülcan, Aresta, Mariola, Fatima. Die eine Hannoveranerin hat Wurzeln in Albanien, die anderen in Syrien, Gülcan ist eine in Griechenland geborene Kurdin. Sie haben ihr Geld zusammengekratzt und sich für 400 Euro zu viert für zwei Nächte an diesem Ort einquartiert, von dem sie nichts wussten, nur dass es da einen Song gibt (Aresta und Fatima: »I found my love in Portofino...«) und dass auf Instagram diese krassen Bilder waren, die bauklotzbunten Häuser, die Jachten, diese Villa unter den Pinien am Hang. »Unsere Koffer sind so schwer, dass wir sie kaum in den Zug bekommen haben. Aber wir wussten nicht, was man hier anzieht.« Nur eines wussten sie: Man zieht sich an in Portofino. So schick wie nur möglich. Nicht, um irgendwelchen Kerlen zu gefallen, sondern nur für sich selbst.

Dies ist ein Ort, wo der Schönheit gehuldigt wird, indem man sich kleidet wie für die Fashion Week und schminkt, als ginge es zu »Germany's Next Topmodel« und nicht zur Morena-Bar auf einen Bellini.

Darum geht es: einmal dort sein, wo Schönheit alles ist und alles andere für ein paar Stunden oder Tage nichts. Ein wenig Feenstaub abbekommen.

Das einzige Publikum ist man selbst. Deswegen die vielen Handybilder, das gegenseitige Fotografieren vor dem immer gleichen Hintergrund. Es ist ein gegenseitiges Spiegeln unter der Maxime des Schönen. Anders gesagt: Das Selfie ist die Stadträson von Portofino. Veni, vidi – Selfie! Ich kam, ich sah, ich knipste.

Die Fürstenloge dieses Theaters liegt einige Kurven bergwärts, oberhalb, streng abgeschirmt von jedwedem Massenbetrieb. Es ist das Belmond Splendido, ein ehemaliges Benediktinerkloster und seit über

100 Jahren Grandhotel. Absteige für Aufsteiger und immer schon ganz oben Weilen-de. Der erste Eintrag im Gästebuch stammt vom Duke of Windsor, es folgten Grace Kelly und der nahezu komplette Jetset der Fünfziger- und Sechzigerjahre, von Clark Gable bis Brigitte Bardot.

Ruf und Ausstattung werden sorgfältig kultiviert und haben ihren Preis: Ein Zimmer im Splendido gibt es für Schnellbucher ab 4000 Euro die Nacht, mit Frühstück. »Unsere Gäste erwarten das Beste und vor allem Diskretion«, sagt die Dame, die für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. So bleibt offen, wer der bäuchige Herr im Infinitypool sein könnte, der auf dem Wasser treibt wie ein Lipidtropfen.

Eine ältere, Aperol-Spritz-klimpernde Australierin mit türkisblauer Brille hingegen, Stammgast im Splendido, sucht das Gespräch. Sie berichtet von dem 20-Millionen-Dollar-Auto, das sie vorgestern in ihrem Londoner Hotel in Belgravia gesehen habe: »Manche Leute haben wirklich zu viel Geld«, sagt sie tadelnd, lobt aber das Splendido, weil es in der Suite zwei Bäder gebe: »Das ist sehr praktisch.«

Der Ketzer in diesem Sommertheater heißt Rolando Canepa, ist St.-Pauli-Fan und betreibt weit unterhalb des Splendido-Universums, in einer Seitengasse des Märtyrer-

platzes, ein Genoveser Restaurant, das Isolotto. »Der FC St. Pauli und Sampdoria Genua sind beide vom gleichen Holz. Ehrlich. Nicht so verlogen wie alles hier.« Die Fotos an den Wänden zeigen klöppelnde Fischersfrauen und Scharen barfußiger Kinder, die in die Kamera staunen, im Hintergrund dieselben Häuser, dieselbe Landschaft. »Alles in Portofino ist Kulisse. In Wahrheit sind wir heute die Marionetten von Arnault«, sagt Rolando Canepa.

Auch sein Familienname lässt sich auf einem der Gedenksteine des Weltkriegsgedenkplatzes finden. Der Name Arnault dagegen steht überall dort, wo es um Luxus geht (und auch in den geleakten »Paradise Papers« über Offshore-Firmen in Steueroasen). Bernard Arnault ist Chef und Mehrheitseigner des Luxusgüterkonzerns LVMH, zu dem Marken wie Dior, Louis Vuitton und Bulgari gehören. Auch das Splendido-Grandhotel gehört dem Multimilliardär aus Frankreich.

»Am liebsten würde er ganz Portofino kaufen«, sagt Canepa. »Eine Stadt von 20.000 Einwohnern kann mit solchen Fremdkörpern leben. Aber in Portofino sind wir vielleicht 140 Gestalten, die wirklich das ganze Jahr über hier wohnen. Da ist klar, wer das Sagen hat. Aber«, fügt er hinzu, »nicht jeder im Dorf ist meiner Meinung.«

Portofino hatte noch Anfang der Sechziger, als er geboren wurde, über 1000 Ein-



Ex-Bürgermeister Devoto
in seinem Boot

wohner. »Es ist eine einfache Rechnung. Verkauft du dein Haus in Portofino, kannst du jedem deiner drei Kinder ein Haus in Santa Margherita kaufen«, dem kaum weniger ligu-rischen Nachbarort, nur mit Bahnanschluss. Dort lebt, wer sich Portofino nicht leisten kann, also fast alle Beschäftigten.

Auf einem der alten Fotos ist ein »Caffè Rolando« zu erkennen. Es gehörte Canepas Onkel, jetzt steht dort »Louis Vuitton« über dem Eingang.

Rolando Canepa gibt gut gelaunt zu, dass es kein Leben ohne Widersprüche gebe. Er selbst hat noch ein Zimmer im Ort, lebt aber mit der Familie oberhalb Portofinos, zwischen Hopfen- und Ölbaumfeldern. Da gehen dann die Berlusconi-Enkelinnen mit ihren beiden Retrievern Gassi, sie selbst an der kurzen Leine zweier Bodyguards. Und beim Zwiebelerten plaudere er mit der Nachbarin Natalia, der Mutter des Duke of Westminster, deren Familie einen Großteil der Londoner Innenstadt besitzt. Sie ist auch die Patentante von Prinz William.

Was kann ein Ort dafür, dass sich Milliardäre in ihn vernarren? Man mag es Spagat nennen oder Dialektik. Oder Fluch der Schönheit.

Giorgio Devoto, der Tiger, nennt es Freiheit.

Entscheidend sei, dass die meisten Restaurants immer noch Portofinesen gehörten, sagt Devoto, und dass, wenn wieder ein Plakat mit Trauerrand einen Fortgang angezeigt hat, die Kirchenbänke gefüllt seien. Dass man sich gegenseitig auf der Via Roma die nötigen Sprüche zuruft, ungeachtet des Gedrängels. Dass man morgens die Bar betritt und den Tag mit einem *Ciao ragazzi* beginnt. Ebenjene einzigartige Geschmeidigkeit im Umgang mit der Welt, die Italien auszeichnet, die mit jedem Kauf eines »Portofino Dolce Vita«-T-Shirts heroisch angestrebt wird und die keine noch so gut gemeinte Kreuzfahrt vermitteln kann. Für die meisten wird Portofino – das ist die Tragik des Tourismus – wohl als eine begehbbare Postkarte mit Wein- und Pastabegleitung in Erinnerung bleiben und ohne andere Italienerfahrung als ein paar Sätze mit der (womöglich marokkanischen) Kellnerin.

»Seine Schönheit hat Portofino fast die Existenz gekostet«, sagt Devoto, und er meint nicht die Besuchermassen im Juli und August. Ob man wisse, dass auch Eva Braun diesen Ort liebte? Dass auch die Geliebte des »Führers« mehrmals in Portofino Urlaub gemacht habe, noch während des Krieges, und zusammen mit ihrer Mutter, ihrer Schwester und einer Freundin im Splendido abgestiegen sei?

Schon damals also: vier Frauen, die sich für diesen Ort schick machten und sich gegenseitig fotografierten, für niemand anderen als für sich und Portofino.

»Die Deutschen hatten hier ein Hauptquartier.«

Giuseppe Bencini, Ortshistoriker

Natürlich sei es unwahrscheinlich, dass Hitler in seiner Zerstörungswut, seinem Hass gegenüber allem Schönen ausgerechnet auch Portofino vernichten wollte. Aber wisse man es?

Es erscheint Giuseppe Bencini, der 77-jährige Cousin des Tigers. Er habe, sagt er ohne lange Vorreden, seine Kindheit im Castello San Giorgio verbracht: »Mein Vater war der Gärtner der Baronessa Mumm.«

Jeannie Mumm von Schwarzenstein lebte seit dem Tod ihres Mannes Alfons (der ehemalige Diplomat hatte 1914 Kaiser Wilhelm II. samt Dackelhündin in Portofino empfangen) im Castello San Giorgio.

»Die Deutschen hatten hier ein Hauptquartier der Wehrmacht«, beginnt Giuseppe Bencini seine Erzählung. Der zuständige Offizier Ernst Reimers habe für sich die Gärtner-Etage des Castello beschlagnahmt. »Meine Familie musste ausziehen. Aber die Hausmädchen der Baronessa haben mir später erzählt, was dann genau passiert ist.«

Im März 1945 waren die deutschen Truppen überall auf dem Rückzug. Hitler erteilte seinen »Nero-Befehl«. Um »der Schlagkraft des Feindes nachhaltigen Schaden zuzufügen« müsse in den zuvor besetzten Gebieten, wenn möglich, nur verbrannte Erde hinterlassen werden. Festungen, Infrastruktur, auch Häfen sollten zerstört werden.

So wurde auch das Fischerdorf Portofino komplett vermint. Den Einwohnern wurde Zeit gegeben, in die Berge zu flüchten.



Dorfeinfahrt in Portofino

»Es war eine große Furcht«, unterbricht Giorgio Devoto seinen Cousin. »Aber dann kam die Baronessa Mumm...« Der bloße Name scheint etwas mit ihm zu machen. Es ist, als ob *il tigre* jetzt anderswo wäre, weit weg von den sich fotografierenden Jungen und Schönen, von der gerade auslaufenden Megajacht »Elisabet«, den schweren, schwitzenden Landgängern – das ist verschwunden. »...die Baronessa Mumm von Schwarzenstein. Sie hat Portofino gerettet.«

Als der Wehrmachtsoffizier sich bei ihr verabschieden wollte, habe die Baronessa ihm die Hand auf die Schulter gelegt. Ob er denn wisse, was er da täte. An diesem paradiesischen Ort und mit den armen Leuten. Dass der Krieg doch sowieso vorbei sei, dass die Sonne am nächsten Tag wieder aufginge, er aber den Rest seiner Tage mit dieser Schuld leben müsste.

Der deutsche Offizier habe, sagt Giuseppe Bencini, nur etwas von seiner Pflicht als Soldat gesagt und dass er keine Wahl habe und sei gegangen. »Aber etwas müssen die Sätze der Baronessa Mumm in ihm ausgelöst haben. Die Sprengladungen wurden am nächsten Tag weggeräumt. Reimers ist mit dem Wagen des Wirts vom Café Mariuccia geflohen. Dann kamen die Amerikaner.«

Später, Ende Oktober 1945, nach seiner Festnahme durch die Amerikaner, schrieb Reimers aus dem Kriegsgefangenenlager der Baronin Mumm einen Brief: »Ich kann es Ihnen heute sagen, dass ich Befehl hatte, den ganzen Berg (Halbinsel Portofino) zu sprengen. Sie waren mein guter Engel.«

Anders als der SS-Mann Engel sei dieser Wehrmachtsoffizier später nach Portofino zurückgekehrt und mit Respekt empfangen worden.

Der Tiger fischt sich hinter seiner Sonnenbrille etwas aus dem Auge.

Jenseits des Hafenbeckens schaut der Turm der ehemaligen mummischen Villa aus dem Grün heraus. Das Anwesen ist von Bill Gates gekauft worden. Es soll ein Four-Seasons-Hotel werden.

Giorgio Devoto sagt, er sei kein Dichter. Aber oben, auf dem protestantischen Teil des Friedhofs von Portofino, wo die Baronessa begraben liegt, hängt eine Bronzetafel, mit ein paar Zeilen von ihm: »Der Baronessa von Mumm, durchdrungen vom Duft des Meeres und umschmeichelt vom Wind, die mit einer mutigen Geste der Barbarei Einhalt gebot. Die Bürger von Portofino werden die Erinnerung an sie bewahren.«

Giorgio Devoto, genannt der Tiger, steht auf, verabschiedet sich und geht, weil daheim das Essen wartet. Doch dann dreht er sich noch einmal um und sagt, jede Silbe auf den Tisch klopfend: »Und deswegen wird Portofino immer ein sicherer Hafen für Fremde sein, egal woher und in welcher Zahl sie kommen und ob sie Milliardäre sind oder nicht.«

Elternfreie Zone

Ortstermin Auf einem staubigen Acker in Hessen bauen 6000 Pfadfinder eine Gegenwelt aus schwarzen Zelten, Freundschaft und Verantwortung. Fast ohne Erwachsene.

Am Morgen riecht das Lager nach Staub, vertrocknetem Gras und Rauch. Seit Tagen ist kein Regen gefallen. Der Boden zwischen den Zelten ist hart wie gebrannter Ton, jeder Schritt wirbelt feinen Sand auf.

Über den Platz verteilen sich schwarze Kothen und Jurten. Neben einem Zelt versucht Lenn, 14 Jahre, ein Loch in den Boden zu graben.

»Digga«, sagt er, »der Boden ist ehrenlos.«

»Chill mal«, sagt sein Freund Hugo.

Es ist das Bundeslager des Bundes der Pfadfinder*innen, des BdP, in Immenhausen im Norden Hessens. Fast 6000 Kinder und Jugendliche sind hier zusammengekommen, aus ganz Deutschland und aus 25 weiteren Ländern, aus Frankreich, Chile, Ägypten und der Ukraine. Zwischen den Zelten hängen Europa- und Regenbogenflaggen.

Lenn setzt den Spaten noch einmal an. Ein Regenwurm windet sich aus der frisch aufgebrochenen Erde.

»Riesenwurm«, sagt Hugo, »das crazy.«

Lenn gräbt vorsichtig weiter.

Lenn sei eher ruhig, sagen seine Freunde. Einer, der nicht ständig reden muss. Während die anderen sich gegenseitig Sätze zurufen, arbeitet er schweigend. Nur einmal schaut er auf und erzählt von einer Wanderung im vergangenen Jahr: von einem Fluss am frühen Morgen, vom Nebel über dem Wasser und von Rehen, die darin auftauchten und wieder verschwanden. Dieses Bild kann Lenn nicht vergessen.

Um ihn herum sind Hugo, Fiete, Mika, Jakob, Jonas und Tom beschäftigt. Seine Sippe sei das, sagt Lenn stolz, Sippe Lama vom Stamm Altai Maral aus Celle. Heute Morgen sind sie verschlafen aus ihrem Zelt gestolpert, haben Nutella und Frischkäse aus der Küche geholt, Gitarre gespielt. Irgendwo schlägt jetzt ein Hammer auf Holz. Ein Akkuschauber kreischt.

Vor wenigen Tagen war hier noch ein leerer Acker. Nun führen Wege zwischen Zelten hindurch. Es sind Küchen entstanden, Waschplätze, Werkstätten, Cafés und kleine Plätze. Aus dem Acker ist eine Stadt gewachsen. Ein Versprechen.

Eine Stadt, die von Jugendlichen gebaut, regiert und am Leben gehalten wird. Eine Stadt mit Rutschenturm und Musikbühnen, Hängematten und Solarkollektoren. »Ich will dem Frieden dienen und mich für die Gemeinschaft einsetzen, in der ich lebe«, hat Lenn einmal seinen Freunden versprochen. Es ist ein großer Satz für einen Vierzehnjährigen, einer, der fast ein wenig verrückt klingt in einer Welt, in der die Nachrichten von Kriegen, Waldbränden, Attentaten und Hassbotschaften handeln.

Auf diesem Acker scheint er zu funktionieren.

Die Pfadfinder sind Teil der größten Jugendbewegung der Welt. Sie gehören keiner Partei an. Sie werden auf kein Amt vorbereitet. Es geht nicht um Geld.

Stattdessen wird etwas geübt, das sich kaum messen lässt: Gemeinschaft. Wie lernt man, Verantwortung zu übernehmen? Und vielleicht die drängendste Frage von allen: Was trägt Demokratie?

Wer über den Platz läuft, sieht Mädchen und Jungen, die gemeinsam Bretter schleppen, Nudeln kochen, diskutieren, Karten spielen, in Hängematten liegen oder versuchen, einen Regenwurm vor einem Spaten zu retten. Handys spielen erstaunlicherweise keine Rolle. Das eigentliche soziale Netzwerk steht ohnehin auf dem Acker. Es besteht aus Jugendlichen, die einander seit Jahren kennen.

»Das Klischee von Pfadfindern nervt«, sagt Hugo. Viele dächten an Fähnlein Fieselschweif, an Knotenprüfungen und Abzeichen für jede kleine Aufgabe, an Kontrolle. Fragt man sie, was das Pfadfindersein ausmacht, sagt Fiete, der eine Brille trägt, nach einer Weile: »Erlebnisse, die man mit Freunden hat.«

Dann reden sie durcheinander und erzählen von gekenterten Kanus und angebrannten Ravioli. Von einem Naturschutzgebiet und einem Bauern, der sie in einer Scheune schlafen ließ. Von einer Nacht in einer Bushaltestelle und einer in einem Planwagen. Von Wasser aus einem Fluss, nach dem sich einer übergeben musste. Sie

haben gemeinsam im Wald geschlafen, bei Minusgraden gefroren, morgens die Zahnbürsten aus festgefrorenen Taschen gezogen. Hugo erzählt vom Sturm ein paar Tage zuvor, wie sie fast evakuiert worden wären, die Zelte umgeweht sind und sie nachts die Löcher mit Nähmaschinen genäht haben.

»Frust gehört dazu«, sagt er. Weiterbauen auch.

Auf ein großes Schild hat jemand mit bunten Farben gemalt: »Herzlich willkommen in der elternfreien Zone.« Vielleicht ist das auch Teil der Lösung. Keiner nervt. Keiner räumt hinterher. Niemand bespielt sie rund um die Uhr. Sie müssen selbst herausfinden, was sie mit ihrer Zeit anfangen.

Lenn gräbt ein Loch, setzt eine Stange hinein und spannt eine Wäscheleine. Seine Badehose soll trocknen. Nach ein paar Tagen auf dem Lager erscheint ihm eine Dusche deutlich reizvoller als noch zu Beginn. Wenn er die Leine nicht aufhängt, tut es niemand. Das genügt als Motivation. »Ist doch chillig«, sagt Hugo.

Jonathan Stock



Pfadfinder Hugo, Tom, Mika, Lenn, Fiete, Jakob:

»Frust gehört dazu«

Kaja Smith / DER SPIEGEL

WIRTSCHAFT

»Wir würden das fehlende Geld schon spüren«



Paar Lukas, Johanna

Gerechtigkeit Was die Sozial- und Steuerreformen der Bundesregierung ganz konkret kosten, lässt sich am SPIEGEL-Einkommensrechner ablesen. Wer gewinnt, und wer verliert? Leserinnen und Leser erzählen.

Steuer, Krankenkassen, Pflege, Rente: Die Bundesregierung packt derzeit viele Baustellen auf einmal an. Zu verteilen hat sie wenig. Im Gegenteil, in den Sozialversicherungen und im Bundeshaushalt klaffen Milliardenlöcher, die gestopft werden müssen.

Jede einzelne dieser Reformen bekommen Bürgerinnen und Bürger ganz individuell bei ihren Finanzen zu spüren. Den Überblick zu behalten, ist kompliziert. Womöglich sind zwar weniger Steuern zu zahlen, dafür aber höhere Beiträge für Rente, Gesundheit und Pflege. Was bedeutet das unterm Strich für das eigene Portemonnaie? Der SPIEGEL hat ein Onlinetool entwickelt, mit dem Beschäftigte berechnen können, wie sie im Jahr 2028 mit ihrem Einkommen und ihren Lebensumständen dastünden, wenn alle Reformen so umgesetzt würden, wie derzeit angekündigt.

Hier berichten Leserinnen und Leser, wie sich die Reformen auf ihr Einkommen auswirken – und was sie grundsätzlich von ihnen halten.

Johanna und Lukas

Lukas: Ich bin derzeit der Alleinverdiener, obwohl das überhaupt nicht unser Lebensentwurf ist. Wir haben uns sehr bewusst gegen ein klassisches Rollenmodell entschieden. Dass meine Frau nicht arbeitet, liegt nicht am Wollen, sondern am Können.

Johanna: Ich stehe eigentlich kurz vor meinem Masterabschluss, ich bin immatrikuliert. Aber seit Sommer 2025 bin ich so krank, dass ich offiziell nicht studierfähig bin und es auch tatsächlich nicht bin. Ich bin auf dem Weg der Heilung, und es wird Schritt für Schritt besser, aber es dauert.

Lukas: Für uns würde sich durch die Reform vor allem ändern, dass meine Frau nicht mehr

kostenlos bei mir in der Kranken- und Pflegeversicherung mitversichert wäre. Wir müssten dann mit gut 140 Euro weniger im Monat auskommen. Netto bleiben uns derzeit von meinem Gehalt rund 2900 Euro. Unsere Wohnung hier in Regensburg kostet 870 Euro. Es geht also nicht darum, dass wir uns keine Lebensmittel mehr leisten könnten und zur Tafel müssten. Wir haben das Glück, dass unsere Miete für den Ort recht niedrig ist und wir ohne Kinder und Auto keine anderen großen Ausgaben haben. Aber spüren würden wir das fehlende Geld schon.

Johanna: Ich fühle mich aber nicht ungerecht behandelt. Ich habe von der Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung bis jetzt nur empfangen und nichts gegeben. Das macht mir ein schlechtes Gewissen, und darum habe ich kein Problem damit, mehr Geld an die Krankenkasse zu zahlen. Es ist ja für die Gesundheit der Menschen.

Lukas: Ich sehe das grundsätzlich ähnlich. Und eigentlich ärgere ich mich seit 15 Jahren über Ehegattensplitting und beitragsfreie Mitversicherung. Kurios, dass es jetzt ausgerechnet meinen persönlichen Interessen widerspricht, wenn es endlich geändert wird. Ich habe allerdings ein kleines Störgefühl, weil das Gesetz versucht, nur die Paare zu treffen, die sich freiwillig für dieses Alleinverdienermodell entschieden haben. Wir leben aber nicht freiwillig so. Wurde unsere Konstellation da übersehen? Dazu kommt, dass ich mit der Gesundheitsreform allgemein unzufrieden bin: An die Strukturen hat sich die Bundesregierung nicht herangetraut. Es wirkt so, als hätte sie die Belastungen nicht gerecht auf alle Beteiligten verteilt, sondern auf die, die den kleinsten Lobbyeinfluss im Bundestag haben. So ist das nicht der große Wurf, der unser Solidarsystem auf Jahrzehnte hinaus stabilisiert.

Alexandra Otto

»Es wird von Jahr zu Jahr teurer: die Lebensmittel, die Versicherungen, die Reisen. Die Preise steigen um 20, 30 Prozent. Mehr Gegenleistung bekomme ich dafür nicht.

In meinem Freundeskreis treffen wir uns mittlerweile häufiger privat zum Kochen. Und wenn ich doch mal essen gehe, verzichte ich eher aufs zweite Getränk. Da rechne ich nach. Das war früher seltener so. Einige meiner Freunde sind gerade in Elternzeit, andere sorgen sich um ihren Arbeitsplatz. Ich nehme die Situation für viele als sehr belastend und herausfordernd wahr. Die Reformen würden für mich bedeuten, dass ich



Personalreferentin Otto

Privat

pro Jahr 226 Euro weniger habe. Die unmittelbaren Einbußen halten sich für mich zwar in Grenzen, und ich weiß, dass es Bekannte in anderen Konstellationen viel schlimmer trifft. Aber der Blick auf mein Konto ist das eine – was mir wirklich Sorgen bereitet, ist der Blick in die Zukunft. Ich bin Mitte dreißig und könnte ehrlich gesagt verzweifeln, wenn ich daran denke, wie meine Lage in 30 Jahren aussieht.

Dass die Bundesregierung Veränderungen anstößt, halte ich für richtig. Aber was jetzt auf dem Tisch liegt, wirkt auf mich wie an der Lebensrealität vorbeigeplant. Nichts macht das für mich deutlicher als das Gesundheitssystem. Mir wird verkauft, dass die Beitragssätze stabil bleiben. Doch wenn gleichzeitig Leistungen gekürzt werden und ich bald bei Zuzahlungen draufzahle, ist das für mich eine Milchmädchenrechnung.

Ich habe eine chronische Erkrankung und bin auf teure Medikamente angewiesen. Zum

Johanna, 29, Lukas, 31, Regensburg,
Studentin und Data Science Consultant in Vollzeit

Jahresbruttoverdienst 54.000 €

Steuer +442 €

Krankenversicherung -1350 €

Rente -486 €

Pflegeversicherung -335 €

Wirkung 2028 (Jahr): -1729 €

Alexandra Otto, 34, Bielefeld,
Personalreferentin

Jahresbruttoverdienst mittl. fünfstelliger Betrag

Steuer +434 €

Krankenversicherung 0 €

Rente -594 €

Pflegeversicherung -66 €

Wirkung 2028 (Jahr): -226 €

Glück muss ich nur einen kleinen Betrag zu zahlen. Aber was ist, wenn da in Zukunft rangegangen, womöglich sogar die Höchstgrenze abgeschafft werden könnte? Ich kann nicht jeden Monat weit über 1000 Euro für notwendige Medikamente bezahlen. Das ist finanziell auf keinen Fall möglich und würde meine Existenz anfassen.

Dass Krankenkassen mit Beitragsgeldern am Kapitalmarkt Millionen verspekulieren, macht mich fassungslos. Und nun soll auch noch meine Rente stärker am Kapitalmarkt angelegt werden? Ich versuche zwar, privat vorzusorgen, doch Anlageprodukte mit zu hohem Risiko machen mir Bauchschmerzen – und ohne höheres Risiko werde ich meine Rentenlücke nicht im Ansatz schließen können. Und selbst auf das Ersparnis zahle ich am Ende ja wieder Steuern.

Mein Verdienst ist in Ordnung, und ich zahle hohe Steuern und Abgaben. Für einen funktionierenden Sozialstaat sehe ich das auch absolut ein. Aber wenn so wenig läuft, die Schienen bröckeln, die Versorgung nachlässt und die Lasten bei der Mittelschicht hängen bleiben, während Spitzenverdiener kaum herangezogen werden, verliert das System für mich seine Glaubwürdigkeit.«

Hannah Schneider

»Dass bei mir unterm Strich ein Minus steht, hatte ich erwartet. Ich lag nur daneben, wie groß es ausfällt: Ich hatte mit 50 bis 100 Euro im Monat gerechnet, jetzt sind es bei mir etwas mehr als 100 Euro im Monat.

Mich persönlich trifft das nicht wirklich. Ich verdiene 130.000 Euro fix, dazu bis zu 20.000 Euro als Bonus, der in meiner derzeit florierenden Branche auch gezahlt wird.

Damit bin ich in einer sehr luxuriösen Lage, gerade für mein Alter. Mein Partner und ich zahlen für unsere Wohnung zu zweit 1500 Euro warm, für München ein fairer Preis. 30 bis 40 Prozent meines Gehalts kann ich jeden Monat zurücklegen, den Großteil spare ich in ETFs. Wenn ich im Supermarkt einkaufe, kaufe ich bio. Ich bin mir bewusst, was für ein Privileg es ist, das tun zu können, ohne groß darüber nachzudenken.

Ich komme aus keiner vermögenden Familie. Mein Vater ist früh gestorben, meine Mutter war danach alleinerziehend. Ich habe oft das Gefühl, Politiker wissen nicht mehr, wie es sich anfühlt, wenn wirklich kein Geld da ist.

Bei der Rente dreht die Bundesregierung an mehr Rädern, als ich zuvor dachte. Die Rente künftig an die Lebenserwartung zu koppeln, halte ich für den wichtigsten Punkt.



Führungskraft Schneider mit Boxer Vito

Privat

Nur greift das erst 2032. Bis dahin sind die meisten Boomer im Ruhestand – und die sind der eigentliche Klopfer für die Rentenkasse. Dass die Frühverrentung nicht härter unterbunden wird, verstehe ich nicht. Man schimpft gern über die Gen Z, sie wolle nicht arbeiten, während die Boomergeneration so früh wie möglich damit aufhört. Das passt nicht zusammen.

Bei der Krankenversicherung bin ich enttäuscht. Die private bleibt nahezu unangetastet. Ich bleibe freiwillig gesetzlich versichert, ein Wechsel würde nicht in mein Wertesystem passen. Aber es ist eine Frechheit, dass die gesetzlich Versicherten immer mehr zahlen und immer weniger bekommen, während andere in jungen Jahren profitieren und besser versorgt werden. Ein solidarisches System trägt nur, wenn der allergrößte Teil darin einzahlt. Skandinavien macht das vor.

Künftig werde ich als Kinderlose mehr für die Pflegeversicherung zahlen. Das finde ich richtig. Gleichzeitig sollte aber dringend die prekäre Situation in Pflegeheimen verbessert werden. Generell müsste man Menschen mit Kindern bevorzugen, in welcher Familienform auch immer. Nach dieser Reform stehen Familien aber nicht wesentlich besser da. Das halte ich für eine Frechheit.

Ich zahle sehr viele Steuern, und das ist in Ordnung. Ich bin mehr als bereit, von meinem Kuchen abzugeben – wenn es an den richtigen Stellen ankommt. Die meisten Menschen stören sich nicht an der Höhe ihrer Steuern, sondern daran, was damit

passiert. In unserem riesigen Staatsapparat sieht man viel zu wenig, wie es klug eingesetzt wird.

Als Führungskraft ärgert mich etwas anderes noch mehr: Es ist kaum möglich, Mütter von kleineren Kindern in eine Vollzeitstelle zu bekommen. Es gibt zu wenige Kitaplätze, und noch dazu werden die Kitas regelmäßig geschlossen oder in Notbetreuung gesetzt, da es zu wenig Personal bei Krankheit gibt. Auch dass wir keine Ganztagschulen und bezahlbare Ferienbetreuung haben, macht es kaum möglich, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten. Was Unternehmen dadurch an Potenzial liegen lassen und Frauen verbaut wird, ist irre. Ge-

Hannah Schneider, 33,
München,
Führungskraft in der Rüstungsindustrie

Jahresbruttoverdienst 150.000 €

Steuer +1437 €

Krankenversicherung -741 €

Rente -1639 €

Pflegeversicherung -285 €

Wirkung 2028 (Jahr): -1228 €



Hier finden sie den
Einkommensrechner
auf SPIEGEL+



Privat



Privat

Laut Onlinerechner ist es noch erheblich schlimmer als befürchtet: 3305 Euro weniger im Jahr. Das ist für uns eine gut einwöchige Urlaubsreise. Die ist dann nicht mehr drin. Ein Luxusproblem? Vielleicht, aber das Geld fehlt Hotels und Veranstaltern.

Und dabei bleibt es ja nicht. Energie, Versicherungen, Grundsteuer – alles wird immer teurer. Kein Gehalt der Welt steigt so schnell, um das auszugleichen.

Ich verstehe auch nicht, wieso die Minijobs abgeschafft werden sollen, sie sind doch aus gutem Grund und mit Erfolg eingeführt worden. Wir haben durchgerechnet, dass meine Frau bei normaler Teilzeit doppelt so lange arbeiten müsste, uns aber von ihrem Zuverdienst dennoch weniger bleiben würde als heute. Wie es mit ihrem Job weitergeht, wird sich zeigen.

Was mich kolossal ärgert: Wenn schon, dann müssen bitte alle verzichten. Aber Beamte kommen völlig ungeschoren davon, Bürgergeldbezieher sowieso. Ärzte, Krankenhäuser, Pharmaindustrie wollen nichts abgeben. Krankenkassen verspekulieren Hunderte Millionen, das macht mich fassungslos. Nur wir wehrlosen Versicherten aus der schon immer arbeitenden Mittelschicht, wir werden geschröpft.

Ich frage mich, was der Staat macht, wenn bei uns in der Mittelschicht irgendwann auch nichts mehr zu holen ist. Wen wollen die in ein paar Jahren noch melken? Denn die Reformen beseitigen ja nicht das Grundproblem, dass die Ausgaben wegen der Demografie immer weiter steigen. Gleichzeitig soll unsere Konjunktur wieder anspringen, dafür müsste die Mittelschicht mehr konsumieren. Von welchem Geld? Das passt doch alles hinten und vorn nicht zusammen.

Wir sind einfach froh, dass unsere Doppelhaushälfte abbezahlt ist und unsere Tochter auf eigenen Füßen steht. Was machen Paare wie wir, aber 20 Jahre jünger? Ich ziehe jedenfalls zwei Konsequenzen: Ich habe immer die CDU gewählt, aber das war das

letzte Mal, dass ich auf ihre Versprechen reingefallen bin. Und bevor irgendwelche Sozialisten uns das hart erarbeitete Ersparnis abnehmen, geben wir es selbst aus. Wir kaufen uns in bester Boomer-Manier ein Wohnmobil und erkunden Europa.«

Felix Erler

»Als gesetzlich versicherter Freiberufler bekomme ich Sozialreformen doppelt so stark zu spüren – denn ich zahle nicht nur den Arbeitnehmerbeitrag wie normale Beschäftigte, sondern zusätzlich auch den des Arbeitgebers selbst. Für die Rente sind das gerade 736 Euro im Monat, für die Krankenkasse 608 Euro. In Summe also 1344 Euro.

Das ist grundsätzlich in Ordnung, das ist meine Beitragspflicht. Ich bin ohnehin privilegiert, weil ich aus einem heilen Elternhaus komme, mich bilden und studieren konnte. Das können viele nicht.

Dennoch: Das Geld muss ich erst einmal verdienen. Und das wird immer schwieriger. Ich habe kein Fixgehalt, sondern bin von der Auftragslage abhängig.

Das größte Problem habe ich deshalb damit, dass die allgemeine wirtschaftliche Situation wirklich schlecht ist, gerade am Bau. Auch ich merke das: Es wird wenig und mit kleinen Budgets gebaut. Um überhaupt Aufträge zu bekommen, müssen wir Tragwerksplaner derzeit Nachlässe von 30 bis 40 Prozent gewähren – wohl gemerkt auf die offizielle Honorarordnung, deren Sätze seit 13 Jahren nicht angepasst wurden.

Glauben Sie übrigens nicht, dass öffentliche Auftraggeber da eine Ausnahme wären. Wo kommen wir hin, wenn sogar der Staat nicht einmal mehr annähernd die Honorare zahlt, die er selbst als angemessen festsetzt? Ich liebe meinen Beruf, aber dieser Teil macht momentan keinen Spaß.

Ich habe 680 Euro Wohnkosten und ein Kind, das ernährt werden will. Am Hungertuch nage ich nicht, aber ich spare, wo es geht. In Leipzig etwa bin ich ausschließlich mit dem Rad unterwegs statt mit dem Auto.

Ich finde, die Reformen gehen in die richtige Richtung, etwa wenn Abgeordnete künftig auch in die Rente einzahlen, weniger verbeamtet wird und überteuerte Strukturen im Gesundheitswesen verkleinert werden. Aber es ist insgesamt zu wenig. In Deutschland werden der Status quo und der Mangel verwaltet, statt in die Zukunft zu investieren. So kann die Wirtschaft nicht in Schwung kommen.

Die Regierung müsste zudem Familien finanziell besserstellen, die wirklich Reichen höher besteuern, auch Beamte an den Lasten der Reformen beteiligen und respektvoller über Bevölkerungsgruppen sprechen, die es sowieso nicht leicht haben.«

Aufgezeichnet von Florian Diekmann und Florian Gontek

5

nauso kann ich nicht nachvollziehen, dass bei der psychotherapeutischen Versorgung gespart wird. Wer vier, sechs Wochen oder länger ausfällt, ist in den allermeisten Fällen psychisch erkrankt. Ausgerechnet dort wird gekürzt. Ich verstehe nicht, wie man so etwas Hirnrissiges tun kann.«

Hans und Marita Großmann

»Schon bei den ersten Meldungen über die Reformen ahnte ich, dass unser Nettoeinkommen sinken wird. Uns trifft es gleich dreifach: Die Beitragsbemessungsgrenze steigt stark, meine Frau ist bei mir mitversichert, und sie hat einen Minijob.

Hans Großmann, 61, Marita Großmann, 61, Kleinstadt in Baden-Württemberg, Bauingenieur und Bürokauffrau im Minijob

Jahresbruttoverdienst	höh. fünfstelliger Betrag
Steuer	+920 €
Krankenversicherung	-2722 €
Rente	-810 €
Pflegeversicherung	-693 €
Wirkung 2028 (Jahr): -3305 €	

Felix Erler, 49, Leipzig, unverheiratet, ein Kind, freiberuflicher Statiker

Jahresbruttoverdienst	47.000 €
Steuer	+350 €
Kindergeld	+156 €
Krankenversicherung	0 €
Rente	-854 €
Wirkung 2028 (Jahr): -425 €	

ANALYSE

Wer gewinnt und wer verliert

Rente, Gesundheit, Pflege, Steuern: Die Bundesregierung arbeitet an ihrem großen Reformpaket. Geht es dabei auch gerecht zu?

Für die Bundesregierung geht es jetzt ans Eingemachte. Die Gesundheitsreform hat sie erstaunlich schnell durch Bundestag und Bundesrat gebracht. Doch bei der Einkommensteuer, der Pflegeversicherung und der Rente ist sie noch weit entfernt davon, aus ihren teils ambitionierten Plänen Gesetze zu machen. Der Gegenwind wird stärker, auch aus den eigenen Reihen.

Das gilt vor allem für die Alterssicherung. Eigentlich hatte die Koalition von Union und SPD gelobt, alle 33 Empfehlungen der Rentenkommission umzusetzen, weil sie nur als Ganzes funktionierten. Doch drei Unions-Ministerpräsidenten aus dem Osten wollen verhindern, dass die abschlagsfreie Frührente nach 45 Versicherungsjahren abgeschafft wird; vier SPD-Länder schließen sich an. CSU-Chef Markus Söder wiederum stellt sich beim geplanten Aus für die Minijobs quer.

Steht die Bundesregierung also? Oder knickt sie vor den Landtagswahlen ein? Von der Antwort wird abhängen, wie sich die geplanten Reformen im Geldbeutel der Wählerinnen und Wähler auswirken. Was kommt unter dem Strich für wen heraus? Sind die Zumutungen gerecht verteilt? Wer verliert, wer profitiert?

Viele der geplanten Reformen sollen erst im Jahr 2028 vollständig wirksam werden. Das gilt zum Beispiel für den höheren Beitragszuschlag für Kinderlose in der Pflegeversicherung, den neuen Tarif mit Entlastungen für viele Steuerzahler, die erste Stufe der Kapitalrente oder das Ende der beitragsfreien Mitversicherung von Familienangehörigen, die keine Kinder betreuen oder Ältere pflegen. Die Rentenbeiträge werden im Jahr 2028 ohnehin steigen – dafür sorgt schon die Demografie. Daher ist es sinnvoll, zu betrachten, wie das Nettoeinkommen im übernächsten Jahr ausfiele, wenn alle Maßnahmen voll umgesetzt würden. Der SPIEGEL hat einen Onlinerechner erstellt, mit dem das für individuelle Haushalte möglich ist. Er zeigt auch, wie sich Be- und Entlastungen in der Bevölkerung verteilen.

Eine erste Erkenntnis ist, dass sich für die große Mehrheit nur wenig ändern

würde. Etwa für diejenigen in der Mitte der Gesellschaft. Der Medianverdienst von Vollzeitbeschäftigten lag zuletzt bei gut 54.000 Euro brutto im Jahr. Ein kinderloser Single mit exakt diesem Einkommen müsste mit 184 Euro weniger netto im Jahr auskommen als derzeit, also rund 15 Euro im Monat. Zwar müsste er 356 Euro weniger Lohnsteuer zahlen, dafür aber wegen des höheren Kinderlosenzuschlags 54 Euro mehr in die Pflegeversicherung und 486 Euro mehr in die Rente. Eine Alleinerziehende mit einem Kind müsste bei diesem Bruttogehalt mit fünf Euro weniger netto im Jahr auskommen, ein verheiratetes Paar im Einverdienermodell mit zwei Grundschulkindern hätte sogar 256 Euro mehr zur Verfügung.

Die zweite Erkenntnis ist, dass die Reformen grundsätzlich sozial ausgleichend wirken – also Niedrigverdienende schonen und Gutverdienende belasten: Die Grenze zu den unteren 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten lag zuletzt bei knapp 40.000 Euro brutto im Jahr. Für unsere Beispielhaushalte bedeutet das: Der kinderlose Single mit diesem Einkommen hätte dann 122 Euro netto weniger im Jahr, also rund 10 Euro im Monat. Die Haushalte mit Kindern würden mit diesem Bruttogehalt jedoch durchweg mehr Netto behalten können: die Alleinerziehende 53 Euro, die vierköpfige Familie 276 Euro im Jahr. Wer hingegen auf der Grenze zu den oberen zehn

Prozent liegt – zuletzt waren das gut 100.000 Euro brutto im Jahr –, muss fast durchweg Einbußen beim Netto hinnehmen: der kinderlose Single 761 Euro, die Alleinerziehende 656 Euro, die vierköpfige Familie 566 Euro im Jahr.

Für alle bisher genannten Fälle gilt, dass die Reformen sie weder vor unlösbare Probleme stellen noch ihnen ungeahnte neue Möglichkeiten eröffnen würden. Im Alltag vieler Menschen dürften sie möglicherweise verpuffen.

Es gibt allerdings auch – und das ist die dritte Erkenntnis – eine Minderheit von Haushalten, die die Reformen wesentlich stärker trafen. Das liegt daran, dass die Regierung in der Kranken- und Pflegeversicherung gezielt bestimmte Versicherte stärker zur Kasse bitten will: Gutverdienende, indem die Beitragsbemessungsgrenze zusätzlich zu den regelmäßigen jährlichen Anhebungen um 300 Euro erhöht wird. Paare im freiwillig gewählten Einverdienermodell, indem die kostenlose Mitversicherung des Partners entfällt. Und Menschen in Minijobs, wenn für diese ganz regulär Steuern und Sozialabgaben fällig werden.

Die volle Wucht entfaltet das dann, wenn all das in einem Haushalt zusammentrifft – wie bei Bauingenieur Hans Großmann und seiner im Minijob tätigen Frau Marita. Bei einem gemeinsamen Jahresbruttogehalt im höheren fünfstelligen Bereich hätten sie 3305 Euro weniger netto zur Verfügung, also 275 Euro im Monat. Das ist selbst mit einem soliden Einkommen ein spürbarer Einschnitt.

Allerdings könnte das Paar reagieren: Wenn statt im Minijob in einer regulären Teilzeitstelle mit geringem Stundenumfang gearbeitet würde, wäre Frau Großmann selbst versichert; der Beitrag für die Mitversicherung – im konkreten Fall immerhin 2367 Euro im Jahr – fiel dann weg. Besonders stark belastet wird durch die Reformen auch eine zweite Gruppe, deren Verdienst per Definition sehr klein ist: Menschen, die weniger als 2000 Euro im Monat in ihrem einzigen Job verdienen und bei den Sozialversicherungsbeiträgen erhebliche Rabatte erhalten.

Die sollen im Zuge der Rentenreform wegfallen. Wenn sie denn kommt.

Florian Diekmann

Schwarz-rote Koalitionspartner*:
Spürbarer Einschnitt



Axel Schmidt / REUTERS

* Kanzler Friedrich Merz, Finanzminister Lars Klingbeil, CSU-Chef Markus Söder, Arbeitsministerin Bärbel Bas.

Kronprinz im Wartestand

Karrieren Mit 47 Jahren ist er in Deutschlands meistbesuchtem Freizeitpark noch immer der Juniorchef. Wie Michael Mack im Europa-Park im badischen Rust versucht, sich als Filmproduzent und Technikern zu beweisen.



Jeannette Petri / DER SPIEGEL

Unternehmer Mack

Eigentlich wollte er noch mit den Hunden raus. Es inspiriere ihn, abends durch den geschlossenen Europa-Park zu spazieren, sagt Michael Mack. Sein Wohnhaus liegt nah am Gelände. Aber es regnet stark, »bei dem Wetter gehen die nicht vor die Tür«. Stattdessen dreht er eine Runde mit dem Elektro-Caddy. Mack fährt schnell.

Man kann nicht viel erkennen auf dieser Spritztour Anfang Mai, aber deutlich wird: Die Macks sind überall. Nach Mutter Marianne ist ein Café benannt. Nach Großonkel Walter, dem Metzger, eine Wurstbude.

Irgendwann sagt Mack: »Dort hinten ist Opa Franz.« 1,60 Meter groß und aus Bronze, aufgestellt zu Lebzeiten des 2010 verstorbenen Parkgründers. Mack ist dem Personenkult ebenfalls nicht abgeneigt. Als er ins französische Viertel einbiegt, deutet er auf ein Gebäude, in dem sich das Studio78 befindet. Hier nimmt Mack seinen Podcast auf. 78 ist sein Geburtsjahr.

Das andere Studio, in dem Musik für die Shows und Filme des Unternehmens produziert wird, heißt 2112. Ausgesprochen »twenty-one twelve«, so klingt es nicht wie eine Notrufnummer, sondern nach Hollywood. Der 21. Dezember ist Macks Geburtstag.

Der Europa-Park im badischen Rust ist Deutschlands meistbesuchter Freizeitpark, mit mehr als sechs Millionen Gästen jährlich. 18 Themenbereiche stellen europäische Länder dar, es gibt sechs Hotels, rund 60 Restaurants. 5500 Menschen arbeiten hier. Voriges Jahr feierte er sein 50-jähriges Bestehen.

Mack wurde in den Park hineingeboren, als ältester Sohn von Roland Mack, der ihn mit seinem Vater Franz aufgebaut hat. Stellt man sich die Macks als Herrschergeschlecht vor, ist Michael Mack der Kronprinz. »Als Erstgeborener lebt man mit einer Erwartungshaltung«, sagt er. Das bedeute auch »Druck«.

Seit zehn Jahren gehört Mack der Geschäftsführung an, wie sein Bruder Thomas und seit vorigem Jahr ihre Schwester Ann-Kathrin. Doch mit 47 Jahren wird er noch immer als Junior wahrgenommen, denn sein Vater ist allgegenwärtig.

Roland Mack, 77, repräsentiert den Europa-Park nicht nur, er ist der Park. In einer SWR-Doku, ausgestrahlt zum Jubiläum, sieht man ihn rumkommandieren, als wüsste nur er, wie der Hase läuft. Als im Juni Fürst Albert im Park zu Gast war, stand beim Grup-



1 | Technikbegeisterter Mack mit VR-Brille 2 | Achterbahn im Themenbereich Island 3 | Euro-Maus Ed, Patriarch Roland Mack 2025

penfoto an Alberts Seite selbstverständlich Roland, der Fürst des Europa-Parks.

Die Geschichte von Michael Mack ist eine typisch deutsche. 88 Prozent der hiesigen Unternehmen sind von Familien kontrolliert. In vielen von ihnen stellt sich die Frage, welche Rolle die nachfolgende Generation spielt, wie viele Freiheiten sie sich herausnimmt, wo Risiken liegen.

Je dominanter der Vater, desto mehr muss ein Sohn sich ins Zeug legen, um gesehen zu werden. Michael Mack hat begriffen, dass er sich vom Vater nur absetzen kann, wenn er sich ein Feld erobert, auf dem dieser nicht mitspielen will. Mack hat sich die Rolle des Techvisionärs gesucht, der in die virtuelle Realität (VR) vorstößt. Reicht das, um sich vom Patriarchen zu emanzipieren?

Auf der Website der Firmengruppe lässt sich Michael Mack als »Vordenker« feiern, als einen »der prägendsten Innovatoren der internationalen Freizeitindustrie«. Auch das gehört zum Showgeschäft: alles in Superlativen zu verkaufen, als Weltsensation.

Michael Mack hat drei Missionen. Er will das Unternehmen in die Zukunft führen und Taktgeber sein für die Branche. Zugleich versucht er, sich vom Vater zu lösen. Es ist eine dieser archaischen Geschichten, wie man sie derzeit im Kino sehen kann, in der »Odyssee«.

Telemachos, der Sohn des Odysseus, muss in Abwesenheit seines Vaters zum Mann reifen. Bei den Macks ist es umgekehrt: Der Sohn muss im Schatten des Vaters wachsen, das ist nicht minder schwer. Zumindest räumlich hat Michael Mack sich emanzipiert.

Plobsheim im Elsass, 30 Kilometer von Rust entfernt. Seit vier Jahren ist hier Mack One ansässig, die von ihm geleitete Ideenschmiede der Unternehmensgruppe. Mack sagt, für seine kreative Arbeit brauche er »eine ruhige Umgebung« und »etwas Abstand« zum Park. Ein weiterer Vorteil: In

Plobsheim läuft nicht ständig sein Vater durchs Büro.

Mack wirkt nicht wie ein Techguru, eher wie der Typ rustikaler Mittelständler. Er spricht mit badischer Färbung und trägt eine Strickjacke, darunter ein T-Shirt mit einem Raben. »Das ist der Nachtkrapp«, erklärt Mack stolz. Eine finstere Figur aus der süd-deutschen Sagenwelt, die in einem VR-Abenteuer von Mack One den Europa-Park bedroht. Kurz stimmt er das Lied vom Nachtkrapp an, er kennt es aus der Kindheit.

Mack sagt Sätze wie: »Ich will Menschen bewegen, emotional oder mit der Achterbahn.« Er zitiert Hermann Hesse: »Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.« An seinem Gürtel trägt er einen prallen Schlüsselbund, wie man ihn von Hausmeistern kennt.

Bevor er von der Zukunft spricht, erzählt Mack von seinen Vorfahren, die seit dem Jahr 1780 Wagen und Kutschen herstellten, später Zirkus- und Schaustellerwagen, schließlich Achterbahnen. Seine Botschaft: In jeder Generation gab es einen Pionier, der in neue Welten vorstieß. Der Pionier der achten Generation, so darf man das verstehen, ist er.

Im Obergeschoss von Mack One entwerfen Grafikerinnen am Rechner Drachen und Ritter. Irgendwer setzt einem eine VR-Brille auf, plötzlich kriecht ein glatzköpfiges Monster aus der Wand, es springt einen an.

Eines der virtuellen Erlebnisse von Mack One heißt Yullbe. Besucher bewegen sich mit VR-Brille, Hand- und Fußtrackern. Sie halten einen Griff in der Hand. Der verwandelt sich in der Simulation mal in einen Schlüssel, mal in eine Waffe: Im Abenteuer »Spook Me VR« erkunden sie ein Geisterschloss, »Dr. G« katapultiert sie auf den Planeten Venus, wo sie gegen Riesenspinnen kämpfen.

Mack One verkauft Yullbe auch an externe Kunden: Auf Aida-Kreuzfahrtschiffen gehen Reisende virtuell auf Schnitzeljagd, in einem Seitentrakt des Hamburger Miniatur Wunderlands schrumpft Yullbe Besucher so klein, dass sie mit der Simulation einer Modelleisenbahn fahren können.

Der wichtigste Auftraggeber von Mack One ist der Europa-Park. Macks Ziel ist es, ihn komplett mit einer zweiten, virtuellen Welt zu überziehen. Er hat bereits damit begonnen. Auf manchen Achterbahnen tragen die Fahrgäste eine VR-Brille. Während sie durchgerüttelt werden, wähnen sie sich auf einem fliegenden Drachen. Eine Fantasiewelt in einer Fantasiewelt.

Mack sagt, er träume davon, die VR-Abenteuer auf den Bahnen zu personalisieren: Handle es sich um ein Autorennen, würde der Besucher zu Hause am Smartphone das Fahrzeug aussuchen und die Rennstrecke bauen.

Nur mit der VR-Brille hadert Mack. Zu klobig. »Es kann sein, dass du gegen eine Wand läufst. Wenn du sie eine Stunde lang aufhast, tut der Kopf weh.« Noch hat er keine Lösung, wodurch sie sich ersetzen ließe. »Vielleicht mit einer Projektion auf die Netzhaut.« Er meint das ernst.

Als das Internet begann, populär zu werden, habe sein Vater gefragt, wie groß er die Konkurrenz einschätze: »Meinst du, wir müssen den Park bald zumachen?« Mit der Zeit habe er die moderne Technik akzeptiert.

Doch was, wenn die virtuelle Realität dem Unternehmen gefährlich wird? Manche Fans des Parks fürchten, dass Mack sich verlieren könnte in seiner fast kindlichen Begeisterung. Dass ihn das nächste Multimedia-Ding mehr interessiert als die nächste Achterbahn, dass die digitale Fantasiewelt die reale erdrückt oder die neue Form des Entertainments den

Parkbesuch obsolet macht. Eine VR-Brille kann sich jeder zu Hause aufsetzen.

Hat Mack Sorge, das Erbe zu verspielen? »Nein, das würde mich blockieren.«

Mack wurde früh auf eine Karriere im heimischen Betrieb getrimmt. Als Kind lief er bei der Parade durch den Europa-Park mit. Später studierte er Wirtschaft, der Vater schickte ihn bei Parks weltweit in die Lehre.

Es ist gut 20 Jahre her, dass Mack versucht hat auszubrechen. Aus der Ukraine war die Idee an ihn herangetragen worden, dort einen zweiten Europa-Park aufzumachen. Mack hatte Lust, aber sein Vater erklärte ihm, dass die Familie immer am Park wohnen müsse. In die Ukraine ziehen? Das traute er sich am Ende doch nicht.

Ein Freizeitpark als Familienunternehmen ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Der Heide-Park Soltau gehört zur britischen Merlin Entertainments Group, der einstige Holiday Park im pfälzischen Haßloch ist seit 2010 belgisch und heißt Plopsaland. Im Phantasialand und im Hansa-Park haben noch Familien das Sagen, nur bekommt man von denen nicht viel mit.

Die Macks hingegen sind ihren Fans vertraut wie Charaktere einer TV-Serie. Roland, Unternehmer mit Gottkomplex. Jürgen, sein Bruder, der nach innen wirkt. Michael, der Techniknerd. Dessen Bruder Thomas, der smarte Gastronom. Ihre Schwester Ann-Kathrin, die einnehmende Architektin.

Park-Enthusiasten teilen einander im Internet mit, wenn sie beim Besuch einen von ihnen erspäht haben. Sie laufen den Macks hinterher, fotografieren sie. Einer schreibt, er habe mal Jürgen Mack gesehen: »Er hat genickt, gelächelt und sich verabschiedet. War sehr schön, dass man ihm so nahe sein konnte.«

In ihrer Region haben die Macks den Status von Adligen, Lieferanten leben gut vom Park. Michael Mack strahlt nichts Herrisches aus, dennoch hat der Umgang mit ihm bisweilen etwas Höfisches. Bei den Treffen für dieses Porträt hat er fünf bis zehn Mitarbeiter im Schlepptau. Die Entourage ist bemüht, den Kronprinzen zu loben.

»Mein Vater ist ein großartiger Vermarkter«, sagt Mack. Ein Angestellter wendet ein: »Das sind Sie auch.« Mack sagt, dass es ihn nie vor die Kamera gedrängt habe. Jemand ergänzt eilig, dass Mack dafür »andere Menschen befähigt, vor der Kamera zu stehen«.

Man ahnt, warum intern manche behaupten, Mack habe zu viele Jasager um sich.

Luxus leben die Macks im Verborgenen aus. Nur manchmal sieht man, zu welchem Jetsetleben sie fähig sind. 2020, als die Familie im Elsass ein Schloss mit Weingut erwarb. Oder im Mai, als Michael Mack und seine Frau Miriam bei den Filmfestspielen in Cannes aufliefen.

Welch komisches Potenzial sie haben, ist den Macks bewusst. Michael Mack sagt, er habe seine Frau in die Familie aufgenommen mit den Worten: »Willkommen bei den Windsors.« Als Miriam Mack ihren ersten Sohn zur Welt brachte, war es Roland Mack, der »Bild« verriet, dass der Paul heißen wird. Wie sein Urahn, der Wagenbauer.

Vor mehr als zehn Jahren unterzog die Familie sich einer Mediation. Es ging darum, die Übergabe an die nächste Generation vorzubereiten. Die Initiative ging von Jürgen Mack aus, dem Bruder des Patriarchen. Roland Mack war skeptisch, später zeigte er sich angetan. Bei Rollenspielen sei vieles hochgekommen, sagte er in einem Interview, Tränen seien geflossen. Die Familie sei zusammengedrückt. Michael Mack sagt, auch er habe geweint.

Als die Achterbahnbauer Franz und Roland Mack den Europa-Park planten, standen sie unter dem Eindruck einer USA-Reise, auf der sie Vergnügungsparks besucht hatten.

Micky Maus und Donald Duck waren bereits Kulturgut, als der Produzent Walt Disney 1955 in Kalifornien sein Disneyland eröffnete. Bei den Macks ist es umgekehrt, am Anfang stand der Park. Michael Mack arbeitet daran, daraus einen Medienkonzern zu bauen.

Er produziert Zeichentrickserien für Kika. Er hat auch den Streamingdienst Veejoy bauen lassen. Gedacht als Mini-Netflix, wurde er eher eine Werbepattform für die Macks und ihren Park.

Wie Disney hat auch der Europa-Park eine Maus als Maskottchen, Angestellte laufen im Euro-Maus-Kostüm übers Gelände. Als Zwölfjähriger steckte Mack selbst in einem.

Die Maus heißt Ed, ihr zur Seite steht Mäusin Edda. Im vergangenen Jahr hat Mack versucht, beide mit dem animierten Kinofilm »Grand Prix of Europe« groß herauszubringen. Weltweit kam der auf mehr als zwei Millionen Kinobesucher, in Deutschland waren es 340.000. Der US-Animationsfilm »Zoomania II« brachte es hierzulande auf gut das Zehnfache. Mack spricht dennoch von einem Erfolg.

Schwer zu sagen, ob Mack ein großer Filmmacher ist. In der Branche lobt man eher sein Geschick als Stratege und Netzwerker. Kompetenz holt er von außen. Für die VR-Abenteuer setzt er auf die Expertise der Hochschule Kaiserslautern. Das Animationsstudio aus Hannover, das seine Filme produziert, hat er irgendwann übernommen.

Mack pflegt den Kontakt zu anderen Patriarchensöhnen aus seiner Region, darunter Martin-Devid Herrenknecht, Spross des Tunnelbohrmaschinenherstellers, und Jungverleger Jacob Burda. Mit ARD-Programmdirektorin Christine Strobl tauschte er sich über starke Väter aus, sie ist die Tochter des

verstorbenen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble. Seit vorigem Jahr hat Mack einen PR-Agenten. Nicht den aus der Gegend, auf den sein Vater hört. Sondern einen aus München, der Udo Lindenberg und die Scorpions berät. Mack verleiht auch einen Preis: den Aurea Award für Innovationen in der virtuellen Realität.

Anfang Februar im Europa-Park. Im Nachbau von William Shakespeares Globe Theater pitchten Gründer ihre Projekte. Einer, der aus dem Münchner Oktoberfest ein VR-Erlebnis gebaut hat, wird später gewinnen.

Es wird Englisch gesprochen, ein Moderator mit Irokesenschnitt dankt »Maikel Mäck«. Mack bleibt im Publikum sitzen. Später sagt er: »Ich freue mich über jede Bühne, die ich nicht betreten muss.« Am nächsten Tag nimmt er seinen Podcast auf. Der britisch-japanische Filmmacher Keiichi Matsuda ist zu Gast, es geht um die Zukunft des Entertainments.

Mack spricht zum Soundcheck ins Mikrofon: »Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben. In der Schule wird geschrieben, in der Schule wird gelacht, bis der Lehrer pitschpatsch macht.« Er fragt, ob er die Beine überschlagen könne. »Besser ohne«, sagt der Kameramann. Mack: »Ich schau Sie an? Oder ihn an?« Der Kameramann empfindet, nur bei der Anmoderation zu ihm zu schauen.

Mack mag ähnlich sendungsbewusst sein wie sein Vater. Doch während der längst mit dem Zampano verschmolzen ist, den er medial verkörpert, spielt Michael Mack ihn nur. Sein Auftreten hat etwas Unsicheres, Kinder von Gründern bewegen sich häufig vorsichtiger im öffentlichen Raum als ihre Väter.

Mack muss kein neuer Steve Jobs sein oder der nächste Walt Disney. Vermutlich genügt es, wenn er und seine Geschwister den Park ordentlich weiterführen.

Roland Mack ist weiterhin der King of Park. Aus der Belegschaft heißt es jedoch, seit dem Jubiläum lasse er die Jungen mehr entscheiden. Bei Auftritten läuft es nun manchmal so: Ann-Kathrin äußert sich zu Bauvorhaben, Thomas zu Kulinarik und Operativem, Michael Mack über Technik. »Vielleicht wird es künftig mehrere Nummer einsen geben«, sagt er, allein schon durch die Anzahl der Firmen in der Mack-Gruppe.

Schlummert in ihm noch der Wunsch, aus dem Familienkorsett auszubrechen? Mack verneint. Vom Ausbruch zu träumen, scheint ihm heute genug. Ähnlich der Hauptfigur in seinem »Grand Prix of Europe«-Film.

Mäusin Edda wächst im Vergnügungspark ihres Vaters auf. Anstatt sich einzubringen, träumt sie davon, Rennfahrerin zu werden. Edda büxt aus, fährt Rennen. Am Ende kehrt sie zum Vater zurück.

Mack sagt: Ein bisschen Edda stecke auch in ihm.

Christopher Bonnen, Alexander Kühn

Früher war mehr Widerstand

Standorte Großprojekte wie Stuttgart 21 führten einst zu Massenprotesten. Jetzt plant die Politik tiefgehende Umbrüche, und es bleibt auffällig ruhig auf den Straßen. Wo sind die Wutbürger geblieben?

Der 26. Juni 2026 war ein Tag für steigenden Blutdruck: Die Deutsche Bahn teilte mit, dass das Großprojekt Stuttgart 21 frühestens Ende 2031 in den vollständigen Betrieb gehe, schlappe zwölf Jahre später als ursprünglich vorgesehen. Außerdem werden die Kosten weiter steigen. Sie liegen mittlerweile um zehn Milliarden über jenen 4,5 Milliarden Euro, die ursprünglich geplant waren.

»Es ist nicht mehr tragbar, was den Menschen in Stuttgart zugemutet wird«, sagt Dieter Reicherter. Der Mann mit markanten Augenbrauen und dem leisen Schwäbeln arbeitet in seinem früheren Leben als Amtsrichter. Heute ist er Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21.

Seit vier Jahren organisiert Reicherter den Widerstand gegen Deutschlands wohl umstrittenstes Bauprojekt. Drei Tage nach den Hiobsbotschaften trafen sich die Gegner zur mittlerweile 811. Montagsdemonstration. Sie hatten dazu aufgerufen, gegen gleich zwei ungeliebte Themen zu protestieren: den Tiefbahnhof in der baden-württembergischen Landeshauptstadt und das geplante Reformpaket der Bundesregierung.

Man hätte erwarten können, dass es unzählige Menschen auf die Straße drängt. Am Ende blieb die Teilnehmerzahl überschaubar. Die Veranstalter gehen von rund 1500 Menschen aus.

Früher war mehr Empörung, ums Hundertfache: Bis zu 150.000 Menschen zählten die Organisatoren noch vor rund 15 Jahren, wenn gegen den geplanten Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs protestiert wurde. Unter dem Slogan »Oben bleiben« gingen damals Massen auf die Straße. Trauriger Höhepunkt war der »Schwarze Donnerstag« im September 2010. Damals ging die Polizei mit Gewalt gegen Demonstranten vor, ein Rentner verlor durch den Strahl eines Wasserwerfers sein Augenlicht.

Im Sommer 2026 herrscht Gleichmut, in vielen Teilen Deutschlands ist das so. An der Tankstelle maulen kritische Geister angesichts steigender Spritpreise, auf die Straße gehen sie nicht. Das Reformpaket, über das Union und SPD über Monate erbittert stritten, sorgt bislang für keine Massenproteste, auch wenn verschärfte Krankschreibungsregeln oder ein steigendes Rentenalter Millionen von Bürgern direkt betreffen. Die Ruhe ist erstaunlich. Noch vor rund zehn

Jahren führte selbst ein abstraktes Thema wie das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zu Massenkundgebungen in Großstädten.

Ist es ein gutes Zeichen, dass sich heute weniger Protest regt? Oder drückt er sich nur anders aus? Und was wurde eigentlich aus den Wutbürgern?

»Früher war er staatstragend, heute ist er zutiefst empört über die Politiker.« So stand es 2010 in einem Essay des SPIEGEL-Autors und heutigen Chefredakteurs Dirk Kurbjuweit, der den Begriff des Wutbürgers prägte. Es ging darin um einen neuen Typus von Demonstranten, der sich auch bei den Stuttgart-21-Demos zeigte. Der Wutbürger habe mit der bürgerlichen Gelassenheit gebrochen, schrieb Kurbjuweit. Er buhe, schreie, hasse, sei »konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung«.

Der Begriff war umstritten, traf aber fraglos einen Nerv. »Wutbürger« wurde zum Wort des Jahres, schaffte es in den Duden – und bekam internationale Verwandtschaft: In Frankreich tauchten 2018 die »Gelbwesten« auf, die aus Protest gegen steigende Kraftstoffpreise Kreuzungen blockierten. Aus dem Englischen wurde der »Nimby« importiert: ein Typus Bürger, der Veränderungen im eigenen Umfeld ablehnt (**Not in my backyard**), seien es Windräder oder neue Bahnstrecken.

Die deutsche Politik ließ das nicht unbeindruckt. Olaf Scholz (SPD) beschwor als Bundesfinanzminister die Möglichkeit einer Gelbwestenbewegung in Deutschland. Es

war sein Argument dafür, den Bürgern nicht zu viel zuzumuten, sie lieber mit milliardenschweren Hilfsprogrammen vor den Folgen der Coronapandemie abzuschirmen.

Als Scholz dann Kanzler war und sparen musste, schien sich seine Warnung zu bewahrheiten. Aus Protest gegen eine geplante Streichung von Vergünstigungen beim Agrardiesel und der Kfz-Steuer fuhrten Ende 2023 Tausende Landwirte mit ihren Traktoren nach Berlin und drohten, gemeinsam mit Spediteuren den Verkehr lahmzulegen. In Schleswig-Holstein bedrängten aufgebrauchte Bauern den damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf einer Fähre.

Die Bilder verfehlten ihre Wirkung nicht: Die Regierung nahm die geplanten Änderungen teilweise zurück.

Das Einknicken war ein auffälliger Kontrast zum Verhalten gegenüber der Letzten Generation. Deren überwiegend junge Mitglieder klebten sich zur gleichen Zeit landesweit auf Straßen fest, um ein Umlenken in der Klimapolitik zu erreichen. Obwohl sie – anders als manche Bauern – nicht gewalttätig wurden, hatten die Aktivisten wenig Erfolg. Ihre Aktionen gaben sie inzwischen auf.

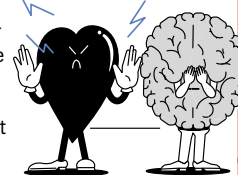
Offensichtlich beeindruckten manche Proteste die Politik mehr als andere. Die Angst vor Landwirten ist größer als die vor Klimaaktivisten, wie auch die Fridays-for-Future-Proteste zeigen. Bei ihnen gehen seit Ende 2018 regelmäßig viele Tausend Schüler auf die Straße, direkte politische Konsequenzen aber sind Mangelware. Als in Deutschland in diesem Frühjahr durch den Irankrieg die Benzinpreise in die Höhe schossen, dauerte es dagegen nicht lange, bis die Regierung eine Neuauflage des sogenannten Tankrabatts auf den Weg brachte. Bloß keine Gelbwesten riskieren. Und: bloß nicht der AfD im Jahr wichtiger Landtagswahlen neue Angriffsfläche bieten.

Gut zwei Wochen nach Beschluss des Tankrabatts stand Friedrich Merz (CDU) vor Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und kündigte harte Sozialreformen an. Seine Rede wurde von Buhrufen gestört. »Um uns herum sortiert sich die Welt neu«, sagte der Bundeskanzler. Deutschland müsse sich »aufraffen«, »es müssen alle mituntun«.

Merz folgte einer Devise, die dem einstigen britischen Premier Winston Churchill zugeschrieben wird: Nichts rechtfertigt unliebsame Reformen besser als eine Krise. Und angesichts des Ausmaßes der aktuellen Krisen wirken die deutschen Maßnahmen noch überschaubar. Trotz ihrer Buhrufe zeigten sich die Gewerkschafter bei anschließenden Reformgipfeln konstruktiv. Niemand rief zur Großkundgebung auf, ganz anders als zu Beginn des neuen Jahrtausends bei den Hartz-Reformen.

Emotionen, Teil 4 »Die Macht der Gefühle in der Wirtschaft«

Warum der Kapitalismus Neid braucht. Wie Gier die Menschen antreibt, aber auch entzweit. Wofür sich Kundinnen und Kunden an der Kasse noch schämen. In einer Serie erklärt der SPIEGEL, wie Gefühle das Wirtschaftsleben prägen – und wie man am besten damit umgeht.



»Wir befinden uns in einer Multikrise, die nicht eine gesellschaftliche Gruppe, sondern viele betrifft«, sagt Stefan Stürmer, Professor für Sozialpsychologie und Rektor der Fernuniversität Hagen. »Das Gleiche gilt für die Flut an geplanten Reformen.« So berührten beispielsweise die möglichen Einschnitte bei der Rente keine Gruppe, die sich als kollektive Akteurin wahrnehme. »Es fehlt eine gemeinsame Identität, eine Erzählung, hinter der sich eine Gruppe versammeln könnte.« Oder anders: Wenn alle betroffen sind, halten die meisten Menschen auch Zumutungen für erträglich.

Hinzu komme, dass die Misere auch externe Faktoren habe. »Wer ist schuld an der deutschen Wirtschaftskrise: deutsche Politiker? Trumps Steuern oder der Irankrieg? Vielleicht auch China?«, fragt Stürmer. »Diese Unklarheit dämpft Proteste zusätzlich.« Mancher Bürger, der früher auf die Straße ging, dürfte angesichts der Weltlage seine Prioritäten überprüft haben. Ein Chlorhühnchen, das dank TTIP über den Atlantik kommen sollte, erscheint heute als kleineres Übel angesichts eines US-Präsidenten, der nicht nur das bisherige Handelssystem, sondern die gesamte Nachkriegsordnung infrage stellt.

Ein Zeichen des Einverständnisses ist die Protestflaute nicht. Ein großer Teil der Wut ist nur von der Straße verschwunden. Und tatsächlich ist sie jetzt sogar gefährlicher, vor allem für die Demokratie. Als Beispiel nennt der Hohenheimer Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider die Debatte über das »Heizungsgesetz« von Habeck, die im Frühjahr 2023 begann.

»Da war er wieder, der Wutbürger«, sagt Brettschneider, »aber nicht auf Plätzen, sondern in sozialen Netzwerken. Sie sind heute die Versammlungsorte für Wutbürger.« Noch etwas habe sich verändert seit den Hochzeiten der Stuttgart-21-Proteste: »Anders als 2010 haben die Wütenden heute eine Partei – die AfD.« Die Rechtsextremen inszenieren sich als Hort des Protests.

In der alten Bundesrepublik sei öffentlicher Protest traditionell links gewesen, sagt der Jenaer Soziologe Matthias Quent – getragen von der Arbeiter-, Frauen- und Umweltbewegung oder von Gewerkschaften. »Die Pegida- und Querdenker-Proteste wurden stark von rechts gekapert«, so Quent. »Der Wutbürger ist zum Hassbürger geworden, die Grenzen zu Radikalen verschwimmen. Viele, die früher protestiert haben, wollen damit nichts zu tun haben und bleiben lieber zu Hause.«

Und dann wären da noch diejenigen, gegen die Demonstranten früher auf die Straße gingen – und die sich nun um Annäherung bemühen. Schon um der Radikalisierung keinen Raum zu geben.

Auf einer Stuttgarter Montagsdemo Mitte Juni sprach ein älterer Herr in beigefar-



Demonstration gegen Stuttgart 21 im November 2010: Probleme bis heute nicht gelöst

benem Sakko und gestreiftem Hemd zu den Projektgegnern, »im Zeichen des Respekts und der Anerkennung Ihrer Standhaftigkeit«, wie er sagte. Auf Videos ist sein Auftritt zu sehen. Es handelte sich um Hartmut Bäumer, den ehemaligen Amtschef im baden-württembergischen Verkehrsministerium und Mitglied der Grünen. Die Ökopartei lehnte Stuttgart 21 in der Opposition noch ab. Nach Eroberung der Landesregierung trug sie das Projekt dann aber mit – auch der frühere Ministeriale Bäumer.

Am Mikrofon räumte er ein, dass in seinem Ministerium schon frühzeitig ein Gutachten vorgelegen habe, das die Kosten des Projekts auf sieben Milliarden geschätzt habe – und damit weit mehr als damals gedacht. Allerdings wurde das nie veröffentlicht.

Sein Geständnis begründete Bäumer mit der Weltlage. Um demokratiefeindlichen Populisten keinen Auftrieb zu geben, müsse man Fehler der Vergangenheit benennen. »Sie, meine Damen und Herren, sind nicht zu Wutbürgern geworden, die sich populistische Parolen zu eigen gemacht haben«, sagte der frühere Amtschef. »Sie stehen hier aus einer urdemokratischen Gesinnung.«

Tatsächlich schrien die Stuttgart-21-Gegner nie nur gegen das Projekt an, sondern legten eigene Vorschläge vor, Expertisen von Eisenbahnsachverständigen, Stadtklimatologen und Geologen. »Das war wissenschaftliche Evidenz – nicht irgendwelches aus dem Internet zusammengelesenes Wissen«, sagt Matthias von Herrmann, ehemaliger Sprecher des Aktionsbündnisses. Und offensichtlich war an der Kritik viel Wahres.

Die Probleme von Stuttgart 21 sind bis heute nicht gelöst. Das ist inzwischen so eindeutig, dass es auch die Deutsche Bahn nicht mehr leugnen kann. »Ich bin erschüttert«, bekannte Konzernchefin Evelyn Palla, als die Konzernrevision im Juni einen Bericht zu den Mängeln des Projekts vorlegte.

Dieter Reicherter traut den neuen Tönen nicht. Denn bei aller Erschütterung: Öffentlich machen will der Konzern den Bericht nicht, nicht einmal gegenüber Vertretern von Stadt und Land. »Wenn die Politik das nicht macht, müssen die Bürger es tun«, findet Reicherter. Er hat Akteneinsicht beantragt – und will weiter auf die Straße gehen.

Markus Becker, David Böcking

NACHGEZÄHLT

162

Milliarden Euro, so hoch war der Umfang der Aufträge, den Siemens Energy zum Ende des abgelaufenen Quartals in den Büchern hatte, ein Rekord. Der Münchner Konzern profitiert von der hohen Energienachfrage für KI-Rechenzentren.

Quelle: Siemens Energy

MASCHINE DER WOCHE

Unaussprechlich stark

Baumaschinen, die Großes bewegen, tragen oft mickrige Namen: Kran oder Bagger, selbst Kleinkinder können das aussprechen. Auf den Self-Propelled Modular Transporter (SPMT) trifft das eher nicht zu: eine selbstfahrende Plattform, die zwar keine Berge versetzt, aber so ziemlich alles, was etwas kleiner ist. Vor einigen Tagen rollte ein SPMT die neue, 3700 Tonnen schwere Sternbrücke durch Hamburg. Voriges Jahr verlagerten zwei SPMT eine schwedische Kirche. Weil eine Maschine, die der Menschheit solche Dienste erweist, einen schönen Spitznamen verdient, nennen manche sie »Tausendfüßler«. Ähnlich hübsch klingt der Name des SPMT-Erfinders: Scheuerle Fahrzeugfabrik aus Pfedelbach bei Heilbronn. AKÜ



AUTOINDUSTRIE

Elon Musk bremst das Tesla-Comeback



Musk im AfD-Wahlkampf im Januar 2025

Der Elektroautopionier Tesla profitiert von dem jüngsten E-Fahrzeug-Boom in Deutschland nicht so stark, wie er könnte. Das zeigt eine Studie der Marktforschungsunternehmen Uranos (Hamburg) und Dynata (Connecticut, USA) für den SPIEGEL. Obwohl hierzulande im ersten Halbjahr fast jedes vierte neu zugelassene Auto einen Elektromotor hatte, liegt Teslas Marktanteil mit knapp 2 Prozent unter dem Höchststand von 2022, als er 2,6 Prozent erreichte.

Tesla verkaufte 2022 fast 70.000 Autos, im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es knapp 29.000. »Die Marke Tesla ist nicht so stark wie vor ein paar Jahren«, sagt Uranos-Mitgründer Björn Welzel. Der Grund liege vor allem in der Person Elon Musk. »Der Marktanteil könnte viel höher sein, wenn er sich politisch nicht so positioniert hätte.« Musk hatte 2025 zeitweise für die Regierung von US-Präsident Donald Trump gearbeitet und mehrfach seine Sympathie für die rechtsextreme AfD bekundet. Das hatte dazu beigetragen, dass sich viele Kunden von Tesla abwandten, wie Uranos seinerzeit analysierte.

Nun haben Uranos und Dynata erneut Autofahrer befragt und aus einer Stichprobe von 1031 Tesla-Besitzern und potenziellen E-Auto-Käufern die Haltung zu Tesla und Musk herausgefiltert.

Generell zeigt sich, dass der Umstieg auf ein E-Auto neben dem Umweltbewusstsein (51 Prozent) vor allem durch Kostenvorteile getrieben ist (49 Prozent). Das lässt sich mit der neuen Kaufprämie für E-Autos sowie mit dem infolge des Irakkriegs gestiegenen Benzinpreis erklären.

Davon profitiert auch Tesla. Die Umfrage zeigt, dass die Befürworter sich für einen Tesla interessieren, weil sie die Marke für innovativ halten (56 Prozent), auf ein E-Auto umsteigen wollen (52 Prozent) oder von der technologischen Leistung (43 Prozent) überzeugt sind. Die Tesla-Gegner dagegen begründen ihre Ablehnung vor allem mit politischen oder kontroversen Aussagen von Musk (50 Prozent) sowie seinem Verhalten in der Öffentlichkeit (44 Prozent).

Die Einstellung von Tesla-Fans und -Gegnern ist weniger durch Alter oder Einkommen geprägt als von der Weltanschauung: »Das Pro-Lager denkt neoliberal, das Kontra-Lager ist links-progressiv geprägt«, sagt Welzel. In frei formulierten Umfrageantworten zeigt sich, wie sehr Musk polarisiert. »Elon Musk ist für mich ein starker Vertreter des modernen Faschismus«, sagt ein Ablehner. Ein Anhänger sieht in ihm dagegen einen »guten Mann, dem wir Meinungsfreiheit verdanken in Zeiten des Linksfaschismus«. MHS



LEBENSMITTEL

»Die Handelskonzerne sind noch mächtiger«

Agrarexpertin Reinhild Benning, 56, von der Deutschen Umwelthilfe erklärt, warum Tierwohl an Verträgen, Preisen und Werbung scheitert.

SPIEGEL: Frau Benning, Sie werfen Supermärkten zu wenig Engagement beim Thema Tierwohl vor. Woran machen Sie fest, dass ein Händler »genug« tut?

Benning: Wir messen die führenden Supermärkte an ihren eigenen Versprechen: Bis 2030 wollen sie aus den untersten Haltungsformen 1 und 2 aussteigen. Dazu müssen Supermärkte mittel- und langfristige Verträge mit kostendeckenden Preisen anbieten, damit Höfe ihre Ställe umbauen können. Und der Handel bestimmt über Werbung und Platzierung im Regal.

SPIEGEL: Sie haben Handelsketten zu Etappenzielen und Maßnahmen befragt und erhielten keine Antwort. Was folgern Sie?

Benning: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Wir wollten wissen, welche Spielräume die Supermärkte künftig nutzen, und wurden auf Greenpeace-Daten aus der Vergangenheit verwiesen. Die zeigen: In den Regalen dominiert noch immer, was eigentlich beendet werden soll. In den unteren beiden Haltungsstufen haben Tiere viel zu wenig Platz, Schweine etwa leben auf Beton im geschlossenen Stall. Bei Rewe stammten 2025 demnach 73 Prozent des Frischfleisches aus solchen Haltungsstufen, bei Lidl waren es 80 Prozent, bei Edeka 85 Prozent. Bei Wurst sieht es noch schlechter aus.

SPIEGEL: Händler sagen, es gebe schlicht zu wenig Fleisch aus höheren Haltungsstufen. Wer muss den ersten Schritt machen?

Benning: Als Biofleisch etabliert wurde, haben einzelne Händler Verträge geschlossen, damit Betriebe umstellen und überhaupt Bioferkel verfügbar werden. Der deutsche Lebensmittelhandel hat also gezeigt, wie er Fortschritte für Tierwohl hinbekom-

men kann. Bei Aldi Süd kamen im vergangenen Jahr immerhin 40 Prozent des Frischfleisches aus den Haltungsstufen 3, 4 und 5. Es geht also mehr.

SPIEGEL: Vor Jahren haben sich Handelsketten bei Tierwohlversprechen gegenseitig überboten. Was hat sich seitdem verändert?

Benning: Die vier marktbeherrschenden Handelskonzerne sind noch mächtiger geworden. Sie können ihre Profitinteressen noch willkürlicher durchsetzen. Erhebungen zeigen, dass Supermärkte die Zahl der Werbeaktionen für Biofleisch 2025 um 30 Prozent reduzierten. Konventionelle Rinderrouladen bewarben sie unterdessen 30 Prozent häufiger. Das passt nicht zum Anspruch, Tierwohl und Klima-

Die Verbraucher machen beim Tierschutz mit.

schutz nach vorn zu bringen. Der Handel muss stattdessen mehr Werbeaktionen für pflanzliche Proteine und Fleisch aus höchsten Tierwohlstufen wie Weidhaltung starten.

SPIEGEL: Halten Sie das Ziel für realistisch, dass 2030 im Supermarkt weitgehend Schluss ist mit Schweinefleisch aus Haltungsform 1 und 2?

Benning: Absolut! Als die Kennzeichnung für Eier eingeführt wurde, hatten Käfigeier einen Marktanteil von über 60 Prozent. Heute liegt der Anteil bei der gekennzeichneten Ware bei rund einem halben Prozent, der Bio- und Freilandanteil wächst weiterhin. Das zeigt: Verbraucher machen beim Tierschutz mit, wenn sie ihn zuverlässig erkennen können – und wenn Supermärkte Tierschutzware anbieten. MMQ



WIRTSCHAFTSWUNDER

Spielerische Investition

Sie haben ein paar Milliarden Euro auf der hohen Kante und wollen Ihr Vermögen im Profisport anlegen? Kein Problem. Zwar hat Fifa-Präsident Gianni Infantino seinen Plan verworfen, Anteile an der Fußball-WM zu veräußern. Doch es gibt eine Alternative: Cricket, das Schlagspiel mit den schwer verständlichen Regeln. In den Commonwealth-Ländern boomt die Sportart, ihre Kronjuwelen lagern in Indien: die Indian Premier League (IPL). Obwohl ihre Saison nur rund zwei Monate dauert, hat sich die IPL zu einer der kostbarsten Marken im Wertsport entwickelt. Allein der Verkauf der Medienrechte bringt etwa 1,2 Milliarden US-Dollar pro Jahr ein, mehr als eine Milliarde Menschen verfolgten die Saison 2026 am Fernseher oder online. Pro Spiel erlöst nur die US-Football-Liga NFL mehr mit Medienrechten, hat die Investmentbank Houlihan Lokey errechnet. Jüngst versuchte Rob Walton, Erbe der Supermarktkette Walmart, mit einem Konsortium eines der zehn IPL-Teams zu übernehmen, doch die offerierten 1,63 Milliarden US-Dollar reichten nicht aus. TNE

PHARMA

Riskante Ersatzpillen

In deutschen und österreichischen Arztpraxen werden knappe Medikamente häufig durch riskantere Mittel ersetzt. Für eine Befragung des Instituts für Pharmakologie in Hannover haben 855 Ärzte aus beiden Ländern geschildert, wie sie durch die Engpasszeit von November 2022 bis Januar 2024 kamen. Abgefragt wurden 20 zeitweise nicht lieferbare Wirkstoffe. Hausärzten fehlten vor allem Antibiotika, 65 Prozent fühlten sich durch fehlendes Penicillin V stark beeinträchtigt. Kinderärzte bekamen oft keine Ibuprofen- und Paracetamolsäfte. Verordnet wurde, was der Markt hergab: Diazepam statt des kürzer wirkenden Beruhigungsmittels Lorazepam; Breitbandantibiotika statt der Standardmittel, obwohl das Resistenzen fördert. Für das Brustkrebsmittel Tamoxifen fand sich oft gar kein Ersatz. Jeder fehlende Wirkstoff kostet die Praxen 28 Minuten zusätzlich, in der Onkologie 46. In den USA waren im selben Zeitraum bei denselben 20 Wirkstoffen nur vier Präparate nicht lieferbar. MUM

WISSEN

Hund bei
Behandlung

**»Ich habe rechtzeitig
die Reißleine gezogen«**

Psyche Das Suizidrisiko bei Veterinären liegt deutlich über dem der Allgemeinbevölkerung. Drei Tierärztinnen erzählen, warum sie an ihrem Beruf leiden.

Der Tag, an dem sie es in ihrem Traumberuf nicht länger aushielt, war ein Freitag. Am 14. Juni 2024 packte die Tierärztin Kerstin Schmitt nach der Sprechstunde ihre Sachen und verließ die Praxis für immer. Am nächsten Morgen ging Schmitt zum Arzt. Er stellte einen Burn-out fest und schrieb sie krank. Inzwischen gilt sie als berufsunfähig. Einige Jahre zuvor hatte sich eine Kollegin das Leben genommen, mit einem Arzneimittel aus dem Giftschränk. »Ich habe rechtzeitig die Reißleine gezogen«, sagt Schmitt, die im Rheinland wohnt, verheiratet ist und einen Hund hat.

Kerstin Schmitt hat eigentlich einen anderen Namen, das gilt auch für die zwei weiteren Tierärztinnen, die hier ihre Geschichte erzählen. Die eine arbeitet noch als Veterinärin und will nicht, dass die Leute reden – es gehe ihr schon schlecht genug. Die andere möchte anonym bleiben, weil sie die Reaktionen ehemaliger Kolleginnen und Kollegen fürchtet.

Beate Müller ist selbstständig in einer Kleintierpraxis in Norddeutschland, sie behandelt Hunde, Katzen, Kaninchen, Meer-schweinchen. Sie sitzt zu Hause in der Küche und sagt: »Mit dem Wissen von heute würde ich mich nie wieder für diesen Beruf entscheiden.« Sie weine aus Überforderung. Jede Woche erlebe sie Situationen, die sie aufregten. Überforderung kann zu Selbstzweifeln, Schuldgefühlen, Scham und Erschöpfung führen und Depressionen begünstigen. Müller erzählt von zwei Tierärzten in der Umgebung, die sich das Leben genommen hätten. Sie sagt, sie habe bald ein Gespräch mit einer Psychotherapeutin.

Tanja Franke hat als Kind viel Zeit auf dem Bauernhof ihrer Großeltern verbracht. Schon als kleines Mädchen, mit acht Jahren, habe für sie festgestanden, dass sie Tierärztin werden wolle, sagt sie. Nach dem Studium vermittelte ihr Doktorvater ihr eine Teilzeitstelle in einer Nutztierpraxis. Sie sei viel unterwegs gewesen: von Hannover bis zum Chiemsee, sechs Tage die Woche mit dem Dienstwagen. »Ich habe unzählige Rinder und Schweine geimpft, Blutproben und pathologische Proben entnommen.« Mehrfach habe sie im Laufe ihres Berufslebens die Stelle gewechselt. Mal sei der Chef oder die Chefin nicht respektvoll mit ihr umgegangen, mal habe man unterschiedliche Vorstellungen von einer zeitgemäßen tiermedizinischen Versorgung gehabt, mal habe sie keinen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen. Ihr Selbstwert habe in der Zeit schwer gelitten, sagt sie. Schließlich gab sie den Beruf auf, »aus Selbstschutz«, wie sie es formuliert. Seit

Oktober 2023 betreibt sie mit ihrem Lebensgefährten ein Café.

Schmitt, Müller und Franke stehen beispielhaft für ihren Berufsstand, vielen Tierärztinnen und Tierärzten in Deutschland geht es seelisch nicht gut. Natürlich gibt es auch die anderen, die von ihrem Alltag erfüllt und mit den Arbeitsbedingungen zufrieden sind. Doch mehr als ein Viertel der Veterinäre zeigen Symptome einer klinisch relevanten Depression – das ergab eine Studie der Freien Universität Berlin und des Universitätsklinikums Leipzig. Knapp ein Fünftel der 3000 befragten Tierärzte berichtet von Suizidgedanken, bei fast einem Drittel wurde ein erhöhtes Suizidrisiko ermittelt.

Die Werte liegen vier- bis sechsmal höher als in der Gesamtbevölkerung. Wohl kaum eine andere Branche ist stärker betroffen. Anscheinend auch, weil Tierärzte Zugang zu den nötigen Medikamenten haben und wissen, wie es geht. Forschende der Universität Magdeburg haben darüber hinaus festgestellt: Veterinäre, die häufig Notdienst haben, sind stärker gefährdet, unter einem Burn-out zu leiden. Sie haben eher eine distanzierte oder zynische Haltung gegenüber der eigenen Arbeit.

Nur wenige Veterinäre in Deutschland kennen keine Geschichte über eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich selbst getötet hat. Der ehemalige Tierarzt Karim

Selbstständige Müller:

Hierarchische Strukturen und hoher Druck



Charlotte Schmitz / DER SPIEGEL

Montasser sagt, er wisse von zehn Fällen. Er selbst habe sich nach einem Jahr an der Universitätsklinik für Kleintiere in Gießen ausgebrannt gefühlt. Jetzt klärt er als Influencer auf seinem YouTube-Kanal über Themen aus der Veterinärmedizin auf. Montasser setzt sich vor allem für die psychische Gesundheit Studierender ein.

Die seelischen Konflikte von Veterinären sind ein internationales Phänomen. Die Zahlen zu psychischen Störungen sind ähnlich hoch in Norwegen, Polen, Hongkong, Finnland, Schweden, Brasilien, Portugal, Großbritannien und den USA. In den Vereinigten Staaten gibt es seit 2014 die Organisation »Not one more vet«, was übersetzt »Nicht noch ein Tierarzt« heißt. Sie bietet Tiermedizinerinnen und Tiermedizinern psychologische Beratung im Notfall an und veranstaltet Seminare zur Stärkung der mentalen Gesundheit. Gegründet wurde die Initiative nach dem Suizid einer Tierärztin, die meinte, ihre Aufgabe nicht mehr angemessen erfüllen zu können. Ganz oben auf der Homepage steht die Telefonnummer der Suizidprävention.

In Deutschland hat die Vethilfe vor gut einem Jahr ein Sorgentelefon eingerichtet; ein Verein von Tiermedizinern, der Kolleginnen und Kollegen in schwierigen Situationen unterstützen will. Die Hotline ist täglich von 18 bis 22 Uhr erreichbar, Auslöser war auch hier der Suizid einer Tierärztin. Jeden Tag gehen bei der Vethilfe laut eigenen Angaben bis zu vier Anrufe ein.

Und worauf Feuerwehrleute, die Polizei, Soldatinnen und Soldaten, Rettungskräfte und Gerichtsvollzieher längst zurückgreifen können, gibt es zumindest in Hamburg und Schleswig-Holstein nun auch für Veterinäre: Seit April ist ein Kriseninterventionsteam aus speziell ausgebildeten Tierärzten und tiermedizinischen Fachangestellten für Gespräche erreichbar. Wenn es notwendig ist, rücken sie aus, um vor Ort zu helfen.

Das Studium der Veterinärmedizin ist anspruchsvoll, vor der großen Zwischenprüfung, dem Physikum, müssen die Studierenden die anatomischen Systeme verschiedener Tiere lernen: von Schweinen und Kühen, Pferden, Schafen, Geflügel, Hunden und Katzen. Hinzu kommt Grundlagenwissen aus Biologie, Chemie, Physik und Biochemie.

Kerstin Schmitt, Beate Müller und Tanja Franke berichten von hierarchischen Strukturen und hohem Druck während ihres Studiums: Sie hätten sich zwischendurch gefühlt, als wären sie ein Niemand.

Kerstin Schmitt sagt: »Der Professor war unantastbar, man selbst hatte den Mund zu

halten. Mir gingen im Studium suizidale Gedanken durch den Kopf. Ich hatte niemanden, mit dem ich darüber sprechen konnte.«

Beate Müller sagt: »Ich habe viel geheult im Studium, weil ich dachte, ich schaffe das alles nicht.«

Tanja Franke sagt: »Ich war für die Professoren immer das Blondchen.«

Eine Umfrage der Freien Universität Berlin ergab vor einigen Jahren, dass in Deutschland bereits im Studium der Tiermedizin fast jeder Zweite an Depressionen leidet. Etwa jeder Fünfte kannte Suizidgedanken, und fast jeder Vierte war gefährdet, sich das Leben zu nehmen.

Forscher erklären die Notlage der Veterinäre mit deren Arbeitsbedingungen: fehlende Anerkennung, schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, wachsende Ansprüche der Kunden, viele Überstunden, geringe Bezahlung. Eine kürzlich veröffentlichte Onlinebefragung des Bundes angestellter Tierärzte zeigt: Berufsanfängerinnen und -anfänger verdienen im Mittel 21,35 Euro brutto pro Stunde. Mehr als 17 Prozent der Befragten arbeiten regelmäßig länger als zehn Stunden täglich, rund 30 Prozent erhalten zumindest gelegentlich nicht die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit von elf Stunden, und 40 Prozent können vorgeschriebene Pausen mindestens einmal pro Woche nicht einhalten.

Tierärzte stehen zudem oft vor einem ethischen Dilemma: Sie müssen zwischen dem Wohl des Tieres, den Wünschen und finanziellen Möglichkeiten der Besitzer und ihren eigenen moralischen Werten abwägen. Und sie müssen Tiere einschläfern – nicht nur alte und kranke, sondern auch vernachlässigte.

Wissenschaftliche Erhebungen zeigen, dass die Tiermedizin, wie andere medizinische Fächer auch, oft besonders empathische, pflichtbewusste oder perfektionistische Menschen anzieht. Es sind Eigenschaften, die bei extremer Belastung psychische Störungen auslösen oder verstärken können, vor allem bei jenen, die genetisch oder wegen Vorerfahrungen dafür anfällig sind.

Auch Kinderonkologinnen oder Palliativmediziner sind an ihrem Arbeitsplatz psychischen Belastungen ausgesetzt, und nicht jeder, der überarbeitet ist, entwickelt eine Depression oder suizidale Gedanken. Tierärzte aber »sind besonders gefährdet, weil verschiedene Ursachen zusammenkommen«, erklärt Heide Glaesmer. Die stellvertretende Leiterin der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig erforscht die seelische Gesundheit von Tierärzten. »Auf der Palliativstation oder in der Notaufnahme ist der Umgang mit Sterben und Leid ebenfalls zentral, aber er findet in Teamstrukturen statt, oft mit mehr kollegialem

»Ich dachte jeden Abend: Wenn ich nicht aufpasse, falle ich morgen um, und dann war's das.«

Kerstin Schmitt, Tierärztin

Austausch und im besten Fall mit der Möglichkeit einer Supervision.«

Tierärzte hingegen arbeiten oft allein. »Sie haben keine psychologische Expertise«, sagt Glaesmer. Die Professorin bildet Humanmediziner aus, sie bringt ihnen bei, schwierige Nachrichten zu überbringen und mit verzweifelten Angehörigen zu reden. Veterinäre lernten diese Art der Gesprächsführung nicht, sagt Glaesmer. Zudem mache es für einen Arzt einen Unterschied, ob ein Patient sterbe, weil keine Therapie mehr anschlage oder weil sich jemand, wie es bei Tierhaltern vorkomme, eine teure Behandlung nicht leisten könne.

Kerstin Schmitt war jahrelang selbstständig. Sie sei zugleich Anästhesistin, Onkologin, Dermatologin, Chirurgin und Zahnärztin gewesen. Abends habe sie den Bürokratismus erledigt und Notdienste gemacht. Und meistens das Gefühl gehabt, nicht ausreichend Zeit für ihre Patienten zu haben. Für ihre Kunden war sie rund um die Uhr erreichbar. »Irgendwann war ich schon gestresst, sobald mein Handy geklingelt hat.«

Der Umgang mit den Kunden sei auch deshalb häufig schwierig gewesen, weil das Tier für viele ein Kind ersetze. Die Besitzer seien oft fordernd, sie wollten die beste Versorgung, aber möglichst wenig dafür zahlen. Wenn Schmitt die Rechnung einer Zahn-OP präsentierte, habe man ihr vorgeworfen, sie sei raffgierig. Oder man habe sie gefragt, wie sie die Summe mit ihrem Berufsethos vereinbaren könne. »Viele Menschen sind sich nicht bewusst, was eine Behandlung kostet.«

Tierärzte erzählen, sie träfen immer wieder auf Kunden mit dieser Haltung. Die Tierbesitzer sind selbst häufig gesetzlich ver-

sichert und daran gewöhnt, dass die Krankenkasse die Rechnung übernimmt, wenn sie zum Arzt gehen. Beim Veterinär müssen die meisten direkt zahlen. Nur etwa 20 Prozent der Besitzerinnen und Besitzer schließen eine Krankenversicherung für ihr Haustier ab.

Die Termine in Schmitts Praxis seien eng getaktet gewesen, erzählt sie. 60 bis 70 Stunden pro Woche habe sie gearbeitet. Kerstin Schmitt sagt, es sei schlimm gewesen, als sie zum ersten Mal ein Tier eingeschlafert hat. Ihr habe nie jemand vernünftig gezeigt, wie sie das machen musste. Sie habe später immer versucht, die Prozedur für das Tier so angenehm wie möglich zu gestalten. Es habe sie extrem belastet, wenn etwas schiefgegangen sei, wenn es zum Beispiel zu lange gedauert habe, bis der Tod eintrat. »Mir hat dann das Tier leidgetan, weil es wegen meiner Stümperhaftigkeit nicht friedlich gehen konnte.«

Für viele Tierärztinnen und Tierärzte ist der Berufsalltag ein permanentes Hin und Her zwischen Leid und Freude: erst ein Dackel, der eingeschlafert werden muss, danach ein Kätzchen, das seine erste Impfung erhält. Eben muss man noch ein trauerndes Frauchen trösten, gleich darauf soll man ein neues Familienmitglied bewundern und streicheln. Das kann eine Strapaze bedeuten.

Ende 2023 verkaufte Schmitt ihre Praxis. »Ich dachte jeden Abend: Wenn ich nicht aufpasse, falle ich morgen um, und dann war's das.« Sie erzählt, sie habe gehofft, als Angestellte, mit weniger Verantwortung und weniger Arbeitszeit, würde es ihr besser gehen. Nach einigen Wochen im neuen Job aber habe sie vor einer Operation wieder und wieder nachgelesen, wie sie vorgehen musste, obwohl sie den Eingriff schon hundertmal gemacht hatte.

Inzwischen lässt sie sich für die Vethilfe zur Telefonseelsorgerin ausbilden. Zehn Onlineseminare muss sie hierfür absolvieren; im Mai traf sie sich mit den anderen Teilnehmern für ein Wochenende in Berlin. Schmitt sagt, sie wolle nicht, dass »noch mehr Kolleginnen und Kollegen kaputtgehen«.

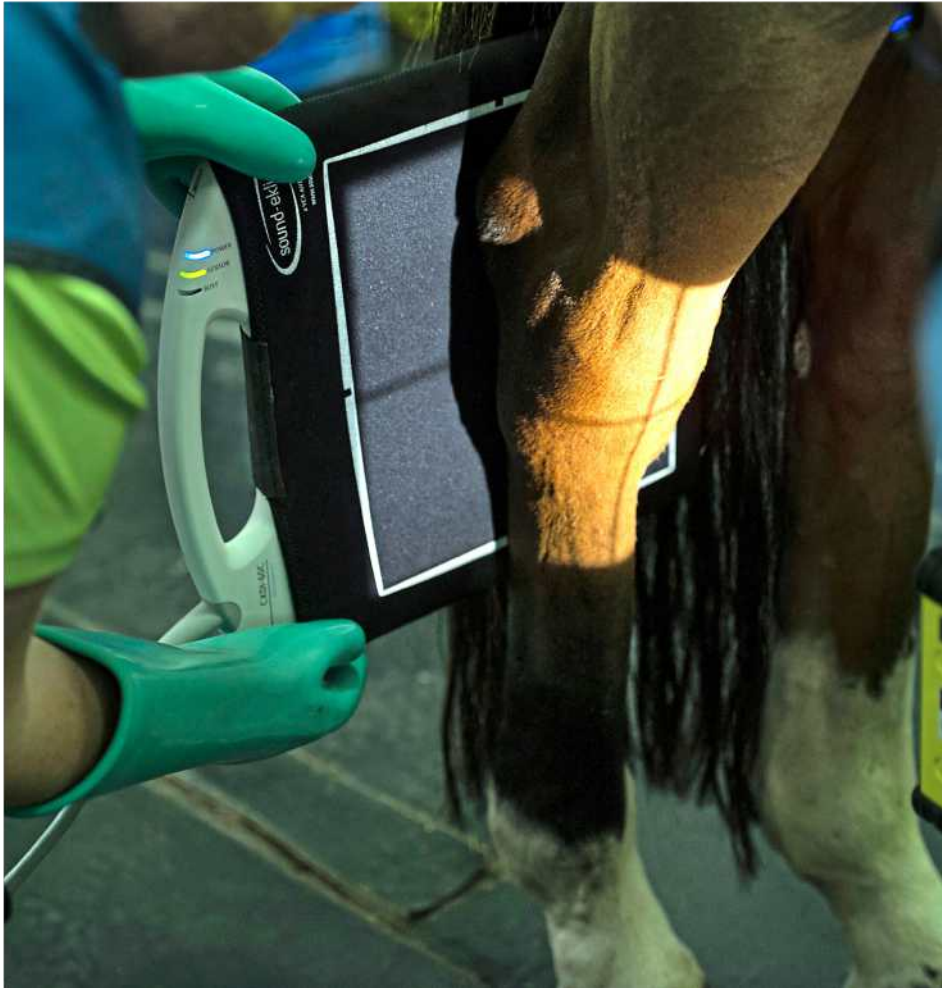
Mitgefühlsmüdigkeit ist ein Zustand emotionaler, mentaler und körperlicher Erschöpfung, der entstehen kann, wenn man sich intensiv um das Wohl anderer kümmert und dabei die eigenen Bedürfnisse vernachlässigt. Oft sind Pflegekräfte, Sozialarbeiter und Katastrophenhelfer betroffen. Auch unter Tierärzten ist Mitgefühlsmüdigkeit verbreitet.

Beate Müller, die Tierärztin aus Norddeutschland, beschreibt einen Vormittag in ihrer Praxis: Patient Nummer eins war ein Hund mit schuppiger Haut und fast ohne Fell; der Besitzer sagte, sein Hund werde schon seit acht Monaten kahl. Später kam ein Hund mit tief eingewachsener Krallen; die Pfote war blutig, die Zehe entzündet. Danach sah sie eine Hündin mit lebensbe-

HIER FINDEN SIE HILFE IN SCHEINBAR AUSWEGLOSEN SITUATIONEN

Kreisen Ihre Gedanken darum, sich das Leben zu nehmen? Sprechen Sie mit anderen Menschen darüber! Hier finden Sie – auch anonyme – Hilfsangebote in vermeintlich ausweglosen Lebenslagen. Per Telefon, Chat, E-Mail oder im persönlichen Gespräch.





Pferd beim Röntgen: Eng getaktete Termine

drohlicher Gebärmutterentzündung. Müller legte das Tier an den Tropf, um den Kreislauf zu stabilisieren, 42 Euro sollte die Infusion kosten, die Kundin habe nur widerwillig bezahlt. Ein vierter Fall: eine 14-jährige Hündin mit Übergewicht und Arthrose. Müller empfahl dem Besitzer, das Tier anders zu füttern, damit es abnimmt und die Gelenke entlastet werden; der Mann habe den Rat unverschämmt gefunden.

Schon zur Mittagspause habe sie keine Energie mehr gehabt, sagt Müller. »Ich konnte den Anblick der Hunde kaum ertragen. Wenn man sich um ein Tier nicht vernünftig kümmern kann, soll man sich keins anschaffen.« Früher habe sie nach Feierabend zwei, drei Gläser Wein getrunken, um abzuschalten. Das habe sie sich abgewöhnt, solange sie es noch konnte.

Müller erzählt von Welpen aus einem illegalen Handel, die sie einschläfern musste, weil sie an einer schweren Viruserkrankung litten. Dass sie Hunde und Katzen einschläfern musste, weil die Besitzer kein

Geld für eine kostspielige Therapie ausgeben konnten oder wollten. Und dass sie Kunden habe, die nicht loslassen. Sie erinnert sich an einen Hund mit Darmentzündung. Er habe geschrien, sobald sie ihn angefasst habe, er habe kaum noch gefressen und habe keine Lebensqualität mehr gehabt. Einschläfern sollte sie ihn nicht. Ebenso hilflos ist ein Tierarzt, wenn Besitzer auf einer Therapie bestehen, die Tausende Euro kostet, obwohl sie keine Besserung mehr verspricht.

Viele Menschen würden die Dienstleistung eines Tierarztes so verstehen, dass sie »bestellen und bestimmen« dürfen, sagt Müller. Die meisten Google-Rezensionen ihrer Kunden sind positiv, aber manche schreiben, Müller sei arrogant, stelle überhöhte Rechnungen, sie sei kaltherzig und inkompetent. Sie schreiben: »Wenn ich könnte, würde ich keinen Stern geben.« Beate Müller hockt in ihrer Küche und sagt: »Manchmal habe ich das Gefühl, Tiermediziner sind die Ärsche der Nation.«

Eine Studie im Auftrag des Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim kommt zu dem Ergebnis, dass die Hälfte der Tierärztinnen und Tierärzte meint, ihre Arbeit werde allgemein nicht gewürdigt. Laut einem aktuellen Gehaltsreport für Veterinäre sind fast zwei Drittel der angestellten Tierärztinnen und Tierärzte mit ihrem Einkommen unzufrieden. In Praxen leisten sie laut Selbstauskunft im Schnitt 24, in Universitätskliniken 50 Überstunden im Monat – etwa jeder Fünfte erhält dafür weder Freizeitausgleich noch finanzielle Vergütung.

Tanja Franke sagt, sie habe mit vielen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die jedes Wochenende durcharbeiten würden, obwohl es arbeitsrechtlich unzulässig sei. Der Chef erwarte es, und sie hätten Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Es gibt keine verbindlichen Tarifverträge für angestellte Tierärzte in privaten Praxen.

Franke hat in einer Tierklinik gearbeitet, Dienstbeginn war um 7.30 Uhr, Feierabend war abends um sechs, meistens später. Jedes zweite Wochenende hatte sie Bereitschaft, erzählt sie, das heißt: zwölf Tage arbeiten, zwei Tage frei, zwölf Tage arbeiten. Sie hat es knapp sechs Monate ausgehalten.

Wertschätzung ist ein Grundbedürfnis. Es bedeutet, dass andere die eigene Anwesenheit für bedeutsam halten. Wertschätzung kann die Widerstandskraft gegenüber Stress fördern. Ein gezieltes Lob wirkt wie ein Katalysator: Es schüttet im Gehirn Botenstoffe aus, was Motivation, Selbstbewusstsein und Leistungsfähigkeit steigern kann. Franke sagt, solange sie als praktizierende Tierärztin gearbeitet habe, habe sie sich nur selten wertgeschätzt gefühlt. Nur eine Vorgesetzte habe regelmäßig gesagt: »Das haben Sie richtig toll gemacht.«

Seit sie mit ihrem Partner das Café eröffnet hat, ist sie selbst Arbeitgeberin. Es mache sie manchmal fassungslos, sagt sie, dass sich die Gehaltsforderungen, auch von ungelernten Kräften, kaum vom Verdienst eines angestellten Tierarztes unterscheiden.

Sie arbeitet außerdem im öffentlichen Dienst. Ihre neuen Aufgaben findet sie erfüllend, doch Ende vergangenen Jahres sei ihr bewusst geworden, dass sie etwas vermisst. Sie erzählt von ihrem eigenen alten, kranken Hund: Jedes Mal, wenn sie ihn versorgte, habe sie gemerkt, dass ihr die Arbeit als praktizierende Tierärztin fehlte. Ihr Partner ermunterte sie, es doch noch mal zu versuchen.

Im November fing Franke in einer Kleintierpraxis an. Elf Wochen später, am 15. Januar, habe sie sich wieder verabschiedet. Sie hatte den Eindruck, die Chefin interessierte sich weder für ihre Mitarbeiter noch für Gespräche auf Augenhöhe.

Tanja Franke sagt: »Diese Geringschätzung will ich nie wieder erleben.«

Maik GroBekathöfer

Blaues Gold

Biologie Jedes Jahr sammeln Pharmafirmen mehr als eine Million Pfeilschwanzkrebse von US-Stränden und verwenden ihr blaues Blut für Arzneytests. Dabei gibt es Alternativen.

Als die Springflut das Wasser in der Delaware Bay weit den Strand hinaufdrückt, zieht es die Pfeilschwanzkrebse an Land. Dutzende, Hunderte, Tausende Tiere kriechen in dieser warmen Neumondnacht im Mai den Sandstrand in der Bucht an der US-Ostküste hinauf. Wie große Steine sehen sie von Weitem aus mit ihrem ovalen, grauen Panzer. Aus der Nähe werden ihre zehn Augen sichtbar und ihr Schwanz, der wie ein Stachel aus dem Körper ragt.

Es ist Laichnacht bei den Atlantischen Pfeilschwanzkrebsen: Auf dem Rücken der bis zu 60 Zentimeter großen Weibchen klammern sich die kleineren Männchen fest, manchmal bis zu zehn Stück. Sie warten darauf, Pakete mit Hunderten stecknadelkopfgroßen Eiern zu befruchten, die die Weibchen gleich hier im Sand ablegen.

Adrianna Zito-Livingston, 44, richtet ihre Taschenlampe auf einen Haufen Pfeilschwanzkrebse. »Seht, wie ihre Augen leuchten!«, ruft die Biologin und Tierschützerin von der gemeinnützigen Organisation The Nature Conservancy. Sie ist an den Strand bei Cape May im Osten der Delaware Bay gefahren, um die Tiere zu zählen. Wochenlang habe sie sich Sorgen gemacht, sagt Zito-Livingston, die den Küstenabschnitt seit vielen Jahren beobachtet. Es seien bis zu dieser Nacht nur wenige Exemplare an Land gekommen.

Pfeilschwanzkrebse gibt es seit mehr als 450 Millionen Jahren, sie haben das Dinosaurierzeitalter und mehrere globale Massenaussterben überlebt. Weltweit existieren vier Arten: drei in Süd- und Ostasien und die Atlantischen Pfeilschwanzkrebse an der amerikanischen Ostküste. Wie groß die Bestände genau sind, ist unklar. Fest steht nur: viele schwinden. Die Weltnaturschutzunion stuft alle vier Arten, soweit Daten über die Populationsgröße vorliegen, als gefährdet oder stark gefährdet ein.

Jahrzehntelang wurden die Tiere zu Dünger geschreddert, noch heute dienen sie als Fischköder. Vor allem aber werden aus ihrem blauen Blut wichtige Tests für Arzneimittel produziert. Dabei gibt es dafür längst tierfreundliche Alternativen.

Pharmakonzerne prüfen fast alle Impfstoffe und diverse Infusionen mit einem Bestandteil des Bluts auf gefährliche Verunreinigungen mit Bakteriengiften, sogenannten Endotoxinen. Diese Gifte stammen aus den

Zellwänden bestimmter Bakterien. Sie können mit Rohstoffen oder von Oberflächen in die Arzneimittel gelangen und so zum Sicherheitsrisiko für Patientinnen und Patienten werden. Beim Menschen verursachen die Gifte hohes Fieber, mitunter schockähnliche Zustände, im schlimmsten Fall führen sie zu Multiorganversagen und zum Tod.

Die Gifttests, die aus dem Pfeilschwanzkrebsblut hergestellt werden, haben unzähligen Menschen das Leben gerettet, bedrohen aber die Tiere.

Testhersteller machten 2024 ungefähr 230 Millionen Dollar Umsatz, bis in gut fünf Jahren soll sich der Wert fast verdoppeln. Das Pfeilschwanzkrebsblut wird auch als »blaues Gold« bezeichnet.

Schon heute sammeln die Hersteller allein in den Vereinigten Staaten jedes Jahr mehr als eine Million Atlantische Pfeilschwanzkrebse zur Blutabnahme an der Küste, berichtet die Kommission, die die US-Bestände überwacht. In Laboren wird den Tieren eine Kanüle ins Herz gestochen und bis zu ein Drittel ihres Bluts abgenommen, etwa 15 bis 20 Prozent der Tiere sterben dabei. Die Überlebenden sind oft mas-

siv geschwächt, wenn sie zurück ins Meer gesetzt werden.

Die moderne Medizin ist ohne Tierversuche kaum vorstellbar. Der Mensch testet die Sicherheit von Arzneimitteln seit mehr als 100 Jahren an Tieren; Nebenwirkungen und Risiken neuer Medikamente werden oft an Hunden, Ratten oder Mäusen geprüft. Ob Impfstoffe oder Infusionen mit Endotoxinen verunreinigt sind, analysierten Forscher viele Jahre lang an Kaninchen. Sie spritzten den Tieren eine Arzneimittelprobe in die Ohrvene; bekamen sie Fieber, war das ein Hinweis auf das Bakteriengift. Doch das Verfahren ist zeitaufwendig, vergleichsweise ungenau, teuer – und schmerzhaft für die Kaninchen. Das Blut der Pfeilschwanzkrebse galt da als gute Alternative.

In den Fünfzigerjahren stellten Forscher fest, dass die Körperflüssigkeit der Meerestiere beim Kontakt mit Endotoxinen verklumpt. Verantwortlich dafür sind Enzyme, mit denen Medikamente heute auf die Bakteriengifte getestet werden: Verunreinigte Arzneimittelproben bekommen dabei eine Konsistenz wie Gelee, gesundheitsgefährdende Chargen können aussortiert werden. Das Verfahren erhielt den Namen Limulus-Amöbozyten-Lysat-Test, kurz LAL. Es wurde zum Standard für Sicherheitstests von Arzneimitteln.

An der US-Ostküste hat sich die Zahl der Pfeilschwanzkrebse, denen in Laboren der LAL-Hersteller Blut abgenommen wird, allein seit Beginn der Erfassung vor mehr als 20 Jahren ungefähr verzehnfacht. Beinahe 146.000 Tiere seien im Jahr 2022 bei der Blutabnahme ums Leben gekommen, gibt die Kommission an, welche die US-Bestände überwacht. Es sei »der höchste Wert in der Zeitreihe«. Neuere Todeszahlen weist die Kommission nicht aus, sie dürften in Anbetracht wachsender Fangzahlen aber noch gestiegen sein. Bei ihrer ersten Analyse für 2004 hatte sie 25.000 tote Tiere geschätzt.

Die Delaware Bay ist inzwischen ein vergleichsweise sicheres Pfeilschwanzkrebs-Refugium. Hier gelten strenge Fangquoten, in Teilen der Bucht dürfen die Tiere nicht für biomedizinische Zwecke eingesammelt werden. Doch die Bestände in der Gegend um New York sieht die Kommission in einem »schlechten Zustand«. Auch in Neuengland, etwa auf der Insel Cape Cod, sind sie seit Jahrzehnten bedroht.

»Studien deuten darauf hin, dass die Pfeilschwanzkrebse nach der Blutabnahme desorientiert sein können. Zudem haben wir nachgewiesen, dass ihre Laichaktivität deutlich abnimmt und ihre Mobilität beeinträchtigt sein kann«, sagt der Biologe Christopher Chabot von der Plymouth State University im Bundesstaat New Hampshire.

Dabei können Wissenschaftler das entscheidende Enzym aus dem Blut der Pfeilschwanzkrebse bereits seit Jahrzehnten künst-

Biologin Zito-Livingston mit Krebsmodell:
»Hier steht so viel auf dem Spiel«



Claus Hecking / DER SPIEGEL

lich herstellen. Forscher aus Singapur haben 1995 den Blutbestandteil geklont, der verunreinigte Impfstoffe oder Infusionen verklumpen lässt. Seit Jahren sind Tests mit diesem künstlichen Enzym marktreif. Immer mehr Gremien, die Qualitätsstandards für Arzneimittel setzen, haben die Tests anerkannt, in der EU, in Großbritannien, in China; vor gut einem Jahr auch in den Vereinigten Staaten.

»Synthetisch hergestellte Tests können Bakteriengifte offenbar genauso gut nachweisen«, sagt Forscher Chabot. »Doch viele Pharmaunternehmen zögern offensichtlich noch, auf sie umzusteigen.«

Obwohl die Ersatztests in vielen Ländern anerkannt sind, müssen die Konzerne etwa in den USA jedes Arzneimittel einzeln umstellen. Für jedes bereits zugelassene Produkt müssen sie gegenüber Behörden nachweisen, dass der Alternativtest funktioniert und Bakteriengifte mindestens genauso zuverlässig erkennt wie bisherige Verfahren. Sie müssen Arbeitsabläufe verändern, Mitarbeiter schulen und manchmal neue Geräte anschaffen. Das kostet Zeit und Geld. Vielen Unternehmen ist das offenbar zu aufwendig.

Mehrere Tierschutzorganisationen haben vor ungefähr anderthalb Jahren einen Fragebogen an die 50 größten Pharmaunternehmen geschickt und sie zum Einsatz von tierfreundlichen Alternativtests befragt. Die Firma Merck aus Darmstadt ist eines von elf Unternehmen, die nun auf der Plattform »Pharmascore.org« in einer »Nachhaltigkeits-Scorecard« stehen, wie die Betreiber die Rangliste nennen. Sie belegt Platz sieben. »Wir entwickeln alternative Endotoxintests«, schreibt die Pressestelle in einer E-Mail. Parallel nutze man aber noch LAL-Tests. Bayer und Boehringer Ingelheim sind auf Anfrage zurückhaltender. Sie teilen mit, den Umstieg zu prüfen oder zu planen.

Den Preis für das Zögern zahlen nicht nur die Pfeilschwanzkrebse. Es geht um ein ganzes Ökosystem. In der Delaware Bay ist am Morgen nach der Laichnacht schon Hunderte Meter vor der Küstenlinie lautes Zwitschern zu hören. Vögel bevölkern in Schwärmen die Strände. Zwischen Möwen fressen Zehntausende orangefarbene Knetts die Eier, die die Pfeilschwanzkrebse hier hinterlassen haben.

Die Strandläufer sind etwa 25 Zentimeter groß und auf der Durchreise. Sie kommen aus dem Süden Südamerikas und werden in der Arktisregion Kanadas brüten. Manche Vögel sind an die 10.000 Kilometer hierhergefliegen. Ungefähr 3000 Kilometer liegen noch vor ihnen. Die fetthaltigen Eier sichern ihr Überleben.

Auch ihre Populationen sind in den vergangenen Jahrzehnten geschrumpft. Die Weltnaturschutzunion stuft die Knetts als potenziell gefährdet ein. »Hier steht so viel auf dem Spiel«, sagt Tierschützerin Zito-Livingston. »Wenn die Tiere vor unseren Augen aussterben, können wir nicht sagen, wir hätten nichts gewusst.«



Pfeilschwanzkrebse im Charles River Laboratory in South Carolina: Kanüle ins Herz

Dass es möglich ist, bei den Tests von Medikamenten größtenteils auf das Pfeilschwanzkrebserblut zu verzichten, zeigt das US-Unternehmen Eli Lilly. Der wertvollste börsennotierte Pharmakonzern der Erde führt die »Pharmascore«-Liste der Tierschutzorganisationen an.

Das Unternehmen begann vor rund zehn Jahren als eines der ersten in der Branche, die Sicherheit seiner Arzneimittel mit synthetischen Alternativen zu testen. Rund vier Fünftel der Produkte würden inzwischen mit den neuen Verfahren geprüft, teilt Eli Lilly mit. In manchen Ländern hätten die Regulierer die synthetischen Tests noch nicht gleichgestellt, dort könne man deshalb nicht auf LAL verzichten.

Manche im Unternehmen seien skeptisch gewesen, sagt Jay Bolden, Direktor für bakterielle Testverfahren bei Eli Lilly, der die

Umstellung vorangetrieben hat. Die Branche sei »sehr konservativ«. Viele Konzerne haben ihre bewährten Verfahren, sie wollen am liebsten gar nichts ändern.

Dabei sind Alternativtests laut Bolden oft sogar zuverlässiger als die herkömmlichen Untersuchungen mit LAL – und die Kosten geringer. Diese Vorteile sehen auch andere Unternehmen. GSK aus Großbritannien etwa oder Sanofi aus Frankreich verwenden nach eigenen Angaben ebenfalls zunehmend Alternativtests, um Arzneien auf Verunreinigungen mit Endotoxinen zu prüfen.

Der Tierschutz ist nicht immer der ausschlaggebende Grund für den Umstieg. Die Unternehmen wollen auch die Risiken in ihrer Produktion minimieren. Sollten die Populationen der Pfeilschwanzkrebse einbrechen, droht ein LAL-Mangel. Dann müssten die Firmen zwangsweise umsteigen, und das womöglich in sehr kurzer Zeit ohne umfassende Vorbereitung. »Warum sollten wir so ein Risiko in unserer Lieferkette eingehen?«, fragt Bolden.

Diese Frage stellen sich immer mehr Kapitalgeber von Pharmakonzernen. Vergangenes Jahr forderte die aktivistische Aktionärsgruppe »As You Sow« den US-Hersteller Abbott dazu auf, das Risiko eines LAL-Mangels zu analysieren und synthetische Alternativen zu prüfen. Manche Branchenvertreter fürchten, dass Patienten künftig die mit LAL-Tests geprüften Medikamente boykottieren könnten, wenn mehr Menschen vom Sterben der Pfeilschwanzkrebse erfahren.

Claus Hecking, Julia Merlot



S-Grafik

»Viele scheitern nicht an Kompetenz – sondern daran, immer gemocht werden zu wollen«

Work Eine Prise Narzissmus erleichtere das berufliche Vorankommen erheblich, sagt der Psychologe Ramzi Fatfouta. Hier erklärt er, was wir von großen Egos lernen können, ohne selbst zum Problem zu werden.

Fatfouta, 37, hat Psychologie und Neurowissenschaften studiert und über viele Jahre parallel in Wissenschaft und Praxis gearbeitet: als Professor für Wirtschaftspsychologie und als Business-Coach. Aktuell arbeitet er für die Deutsche Bahn und berät bei Auswahl und Entwicklung der obersten Führungskräfte.

SPIEGEL: Herr Fatfouta, Sie waren Professor, habilitiert an der Uni Potsdam. Dann sind Sie ins Management gewechselt. Eine Entscheidung fürs eigene Ego?

Fatfouta: Ich habe mich so lange wissenschaftlich mit Narzissmus auseinandergesetzt. Aber mir haben schlicht die Fälle gefehlt. Niemand kommt und sagt: »Hallo, ich bin Narzisst.« Also geht man dahin, wo sie sich tummeln.

SPIEGEL: In die Führungsetage?

Fatfouta: Ich bin bewusst in den Bereich des Executive Assessments gegangen: Hier werden gehobene Führungskräfte im Hinblick auf ihre Eignung, das Potenzial und mögliche Risiken eingeschätzt. Natürlich sind das nicht alles Narzissten. Aber man hat eben doch mit dieser Gruppe zu tun.

SPIEGEL: Studien zeigen, dass Chefs häufiger narzisstische Persönlichkeitsmerkmale haben als der Durchschnitt. Warum kommen Menschen mit solchen Eigenschaften leichter nach oben?

Fatfouta: Sie erleichtern das berufliche Vorankommen erheblich.

SPIEGEL: Warum?

Fatfouta: Diese Menschen kommen einfacher voran, weil sie proaktiv handeln und sich von Beziehungen und Befindlichkeiten nicht aufhalten lassen. Viele können außerdem gut inspirieren – etwa indem sie Veränderungen überzeugend verkaufen. Und sie sind oft sehr leistungsbereit. Anerkennung ist ihnen wichtig, daraus kann eine hohe Arbeitsmotivation entstehen. Dazu kommen häufig Extraversion und Selbstvermarktung. Diese Fähigkeiten werden in vielen Organisationen belohnt und können gut funktionieren, wenn sie mit einer ausgeprägten Selbstreflexion oder mit einem guten Wertegerüst gepaart sind.

SPIEGEL: Teams und Mitarbeitende leiden aber oft unter genau diesen Eigenschaften.

Fatfouta: Das möchte ich nicht beschönigen. Nur hilft eine Ferndiagnose im Alltag selten weiter. Wenn Sie einen narzisstischen Chef haben, verändert es ihn nicht, ihn innerlich mit einem Etikett zu versehen. Sinnvoller ist es, den Blick auf die eigene Handlungsfähigkeit zu richten.

SPIEGEL: Man braucht also Egoismus, um gegen Narzissmus anzukommen?

Fatfouta: Ja, wobei »Egoismus« häufig missverstanden wird. Ich meine damit nicht Wellness, Me-Time oder Selfcare. Es geht um eine kritische Innenschau: Welche Ziele sind mir wirklich wichtig? Warum setze ich sie nicht durch? Wo lasse ich mich kleinmachen? Was trifft mich besonders – und weshalb? Das ist oft unangenehm, aber es bringt einen weiter.

SPIEGEL: Brauchen wir, um im Beruf voranzukommen, selbst eine Prise Narzissmus?

Neurowissenschaftler Fatfouta:

»Unser Gehirn liebt Geschichten«



Fatfouta: Ich kann mir natürlich nicht einfach vornehmen, narzisstischer zu sein. Es ist eine Persönlichkeitseigenschaft, genau wie Gewissenhaftigkeit. Manche Menschen sind pflichtbewusster, andere schludriger. Aber ich kann mir bestimmte Verhaltensweisen angewöhnen.

SPIEGEL: Welche denn?

Fatfouta: Sich selbstsicher präsentieren – nicht nur aufzählen, was Sie gemacht haben, sondern eine Geschichte daraus weben. Unser Gehirn liebt Geschichten, und Informationen, die mit Emotionen verknüpft sind, bleiben deutlich besser haften. Das kann man üben, ohne zu übertreiben oder den Lebenslauf aufzublähen. Und gerade in höheren Positionen lohnt es sich, Souveränität zu bewahren, auch wenn man etwas nicht weiß. Plakativ sagt man: sicheres Auftreten bei völliger Ahnungslosigkeit. Das muss man nicht eins zu eins kopieren – aber man kann lernen, weniger schnell in Unsicherheit zu kippen.

SPIEGEL: Und was noch?

Fatfouta: Wer beruflich vorankommen will, darf sich nicht vollständig davon abhängig machen, was andere denken. Der nächste Karriereschritt bedeutet manchmal, Entscheidungen zu treffen, die nicht allen gefallen. Eine unpopuläre Meinung zu vertreten. In die Offensive zu gehen. Viele scheitern nicht an Kompetenz, sondern daran, immer gemocht werden zu wollen.

SPIEGEL: Macht mich das nicht zur Egoistin?

Fatfouta: Hier ist eine Unterscheidung wichtig: Egoismus heißt zunächst nur, in einer konkreten Situation die eigenen Interessen zu berücksichtigen. Narzissmus ist eher eine grundlegende Art, Beziehungen zu gestalten und das eigene Ego zu schützen – oft verbunden mit dem Bedürfnis nach Bewunderung und mit Ausnutzung anderer. Wenn Sie in bestimmten Situationen gezielt für sich eintreten, werden Sie nicht automatisch zur Narzisstin. Ein gesunder Egoismus bedeutet: regelmäßig prüfen, was mir wichtig ist – und ob ich dafür genug eintrete.

SPIEGEL: Wie finde ich die richtige Balance?

Fatfouta: Die wenigsten haben sie – auch Führungskräfte nicht. Manche sind sehr direktiv, andere sehr empathisch und setzen sich dann nicht durch. Das Ziel ist, beide Pole in sich zu vereinen und situativ zu entscheiden: Hier muss ich klar führen – und hier ist Unterstützung und Befähigung gefragt. Dafür braucht es kontinuierliche Selbstreflexion und Feedback. Gerade Führungskräfte sollten ihr Selbstbild regelmäßig mit dem Fremdbild abgleichen. Je größer die Abweichung, desto verzerrter ist die Selbstwahrnehmung und desto größer das Risiko, dass die Führungskraft ihre Bodenhaftung verliert.

SPIEGEL: Beschäftigen wir uns nicht ohnehin viel zu viel mit uns selbst?



Fatfouta: Ja, aber oft auf einer oberflächlichen Ebene. Wir zelebrieren es, Nein zu sagen, und gehen zum Beispiel pünktlich nach Hause, statt aus schlechtem Gewissen weiterzuarbeiten. Wir inszenieren uns als moralisch Überlegene, die auf der richtigen Seite stehen, während die anderen die Bösen sind.

SPIEGEL: Und was ist so schlimm daran?

Fatfouta: Na ja, das Problem dabei ist: Es führt nicht zu einer nachhaltigen Veränderung. Man richtet sich in einer einfachen, meist passiven Rolle ein. Und erwartet dann, dass sich die Welt um einen herum verändert. Aber mein Chef wird nicht plötzlich kein Narzisst mehr sein. Ich habe die Wahl: mich damit auseinandersetzen und einen Weg finden, damit zurechtzukommen. Oder ich bleibe in meiner Bubble in den sozialen Medien, wo ich weiter mit Themen beschallt werde, die mir zwar guttun, die aber der Realität nicht gerecht werden.

SPIEGEL: Wenn ich ein Projekt ablehne, weil ich so eine hohe Arbeitsbelastung habe, verhalte ich mich also situativ egoistisch.

Fatfouta: Wenn Sie es nicht aus Prinzip machen, sondern abgewogen haben, ist das in Ordnung. Entscheidend ist die ernüchternde, aber hilfreiche Einsicht: Ich bin manchmal egoistisch, manchmal nicht. Und ich muss lernen, das zu beobachten und zu steuern. Also immer das richtige Maß zu finden. Mehr Egoismus heißt dann nicht, sich häufiger mit sich selbst zu beschäftigen – nur anders. Auch mit den Seiten, die ich vielleicht nicht mag.

SPIEGEL: Wäre es nicht besser, wenn man als Chef einfach empathisch ist?

Fatfouta: Man wird desillusioniert, wenn man sich den Begriff »Führung« mal anguckt. In der Psychologie bedeutet er zielbezogene Einflussnahme auf eine Gruppe von Personen, um diese auf ein Ziel hinzubewegen. Dafür brauche ich Einflusstechniken und Macht. Der Machtbegriff ist sehr negativ konnotiert. Aber im Grunde bedeutet es vor allem, dass eine Person Ressourcen kontrolliert und dadurch die Legitimation hat, das Verhalten und die Entscheidungen anderer zu steuern. Nur Freundlichkeit kann ein Unternehmen nicht aus der Krise hieven.

SPIEGEL: Zusammenarbeit aber schon.

Fatfouta: Absolut. Deshalb braucht es immer eine Balance.

Interview: Veronika Silberg

S

DER SPIEGEL

WORK



Dieser Beitrag ist aus dem SPIEGEL Extra »Neues Arbeiten, besseres Leben« – immer montags
spiegel.de/extra

Die großen Fragen der Menschheit

Die Sommerserie im
F.A.Z. Podcast für Deutschland.

Können wir ewig leben? Wie besiegen wir den Krebs? Und wie wird Künstliche Intelligenz unsere Welt revolutionieren? Mit den großen Menschheitsfragen im Gepäck reist F.A.Z.-Redakteur und Podcast-Host Simon Strauß nach Lindau am Bodensee. Jedes Jahr treffen sich hier Nobelpreisträger und junge Wissenschaftler aus aller Welt. Ein Gipfeltreffen der Spitzenforschung. Und die F.A.Z. ist mit dabei. Sechs Folgen lang den klügsten Köpfen der Welt zuhören – und wertvolle Erkenntnisse gewinnen.



Ab dem 3. August exklusiv im F.A.Z. Podcast für Deutschland **unter faz.net/sommerserie**



Kazakhstan's Ministry of Ecology and Natural Resources / REUTERS

◀ Der Moment

Sprung in die Freiheit: Nach mehr als 70 Jahren ist Tigerweibchen Ümit das erste Exemplar seiner Art, das an diesem Julitag die kasachische Wildnis erkundet. Nachdem der Tiger in dem zentralasiatischen Land nach dem Zweiten Weltkrieg ausgestorben war, beschloss die Tierschutzorganisation WWF 2017 mit der kasachischen Regierung, ihn wieder anzusiedeln. Dafür wurde das Naturschutzgebiet Ile-Balchasch mit Beutetieren wie Hirsch und Wildesel bestückt. Die Hoffnung ist, dass Ümit und bald weitere Tiger hier ein Zuhause finden. ^{KK}

RAUMFAHRT

Neuer Krater auf dem Mond

Noch vor den Menschen selbst landete ihr Müll auf dem Mond. Als Neil Armstrong und Buzz Aldrin im Juli 1969 den Erdtrabanten betraten, lagen dort bereits mehr als zwei Dutzend ausgesiente Sonden und mindestens ein verbeultes Teil einer Rakete herum. Die Crew von »Apollo 11« warf weiteren Abfall dazu: Das erste Foto, das Armstrong auf der Mondoberfläche machte, zeigt einen Müllsack, voll mit Fäkalien und Lebensmittelverpackungen.

Über die Jahrzehnte ist der menschengemachte Müllberg auf dem Mond auf mehr als 187.000 Kilogramm angewachsen. Am Mittwochmorgen dieser Woche kamen weitere knapp 4000 Kilogramm hinzu, als ein ausgesientes Raketenstück der US-Raumfahrtfirma SpaceX auf den Mond krachte, mit einer Geschwindigkeit von wahrscheinlich rund 8700 Kilometern pro Stunde.

Es stammt von einer 2025 gestarteten »Falcon 9«-Rakete. Diese hatte die beiden

privaten Landeroboter »Blue Ghost« und »Hakuto-R2« zum Mond gebracht. Die »Falcon 9« hat die Raumfahrt revolutioniert, weil sie wiederverwendbar ist – allerdings gilt das nur für die erste Raketenstufe, also den unteren Teil der Rakete, sowie die Nutzlastverkleidung. Der obere Teil der Rakete wird nach Ende der Mission üblicherweise kontrolliert zum Absturz gebracht und verglüht in der Erdatmosphäre.

In diesem Fall zog er seine Bahn weiter zwischen Erde und Mond. Infolge der Strahlung der Sonne veränderte sich diese Bahn allmählich; so geriet der Weltraumschrott auf Kollisionskurs. Auch zahlreiche Raketenstücke aus den »Apollo«-Missionen sind auf dem Mond eingeschlagen. Zuletzt stürzten im März 2022 Reste einer chinesischen Rakete auf dem Erdtrabanten ab.

William Jo von der University of Texas in Austin hatte zusammen mit Kollegen

zuvor berechnet, welche Folgen der Einschlag des SpaceX-Teils haben könnte. Sie gingen davon aus, dass bis zu 12.700 Tonnen Mondstaub aufgeworfen werden. Teleskopaufnahmen lagen davon zunächst nicht vor, sie werden zu einem späteren Zeitpunkt erwartet.

Der neu entstandene Krater, so hatte vorab der Astronom Bill Gray geschätzt, dürfte etwa 17 Meter breit und 2 Meter tief sein. Gray hat eine Software zur Verfolgung von Objekten im All entwickelt und den Einschlag bereits vor Monaten vorhergesagt.

Gefährlich war der Vorfall nicht. Das könnte sich ändern, wenn die Nasa und die chinesische Raumfahrtbehörde CMSA wie geplant die ersten dauerhaften Forschungsstationen auf dem Mond errichten. »Wird so etwas in Zukunft häufiger passieren?«, fragt Ingenieur Jo – und gibt gleich selbst die Antwort: »Vermutlich schon«. ^{CHS}

NACHGEZÄHLT

1,73

Erden bräuchte die Menschheit jährlich, damit sich angesichts ihres Ressourcenverbrauchs die Ökosysteme regenerieren könnten. Diese Berechnung erfolgt unter anderem auf Basis des CO₂-Ausstoßes, Fischfangs, Süßwasserverbrauchs und der Abholzung der Wälder.

Quelle: Global Footprint Network, 2026

NACHGEFORSCHT

Wie groß ist die Chance, dass eine Flaschenpost gefunden wird?

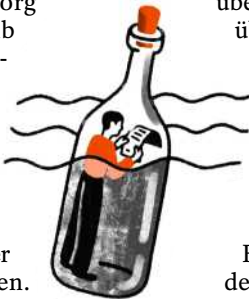
Am 21. Januar 2018 fand Tonya Illman an einem Strand in Westaustralien eine braungüne Glasflasche. Ein Papier darin machte diese zur Weltsensation. Es war die älteste bekannte Flaschenpost: 131 Jahre, 7 Monate und 9 Tage alt. Sie gehörte zu einem Experiment des Geophysikers Georg von Neumayer. Ab 1864 ließ er Schiffskapitänen Formulare mitgeben, in die sie unterwegs Datum und Position eintragen und die Botschaft dann in einer Flasche über Bord werfen sollten. Finder sollten den Fundort vermerken und das Papier nach Hamburg zurücksenden. So wollte Neumayer Meeresströmungen kartieren, erklärt Martina Plettendorff vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

Neumayer und seine Kollegen bekamen Antworten: Im BSH-Bestand finden sich heute 662 ausgefüllte Formulare.

»Die Wahrscheinlichkeit liegt bei etwa fünf bis zehn Prozent, dass eine Flaschenpost irgendwo heil ankommt und gefunden wird«, sagt Plettendorff. Illmans Flasche hatte der deutsche Handelssegler »Paula« 1886 im Indischen Ozean ausgesetzt. Nach ihrer Reise übers Meer lag sie wohl über 130 Jahre in den Dünen, bis wahrscheinlich ein Sturm sie freilegte.

Irische Statistiker haben berechnet, wie groß die Chance ist, dass eine Flaschenpost gefunden und älter als 100 Jahre ist: etwa 1 zu 100. Von 100.000 unentdeckten Botschaften würden also 1000 noch im hohen Alter aufgespürt.

Plettendorff habe einmal eine Flaschenpost in die Ostsee geworfen, sagt sie. »Sie wurde nicht gefunden, also habe ich damit aufgehört.« Vielleicht hat sie aber einfach noch nicht lange genug gewartet. CHS



ASTRONOMIE

»Jeder Busch kann stören«

Astrophysikerin Carolin Liefke, 45, über die Frage, wo und wie man die Sonnenfinsternis gut sehen kann

SPIEGEL: Frau Liefke, am Nachmittag und Abend des 12. August findet eine Sonnenfinsternis statt. Warum ist das faszinierend?

Liefke: Wer die Chance bekommt, eine totale Sonnenfinsternis zu sehen, hat ein umwerfendes Naturerlebnis. Vögel hören auf zu singen, Haustiere werden nervös. Man spürt von einem Moment auf den anderen, wie sehr alles auf unserer Erde von der Sonne abhängt.

SPIEGEL: In Deutschland wird die Sonne nur teilweise vom Mond verdeckt werden. Wohin muss man reisen, um die totale Sonnenfinsternis zu erleben?

Liefke: Es gibt ein paar nicht ganz so leicht zu erreichende Reiseziele, Grönland etwa. Das hat, wie auch die Westküste Islands, aber einen Haken: Die Wetteraussichten sind sehr wechselhaft. Man will ja am Ende nicht unter einer Regenwolke stehen. Daher gehen wohl die meisten Sonnenfinsternis-Gucker nach Spanien. Dort verläuft der spannende Bereich von der Nordwestküste quer über das Festland und endet unter anderem auf Mallorca, wo die verfinsterte Sonne im Meer untergeht.

SPIEGEL: Unter Astro-Fans gilt die aktuelle Sonnenfinsternis trotzdem als nicht ganz ideal.

Liefke: Ja, auch weil sie vergleichsweise kurz ist. In Spanien dauert die totale Sonnenfinsternis weniger als zwei Minuten. Außerdem findet sie spät am Tag statt, wenn die Sonne tief steht. Man benötigt absolut freie Sicht auf den Horizont. Schon eine kleine Wolkenbank kann den Blick versperren. Jeder Baum, jeder Busch, jedes Haus in Blickrichtung kann stören.

SPIEGEL: Was ist in Deutschland zu sehen?

Liefke: Die besten Bedingungen, also die stärkste Bedeckung, hat man im äußersten Südwesten, etwa in Lörrach an der Grenze zur Schweiz. Da sind knapp 90 Prozent der Sonne bedeckt. Das Saarland ist ebenfalls gut dabei. Im Nordosten, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, sind es noch rund 83 Prozent. Die Sonne geht also als deutlich schmale Sichel unter, wobei das Maximum der Verfinsternis kurz vor Sonnenuntergang liegt.

SPIEGEL: Das klassische Accessoire für die Sonnenfinsternis ist die Schutzbrille mit Filterfolie. Wofür benötigt man die?

Liefke: Um schwerste Augenschäden zu verhindern. Wir merken schon beim alltäglichen Blick in Richtung Sonne, dass das Auge dort nicht hinschauen

»UV-Strahlung kann die Netzhaut zerstören.«

möchte. Das menschliche Gehirn hat einen Schutzmechanismus, den Lidschlussreflex. Wenn wir trotzdem geizt in die Sonne sehen, fällt zu lange zu viel intensives Sonnenlicht in unser Auge. UV-Strahlung kann die Netzhaut zerstören, und auch die Wärmestrahlung schädigt das Auge.

SPIEGEL: Wann bekommt jemand, der dieses Mal Pech hat und statt der verfinsterten Sonne nur eine Wolkenbank zu sehen bekommt, seine nächste Chance?

Liefke: Die nächste große Finsternis findet am 2. August 2027 statt. Sie dauert länger als die jetzige und ist an spektakulären Orten zu sehen – etwa in Ägypten im Tal der Könige, aber auch in anderen Teilen Nordafrikas, in Algerien, Tunesien und Marokko. CHS

Privat



KULTUR

Wenn das Buch sie »zerstört hat«, war es gut

Lesen Jess Hengel spricht auf TikTok über Bücher, weint dabei oder lacht. So ist sie zu einer der größten BookTokerinnen geworden. Mächtig will sie nicht sein – und doch beeinflusst sie, welcher Roman ein Bestseller wird.

Man merkt, dass Jess Hengel schon beim Stand von »bookie« auf der Leipziger Buchmesse angekommen ist, bevor man sie sieht. Junge Frauen zwischen 14 und 18 Jahren mit geglätteten Haaren, tief hängenden Rucksäcken und Telefonen in der Hand stehen in kleinen Gruppen beieinander, stecken die Köpfe zusammen und schauen immer wieder in eine Richtung. »Da ist Jess«, raunen sie. Ein Mädchen klingt verzweifelt: »Ich bin total verschwitzt, ich kann doch jetzt kein Foto mit Jess machen.«

Das wäre auch gar nicht so einfach. Hengel wird umringt von ihrer Managerin, einer Mitarbeiterin und zwei weiteren Content-Creatorinnen, die sie abschirmen. Man erkennt sie an ihrem ultravoluminösen schwarzen Haar mit den grauen Strähnen, das ein bisschen an Narcissa Malfoy, eine Figur aus den Harry-Potter-Filmen, erinnert. Mit den schwarzen Stiefeln, den Hotpants und den vielen Goldreifen an den Armen könnte sie jetzt auch in eine Cocktailbar gehen. Ihre Schminke sitzt perfekt. Hengel starrt auf ihr Telefon. Sie bearbeitet ein Video, das sie eben gefilmt hat. Sie hat an einem Glücksrad gedreht und die Zuschauer aufgefordert, am Stand vorbeizukommen. Hengel arbeitet mit bookie zusammen, einer App, mit der man tracken kann, was man liest.

Eigentlich müssen sie jetzt zum nächsten Termin, aber inzwischen hat sich eine Menschentraube um sie gebildet. Also strahlen des Lächeln an und durch. Hengel umarmt

ihre Fans, macht Selfies, unterschreibt ein Foto von sich selbst, das ein Mädchen extra mitgebracht hat. Das würde ewig so gehen, würde nicht irgendwann ihre Managerin dazwischengehen. »Wir müssen jetzt leider backstage.«

Jess Hengel, 25, verkörpert eine neue Art von Prominenz und Starkult. Sie ist nicht berühmt, weil sie das Lieblingsbuch vieler Mädchen geschrieben hat. Sie ist berühmt, weil sie es empfohlen hat. Hengel ist eine der erfolgreichsten BookTokerinnen Deutschlands. Auf Instagram und TikTok folgen ihr zusammen mehr als 900.000 Accounts. In ihren täglichen Videos, Storys genannt, spricht sie unter #BookTok oder #Bookstagram über die Romane, die sie gerade liest, packt Pakete voller Bücher und Geschenke aus, die Verlage ihr zugeschickt haben, oder postet Videos von Buchevents, zu denen sie eingeladen wird.

Früher konnte ein Mann wie der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki über den Erfolg eines Buchs entscheiden, je nachdem, ob er in der Fernsehsendung »Das literarische Quartett« den Daumen hob oder einem Werk gleich ganz absprach, »echte« Literatur zu sein. Mittlerweile ist Reich-Ranicki schon fast 13 Jahre tot und die Literaturkritik gefühlt ebenso lange in der Krise. Heute denkt kaum noch jemand, dass eine gute Rezension in einer großen Zeitung reicht, um einen Roman auf die Bestsellerliste zu katapultieren. Das mag auch daran liegen,

dass insgesamt weniger Menschen neue Bücher kaufen. In den vergangenen Jahren mussten Hunderte Buchhandlungen in Deutschland schließen. Die Menschen, die lesen, lassen sich auf ganz unterschiedliche Weise in ihrer Leseentscheidung beeinflussen, insbesondere Jüngere durch Rankings im Netz, durch spezialisierte Genre-Podcasts oder durch Bookfluencer.

Wobei: Als Kritikerin mag Hengel sich gar nicht verstehen. Sondern als Fan, als »Buchmaus«. Auch in ihrer Welt wird über den Plot und das *world building* eines Romans diskutiert, also darüber, wie viel Mühe sich der Autor oder die Autorin bei der Erschaffung einer fiktiven Welt gegeben hat. Am Ende zählt aber vor allem, ob ein Buch große Gefühle ausgelöst hat, ob es die Leserin »zerstört« hat, sie also zum Weinen und Verzweifeln gebracht hat.

Vielleicht kann man sagen: Frauen wie Hengel sind die neuen Geschmacksbildnerinnen. Für den Buchmarkt sind sie ein Hoffnungsschimmer, weil sie mit ihrem Content die Probleme der Branche zwar nicht lösen, aber doch entschärfen. Denn Romane, die bei BookTok Thema sind, werden zu Bestsellern.

Natürlich gibt es auf TikTok Videos über alle möglichen interessanten Neuerscheinungen, auch solche, die vielleicht eher im »Literarischen Quartett« vorkommen. Aber die erfolgreichsten BookTokerinnen treten nicht auf wie passionierte Intellektuelle im

Stile Reich-Ranickis, sondern wie Beauty-Influencerinnen, die sich stark für die Genres Romance und Romantasy interessieren – also Romane für junge Frauen zwischen 16 und 27, in denen eine Schülerin, eine Heilerin oder eine Kriegerin Prüfungen bestehen, die Welt retten oder einfach das Schuljahr überleben muss. Dabei verliebt sie sich in ihren besten Freund, ihren Erzfeind oder beide gleichzeitig. Meistens gehen diese Geschichten am Ende gut aus.

Es ist Juni. Hengel sitzt im Café der Buchhandlung Hugendubel in der Stuttgarter Fußgängerzone. Auf der Buchmesse im März gab es keinen Raum für ein Gespräch, das länger als fünf Minuten gedauert hätte. Hier hat sie Ruhe. Die meisten Fans sitzen in der Schule oder arbeiten, und die Belegschaft kennt sie schon, weil sie hier oft Videos dreht. Sie trägt Baggy Pants zu Ballerinas, auch heute sind Make-up und Haare makellos, als Influencerin steht man jeden Tag vor der Kamera. Hengel ist wahnsinnig höflich und zuvorkommend, dabei aber reserviert. Als wäre es ihr, die jeden Tag einen Teil aus ihrem Privatleben zeigt, unangenehm, über sich selbst zu sprechen.

Aufgewachsen sei sie im baden-württembergischen Ludwigsburg, erzählt sie, wo sie bis heute mit ihrer Mutter und ihrer neun Jahre jüngeren Schwester wohne. Ihr älterer Bruder sei ausgezogen. Die Mutter sei in den Neunzigern aus Kasachstan nach Deutschland gekommen. Der Vater habe die Familie früh verlassen und sei vor zwei Jahren verstorben. Nach dem Realschulabschluss habe sie erst mal ein Jahr lang in einem Restaurant gearbeitet. Dann brach Corona aus, also habe Hengel in der Lagerlogistik gejobbt. In ihrer Freizeit drehte sie lustige Videos und lud sie auf TikTok hoch. Mal tanzte sie mit Freunden, mal machte sie allein Quatsch in ihrem Zimmer, im Hintergrund war ihr Bücherregal zu sehen. Immer, wirklich immer, habe jemand unter den Videos kommentiert: »Was liest du denn so?« Also erzählte sie in einem Video, was in ihrem Bücherregal stand. Es waren die Teen-Klassiker der vergangenen 20 Jahre: »Percy Jackson«, »Twilight«. Ein paar »Warrior Cats«-Bände. Lesen war immer ihr Hobby gewesen. Die Zugriffszahlen ihres Kanals explodierten. »Damals hatte sogar ein einfacher Book Haul über eine Million Klicks«, erinnert sich Hengel. »Dabei hab ich einfach nur Bücher ausgepackt, die ich gekauft habe.«

Dass eine Frau wie Hengel – mit Realschulabschluss, weder mit Studium noch Ausbildung – so eine Karriere hinlegt, ist eine schöne Entwicklung. Man könnte sagen: Die Branche wird liberaler, auch demokratischer. Nicht mehr einzelne mächtige Kritiker in den deutschen Kulturredaktionen (und wenige Kritikerinnen) richten darüber,



Social-Media-Star Hengel auf Leipziger Buchmesse im März: Die neuen Geschmacksbildnerinnen

ob ein Buch gut oder schlecht ist; Leserinnen wie Hengel reden mit.

Die meisten ihrer Videos seien Buchvorstellungen, keine Rezensionen, diese Unterscheidung ist Hengel wichtig. Das ist der Unterschied zu Journalisten, die kein Geld dafür nehmen, um über bestimmte Kulturprodukte zu berichten. Und erst recht nicht gegen Bezahlung positive Kritiken verfassen. Influencer wie Hengel werden hingegen von Verlagen dafür bezahlt, über dieses oder jenes Buch ein Video zu machen. Kooperationen, wie sich das Social-Media-Geschäftsmodell nennt, flaggt Hengel aus. Reine Rezensionen würden nicht mehr gut laufen, seit sich der Algorithmus der Apps verändert habe, sagt sie. Dennoch betreibt sie in vielen Videos ihre eigene Form der Literaturkritik, wenn sie sagt: »Oh Gott, seht ihr meine Tränen? Wie krass ist das Buch?« Es ist keine Kritik, die journalistischen Standards folgt. Aber eine, die zuweilen mehr Macht hat als manch klassischer Literaturredakteur mit einer guten Buchbesprechung.

Hengel selbst mag nicht über ihren Einfluss sprechen, es ist ihr unangenehm. Die Managerin erzählt am Telefon von der »Shatter Me«-Reihe der US-Autorin Tahereh Mafi. Darin wird eine Frau mit übernatürlichen Kräften erst jahrelang gefangen gehalten und soll dann im Auftrag eines bösen Antagonisten, der die Weltherrschaft an sich gerissen hat, andere foltern. Die Reihe hat sieben Bücher, sechs weitere dazugehörige Erzählungen sind als E-Book erschienen.

Die Übersetzung »Ich fürchte mich nicht« erschien ab 2012 auf Deutsch, die letzten

Bände wurden nicht mehr veröffentlicht. Dann kam Hengel und empfahl die Reihe in regelmäßigen Abständen ihrem Publikum – weil sie sie persönlich richtig gut fand. Es sind bis heute ihre absoluten Lieblingsbücher. Womöglich wurde die Reihe ab 2023 auch deshalb als Taschenbuch neu aufgelegt, diesmal unter dem Originaltitel »Shatter Me«. Seitdem stehen sie in größeren deutschen Buchhandlungen im Young-Adult-Regal, oft versehen mit dem Sticker »TikTok #BookTok Bestseller Platz 1«.

Wie jede erfolgreiche Influencerin ist Hengel auch Geschäftsfrau. Sie wird nicht nur für einzelne Posts bezahlt, sondern hat mit einigen Unternehmen, etwa mit Hugendubel und einer Plattform für Hörbücher, längerfristige Verträge geschlossen. Gelegentlich bewirbt sie Kleidung, das sei deutlich lukrativer als Bücher-Content. Wie viel sie im Jahr verdient, will sie nicht sagen. Sie könne gut davon leben. Zuletzt hat sie gemeinsam mit ihrer Managerin ein Klamottenlabel gegründet.

Für dieses Leben lese sie fast jeden Tag stundenlang, am liebsten bis spät in der Nacht, sagt Hengel. Dazu kommen die Videos. Sie filmt sich, wie sie sich schminkt, und erzählt dabei, dass endlich die zweite Staffel der Serie »Ransom Canyon« herausgekommen sei (»Das ist eins zu eins wie die »Ranch Love«, »Cowboy Romance«-Bücher, die ich lese«). Sie fotografiert den Matcha Latte, den sie gekauft hat, und das Buch, das sie im Park liest. Und zwischendurch verlost sie die Special Edition der »Off Campus«-Reihe, deren Verfilmung in diesem Frühjahr ein riesiger Erfolg war.

Wenn man ihre Posts eine Weile verfolgt, bekommt man selbst das Gefühl, sie zu kennen. Parasoziale Beziehung nennt man das. Ihre Fans erinnern sich an den einen Post, der sie zum Lachen gebracht hat, an die Serie, die sie nur wegen Hengel geschaut haben. Es ist, als wäre sie eine Freundin, die woanders wohnt. Und Hengel? Blickt bei jeder Begegnung mit ihrem Publikum in fremde Gesichter.

Auf der Messe in Leipzig hat Hugendubel ein »Meet & Greet« organisiert. 60 Leute durften sich vor Monaten anmelden, die Plätze seien schnell vergeben gewesen. Ein leeres Auditorium, ein Stehtisch, eine Warteschlange. 45 Minuten hat Hengel jetzt Zeit. Sie umarmt jede Person, findet immer ein Detail, das sie komplimentiert: »Toller Anhänger an der Tasche.« »Coole Cap.« »Ich liebe deine Weste.« Im Gegenzug erzählen die Mädchen und jungen Frauen ihr, wie toll sie sie finden. Welche Bücher sie gerade lesen. Die wenigen Männer und älteren Frauen im Raum sind allesamt Begleitungen, Mütter und Partner, die Fotos und Videos machen.

Eine der anderen Content-Creatorinnen kundschaftet die Toilettensituation aus. Sie kommt kopfschüttelnd zurück. »Da ist Zielgruppe.« Zu viele Fans auf engem Raum. Da können sie nicht hin. Auf der Messe vor zwei Jahren, erzählt Hengel, hätten Fans sie immer wieder ungefragt angefasst, von hinten an ihr gezogen, weshalb sie im vergangenen Jahr von einem Bodyguard begleitet wurde. Das kam aber nicht gut an, die Aktion habe einen kleinen Shitstorm ausgelöst. Die Leute hätten Dinge geschrieben wie: »Wer denkt sie, wer sie ist? BookTok Beyoncé?« Deshalb spielt ihre Managerin dieses Jahr Leibwächterin. Den ganzen Tag lang befreit sie Hengel aus Menschaufläufen. Einmal schiebt sie Hengel hinter Stellwände, damit sie durchatmen und neue Storys posten kann. Wie viel Kraft so ein Tag auf der Buchmesse kostet, spürt man dennoch. Sobald Hengel mal verschlafen kann, starrt sie minutenlang teilnahmslos ins Leere und beteiligt sich nicht an Gesprächen.

Sie würde sich aber wohl nie über diesen Zustand beschweren. Ohne die Fans, die sie jeden Tag in ihrem TikTok-Feed sehen und ihr vertrauen, wäre ihr Leben ein anderes. Wahrscheinlich hätte sie einen stinknormalen Job, stünde nicht im Rampenlicht und könnte nicht die Nächte durchlesen. Würde weniger Geld verdienen.

Am Nachmittag in Leipzig hat sie Termine an diversen Messeständen: bei den Verlagen Everlove, arsEdition. Bei Forever, einer Sparte von Ullstein, erfährt Hengel von einer Verlagsmitarbeiterin, dass bald ein neues Buch einer ihrer Lieblingsautorinnen erscheint, alles noch topsecret. »Meine Energie ist so low, aber innerlich schrei ich«, sagt Hengel. Ihre Managerin geht dazwischen:

»Denkt da bei der Werbekampagne unbedingt an uns.«

Literatur in Zeiten von TikTok, das bedeutet auch: Es gibt sehr viele Romane mit ähnlichen Plots und Figuren, mit Cliffhangern am Ende jedes Kapitels, damit man nur ja weiterliest, und mit viel Sex. Oder besser gesagt, mit sexuellen Fantasien. Während in der Young-Adult-Version vorwiegend schmachthafte Blicke gewechselt werden, der Bauch kribbelt, bis es zum erlösenden Kuss kommt, geht es in New-Adult-Romanen ordentlich zur Sache. Diese Sehnsucht danach, dass sich die beiden meist heterosexuellen Hauptfiguren am Ende der Geschichte kriegen, reproduziert zwar patriarchale Vorstellungen davon, dass eine Frau vor allem einen Mann an ihrer Seite braucht, um glücklich zu sein. Besonders daran ist, wie weibliches Verlangen erzählt wird: Fast immer fragt die männliche Hauptfigur, ob sie das denn auch wirklich wolle. Fast immer geht es um die Befriedigung der weiblichen Protagonistin.

»Diese Bücher wecken eine Idee davon, welche andere Realität auch möglich ist«, sagt Hengel beim Treffen in Stuttgart. Gerade wenn die Männer einen im echten Leben nicht so wertschätzend behandeln würden. »Im besten Fall lernt man durch die Lektüre, dass man sich nicht alles gefallen lassen muss.« Es ist eine der wenigen gesellschaftspolitischen Äußerungen in dem Gespräch mit ihr.

Dass viele Bücher einander ähneln oder Trends bedienen – Vampire, Drachen, Ho-

ckey – bestreitet sie nicht. »Manchmal frage ich mich beim Lesen eines Buchs schon, wie so da keiner Plagiatvorwürfe äußert«, sagt sie und lacht, wiegelt dann aber ab: »At the end of the day kann man das Rad auch nicht neu erfinden.« Es nehme ihr nicht die Freude am Lesen, zu ahnen, wie es weitergeht.

Für Hengels Verhältnisse ist das schon kritisch. Auf TikTok würde sie so eher nicht sprechen. Das liegt auch daran, dass sie schlechte Erfahrungen gemacht hat. Früher hätten sie ihre Follower oft nach ihrer Meinung zu einzelnen Büchern befragt. Sie habe dann ehrlich geantwortet, wenn ihr was nicht gefallen habe.

Eines Tages habe ihr eine Autorin geschrieben, sinngemäß: »Voll schade, dass du mein Buch nicht mochtest, aber kannst du bitte aufhören, mich zu erwähnen? Das macht mich voll kaputt.« Hengel sagt, sie habe ein schlechtes Gewissen gehabt, dann aber beschlossen, sich nicht den Mund verbieten zu lassen. Kurze Zeit später habe sich wieder jemand beschwert, diesmal sogar eine Autorin aus den USA. Es habe echter Schmerz aus ihr gesprochen, findet Hengel. Vielleicht war es auch einfach emotionale Erpressung.

Wie soll objektive Kritik möglich sein, wenn persönliche Rücksichtnahme am Ende mehr wiegt als ein ehrliches Urteil? In der alten Kritikerwelt gab und gibt es bis heute tiefe Kränkungen, bittere Fehden zwischen Autoren und Kritikern – unvergessen, als sich der Schriftsteller Martin Walser an Reich-Ranicki rächte, indem er einen kaum verfremdeten Kritiker in einem Roman scheinbar sterben ließ. Was Hengel macht, ist sehr viel rücksichtsvoller, netter. Aber achtet man Autorinnen und Autoren wirklich mehr, wenn man darauf verzichtet, sie zu kritisieren?

»Ich will niemandem schaden«, sagt Hengel. Sie macht keine kritischen Videos mehr. Bücher, die ihr nicht gefallen, erwähnt sie meistens einfach gar nicht. Wenn sie nichts Positives über ein Buch zu sagen hat, für dessen Vorstellung sie bezahlt wurde, sage sie die Kooperation mit dem Verlag lieber ab. »Ich will mit meinem Account Freude bereiten.«

Auf Instagram sieht man später, dass sie schon lange vor dem verabredeten Zeitpunkt in der Stuttgarter Buchhandlung war, gefrühstückt und ein Video gedreht hat. Darin sagt sie: »Ich habe absolut nichts zu meiner Verteidigung zu sagen, ich bin wieder in einer Buchhandlung. Aber wir gucken uns jetzt alles an. Ich liebe es, meine Bücher zu besuchen.« Dann hält sie diverse Romane in die Kamera, liest Klappentexte vor. Als sie ein Cover besonders schön findet, quietscht sie einmal kurz auf. Jess Hengel ist in diesem Moment einfach eine Frau, die für Literatur brennt.

Laura Backes



Stella Weiß / DER SPIEGEL

»Ich habe absolut nichts zu meiner Verteidigung zu sagen, ich bin wieder in einer Buchhandlung.«

Jess Hengel, TikTokerin

»Odysseus musste auch ein Trickser sein«

Kino Christopher Nolans »Odyssee« steht in der Kritik. Der Althistoriker Raimund Schulz hat mit der Hollywoodvariante kein Problem – und erklärt, wovon der Mythos wirklich handelt.

Schulz, 64, lehrt als Professor an der Universität Bielefeld. Zu den Schwerpunkten des Wissenschaftlers gehören die Seefahrt, der Krieg sowie die Welt- und Globalgeschichte der Antike. Zuletzt untersuchte er in einem lesenswerten Buch eine Schlüsselfigur der europäischen Zivilisation: Odysseus.*

SPIEGEL: Herr Schulz, Sie gehören zu den vielen Zuschauern, die »Die Odyssee« von Christopher Nolan im Kino gesehen haben – und sind zugleich einer der wenigen echten Experten für den Helden des Films. Wie lautet Ihr fachliches Urteil?

Schulz: Als Historiker würde ich mich jetzt ungern in den Chor derjenigen einreihen, die erbsenzählerisch nach Stellen suchen, wo das Ganze nicht der historischen »Wahrheit« entspricht.

SPIEGEL: Nicht? Eine Expertin wie Emily Wilson, die die »Odyssee« zuletzt in ein modernes Englisch übersetzte, hat einen furiosen Verriss des Films geschrieben.

Schulz: Ich fand den Film eindrucksvoll. Er besticht durch seine Bild- und Tongewalt. Dabei merkt der Regisseur selbst an, es handle sich um eine Geschichte »nach« Homer. Er hat sich also bewusst die Freiheit genommen, den Stoff so zu formen, wie er es möchte. Und das ist legitim.

SPIEGEL: Gehört dazu auch, um ein umstrittenes Detail zu nennen, Odysseus in einem Wikingerschiff auf seine Irrfahrt zu schicken?

Schulz: Natürlich hätte er hier authentischer sein können. Aber ist das die vordringliche Aufgabe eines Hollywoodfilms? Entscheidend ist letztlich der Plot, in den diese Elemente eingefügt werden. Ist die Geschichte stimmig? Inwieweit interpretiert der Regisseur den antiken Stoff sinnvoll und originell? Wo hebt er sich von früheren Interpretationen ab? Es geht um den Gesamteindruck der Geschichte, die der Film präsentiert.

SPIEGEL: Und die erkennen Sie wieder? Nolan schildert Odysseus als traumatisierten Kriegsheimkehrer, der mit seinen blutigen Taten hadert...

Schulz: Das hat mit Homer nichts zu tun. Im Original ist nicht zu erkennen, dass Odysseus durch Krieg und Irrfahrt geläutert wäre. Insofern ist das Nolans moderne Interpretation. Aber die muss man aushalten.

SPIEGEL: Auch wenn es nicht der homerischen Erzählung entspricht?

Schulz: Ein Hollywoodfilm muss und kann das antike Vorbild nicht eins zu eins umsetzen, er ist kein Dokumentarfilm, sondern ein Interpretationsangebot. Typisch für Nolan ist zum Beispiel die Rolle des Agamemnon, der im Original auch die militärische Expedition nach Troja geleitet hat. Natürlich ist die hohle Wirbelsäule, in die der Helmbusch ausläuft, ein Fantasy-Element, und mit dem schwarzen Mantel und dem Helm erinnert er beinahe an Darth Vader. Er zielt nicht ohne Grund die Filmplakate. Aber es gibt auch Aspekte, wo der Film Chancen vertan hat.

SPIEGEL: Und zwar?

Schulz: Zum Beispiel dieses etwas schematische Schwarz-Weiß-Denken: hier der gute, geläuterte Held, dort die furchtbar bösen Freier, die es auf sein Königreich abgesehen haben – die er dann in der Art eines US-Einzelkämpfers alle fast allein besiegt. Bei Homer sind die Figuren viel ambivalenter.

SPIEGEL: Anders als bei Nolan endet Homers »Odyssee« nicht mit einem Showdown, sondern mit einer regelrechten Staatskrise in Ithaka.

Schulz: Allerdings. Das wird in fast allen Nacherzählungen eigentlich immer rausgelassen, obwohl es für die politische Botschaft

der »Odyssee« zentral ist. Hier ist ein Heimkehrer, der seinen Hof und seine Stellung zurückgewinnen will. Das tut er um jeden Preis. Er nimmt sogar einen Bürgerkrieg in Ithaka in Kauf. Es gibt keinen Ausweg, bis Athene schlichtend in den Konflikt eingreift.

SPIEGEL: Nach modernen Erzählgewohnheiten ist dieses Ende eher eine Antiklimax, also untauglich für Hollywood. War das für antike Griechen anders?

Schulz: Ja, ein einfaches Happy End wäre ihnen wohl zu dürftig erschienen. Sie konnten ja die ganzen Geschichten, genauso wie den Trojanischen Krieg. Offenbar wollte ihnen Homer ein originelles Ende bieten, das sie zum Nachdenken anregt.

SPIEGEL: Was im Original auch fehlt, ist eine moralische Botschaft, oder?

Schulz: Jedenfalls ist sie nicht eindeutig. Heute gelten Lügen und Betrügen im Allgemeinen als unmoralisch. In der Welt des Odysseus war das anders. Da war es eine Überlebensstrategie, um über die Runden zu kommen. Ein Lokalherrscher wie Odysseus musste auch ein Trickser sein.

SPIEGEL: Sie haben den Film eindrucksvoll genannt. War die »Odyssee« für antike Zuhörer auch überwältigend?

Schulz: Allein dass die Epen Homers in diesem Umfang verschriftlicht wurden, beweist den Eindruck, den sie machten. Die verschachtelten Handlungsstränge und Rückblenden der »Odyssee« wurden offensichtlich als revolutionär empfunden gegenüber früheren Erzählungen. Sie präsentierte zudem Akteure – unter ihnen auch Frauen – in einem geografisch weiten Handlungsraum mit komplexen Charaktereigenschaften, die man vermutlich vorher in dieser Form nicht erzählt bekam.

SPIEGEL: Hätte einem Zeitgenossen Homers der Film gefallen?

Schulz: In mancher Hinsicht sicherlich. Nolan zäumt die Geschichte, wie auch Homer das getan hat, mit Rückblenden von hinten auf. Das ist ein Element, das auch ein antikes Publikum beeindruckt hätte.

SPIEGEL: Hätten sich Zeitgenossen an Asiaten auf dem Schiff gestört, an einer schwarzen Helena oder einer trans Person als Sinon?

Schulz: Das ist eine interessante Frage. Ich würde sie vorsichtig damit beantworten, dass damals zum Beispiel viele Schiffsmannschaften aus unterschiedlichen Ethnien stammten. Zeitgenossen waren durchaus damit vertraut, dass es Menschen mit schwarzer Hautfarbe

Experte Schulz:

»Nolan zäumt die Geschichte von hinten auf«



Maximilian Göldecke

* Raimund Schulz: »Odysseus. Mythos und Wahrheit«. Klett-Cotta; 320 Seiten; 25 Euro.



»Odissee«-Stars Matt Damon, Zendaya: »Es gibt Aspekte, wo der Film Chancen vertan hat«

gab. In den Texten wird das mitunter angemerkt und als Teil einer sich im Zuge von Handelsfahrten und Kolonisation ausdehnenden Welt empfunden. Mit seiner Besetzungspolitik hat Nolan dennoch wirksame Reizpunkte gesetzt.

SPIEGEL: Ist der Regisseur sozusagen nur ein weiterer Sänger, der sich dieser lange Zeit nur mündlich überlieferten Geschichte annimmt – wie schon Homer das getan hat?

Schulz: Das könnte man so sehen. Wobei niemand mit Sicherheit sagen kann, ob es Homer als Person wirklich gab. Für mich als Historiker ist diese Frage allerdings eher zweitrangig.

SPIEGEL: Anders als die Frage, ob denn Odysseus wirklich gelebt hat?

Schulz: Ja, das ist historisch interessanter. Allein der Umstand, dass diese Figur und

ihre Erlebnisse wahrscheinlich über Jahrhunderte vor Homer bereits von Sängern behandelt wurden, wäre für mich ein Argument dafür, dass es vielleicht in Nordwestgriechenland ein historisches Vorbild gegeben haben könnte.

SPIEGEL: Einen erfolgreichen Großbauern oder Regionalfürsten, der später sogar verehrt wird?

Schulz: Das wäre zumindest eine plausible These, auch wenn er nicht durch außerhomerische Quellen zu fassen ist. Er muss etwas Besonderes repräsentiert haben: Bei Homer ist er eine komplexe Figur mit Eigenschaften, die zugleich anziehen und abschrecken. Genau das macht Odysseus ja so menschlich.

SPIEGEL: Was in der Antike auch für die allzu menschlichen Götter gilt, oder?

Schulz: Stimmt. Bei Nolan spielen die Götter aber eine recht eingeschränkte Rolle als zeitweilige Berater und Begleiter. Aber sie greifen nicht direkt ein. Hier hat er das Original stark zurückgedrängt und sich auf den Helden konzentriert – vermutlich, um ihn interessanter zu machen. Im Epos ist übrigens Odysseus' Partnerin Penelope auch nicht nur eine treue, willensstarke Ehefrau. Sie ist genauso trickreich und clever wie ihr Mann.

SPIEGEL: Was ist es, das uns heute noch an dieser Geschichte fasziniert? Migration, Identität, Heimat, Freundschaft, Verantwortung?

Schulz: All das. Es ist eine geniale Mischung verschiedener Erfahrungen, die uns auch heute noch berühren. Nehmen wir nur diese Trennung von der Heimat, die Unsicherheit an fremden Orten, den Wunsch, nach Hause zurückzukehren. Das sind existenzielle Themen, die für Menschen immer fesselnd bleiben. Als Historiker interessieren mich zudem die politischen Probleme, die Homer behandelt. Im Kern sind es Probleme, mit denen wir heute auch noch konfrontiert sind. Wie können wir Interessenkonflikte Einzelner lösen, ohne dass die ganze Gemeinschaft darunter leidet? Wie gehen wir mit Gewalt um, die seit über 2000 Jahren und trotz veränderter gesellschaftlicher und staatlicher Formen immer wieder ausbricht?

SPIEGEL: Nehmen wir einmal an, Christopher Nolan hätte Sie als historischen Berater engagiert – welche Sache hätten Sie ihm unbedingt ans Herz gelegt, von welcher Sache dringend abgeraten?

Schulz: Ich hätte ihm vermutlich geraten, nicht allzu viele pseudohistorische Elemente und Ebenen miteinander zu vermischen, zulasten typisch homerischer Motive, etwa der heroischen »Ehrex«. Und natürlich hätte man sich als Homer-Fan die ein oder andere Szene mehr gewünscht, so zum Beispiel die Begegnung zwischen Odysseus und Nausikaa: Auf der einen Seite steht hier ein mittelloser Schiffbrüchiger, der noch einmal bei null anfangen muss. Und auf der anderen Seite das junge Mädchen im heiratsfähigen Alter, das den Mut hat, diesem Mann zu helfen. Leider fehlt diese großartige Szene im Film.

SPIEGEL: Was unterscheidet eigentlich ein Epos wie die »Odissee« von einem wie »Der Herr der Ringe«, die mythologische Erzählung also von der Fantasy?

Schulz: Die künstlerische Komposition und die literarische Qualität homerischer Epen sind der Fantasy überlegen. Der Unterschied zur Fantasy liegt vor allem in der Nähe der »Odissee« zur Lebenswirklichkeit der Menschen: Ihre Handlung ist in einem realen Raum angesiedelt. In einer Welt, die wir kennen. Es ist das Mittelmeer, nicht Mittelamerika.

Interview: Arno Frank



Gordon Welters / DER SPIEGEL

seit vielen Jahren befreundet. Die Angesprochene spaziert nun in einer schwarzen Adidas-Jacke mit weißen Streifen ins Rampenlicht. Die Blätter ihres mitgebrachten Redemanuskripts wirft sie in den Bühnenstaub. »Ich wollte euch eigentlich erzählen, wie und wo das postmigrantische Theater begann«, verkündet sie, doch es genüge zu sagen, dass sie ihre Arbeit am Maxim Gorki Theater 2013 angefangen habe, »in dem Jahr, als die AfD gegründet wurde«. Also die Partei, die zum Ziel habe, »sich auf die Schwächsten der Schwachen, die Geflüchteten, zu stürzen«.

Es ist eine Feier mit vielen kämpferischen Tönen und Wehmut an diesem Abend Mitte Juni. Nach 13 Jahren unter der Intendantin Langhoff verabschieden sich mit der Chefin viele Schauspielerinnen und Schauspieler, Regisseurinnen und Regisseure von dem Haus, das den Begriff »postmigrantisches Theater« bekannt gemacht hat. Als Bezeichnung für eine Bühnenkunst, die sich für die Geschichten von nach Deutschland eingewanderten Menschen begeistert – und diese Geschichten auch von Schauspielenden aus Migrantenfamilien darstellen lässt.

Über zwei Stunden lang wird im Chor gesungen, geweint und getanzt. Als der Filmemacher Fatih Akin dann als DJ an den Reglern steht, sagt er den Satz: »Eine Tür geht zu, aber ein goldenes Tor öffnet sich.«

Ob die Zukunft des Maxim Gorki Theaters wirklich golden ist, bezweifeln in Berlin derzeit Theaterfans. Denn das Haus wird nun von einer Frau geleitet, die eine andere Vision hat. Das Theater solle, so heißt es auf der Website, ein »offener, transdisziplinärer Ort zwischen Theater, zeitgenössischer Kunst, Performance, Tanz, Musik, Sound, Diskurs und Stadt« sein. Das, was man postmigrantisches Theater nennt, sucht man auf dem Spielplan der künftigen Intendantin Çagla Ilk vergebens.

»Begriffe haben ein Verfallsdatum«, sagt Ilk ein paar Tage später. Sie sitzt in einer großen Halle im Berliner Stadtteil Friedrichshain an einem Kaffeetisch. Hier sind die Werkstätten des Gorki untergebracht, um sie herum arbeiten Dutzende Frauen und Männer an Bühnenleinwänden und Kulissen. Der Begriff »postmigrantisch« habe für das Gorki Theater seit 2013 als Label gut funktioniert, er sei aber leider als Beschreibung der Jetztzeit untauglich, fährt sie fort. »Migration ist allgegenwärtig, sie ist nicht ›post‹. Wir müssen neue Setzungen finden.«

Was Çagla Ilk plant, ist offensichtlich eine harsche, knallharte Disruption. Oder versteht man sie falsch?

»Ich habe nicht die Absicht, das Theater abzuschaffen. Ich möchte das Haus öffnen«, sagt Ilk in einem aufgekratzten, fast jubelnden Ton. Sie erweitere das Programm. »Das Theater bleibt im Kern, aber es ist nur ein Teil in einem größeren Organismus mit vie-

Acht Jahre war Çagla Ilk »Mädchen für alles«, jetzt plant sie die Revolution

Bühnen Unter der Intendantin Shermin Langhoff lieferte das Berliner Maxim Gorki Theater enorme Impulse für den Umbau der deutschsprachigen Theaterwelt. Ihre Nachfolgerin Çagla Ilk verkündet nun eine knallharte Disruption.

Für den Abschiedsabend der Theaterintendantin Shermin Langhoff ist Cem Özdemir aus Stuttgart in die Hauptstadt gereist. Mit leicht nach vorn gebeugtem Kopf tritt Baden-Württembergs Ministerpräsident auf die Bühne und spricht ins Mikrofon, seine Stimme klingt vom Pathos angeraut.

Langhoff und ihr Theater hätten »trotz Gegenwind, trotz widriger Umstände gezeigt, dass Veränderung möglich« sei, sagt Özdemir. »Damit bist du zum Vorbild geworden für viele, die sich ein anderes, weltoffeneres Deutschland gewünscht haben.« Langhoff und er, so sagt der Politiker, seien

len anderen Organen.« Man kann live beobachten, was sie damit meint.

Unweit vom Interviewtisch stapft ein älterer Herr in einem blauen Arbeitskittel mit einem Pinsel voller blauer Farbe und einer Atemschutzmaske vor dem Gesicht über eine riesige, am Boden liegende Papierplane mit Spiegelementen. Der Mann heißt Sarkis, ist 87 Jahre alt und ein berühmter Konzeptkünstler, der aus der Türkei stammt und seit vielen Jahren in Paris lebt. Für Çağla İlk eröffnet er am 4. September ihre erste Saison im Gorki. Gezeigt wird kein Drama, sondern eine Installation. Sarkis präsentiert den Bühnen- und Zuschauerraum des Theaters in neu gestalteter Version.

Das Theaterportal »Nachtkritik« beschreibt Ilks erstes Programm mit den Worten: »Eine Theater-Bastion wird geschleift.«

Çağla İlk hat Architektur in Istanbul studiert und zog 2004 nach Berlin. Sie war 2020 bis 2025 Co-Direktorin der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden und Kuratorin des Deutschen Pavillons bei der Kunstbiennale in Venedig 2024. Zuvor hat sie als Produzentin und Regisseurin gearbeitet – und von 2012 bis 2020 als Kuratorin und Dramaturgin am Maxim Gorki Theater.

»Ich war in diesem Haus acht Jahre lang Mädchen für alles«, sagt İlk mit einem Zorn in der Stimme, der offenbar jeglicher Skepsis gegenüber ihren Plänen gilt. Sie will klar machen: Ich weiß genau, was ich tue.

Über Langhoff sagt İlk: »Ich wünsche ihr alles Gute.« Tatsächlich plant sie mit einem Ensemble von »etwa zwölf« Frauen und Männern, aber es dürfte so gut wie nichts von der Sorte Theaterkunst übrig bleiben, die Langhoff am Gorki Theater etabliert hat. Ein wenig wirkt es, als wolle da jemand Revanche nehmen für womöglich einst am Gorki erlittene Zurückweisungen.

Als Langhoff ihre Intendanz startete, war sie die erste Person mit türkischen Wurzeln, die in Deutschland den Leitungsjob in einem größeren öffentlich subventionierten Theater übernahm. Die Inszenierungen, die sie im Gorki mit ihrem zeitweiligen Co-Chef Jens Hillje präsentierte, waren klar geprägt durch den Kampf gegen die politische Rechte und für die Akzeptanz von queeren Lebensformen. Und Langhoff und Hillje formulierten das anfangs viele Leute überraschende Programm, dass es lohnend sei, über und für die nach Deutschland Eingewanderten Theater zu machen.

Zu den Hits des Hauses gehörte das stets ausverkaufte Klassenzimmerdrama »Verrücktes Blut« und das Nahostkonfliktstück »The Situation«; Inszenierungen wie »Small Town Boy« über das Alltagsleben queerer Menschen in der deutschen Provinz begeisterten Publikum und Kritik.

Auf der Gorki-Bühne spielten die Nachkommen von türkischen und russischen Immigranten und Expats aus Israel und Paläs-

tina. Es inszenierten Regisseurinnen und Regisseure aus Osteuropa, Frankreich, Israel und der Türkei. In Aufführungen wie »Unser Deutschlandmärchen« und »Das rote Haus« berichteten die aus Migrantenfamilien stammenden Regisseure Hakan Savaş Mican und Ersan Mondtag mitreißend von der Lebenslust und Not sogenannter Gastarbeiter.

»Das Arier-Ausweis-Deutschland, das Adolf Hitler hinterließ, der Traum der Neonazis, ist vorbei«, sagte Shermin Langhoff in einem Interview. »Für das neue Deutschland machen wir ein neues deutsches Theater. Mit Geschichten aus aller Welt.«

Für praktisch alle anderen staatlich subventionierten Theater, auch für große Häuser wie das Wiener Burgtheater oder die Münchner Kammerspiele, war der kurz nach dem Start 2013 einsetzende Riesenerfolg des Gorki ein Weckruf mit enormen Folgen.

Für die Mehrzahl der Theater in Deutschland, Österreich und der Schweiz galt bis in die Zehnerjahre die Regel: Menschen aus mittelständischen bürgerlichen Familien machen Bühnenkunst für Menschen aus mittelständischen bürgerlichen Familien. In einem Theatersystem, das mit öffentlichen Geldern finanziert wird, wirkten viele Häuser wie Reservate einer fast nur weißen Kunstpraxis. Dabei hatte sich die Gesellschaft durch Zuwanderung stark verändert.

Im Rückblick kann man den Eindruck gewinnen, dass vielen Theaterleitern erst durch die Darstellerinnen und Darsteller des Gorki, die fast ausschließlich aus Migrantenfamilien stammten, klar wurde, dass auf ihren eigenen Bühnen so gut wie keine Menschen mit afrikanischen, türkischen oder russischen Wurzeln arbeiteten. Auch in den Büros der Dramaturgie und am Regiepult sowie in den Lehr- und Übungsräumen der Schauspielschulen sah es kaum anders aus.

Heute hat sich die Situation deutlich gewandelt. Theaterchefs und Ausbildungsstät-

ten haben die Wertschätzung von Diversität zum wichtigen Grundsatz der Personalauswahl gemacht. In den Ensembles der meisten Stadttheater finden sich Menschen mit nicht deutschen Vorfahren und oft auch nicht weißer Hautfarbe. In den Spielplänen gehören migrantische und queere Themen zum Standard. Cem Özdemir drückt es zum Abschied von Langhoff so aus: »Das postmigrantische Theater ist heute deutsches Theater.«

Angesichts dieser Bilanz kann man den Wandel am Gorki auch anders interpretieren: Das Haus hat seinen Auftrag erledigt. Oder?

»Nein, die Mission ist noch längst nicht erfüllt«, sagt André Schmitz, 68, der von vielen Kulturmenschen als graue Eminenz der Berliner Kulturpolitik geschätzt wird. Er war unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit von 2006 bis 2014 Kulturstatssekretär. Er hat Langhoff als Intendantin ans Gorki geholt.

»Shermin Langhoff hat uns allen die Augen geöffnet«, sagt der Ex-Politiker am Telefon. »Ich halte ihre Ablösung für einen großen Fehler. Berlin verliert nicht nur eine große Künstlerin, sondern auch einen einzigartigen Ort, an dem Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sich ihre Geschichten erzählen konnten.«

Fest steht: Langhoffs Maxim Gorki Theater wirkte ähnlich revolutionär wie Frank Castorfs Berliner Volksbühne, die in den Neunzigerjahren die Spielweisen veränderte. Castorf durfte 25 Jahre lang Intendant der Volksbühne bleiben, Langhoff wird nun nach 13 Jahren abgelöst. Das dürfte auch daran liegen, dass Langhoff theaterintern einen öfter ruppigen Umgang pflegte.

Der SPIEGEL berichtete 2021 über Vorwürfe des Machtmissbrauchs gegen die Intendantin durch mehrere Beschäftigte, über Einschüchterungen und verbale Übergriffe. Langhoff bekannte sich laut »Süddeutscher Zeitung« zu »Ausrastern«, im Haus mühte man sich um Mediation.

Ihre Nachfolgerin Çağla İlk sagt nun: »Wir Theaterintendantinnen und Theaterintendanten sind alle kleine Schnecken, die ihre Häuser irgendwann zurücklassen müssen. Wir gehen weg, die Häuser bleiben da. Jede und jeder von uns ist nicht mehr als eine kleine Episode in einer großen Geschichte.« Man sieht Ilks plötzlich strahlendem Gesicht an, dass sie Spaß hat am Schneckenvergleich. »Es gibt das Theater seit fast 3000 Jahren, eigentlich kommt es gleich nach der Höhlenmalerei. In der Geschichte des Theaters ist also auch Frank Castorf nur eine kleine Schnecke«, sagt sie.

Als Castorf im Jahr 2017 als Chef der Volksbühne abgelöst wurde, gab es eine Menge Aufregung in der deutschen Kulturwelt. Die Berliner Kulturpolitik hatte den belgischen Kunstkurator Chris Dercon zu Castorfs Nachfolger gemacht. Dercon setz-

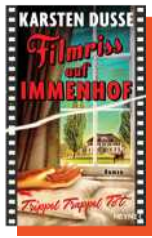
Abgelöste Theaterchefin Langhoff:

Kampf für eine weltoffenere Bühnenkunst



Paul Zinken / dpa / picture alliance

BELLETRISTIK



Nach dem Erfolg seiner »Achtsam morden«-Bände nimmt Karsten Duse die Wirtschaftswunder-Kitsch-filmreihe »Immenhof« als Kulisse für einen satirischen Krimi. Wenn das Leben schon kein Ponyhof ist, ist es vielleicht ein Tatort? | **Platz 2**

- 1 (1) **Memories of Heidelberg**
Heinz Strunk Rowohlt; 23 Euro
- 2 (-) **Filmiss auf Immenhof**
Karsten Duse Heyne; 24 Euro
- 3 (-) **Die zweitgrößte Liebe**
Ruth-Maria Thomas dtv; 24 Euro
- 4 (-) **Tödliches Verderben**
Karin Slaughter HarperCollins; 24 Euro
- 5 (3) **Die Riesinnen**
Hannah Häfner Penguin; 24 Euro
- 6 (2) **Fünf, sechs, sieben, acht**
Ewald Arenz DuMont; 25 Euro
- 7 (4) **Yesteryear**
Caro Claire Burke Heyne; 24 Euro
- 8 (-) **Slaying the Vampire Conqueror**
Carissa Broadbent Carlsen; 22 Euro
- 9 (-) **Wirf einen Schatten**
Elena Fischer Diogenes; 25 Euro
- 10 (5) **Guten Morgen, schönes Wetter heute**
Tanja Kokoska dtv; 23 Euro
- 11 (-) **Ein Haus aus Salz und Tränen**
Erin A. Craig Ullstein Jugendbuch; 22,99 Euro
- 12 (7) **Die Straße**
Robert Seethaler Claassen; 25 Euro
- 13 (8) **Das Ende ist nur ein Anfang**
T. C. Boyle Hanser; 25 Euro
- 14 (-) **Ist doch schön hier**
Miriam Burdelski Blessing; 24 Euro
- 15 (-) **The Exquisite Torment of Loving Your Enemy**
Brigitte Knightley Penhaligon; 23 Euro
- 16 (-) **Die Wahrheit über Ruby Cooper**
Liz Nugent Gutkind; 24 Euro
- 17 (9) **Querfeldein**
Alex Capus Hanser; 25 Euro
- 18 (11) **Die Mitternachtsreise**
Matt Haig Droemer; 24 Euro
- 19 (12) **Pina fällt aus**
Vera Zischke List; 21,99 Euro
- 20 (10) **Pause**
Lena Kupke dtv; 23 Euro

SACHBUCH



In seiner Romantrilogie hat Christian Baron die Vielschichtigkeit seiner Heimatstadt Kaiserslautern eingefangen. Sein Sachbuch zu den »Roten Teufeln« ist dagegen geradeheraus eine Liebeserklärung an die Fußballmannschaft der Stadt. | **Platz 15**

- 1 (1) **Dear Britain**
Annette Dittert DuMont; 24 Euro
- 2 (2) **Nein sagen**
Matthias Brandt Kiepenheuer & Witsch; 16 Euro
- 3 (3) **Träume aus Feuer**
Florian Illies Pfaueninsel; 20 Euro
- 4 (4) **Dreihundert Männer**
Konstantin Richter Suhrkamp; 30 Euro
- 5 (5) **Alt genug**
Ildikó von Kürthy Ullstein; 22,99 Euro
- 6 (6) **Die Geschichte in mir**
Rüdiger von Fritsch Siedler; 26 Euro
- 7 (8) **Wiedersehen mit mir selbst zwischen Pasta und Limoncello**
Melanie Pignitter Gräfe und Unzer; 20 Euro
- 8 (-) **Glaube, Liebe, Klop**
Michael Horeni C. Bertelsmann; 26 Euro
- 9 (12) **Ein Sommer mit Goethe**
Gustav Seibt C. H. Beck; 25 Euro
- 10 (9) **Wir verlieren dieses Land** Liv von Boetticher Deutscher Wirtschaftsbuchverlag; 25 Euro
- 11 (10) **Faschismus ist keine Meinung**
Ilko-Sascha Kowalczyk C. H. Beck; 23 Euro
- 12 (14) **Wiedersehen mit mir selbst zwischen Pizza und Aperol**
Melanie Pignitter Gräfe und Unzer; 19,99 Euro
- 13 (7) **Bakterien – Die heimlichen Helden**
Peter Wohlleben Malik; 23 Euro
- 14 (13) **Du bist nicht allein**
Jan Fleischhauer DVA; 25 Euro
- 15 (-) **1. FC Kaiserslautern**
Christian Baron Ullstein; 16,99 Euro
- 16 (20) **Wenn die Sonne untergeht**
Florian Illies S. Fischer; 26 Euro
- 17 (17) **Abschied leben**
Gabriele von Arnim Rowohlt; 24 Euro
- 18 (15) **Bückbürgertum**
Ulf Poschardt Westend; 27 Euro
- 19 (11) **Punkt Punkt Komma Strich, fertig ist die Kunstgeschichte**
Jakob Schwerdtfeger dtv; 25 Euro
- 20 (16) **Organisch**
Giulia Enders Ullstein; 24,99 Euro

te unter anderem auf Tanz-, Film- und Performanceformate. Nach Anfeindungen und einem unglücklichen, schlecht finanzierten Start schmiss dieser 2018 hin. So ganz hat sich die Volksbühne, die von diesem Herbst an von Matthias Lilienthal geleitet wird, von diesem künstlerischen und kulturpolitischen Desaster bis heute nicht erholt.

Wird es dem Gorki womöglich ähnlich ergehen? Das Gespenst namens Dercon geistert jedenfalls derzeit durch die Diskussionen, die sich um das Gorki-Theater drehen. Ilk hat sich als Hausmotto »Gorki international« ausgedacht. Vergleichen mit dem Belgier begegnet sie mit betonter Heiterkeit.

»Chris Dercon ist ein großartiger Kurator«, sagt die Intendantin. Doch Dercon sei neu in der Stadt gewesen und habe so gut wie keine kundige Unterstützung gehabt. »Sie können mich also nicht nur deshalb nicht mit Dercon vergleichen, weil er einen viel größeren Namen hat als ich. Sondern auch, weil ich in der Stadt Berlin zu Hause bin.«

Für ihre erste Spielzeit hat Ilk unter anderem eine Produktion der als Avantgardistin geschätzten Filmemacherin Ulrike Ottinger; 84, angesetzt. »Frau Ottinger brennt schon seit 40 Jahren darauf, dieses Stück zu zeigen«, sagt Ilk. Der Noisemusiker und Installationskünstler Marco Fusinato will sich mit Heinrich von Kleists Drama »Prinz Friedrich von Homburg« beschäftigen. Fest ans Haus gebunden ist die Choreografin Constanza Macras, die mit ihrer Truppe schon an verschiedenen anderen Berliner Theatern angedockt war.

Außerdem möchte die Intendantin, dass das Gorki Theater künftig an möglichst vielen Tagen ab 13 Uhr fürs Publikum geöffnet ist. »Man soll nicht erst um 18.30 Uhr ins Theater kommen, einen Sekt trinken, sich eine Aufführung ansehen und danach schnell wieder nach Hause gehen.« Das Gorki soll Marktplatz sein und ein Ort des Palavers, womöglich auch eine Anlaufstelle zum späten Abhängen und Abstürzen.

Ilk, das wird schnell klar, hat Ehrgeiz. In fünf Jahren, wenn ihr aktueller Vertrag endet, solle das Gorki ein Ort sein, über den man auch außerhalb Deutschlands mit Begeisterung spricht, wünscht sie sich. Das wird nicht leicht. Denn in den Jahren seit Corona ist es für Berlin, was den Ruf der Stadt als Kulturmetropole angeht, nicht gerade gut gelaufen. Die Schuld daran sieht Ilk nicht bei den Künstlerinnen und Künstlern. »Ich wünsche mir, dass die Politiker dieser Stadt endlich begreifen: Berlin kommt nicht in die »New York Times«, weil die Feuerwehr hier gut funktioniert, sondern weil die Marke dieser Stadt die Kultur ist.«

Wofür die Marke des Maxim Gorki Theaters künftig steht? Schauspielkunst, die die Theaterwelt erschüttert, ist es höchstwahrscheinlich nicht.

Wolfgang Höbel

Die Narren der Macht

Satire Im ostdeutschen Wahlkampf engagieren sich die Kabarettisten Uwe Steimle und Dieter Hallervorden. Wenn Clowns auf die politische Bühne drängen, ist das kein Zufall. Es ist ein Symptom.

Von Arno Frank



Thomas Victor / DER SPIEGEL

Politiker Schulze, Komiker Hallervorden in Dessau-Roßlau: Sticheln gegen die Generalsekretärin

Spätestens im Mittelalter hat sich in Europa die Einsicht etabliert, dass der Hofnarr mehr sagen darf als der Minister. Der Politiker repräsentierte die strenge Ordnung, der Narr das Recht ihrer heiteren Überschreitung. Wenn Clowns heute wieder auf die politische Bühne drängen, ist das kein Zufall. Es ist ein Symptom.

Mit Uwe Steimle und Dieter Hallervorden stehen sich im ostdeutschen Wahlkampf 2026 derzeit zwei sehr unterschiedliche Komödianten gegenüber. Steimle unterstützt die AfD, Hallervorden die CDU. Gemeinsam ist beiden, dass ihr Publikum sie als sympathische und authentische Außenseiter schätzt. Beide reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Damit schaffen sie Vertrauen, bevor überhaupt Politik beginnt. Hier enden die Gemeinsamkeiten aber auch schon.

Uwe Steimle wirkt weniger wie ein Unterstützer, mehr wie ein loyaler Parteigänger der AfD. Er personifiziert ihr Programm und nutzt ihre Taktik der kalkulierten Grenzverletzung. Wenn er, wie bei seinem Auftritt in Dessau geschehen, Friedrich Merz oder Angela Merkel den Tod wünscht,

dann war's im Zweifelsfall doch nur Satire! Hallervorden hingegen begründet sein Engagement ausdrücklich damit, eine absolute Mehrheit der AfD »unbedingt verhindern« zu wollen. Die CDU muss als Kollateralschaden hinnehmen, dass ihr Unterstützer auch Positionen vertritt, die sich keineswegs mit ihren Werten decken. Bei Auftritten mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze in Magdeburg und Dessau kritisierte Hallervorden die aktuelle Verteidigungs- und Rüstungspolitik, stichelte gegen die neue CDU-Generalsekretärin Franziska Hoppermann und sprach über den »Völkermord« in Gaza.

Demokratie lebt auch davon, dass Prominente das Wort ergreifen – auch solche, die nicht mit dem Maß politischer Verantwortung sprechen. Problematisch wird es allerdings dort, wo eine Partei ihren treuen Minenhund mit Narrenkappe vorausschickt, um die erwünschte Grenzverschiebung des Sagbaren auszutesten. Politik verliert auf diese Weise ihre Ernsthaftigkeit. Nicht, weil gelacht wird. Sondern weil das Lachen beginnt, an die Stelle der Verantwortung zu treten. ■

TRASHFORMAT

Wo alles eine Ware ist, ist nichts wahr

Trash-TV ist interessant, wenn es große gesellschaftliche Themen im Klitzekleinen abbildet – ein bisschen so, als würde man Streitigkeiten innerhalb einer Regierungspartei mit Schlumpffiguren nachspielen, um sich die Loyalitätslinien einmal plastisch vor Augen zu führen. Die **Villa der Versuchung** bietet auch in ihrer gerade bei Joyn und auf Sat.1 gestarteten zweiten Staffel eine solche Lehrkomödie: Sie übersetzt die moralischen Knackpunkte der Solidargemeinschaft in Colasucht, Kartoffel-Ekel und die Frage, ob man seine eigenen Bedürfnisse herunterschrauben sollte, um ein Privatvermögen zu schützen, dessen künftiger Besitzer noch unbekannt ist.

Die Spielkonstellation ist dabei in ihren Grundzügen dieselbe wie bei der Formatpremiere: 14 Promis, darunter Jenny Elvers, Thorsten Legat und Jana »Urkraft« Pallaske, ziehen in eine kärglich ausgestattete Villa, in der selbst Betten und Besteck fehlen. Die Verpflegung besteht aus kalten Pellkartoffeln und Wasser, alle weiteren Annehmlichkeiten, selbst die eigene, mitgebrachte Garderobe, sind kostenpflichtig: Eine Zigarette kostet beispielsweise 150 Euro, ein Ei 300 Euro, eine Flasche Bier 300 Euro und ein Einzelbett für die Nacht 1500 Euro.

All diese Ausgaben werden den Kandidatinnen und Kandidaten nun nicht etwa von einem Privatbudget abgezogen, sondern von den 250.000 Euro, die sich als Siegprämie im Jackpot befinden. Was davon nach acht Folgen übrig bleibt, fällt dem oder derjenigen zu, der oder die alle Eliminierungsabstimmungen überlebt. Wer mit den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung vage vertraut ist, darf bei 13 Konkurrenten davon ausgehen, dass man das Restgeld womöglich nicht selbst einsacken wird, was die Spardisziplin bereits in der ersten Staffel empfindlich beeinträchtigte:

Siegerin Jasmin Herren, die darauf hoffte, ihre Schulden in Höhe von 400.000 Euro zumindest teilweise tilgen zu können, gewann am Ende knapp 9200 Euro. Nach der ersten Folge der neuen Staffel darf man kaum darauf hoffen, dass es diesmal besser laufen wird: Nach eineinhalb Tagen haben die neuen Insassen bereits 64.950 Euro verknuspert, 11.100 Euro allein für Zigaretten.

Während man sich die gesellschaftliche Metaphorik in anderen Formaten oft mit sehr

viel gutem Willen aus poröser Materiallage modellieren muss, verhandelt die »Villa« offensichtlich Fragen, die größer sind als ihr Pool: Darf der verzärtelte, nikotinsüchtige Körper des Einzelnen dem Gemeinschaftshaushalt zur Last fallen? Wie viel Eigennutz kann das Kollektiv verzeihen? Und was ist materieller Verzicht überhaupt wert, wenn man sich damit demonstrativ moralisch bereichert?

Vor allem die letzte Frage ist in dieser Staffel interessant. Die erste »Villa der Versuchung«

zeigte ja, wie rasch eine Solidargemeinschaft am individuellen Appetit zerbröckelt. Inzwischen wissen aber alle Teilnehmenden, dass eine Flasche Prosecco nicht nur Geld kostet, sondern auch Sendezeit kauft. Und sie wissen ebenso, dass performative Genügsamkeit schnell das Image eines vernünftigen Kollektivonkels oder der aufrechten Sparkommissarin erzeugen kann. Spannend wird damit weniger, wer spart und wer prast, sondern eher, zu welchem Wechselkurs sich verschiedene Kapitalarten ineinander umtauschen lassen.

Wer asketisch lebt, erwirbt womöglich Sympathien beim Publikum und zahlt sich den Verzicht in moralischem Ansehen aus. Wer dagegen in einem günstigen Moment verbotene Schokolade isst oder jede Ermahnung zu mehr Mäßigung in einen operettenhaften Schreikampf überführt, vernichtet zwar Gemeinschaftsvermögen, empfiehlt sich aber zugleich als verlässlicher Krawallgarant für weitere Trashformate. In der Villa wird Geld gegen Komfort, Komfort gegen Konflikt und Konflikt hoffentlich gegen Folgeengagements getauscht.

Nicht alle können mit jeder dieser Währungen etwas anfangen: Manche finanziell klamme Kandidaten brauchen die Gewinnsumme – etwa Annika Kärsten-Hoenig, Ehefrau des zuletzt gesundheitlich und finanziell angeschlagenen Schauspielers Heinz Hoenig –, andere brauchen ein Comeback – womöglich Tatjana Gsell, jüngem Trashpublikum vermutlich kaum mehr bekannt. Womöglich könnte das die gesellschaftliche Pointe dieser Staffel sein: Gemeinschaft scheitert nicht immer daran, dass ihre Mitglieder egoistisch sind, sondern manchmal schon daran, dass jeder unter Gewinn etwas anderes versteht.

Anja Rützel

In der »Villa der Versuchung« müssen Promis sich alles teuer erkaufen, sogar Kleidung. Das Problem: Verzicht bringt Sympathien, Krawall den nächsten Job.



Reality-TV-Darstellerin Elsa Latifaj



Teilnehmer Legat

Joyn (2)

SERIE

Außer Kontrolle

Eine heitere Männerfreundschaft kann immer noch Treiber für famose Plots sein. Die absurde Serie »Braunschlag« (2012) erzählte vom Bürgermeister einer österreichischen Marktgemeinde (Robert Palfrader), der diese mit dem Discobesitzer Richard (Nicholas Ofczarek) zum Touristenmagneten machen will. Beide schaukeln sich zu einem Plan hoch, so hirnrissig, dass er funktionieren muss: Sie inszenieren eine Marienerscheinung. Die Touris kommen, aber auch die Probleme – unter anderem ging es um Atommüll und Meeresschweinchen. Jetzt ist die Fortsetzung **Braunschlag 1986** von Regisseur David Schalko in Deutschland zu sehen. Wieder haben Bürgermeister Tschach und Richard eine Idee, um Braunschlag groß zu machen. War früher nicht alles besser? Der Gemeinderat beschließt, dass im Ort das Jahr 1986 gelten soll. Handys und Nineties-Pop werden verboten. Wieder funktioniert die Geschäftsidee, wieder gerät sie außer Kontrolle, denn Nostalgie ist instrumentalisierbar: Ein rechter Politiker und ein libertärer Unternehmer tauchen auf. Mit ihnen legt sich Tschach an. Fast alles in dieser Serie zielt auf eine Pointe, dafür ist sie nicht ganz präzise erzählt – braucht es alle Figuren, die hinzukommen? Bisweilen verlässt sich Schalko auch zu sehr auf Ofczarek, der eine Körperlichkeit besitzt, die in ihrer nun pomadigen Achtzigerjahreästhetik alles überstrahlt. Doch entsteht so ein eigener, wilder Stil. »Braunschlag« ist auch ästhetisch eine Ode auf antiautoritären Lebenssinn. Wer diese Serie ignoriert, verpasst wirklich einiges. ETH



»Braunschlag 1986«. Fünf Folgen bei HBO Max.



Ariana Grande: »Petal«.

POP

Fluch der Männer

Was denkt Ariana Grande, was über sie und ihr Liebesleben gedacht wird? Und wie geht sie damit um? **Petal**, das achte Album des US-Popstars, sucht nach Antworten auf diese Fragen – und erscheint für Grande in einer Art Zwischenphase: kurz vor dem Ende einer weltweiten Tour und einige Zeit nach der zweigeteilten Verfilmung des Musicals »Wicked«, in der sie ihre Traumrolle »Glinda« spielte und dafür sogar für einen Oscar nominiert wurde. Während ihre Karriere von Erfolg geprägt ist, ist das Image von Grandes Liebesleben bestimmt von Partnerwechseln und überraschenden Trennungen. Auf »Petal« reflektiert sie nun nicht nur ihr jüngstes Liebes-Aus, sondern ihre Beziehungen allgemein. Sie zeigt sich zuweilen resigniert. Ariana Grande, so könnte man die Kernthese des Albums lesen, ist müde, ein Leben zu präsentieren, das nicht ihrem entspricht. Wenn es ihr »Fluch« sei, verschiedene Männer und damit verschiedene Leben auszuprobieren, dann sei es so. Ihre Ankündigung, dass »Petal« persönlich und roh werde, hat Grande damit eingelöst. Von der »ungefilterten Wut« merkt man musikalisch aber eher wenig. Stattdessen fehlt die Pop-Stickiness früherer Songs. Aber vielleicht kommt es weniger auf die Musik als auf die Botschaft an: Die 33-Jährige scheint sich mit Unordnung und Unvorhersehbarkeit abgefunden zu haben. Bleibt nur die Frage, ob sie am Ende ihr Publikum überzeugen will. Oder doch sich selbst. KIM

KINO

Wiegenmonster

Die Geburt eines Kindes ist im Kino nicht immer ein Glücksmoment, vor allem nicht im Horrorfilm. Spätestens seit »Rosemaries Baby« (1968), in dem womöglich der Teufel ein Kind mit der von Mia Farrow gespielten Titelheldin zeugt, muss bei der Entbindung mit bösen Überraschungen gerechnet werden. Auch die Finnis Saga (Seidi Haarla) und ihr britischer Ehemann Jon (Rupert Grint) sind in Hanna Bergholms Film **Nightborn** recht verwirrt, als sie ihren neugeborenen Sohn Kuura erblicken. Bis das Kinopublikum das Kind zum ersten Mal zu sehen bekommt, dauert es. Anfangs hört man es nur aggressiv schreien und plärren. Bergholm zeigt die Reaktionen der Menschen, die es betrachten – oft entsetzt. So wird es zur Projektionsfläche für die Ängste, die mit der Geburt der eigenen Kinder verbunden sein können. Gleichzeitig zeigt Bergholm, wie die Beziehung zwischen Saga und Jon, die sich zur Familiengründung in ein entlegenes Haus in den finnischen Wäldern zurückgezogen haben, nach und nach zerbricht. Saga entwickelt immer stärkere Gefühle für Kuura, obwohl das Kind ihr beim Stillen in die Brust beißt und sich eher von Blut als von Milch zu ernähren scheint. Braucht es überhaupt einen Vater? In »Nightborn« verbindet Bergholm psychologische Tiefe mit Splatter. Voller Aberwitz reflektiert sie über die Tücken der Elternschaft und schickt ihr Publikum zugleich auf einen Horrortrip durch die finnischen Wälder. Früh ahnt man, dass es kein gutes Ende nehmen wird – man weiß nur nicht, mit wem. LOB



»Nightborn«. Regie: Hanna Bergholm. Mit Seidi Haarla, Rupert Grint. Länge: 92 Minuten. Ab 6. August.

SPORT



**Noch ist es für Infantino
nicht gelaufen**

Fußball Nach dem Aus seiner Investorenpläne kämpft Fifa-Boss Gianni Infantino um seine Zukunft. Eine entscheidende Rolle spielt der Emir von Katar.

Zu den unbestrittenen Stärken von Gianni Infantino gehörte bislang, sich rechtzeitig Verbündete zu suchen.

Infantino, 56, ist seit 2016 Präsident des Weltfußballverbands Fifa. Im Laufe seiner Amtszeit hat er sich unter anderem mit Wladimir Putin, Mohammed bin Salman, Tamim bin Hamad Al Thani und Donald Trump verbrüdet, den starken Männern Russlands, Saudi-Arabiens, Katars und der Vereinigten Staaten von Amerika – es ist kein Zufall, dass diese Länder allesamt WM-Gastgeber waren oder sein werden.

Und auch wenn Fifa-Präsidenten sich traditionell auf einer Ebene mit den Mächtigen des Planeten wännen, mit Staats- und Regierungschefs, mit Bossen von Weltkonzernen: Man darf davon ausgehen, dass Infantino sich auch dank seiner Verbindungen für nahezu unverwundbar hielt.

Umso erstaunlicher, dass sein Weg binnen weniger Tage vom sportpolitischen Gipfel in Richtung Abgrund führte. Noch am 19. Juli 2026, als Spanien und Argentinien in East Rutherford bei New York um den WM-Titel spielten, schien Infantino auf dem Höhepunkt seiner Macht. Bei der Siegerehrung geleitete er den amerikanischen Präsidenten höchstpersönlich aus dem Bild, als die spanischen Weltmeister mit dem Pokal feiern wollten.

Eine weitere Amtszeit Infantinos bis 2031 galt lange als sicher. Am 18. März 2027 soll auf dem Fifa-Kongress die nächste reguläre Präsidentschaftswahl erfolgen, in Marokko, einer von sechs Nationen, in denen das WM-Turnier 2030 stattfindet. Doch erste Warnzeichen, dass es für Infantino eng werden könnte, gab es schon während der WM.

Die französische Zeitung »Le Monde« hatte einen Vertrag der Fifa mit der Londoner Agentur Ten Toes Media enthüllt. Für umgerechnet drei Millionen Euro pflegt die Firma über einen Zeitraum von 22 Monaten diverse Social-Media-Kanäle der Fifa und Infantinos persönlichen Instagram-Account.

Unmittelbar nach der WM überraschte Infantino die Welt dann mit einem Plan, der offenbar bereits Monate vorher erdacht worden war, mit maßgeblicher Hilfe der US-amerikanischen Großbank J. P. Morgan.

Die Fifa wollte demnach ihren größten Vermögenswert verkaufen, die Weltmeisterschaften. Die kommerziellen Rechte sollten an eine Tochtergesellschaft namens Fifa Forward Enterprise (FFE) ausgelagert werden. 20 Prozent der Anteile sollten an private Investoren gehen, unter anderem an einen erst im April aufgetauchten Fonds von Joshua Kushner, Bruder von Trumps Schwie-

gersohn Jared Kushner, der gemeinsam mit Infantino auf Reisen von Trump unterwegs war. Infantino setzte den Fifa-Mitgliedern eine Frist. Bis zum 19. September sollten sie entscheiden, ob sie seinem Plan zustimmen. Verbunden war der Vorschlag mit einem Angebot von insgesamt 86 Millionen Dollar pro Nationalverband bis ins Jahr 2038, inklusive einer Signing Fee.

Wie die Londoner »Times« berichtete, war geplant, dass Infantino nach seiner letzten Amtszeit als Fifa-Präsident ab 2031 die Rolle eines FFE Commissioners übernimmt, für mehrere Dutzend Millionen Dollar jährlich. Zum Vergleich: Als Fifa-Präsident bekam er 2025 etwas mehr als fünf Millionen Euro. Die Frage, wer aus Infantinos innerem Kreis in der Fifa-Administration davon Kenntnis hatte, entwickelt sich zu einem juristischen Krimi. Bisher hat sich niemand dazu bekannt.

Die weltweite Empörung über den Investorenplan schien Infantino anfangs kaum zu beeindrucken. Noch am 27. Juli zog der Fifa-Präsident auf Instagram, seinem bevorzugten Kanal, über seine medialen Kritiker her. Er wetterte gegen jene »hinter ihren Stiften und Blättern, hinter ihren Bildschirmen, von wo aus sie Hass und falsche Gerüchte verbreiten«.

Am 28. Juli verschickte die Fifa-Administration Briefe an die 211 Mitglieder in aller Welt. Noch bevor alle Nationalverbände die elektronische Post gelesen hatten, wurde das Material geleakt. Das Medienfeuer begann, Fußballfunktionäre wie der spanische Ligachef Javier Tebas kündigten Widerstand an.

Eine Dringlichkeitssitzung jagte seither die nächste, in den Vorständen von Nationalverbänden, in Ligen, in den sechs kontinentalen Föderationen und anderen Institutionen.

Am 30. Juli verkündeten die 55 europäischen Verbände, in der Uefa vereint, sie würden alle Fifa-Wettbewerbe boykottieren, falls Infantino an seinem Plan festhalte.

Am selben Tag sandte die Fifa ausgewählten Agenturen eine Machbarkeitsstudie zum Projekt WM-Ausweitung. Nicht mehr 48 Mannschaften, wie noch beim Turnier in

den USA, Kanada und Mexiko, sondern 64 sollen künftig teilnehmen, gültig ab 2030.

Infantino hatte diesen Plan nach großem Widerstand schon einmal stoppen müssen, so wie er 2019 einen ersten spektakulären Investorenplan beerdigen musste. Noch vor Erreichen der Deadline für die Unterschriften der Nationalverbände wollte er eine Art Gutachten für die WM-Aufblähung präsentieren – und damit Stimmen gewinnen.

Die Vergrößerung von Weltmeisterschaften ist, ebenso wie die Erhöhung von sogenannten Entwicklungshilfefonds oder die Zahlung von Tantiemen an die Mitgliedsverbände, ein bewährtes Mittel, um sich Stimmen zu sichern.

Auch Infantinos Vorgänger João Havelange aus Brasilien und Joseph Blatter, der aus dem Nachbarort von Infantinos Heimatstadt Brig in der Schweiz stammt, haben das Jahrzehntelang so gehalten.

Das Förderprogramm, nun Fifa Forward genannt, bringt jedem Nationalverband derzeit jährlich zwei Millionen Dollar ein, Deutschland ebenso wie jedem kleinen Inselstaat im Pazifik. Alle Mitglieder haben eine Stimme auf Fifa-Kongressen, unabhängig von der Größe ihrer Verbände, an diesem Prinzip wird auch diesmal nicht gerüttelt.

16 Mannschaften mehr, die bei der WM 2030 teilnehmen dürfen, das würde bedeuten: vier weitere Vorrundengruppen. Bislang soll in Paraguay, Argentinien und Uruguay je ein Vorrundenspiel stattfinden, Portugal, Spanien und Marokko richten danach das Gros des Turniers aus.

Bei einer WM-Erweiterung könnten die südamerikanischen Nationen, die ohnehin hinter Infantino stehen, je eine komplette Vorrundengruppe austragen. Das würde die Allianz stärken und den Funktionären in den betreffenden Gastgeberländern märchenhafte Zusatzeinnahmen bieten.

Für Marokko geht es vor allem darum, 2030 das WM-Finale auszutragen, in einem Stadion, das zurzeit in der Nähe von Casablanca entsteht und die größte Fußballarena der Welt werden soll.

Nicht zufällig ließ Infantino Mitte der Woche seine wichtigsten Manager zur Krisensitzung nach Marokko einfliegen. Da hatte es bereits erste Absetzbewegungen gegeben. Generalsekretär Mattias Grafström war ebenso auf Distanz gegangen wie Betriebschef Kevin Lamour.

Der Franzose sagte sich von seinem Präsidenten los, dem er schon 2015/16 im ersten Wahlkampf gedient hatte. In einer Rundmail an die Belegschaft erklärte er, die Fifa-Mitarbeiter seien getäuscht worden

»Verachtung und Einschüchterung«

Kevin Lamour, Fifa-Mitarbeiter, in einer Rundmail

und verdienten Besseres als »Verachtung und Einschüchterung«.

Am 31. Juli verschickte eine Kanzlei aus New York, Dechert LLP, im Auftrag der Uefa drastische Forderungen an Infantino, verbunden mit einem Ultimatum. Verlangt wurde die umgehende Sicherstellung sämtlicher Dokumente zum Themenkomplex FFE – einschließlich E-Mails, Nachrichten aus Messengerdiensten, Kalendereinträgen sowie Metadaten, ausdrücklich auch auf privaten Endgeräten.

Dechert drohte rechtliche Schritte, Schiedsverfahren und behördliche Beschwerden an und warnte davor, Beweismittel zu vernichten. 18 Personen wurden aufgeführt, die als Infantinos Mitwisser in Betracht kommen.

Erstaunlich ist, wer auf dieser Liste fehlt: Infantinos Büroleiter Federico Raviglione beispielsweise. Auch Infantinos Berater Carlos Cordeiro wurde nicht genannt, ein amerikanischer Ex-Investmentbanker, der gleichzeitig für die WM-Taskforce von Trump als Senior Advisor tätig war.

Cordeiro ist inzwischen als Infantinos Berater zurückgetreten. Von den Plänen, behauptet er, habe er nichts gewusst.

In der Nacht zum 1. August verkündete die Fifa den Rückzug von den FFE-Plänen. Das Projekt habe zu »Spaltungen geführt« und werde nicht weiterverfolgt.

Seitdem geht es für Infantino nur noch darum, seinen Posten zu retten.

* Mit First Lady Melania Trump, Infantino-Ehefrau Leena al-Ashqar, PSG-Präsident Nasser Al-Khelaifi beim Klub-WM-Finale Paris Saint-Germain gegen Chelsea FC im MetLife Stadium in East Rutherford, New Jersey, am 13. Juli 2025.

Als Verhandlungsmasse kommt ein anderes Mega-Event ins Spiel.

Lange Zeit interessierte das Fifa-System weltweit nur wenige Journalisten und Medien. Das änderte sich am 2. Dezember 2010, als die Entscheidung fiel, Russland und Katar zu WM-Gastgebern 2018 und 2022 zu machen. Seither kritisieren viele die Fifa nicht mehr nur als korrupt, sondern als mafios. Eine Sichtweise, die einige Jahre später auch die Justiz teilte: Am frühen Morgen des 27. Mai 2015 wurden in Zürich Fifa-Führungskräfte verhaftet. Das amerikanische Department of Justice veröffentlichte die erste Anklageschrift auf Grundlage eines Gesetzes zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

Infantino war damals noch Generalsekretär der Uefa; er witterte seine Chance. Es kam zu Geheimtreffen mit Vertretern der Schweizer Justiz, auch mit dem Bundesanwalt, unter anderem im Gebäude der katarischen Botschaft in der Schweiz.

Im Herbst 2015 wurden Fifa-Präsident Blatter und dessen Kronprinz suspendiert: Uefa-Präsident Michel Platini, damals noch Infantinos Boss.

So kam Infantino ein halbes Jahr später ins Amt. Er war der größte Nutznießer der Fifa-Strafvermittlungen in den USA. In den Jahren danach gestaltete er die Fifa nach seinen Vorstellungen um und stoppte

jeden Versuch, echte Reformen umzusetzen.

Infantino konnte das tun, weil nur aus einem winzigen Teil der 211 Nationalverbände ernsthafter und konsequenter Widerstand kam. Nicht aus Deutschland, aber beispielsweise aus Norwegen, wo mit Präsidentin Lise Klaveness eine Frau regelmäßig couragiert Widerspruch einlegt.

Die Fifa und weite Teile der Konföderationen und Mitgliedsverbände werden inzwischen von Geld aus Katar und Saudi-Arabien dominiert. Die arabischen Nachbarn liefern sich seit Jahren einen Wettbewerb um die Herrschaft in der Fußballbranche.

Saudi-Arabien hat den vor einem Vierteljahrhundert entwickelten Plan Katars kopiert und richtet 2034 die Weltmeisterschaft aus. Beide Länder unterstützen Infantino. Solange sich das nicht ändert, sind die 106 Stimmen, die Infantino im März für eine Wiederwahl bräuchte, noch immer im Bereich des Möglichen.

Die Uefa unter ihrem slowenischen Präsidenten Aleksander Čeferin will das verhindern. Dabei steht die Uefa selbst unter Katars Einfluss. Mit Nasser Al-Khelaifi hat sie sogar einen der Architekten des katarischen Sportimperiums in ihrem Vorstand.

Der ehemalige Tennisprofi ist ein Freund des Emirs. Er diente im Rang eines Ministers, ist Chef zahlreicher Firmen und Institutionen des gewaltigen katarischen Sportkonglomerats: beispielsweise von Paris Saint-Germain, das zuletzt zweimal die Champions League gewann, und natürlich der Qatar Sports Investments des Emirs.

Der Emir von Katar hat das Schicksal Infantinos in der Hand. Wenn er ein solches Signal geben würde, wäre Infantino erledigt, und Nasser Al-Khelaifi könnte Fifa-Präsident werden. Der hat nicht nur die Mehrheit der Uefa hinter sich, sondern auch weite Teile der Konföderationen in Nord- und Südamerika, Afrika und Asien.

Seit Jahrzehnten investiert Katar strategisch in Fußballmärkte und -verbände. Schon 1998 und 2002 war es Katar, das zwei harte Fifa-Wahlkämpfe für den damaligen Favoriten des Emirs, Tamims Vater Hamad, entschied. Nutznießer damals: Joseph Blatter. Die Saudis könnten einen Sieg eines katarischen Kandidaten kaum verhindern. Die Frage ist nur, ob Katar einen Sieg Khelaifis überhaupt will.

Vielleicht ist etwas anderes viel wichtiger für das winzige Emirat. Hier nämlich kommt als Verhandlungsmasse ein anderes Mega-Event ins Spiel, das Katar noch nicht hatte, aber seit zwei Jahrzehnten anstrebt: die Olympischen Sommerspiele 2036.

Gut möglich, dass Gianni Infantino noch einmal wichtig sein wird für Katar. Der Emir gehört ebenso wie Infantino dem IOC an. Solange Tamim bin Hamad Al Thani zu ihm hält, ist Infantino nicht verloren.

Jens Weinreich

Fußballfreunde Trump, Infantino*: Vom sportpolitischen Gipfel in Richtung Abgrund



Adil Benayache / picture alliance



◀ Randsportart

Ein antriebsloses Gefährt selbst zusammenbauen und dann auf abschüssigem Gelände Fahrt aufnehmen – dem Seifenkistenrennen geben sich vorwiegend Kinder und Jugendliche schon seit mehr als 100 Jahren hin. 60 Kilometer pro Stunde sind diese kleinen Automobile wie hier in London oft schnell. Seinen Namen hat der Sport wegen der hölzernen Verpackungskisten für Seifen erhalten, die in den USA häufig als Grundgerüst für die wilden Modelle dienten. Dort findet in Ohio seit 1934 jährlich das »Soap Box Derby« statt. MFU

HALTUNGSNOTE

»Gebt niemals auf!«

Louise Hoskins hat Sportgeschichte geschrieben. Es ist keine Geschichte, die in Schlagzeilen um die Welt geht, aber eine, die Mut macht.

Hoskins spielt Bowls, ein Sport, der mit dem Boccia-Spiel verwandt ist. Aufgabe ist es, seine Kugeln näher am Ziel zu platzieren als das gegnerische Team. Dazu ist Präzision nötig statt Kraft, es geht um Ruhe statt Chaos.

Bei den Commonwealth Games in Glasgow siegte die Australierin Hoskins nun im Paarwettbewerb gemeinsam mit ihrer Mitspielerin Serena Bonnell in der Para-Kategorie B6-B8 für Menschen mit physischen Einschränkungen. »Es ist unglaublich, ich muss mich selbst kneifen, um es zu glauben«, sagte sie nach dem Finale gegen das neuseeländische Weltmeisterduo von 2023. Mit 76 Jahren und 173 Tagen ist Hoskins die älteste Goldmedaillengewinnerin des traditionsreichen Sportevents, bei dem sich alle vier



Louise Hoskins gewann bei den Commonwealth Games die Goldmedaille im Para-Bowls. Das feierte die 76-Jährige mit ein paar Drinks.

Jahre die besten Sportlerinnen und Sportler aus dem Commonwealth of Nations treffen. 2026 nahmen 74 Teams daran teil.

Für Hoskins ist ihr Sieg ein Signal: »Das zeigt doch, dass es jeder schaffen kann.« Im Finale war sie die spielbestimmende Akteurin, den entscheidenden Versuch machte dann Bonnell, 44, unter Mithilfe ihrer routinierten Mitspielerin. »Louise hat mich beruhigt und mir den Rücken gestärkt. Das hat gereicht, damit ich den Ball spielen und das Spiel gewinnen konnte«, sagte die Goldgewinnerin.

Dem Titel folgte der Genuss. Auf die Frage, wie sie feiern wolle, merkte Hoskins an, dass Bonnell ihr noch ein paar Drinks schuldig sei. Welche genau? »Was auch immer Serena mir spendieren wird«, sagte die 76-Jährige lachend.

Und schob einen Ratschlag an die Sportjugend nach: »Gebt niemals auf!« MFU

SPIEGEL-VERLAG
Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

TELEFON +49 (0) 40 3007-0
FAX -2246 (Verlag) / -2247 (Redaktion)
FAX MAIL spiegel@spiegel.de

WEBSITE spiegel.de
INSTAGRAM instagram.com/spiegelmagazin
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTION Dirk Kurbjuweit (V.i.S.d.P.), Thorsten Dörting, Cordula Meyer

LEITENDE REDAKTEURE Editorial Desk: Judith Horchert, Barbara Hardinghaus, Alexander Neubacher, Hendrik Tarnieden, Oliver Trenkamp, Stefan Weigel. **Managing Editor:** Birger Menke, Bente Kirschel (Geschäftsführende Redakteurin). **Leiterin Derivate:** Dr. Susanne Weingarten. **Redaktionelle Entwicklung:** Matthias Streitz

CHEFS VOM DIENST **Leitung:** Patricia Dreyer, Malte Müller-Michaelis, Jörn Sucher, Anselm Waldemann (stell.). **CvD Digital:** Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Kevin Hagen, Björn Hengst, Olaf Kanter, Sabrina Knoll, Nicolai Kwasniewski, Florian Merkel, Charlene Opstensteinen, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü, Daniel Raacke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION Susanne Beyer (SPIEGEL-Solutions), Anna Claauß, Ulrich Fichtner, Lothar Gorriss, Marc Hujer, Stefan Kuzmany, Thomas Schulz, Dr. Markus Verbeet

NEWS **Leitung:** Janko Tietz, Benjamin Schulz (stell.); Henrik Bahlmann, Anna Ehlebracht, Malte Göbel, Miriam Khan, Charlotte Luder, Jonas Mielke, Jan Petter, Florian Pütz, Sven Scharf, Elisa Schwarze, Kim Staudt, Sebastian Stoll, Anastasia Trenkler, Nadine Wolter

HAUPTSTADTBÜRO **Leitung:** Christoph Hickmann, Roland Nelles, Maria Fiedler (stell.), Marina Kormbaki (stell.). **Redaktion:** Sophie Garbe, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Fabian Hillebrand, Paul Antan Krüger, Ann-Katrin Müller, Andreas Niesmann, Anna Reinmann, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Teems, Severin Welland. **Autoren, Reporter:** Deike Diening, Markus Feldenkriegen, Sebastian Fischer, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Philipp Wittrock

Politik Hamburg: Felix Keßler, Marc Röhligh

DEUTSCHLAND **Leitung:** Anke Dürr, Sophia Schirmer, Marcus Krämer (stell.), Guido Mingsels (stell.), Ansgar Siemens (stell.). **Redaktion:** Birte Bredow, Lisa Duham, Fiona Ehlers, Silke Fokken, Kathrin Fromm, Hubert Gude, Kristin Haug, Dr. Armin Himmelrath, Levin Kubeth, Annette Langer, Katrin Langhans, Christopher Piltz, Swantje Unterberg, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. **Investigativ/Innere Sicherheit:** Wolf Wiedmann-Schmidt, Astrid Geisler; Susanne Amann, Maik Baumgärtner, Sven Becker, Lukas Eberle, Roman Höfner, Philipp Kollenbroich, Ulrich Kraetzer, Sven Röbel, Fidelius Schmid, Sara Weiss

Autoren, Reporter: Jürgen Dahlkamp, Julia Jüttner, Dr. Klaus Wiegrefe. **Berlin:** Frauke Böger, Florian Kistler, Juliane Löffler, Hannes Schrader

WIRTSCHAFT/NETZWELT **Leitung:** Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Stefan Kaiser, Cornelia Schermagel, Simon Hage (stell.). **Redaktion:** Vicky Bargel, Dr. Philip Bethge, Benjamin Böcker, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Grike, Max Hoppenstedt, Heinrichs (Teamleitung Netzwerk), Henning Jauernig, Dr. Matthias Kaufmann, Katharina Koerth, Matthias Kemp, Martin U. Müller, Nicola Naber, Alexander Preker, Stefan Schult, Tim Staudt, Udo Tricht. **Autoren, Reporter:** Markus Becker, David Böcking, Angela Gruber, Alexander Kühn, Christian Reiermann, Marcel Rosenberg

Berlin: Markus Dettmer, Michael Kröger, Thilo Neumann, Gerald Trautfeiler (Chefreporter)

AUSLAND **Leitung:** Mathieu von Rohr, Özlem Topçu, Maximilian Popp (stell.), Julia Prossinger (stell.), Kurt Stukenberg (stell.). **Redaktion:** Mohannad Alkhalil Alnajjar, Ann-Dorit Bui, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Georg Fahrion, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Serafin Reiber, Anna-Sophie Schneider. **Autoren, Reporter:** Alexandra Berli, Christian Esch, Susanne Koelb, Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Juliane von Mittelstaedt, Nadia Pantel, Christoph Reuter, Britta Sandberg, Alexander Sarovic, Fritz Schaap

WISSEN **Leitung:** Julia Merlot, Katja Thimm, Patrick Beuth (stell.). **Redaktion:** Marco Evers, Anika Freier, Johann Grolle, Arvid Hattsch, Marc Hasse, Lukas Kissel, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Köppe, Martin Schlack, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). **Autoren, Reporter:** Jörg Blech, Maik Großekathöfer, Christoph Seidler, Olaf Stampf, Antje Windmann

Berlin: Susanne Götzte, Kerstin Kullmann, Alina Schadwinkel

KULTUR **Leitung:** Philipp Oehmke, Eva Thöne, Elisa von Hof (stell.), Anton Rainer (stell.). **Redaktion:** Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Katharina Stiegelmann. **Autoren, Reporter:** Laura Backes, Andreas Borcholte, Xaver von Cranach, Sebastian Hammehle, Michail Hengstenberg, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito. **Berlin:** Lars-Olav Beier, Matern von Boeselager, Tobias Rapp, Jurek Skrobala

REPORTER **Leitung:** Özlem Gezer, Christoph Scheuermann, Felix Dachsel (stell.). **Redaktion:** Nora Gantenbrink, Sylvie Gühmann, Julia Kopatzki, Jonah Lemm, Timofey Neshitov, Dailia Neufeld, Max Polonyi, Cathrin Schmiegke, Jonathan Osang. **Autoren, Reporter:** Frauke Hunfeld, Alexander Osang

SPORT **Leitung:** Hauke Goos, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stell.). **Redaktion:** Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Marco Fuchs, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Jonas Kraus, Marvin Rishi Krishan, Jochen Leffers, Daniel Montazeri, Gerhard Pfeil, Jörg Römer, Tobias Scharnagl, Annika Schultz, Cedric Voigt

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Friederike Freiburg, Lena Greiner, Maximilian Rau, Anne Seith. **Tests:** Markus Linden

MEINUNG & DEBATTE **Leitung:** Ralf Neukirch, Katrin Elger (stell.). **Redaktion:** Tom Franke, Swantje Karth, Martina Kix (Teamleitung), Charlotte Klein, Hannah Pilarczyk

LEBEN **Leitung:** Ayla Kiran, Frauke Lüpke-Narberhaus, Helene Endres (stell.), Mike Laurenz (stell.). **Redaktion:** Julian Ab, Irene Berres, Antje Blinda, Christopher Bonnen, Franziska Bulban, Markus Deggerich, Tanya Falencyk (Teamleitung Start), Helene Flachsenberg, Florian Gontek, Dr. Veronika Hackenbroch, Lukas Hillebrand, Katharina Höller, Maren Hoffmann, Maren Keller, Heike Klover, Eva Lehnen, Dr. Heike Le Ker, Philipp Löwe, Benjamin Maack, Franco Quecke, Claudio Rizzello, Marthe Ruddat, Sandra Schulz, Julia Stanek, Markus Sutura, Verena Töpper, Nina Weber, Hanna Zobel. **Autoren:** Jule Luteroth, Marianne Wellershoff von Bredow

GESCHICHTE **Leitung:** Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Felix Bohr (stell.). **Redaktion:** Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Frank Patalong, Frederik Seeler, Frank Thadeusz. **Autorin:** Rafaela von Bredow

CROSSMEDIA **Leitung:** Carolin Katschack, Anne Martin, Johanna Röhr, Aleksandra Janewska (stell.), Leonie Voss (stell.). **Redaktion:** Elena Bok, Benjamin Braden (CvD), Sven Christian, Dennis Duermeyer (Teamleitung), Philipp Dreyer, Benjamin Eckert, Philipp Fackler, Simon Garschhammer, Jannis Große, Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Lucia Heisterkamp, Maria Herbst, Olaf Heuser, Kim Höbel, Florian Hofmann, Martin Jäschke (CvD), Amrei Jöns-Anders (CvD), Lenne Kaffka, Marco Kaseg, Andreas Landberg, Fabius Leibrock, Sebastian Maas, Petra Maier, Marius Mestermann (Teamleitung), Annina Metz, Jonathan Miske, Julia Parker, Julia Partimo, Fabian Pieper, Rachel Pouplier, Jerrit Schmidtke, Alexander Schmitt, Mathis Schneider, Dirk Schulze (CvD), Maximilian Sepp, Sandra Sperber, Maria Steffens, Regina Steffens, Martin Sümming (CvD), Christian Weber, Sebastian Wilke, Katharina Zingler

DATEN & VISUALISIERUNGEN **Leitung:** Dr. Matthias Stahl, Klaas Neumann (stell.), Patrick Stotz (stell.); Anna Behrend, Helen Bielawa, Guido Grigat, Max Heber, Ferdinand Holsten, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Nina Krug, Chris Kurt, Niklas Marienhausen, Dawood Oghad, Marcel Pault, Bernhard Riedmann, Anna-Lena Schou, Achim Tack, Alexander Trempler, Rina Wilkin, Christoph Winterbach, Mascha Zuder

DEIN SPIEGEL **Leitung:** Bettina Stiebel, Alexandra Klaußner (stell.). **Redaktion:** Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Pelle Kohrs, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gardet Afeis, Esther Bloch, Gesine Block, Regine Brandt, Ursula Junger, Birte Kaiser (Teamleitung), Dörte Karsten, Sylke Kruse, Stefan Moos, Sandra Pletsch, Fred Schlottberger, Sandra Waage

PRODUKTION **Leitung:** Angela Ölscher, Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Linda Grimmerke, Julia Kemp, Gesche Sager, Stefan Schütt, Martina Treumann, Holger Uhlig, Valerie Wagner, Katrin Zabel

BILDREDAKTION **Leitung:** Maxim Sergienko, Nicole Neumann (stell.); Claudia Apel, José Blanco, Tinka Dietz, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Niklas Hauser, Signe Heldt, Daniel Hofmann (Teamleitung), Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Carolin Klemm, Theresa Lettner, Parvin Nazemi, Daniel Nide, Inka Recke (Teamleitung), Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Henriette Simons (Teamleitung), Anke Wellnitz, Lennart Wock. **Mail:** foto@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

DESIGN **Leitung:** Jens Kuppi (Art Director), Ann-Kristin Köhn (stell.); Lisa Debacher, Sarah Dillon, Lynn Dehmann, Bettina Fuhrmann, Lina Grage, Fabian Greve, Lennart Hespeneide, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Dagmar Nothjung, Franziska Palma, Kamila Ramezani, Lea Rossa, Marco Stede

TITELBILD **Teamleitung:** Johannes Unselt; Suze Barrett, Torben Bockholt, Pia Marx

KORREKTORAT **Leitung:** Sebastian Hofer; Dr. Sebastian Bartsch, Bastian Bredtmann, Thomas Fuchs, Claudia Garcia, Matthias Reisner, Barbara Schulz-Kamm, Catrin Zander

SEO **Teamleitung:** Insa Winter; Alexandra Knappe, Bastian Madsch, Veronika Silberg, Heiko Stammel

REDAKTIONSVERTRETUNGEN **DEUTSCHLAND**

Berlin Katharina-Paulus-Straße 2, 10557 Berlin, Tel. 030 886668-100

Dresden Carlotta Böttcher, Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

Düsseldorf Markus Böhm, Alexander Demling, Tobias Großekemper, Torsten Klein, Miriam Olbrisch, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

Frankfurt am Main Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellnerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

Karlsruhe Dietmar Hipp, Stephaniestraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

Leipzig Peter Maxwell, Postfach 310315, 04162 Leipzig

München Jan Friedmann, Martin Hesse, Maria Marquart, Katherine Rydlink, Timo Schober, Kathrin Werner, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 45459510

Baden-Württemberg Christine Keck

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/ KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

Bangalore Laura Höflinger

Boston Dr. Claus Hecking

Brüssel Timo Lehmann, Benedikt Müller-Arnold, Rue Le Tiliën 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, nv.brussel@spiegel.de

Kairo Dunja Ramadan

London Christoph Giesen

Los Angeles Jonas Leppin

Mexiko-Stadt Jens Glüsing (frei)

Moskau Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

Nairobi Muriel Kalisch

New York Nicola Abé, Marc Pitze

Paris Leo Klimm, René Pfister

Peking Bernhard Zand, Maria Stöhr

Rom Frank Hornig

San Francisco Simon Bok

Sydney Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

Tahiti Holger Dambeck

Taipeh Cornelius Dieckmann

Tel Aviv Thore Schröder

Washington Julia Amalia Heyer, Britta Kollenbroich, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

Wien Jörg Schindler

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Dr. Andreas Bernard, Marian Blasberg, Christo Buschke, Anno Frank, Christo Grozev, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Florian Haug, Katharina Kort, Jasmin Löhrchen, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Ron Ulrich

DOKUMENTATION **Leitung:** Cordelia Freitwald, Kurt Jansson, Dr. Julia Lange (stell.), Dr. Gerret von Nordheim (stell.); Zahra Akghar, Nikolai Antoniadis, Dr. Sumita Arp, Dennis Barg, Lars Böhm, Eva Bräth, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltschig, Catrin Fandja, Dr. Matthias Fett, Jannis Frach, Leonie Charlotte Geiger, Janine Große, Imko Haan, Chris Häuser, Asia Haidar, Thorsten Hagke, Dr. Dorothee Heinicke, Susanne Heitker, Carsten Heilberg, Stephanie Hoffmann, Jonas Huggins, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Roman Kierst, Anna Köster, Ines Köster, Mara Küpper, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Anna Sophia Martin, Dr. Andreas Meyhoff, Marvin Milatz, Cornelia Moormann, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Sara Maria Ringer, Friederike Röhreke, Dr. Eva Saß, Andrea Sauerbier, Mirjam Schlossarsak, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Ulla Siegenthaler, Melike Stapf, Tuško Steinhoff, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Louisa Uzuner, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

ANZEIGEN Britta Ermrich
Anzeigenpreisliste 2026
Mediaunterlagen: www.spiegel.media,
www.igmedia.de

VERTRIEB Torben Sieb

HERSTELLUNG Silke Kassuba

DRUCK Mohnd Media Gütersloh



MIX
Papier
FSC® C011124

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

SERVICE

LESERBRIEFE

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbrieft, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbrieft@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

HINWEISE FÜR INFORMANTEN

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

OMBUDSSTELLE Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de.

Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter: hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

REDAKTIONELLER LESERSERVICE Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966 Mail: leserservice@spiegel.de

NACHDRUCKE IN MEDIEN ALLER ART Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

NACHBESTELLUNGEN SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter shop.spiegel.de innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

HISTORISCHE AUSGABEN Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

ABONNEMENT FÜR BLINDE Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

ABONNEMENTSPREISE Inland: 52 Ausgaben € 358,80, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 218,40, Auslandspreise auf Anfrage, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

ABONNENTENSERVICE Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070 Mail: aboservice@spiegel.de

ABONNEMENTSBESTELLUNG

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

- ☐ für € 6,90 pro gedruckte Ausgabe
- ☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur gedruckten Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69)

Der Bezug ist monatlich kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten
Straße, Hausnummer oder Postfach
PLZ, Ort
Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



Nirmal Purja

* 25.7.1983 † 30.7.2026

Er kam in Nepal zur Welt, wuchs aber nicht in den Höhen des Himalaja auf, sondern im flachen Chitwan-Distrikt. Vor seiner Bergsteigerkarriere diente Nirmal Purja beim Militär. Er arbeitete sich hoch, schaffte es in eine britische Spezialeinheit und erhielt die britische Staatsangehörigkeit. Dann entdeckte er sein großes Talent: schnell auf hohe Berge klettern. Im Jahr 2014 stand er erstmals auf einem Achttausender. Fünf Jahre später startete Purja ein beinahe wahn-sinniges Projekt: Innerhalb von sieben Monaten wollte er alle 14 Achttausender der Erde erklimmen. Er schaffte sein Vorhaben – Netflix machte eine Doku daraus. Es wurde ein dramatischer Film, man sieht, wie Purja einen Menschen rettet, aber auch, wie ein verunglückter Alpinist in seinen Armen stirbt. Der Bergsteiger verwendete bei seinem Rekord Flaschensauerstoff, manche Alpinisten belächelten seine Leistung deshalb, zum Star wurde er dennoch. Und zum Vorbild: Purja bewies, wozu Bergsteiger aus Nepal fähig sind, die in den Medien oft nur als Helfer westlicher Alpinisten wahrgenommen werden. »Die Bergsteiger von Nepal waren schon immer die Pioniere der Achttausender. Aber sie haben nie den Respekt bekommen, den sie verdienen«, sagte Purja. Nach seinem Sturm auf alle Achttausender jagte er weiter Rekorde. Womöglich wurde ihm das zum Verhängnis. Purja war mit neun anderen Bergsteigern am Broad Peak in Pakistan. Er wollte den Berg besteigen, weil er der erste Mensch werden wollte, der zweimal ohne Flaschensauerstoff auf allen Achttausendern war. Dann geriet die Gruppe in eine tödliche Lawine. Nirmal Purja starb im Alter von 43 Jahren. KJO

Monika Helfer

* 18.10.1947 † 2.8.2026

Beim Schreiben sei es ein Problem, dass sich die Erinnerung wenig um Chronologie schere: »Ich springe in den Zeiten«, schrieb sie. Und: »Wer meine Geschichte liest, muss sich damit abfinden, darum bitte ich.« Es war nicht schwer, Monika Helfer diese Bitte zu erfüllen. Man ist ihrer Stimme in den autofiktionalen Romanen über ihre Familie gern in jeden Winkel der Erinnerung gefolgt. Helfer schrieb nie voyeuristisch, ihr Blick war ein liebevoller, kein naiver. Sie wurde im österreichischen Vorarlberg geboren. Ihre Mutter starb, als sie und ihre Geschwister klein waren. Sie heiratete jung, bekam mit Anfang 20 das erste Kind. Es folgte ein zweites, eine Affäre mit ihrem jetzigen Mann, die Scheidung ihrer ersten Ehe. Mit dem Autor Michael Köhlmeier bekam sie zwei weitere Kinder. Geschrieben hat sie in dieser Zeit meistens nebenbei, auf Zetteln. »Das fühlte sich manchmal sogar ein bisschen verboten an«, erzählte sie dem SPIEGEL. Zwar veröffentlichte Helfer Jugendbücher, Romane, Theaterstücke. Aber der Durchbruch auf die Bestsellerlisten kam spät, 2020, mit über 70 Jahren und ihrer »Bagage«, einem Buch über ihre Großeltern. Es folgten weitere, gern hätte man noch mehr Räume ihrer Erinnerung erkundet. Monika Helfer starb im Alter von 78 Jahren überraschend nach einem Sturz. EVH

Uwe-Karsten Heye

* 31.10.1940 † 30.7.2026

Als Gerhard Schröder ihn 1998 zu seinem Regierungssprecher machte, galt dies als Signal dafür, dass der neu gewählte sozialdemokratische Bundeskanzler das Amt aufwerten wollte. »Er spricht nicht nur, er darf auch denken«, schrieb die »Süddeutsche Zeitung« damals über Uwe-Karsten Heye. Der enge Vertraute Schröders galt als Intellektueller und hatte bereits in dessen Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident für ihn gearbeitet. Geboren im seinerzeit deutschen Sudetenland, hat Heye immer wieder die Seiten gewechselt: Er begann als Journalist, arbeitete dann für den damaligen SPD-Chef Willy Brandt, wechselte schließlich für einige Jahre zum ZDF, bis er bei Schröder anfang. Nach einer Wahlperiode als Regierungssprecher entdeckte Heye 2002, was man heute Work-Life-Balance nennt: Mit 62 Jahren wurde er noch einmal Vater und zog sich unter viel öffentlicher Kritik auf den glanzvollen, nicht allzu aufreibenden Posten des deutschen Generalkonsuls in New York zurück. Nachhaltig in Erinnerung geblieben ist der frühere Regierungssprecher mit einem Satz, den er, wieder in Deutschland, anlässlich der Fußball-WM 2006 in einem Radiointerview sagte. Er würde keinem, der eine andere Hautfarbe habe, raten, gewisse Orte in Brandenburg zu besuchen, so Heye: »Er würde es möglicherweise lebend nicht wieder verlassen.« Als Vorsitzender des Vereins »Gesicht zeigen!« engagierte sich Heye da für ein weltoffenes Deutschland. Schließlich wurde er 2006 Chefredakteur des SPD-Organs »Vorwärts«, von dem er hoffte, es möge sich auf seine Wurzeln als »Intelligenzblatt« besinnen. Uwe-Karsten Heye starb im Alter von 85 Jahren. SHA

PERSONALIEN

»Es wäre schön,
könnte die Liebe
alles besiegen«



Ruth-Maria Thomas, 32, hat zwei Romane über scheiternde Beziehungen geschrieben.

SPIEGEL: Frau Thomas, Vergil schrieb: »Die Liebe besiegt alles«. Was würden Sie antworten?

Thomas: Ich müsste ihm sagen, dass ich da nicht mitgehe. Leider. Ich glaube, Sozialisation, Herkunft, Macht und der Kapitalismus stehen über allem. Es wäre schön, könnte die Liebe das alles besiegen. Oft schafft sie es nicht.

SPIEGEL: Gibt es die Liebe nicht?

Thomas: Doch, aber wie ehrlich sie ist, das kommt stärker auf die Prioritäten an, als man denkt. Auf den Preis, den man bereit ist, für die Liebe zu zahlen. Und auf die Position, aus der man lieben kann. Wenn du unabhängig bist, gut vernetzt, finanziell abgesichert, gesund, dann kannst du anders »Ich liebe dich« sagen als jemand, der versucht, zu überleben oder seine Schulden abzubezahlen.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Roman »Die zweitgrößte Liebe« ringen der reiche Henry und die eher prekär lebende Michelle darum. Zu Beginn wirkten sie verliebt.

Thomas: Das sind sie auch. Sie sind wie zwei Puzzlestücke, die perfekt zueinanderpassen. Ich habe geweint beim Schreiben, als sich ihre Geschichte in eine andere Richtung entwickelte. ATZ



Lesen Sie das
gesamte Interview
auf SPIEGEL+



Die tollsten Arme der Welt

In der Regel bleibt sie unerkannt. Deshalb war die Stuntfrau **Devyn Dalton**, 35, so überrascht von der Aufmerksamkeit, die ihr zuteilwurde. Ihr Telefon sei heißgelaufen, sagte sie dem britischen »Guardian«. Was war passiert? Hollywoodstar Matt Damon hatte Daltons Namen in einem Podcast genannt und gesagt, sie habe »die tollsten Arme, die ich je gesehen habe«. Was ihn umso mehr freuen konnte, als Dalton sein Bodydouble in dem Blockbuster »Die Odyssee« war. Die 1,37 Meter große Dalton, in Kanada geboren und seit Kindheitstagen im Filmgeschäft, kämpfte als Odysseus gegen die gigantischen Laestrygonen. Damit der Größenunterschied zwischen dem griechischen Helden und den Kannibalen gut zur Geltung kam, musste das Double besonders klein sein. Dalton ist von Damons Lob naturgemäß begeistert, ihre Arme hätten jetzt wohl »einen eigenen Fanclub« sagte sie dem »Guardian«. Seit Längerem hofft sie, auch mal als Schauspielerin mit Text auftreten zu dürfen – ihre Stunts würde sie natürlich persönlich erledigen. KS



Sauerkraut, ein Boot und Aufmerksamkeit

Das legendäre Coachella-Musikfestival im kalifornischen Indio, in der Colorado-Wüste, ist das angesagte Szene-Happening für die Reichen und Schönen – und nun auch für das Schauspiel-Urgestein **William Shatner**, 95, bekannt als Captain Kirk. Nachdem Shatner erst kürzlich unter die Heavy-Metal-Musiker gegangen ist, hat seine Band The *uckers nun offenbar einen Auftritt bei einem der größten Musikevents der Welt ergattert. In einem Interview mit dem US-Nachrichtensender CNN sagte der langjährige »Star Trek«-Schauspieler, nach einem Auftritt beim Riot Fest in Chicago werde seine Band auch bei »dem in der Wüste« spielen. Seine Tochter Melanie Shatner Gretch bestätigte im selben Interview, dabei handele es sich um ein 30-minütiges Set beim vielleicht wichtigsten Festival 2027: Coachella. The *uckers haben bislang noch auf keiner öffentlichen Bühne gestanden – das Riot Fest im September wird das Debüt. Für den Auftritt hat William Shatner bereits einige Forderungen gestellt, die ihm als »Heavy-Metal-Rockgott« zustünden. Unter anderem solle die Stadt Chicago ihm zu Ehren ein Boot umbenennen, damit er endlich wieder Captain sein könne. Das Introvideo zu seinem Auftritt solle von der für ihre Geschmacklosigkeiten legendären Band Gwar gestaltet werden. Vom Veranstalter hätte er gern eine Schüssel Sauerkraut in seiner Künstlergarderobe, schrieb er. Was Shatner sich von den Coachella-Organisatoren wünscht, ist noch nicht bekannt. Bald soll auch ein erstes Album veröffentlicht werden: »What the F is Heavy Metal«. JAH

UND DAVON KANN MAN LEBEN?

Lifestyle statt Landnahme



Der sogenannte blutige Baron, der letzte Khan der Mongolei, hat ihr zu TikTok-Erfolg verholfen: 1,7 Millionen wollten sehen, wie **Leonie von Ungern-Sternberg**, 30, die Geschichte ihres Vorfahren erzählt. Mit ihren »Modern Baroness Diaries« hat die junge Madriderin aus ursprünglich deutsch-baltischem Adel dort mittlerweile über 133.000 Follower. Themen außerdem: Schminktipps und Schwangerschaft – bald steht die kirchliche Hochzeit an, mit einem bürgerlichen Mexikaner. Auf den mongolischen Thron werde sie allerdings keinen Anspruch erheben: »Ich bin nur ein Mädchen, das Matcha trinkt.« Wer eine schaurige Familiengeschichte hat, kann es sich eben leisten, mit Bescheidenheit zu kokettieren – und auf Social Media braucht eine Freifrau kein Land, sondern nur den richtigen Lifestyle. SHA

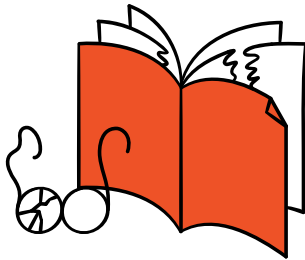


Über die Grenzen der Satire

Im August wird beim Edinburgh Fringe Festival in Schottland eine Frau auftreten, die bisher wenig Anlass zu heiteren Assoziationen gab: **Amanda Knox**, 39, will sich als Stand-up-Comedian versuchen und ihre Erfahrungen mit dem Mordfall Meredith Kercher thematisieren. Der Mord an der 21-jährigen Kercher in der italienischen Stadt Perugia hatte 2007 weltweit Schlagzeilen gemacht. Schnell geriet Knox – oft auch »Engel mit den Eisaugen« genannt – in Verdacht. Knox wurde in einem spektakulären Prozess zu einer langen Haftstrafe verurteilt, vier Jahre verbrachte sie in einem italienischen Gefängnis. 2015 wurde sie vom Vorwurf des Mordes vollständig freigesprochen. Als Mörder von Meredith Kercher gilt Rudy Guede. Die Angehörigen Kerchers werfen Knox vor, sie würde seit Jahren »Kapital aus dieser schmerzhaften Geschichte« schlagen. Zum Plan, bei dem Comedy-Festival aufzutreten, sagte der italienische Anwalt der Familie in »Corriere della Sera«: »Ich bin fassungslos, ebenso wie die Angehörigen dieses armen Mädchens.« Es schmerze sie nach wie vor, dass sie nie mit Kerchers Angehörigen sprechen konnte, sagte Knox dem britischen »Telegraph«. Die Kritik will Knox nicht nachvollziehen. Aus ihrer Sicht gebe es keine Themen, die bei Comedyprogrammen grundsätzlich tabu seien, sagte sie. Außerdem: »Ich mache keine Witze über Merediths Tod. Ich mache viele Witze darüber, wie ich diffamiert wurde, aber ich mache keine Witze über ihren Mord«, erklärte sie. Sie sei sich sicher, dass Kercher die Show lustig gefunden hätte. AKB

POSTEINGANG

UNSER KRITIKER



»Ist es das wert, so breit ausgetreten zu werden?«

Der Leser Holger Bode aus Norderstedt hat die Titelgeschichte aus Heft 31 über Aufstieg und Fall der Steakhaus-Dynastie Block kritisiert. Die stellvertretende Chefredakteurin Cordula Meyer hat ihn angerufen.

SPIEGEL: Herr Bode, Ihnen hat unser Titel zu Familie Block nicht gefallen. Was störte Sie?

Bode: Ein unsympathischer Patriarch hat dazu beigetragen, dass er mit einer zerrissenen Familie dasteht und seine Tochter vielleicht sogar ins Gefängnis muss. Ist es das wert, so breit ausgetreten zu werden?

SPIEGEL: In diesem Fall stecken zwei gesellschaftliche Themen. Einerseits der Streits ums Sorgerecht nach einer Scheidung, andererseits hat der Titel gezeigt, wie sehr dieser Konflikt beeinflusst ist von einem Kampf in der Familie um die Nachfolge im Unternehmen. Der Aufstieg und Niedergang von Familien ist ein Urthema, Gegenstand großer Literatur wie der »Buddenbrooks«.

Bode: Ich habe Eugen Block ein paarmal erlebt und finde, Sie haben da einiges richtig eingeschätzt, und ich habe das ja auch alles gelesen. Trotzdem abonniere ich den SPIEGEL, weil er für Freiheit, Gleichheit und Demokratie eintritt. Das kam mir in dem Heft einfach zu kurz.



BRIEFE

Laschet wäre besser

Nr. 32/2026 Titel: Die Palastrevolte

Warum hechelt der SPIEGEL (oder das Team Teevs/Hammerstein) geradezu Sommerloch-sensationslüstern hinter dem Internetsturm zur gegenwärtigen Kanzlerlage her? Lasst Merz doch endlich in ruhigeres Fahrwasser gelangen – der Herbst wird stürmisch genug.

Thomas Clemen, Norderstedt (Schl.-Holst.)

Merz erkennt im Gefolge der Palastrevolte nicht einmal, dass er als Verursacher des Scherbengerichts gilt, und interpretiert – wohl aus Eitelkeit – die fatale Aussprache mit seinen kritischen Parteigängern auch noch als respektvoll. Hatte er je eine Antenne für Sprache oder die Befindlichkeit der gefeuerten oder versetzten Amtsträger:innen? Mein Kompliment den Redakteuren Hammerstein und Teevs für die überzeugende Qualität ihrer symbolischen Grabrede. Isch over!

Siegfried Nicolay, Saarbrücken

Noch im November 2024 forderte Merz, Windräder wieder abzubauen. Aufgrund dieser Geisteshaltung ernannte er im April 2025 Reiche zur Wirtschafts- und Energieministerin, die daraufhin auf breiter Front die Fossilenergie begünstigte

und so die bisherige Klimaschutzpolitik beeinträchtigte. Allein in Anbetracht der nicht mehr zu leugnenden Klimaerwärmung erweist sich Reiches Energiepolitik als falsch, sodass eher sie als Spahn ihren Ministerposten hätte verlieren müssen.

Wolfgang Maucksch, Herrieden (Bayern)

Nichts gegen Kritik an Regierenden, aber warum versucht der SPIEGEL (neben Medien wie Fernsehen übrigens auch) die aktuelle Regierung kaputtzuschreiben? Und wundert sich dann noch, dass die Umfragewerte für die Regierung sinken und insbesondere die der »alternativen« Opposition steigen.

Ralf Hausmann, Braunschweig

Das sind alles nur Puzzleteile: das Chaos im Kabinett, das islamistische Attentat im Tiergarten, genereller Pessimismus, das Gefühl »so geht es nicht weiter« wird dazu führen, dass die AfD als letzte Hoffnung gesehen und gewählt wird, obwohl von der nichts Konstruktives kommt.

Jürgen Focke, Düsseldorf

Besser als der SPIEGEL kann man die Situation gar nicht beschreiben. Man wundert sich, was der Kanzler in wenigen Tagen so alles in die Grütze fahren kann. Laura Stroh Schneider, Landesvorsitzende der Jungen Union Brandenburg, hat es in ihrer Begründung für Rück- und Austritt in Brandenburg auch wunderbar auf den Punkt gebracht.

Jens Kunkel, Kronshagen (Schl.-Holst.)

Wäre Armin Laschet nicht über sein Lachen gestolpert, hätten wir jetzt nicht das ganze Theater, denn Herr Laschet wäre der bessere Kanzler.

Ralf Weber, Nürnberg

Vor knapp drei Jahren hatte ich mich sehr geärgert über Friedrich Merz' arrogante Herabwürdigung des damaligen

Bundeskanzlers Olaf Scholz: »Sie können es nicht! Sie sind ein Klempner der Macht!«, und dachte mir dabei, als ob der es besser könnte ... Und doch hätte ich nie gedacht, wie rasant schnell diese Diffamierung ihm vor die eigenen Füße fallen würde. Wenn er denn wenigstens Klempner der Macht wäre!

Klaus Schröder, Hamburg

Dass unser Bundeskanzler über mangelnde Erfahrung verfügt, weil er keine große Verwaltung und auch kein Unternehmen angeführt hat, wusste man schon vor seiner Wahl. Mit seinen 70 Jahren ist er eigentlich ein Novize. Dies zeigt sich in seinem bisherigen Handeln als Kanzler. Die aktuelle Rochade von Minister:innen und Staatssekretär:innen war alles andere als meisterlich. Zuallererst hätte er die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche ablösen sollen, denn sie macht eine rückwärtsgewandte Politik, wo doch Zukunftsorientierung gefragt ist. Für einen Wechsel des Bundeskanzlers kommen Daniel Günther und Hendrik Wüst infrage. Beide haben Führungsqualitäten. Beide Ministerpräsidenten können gut mit den Grünen regieren, und das ist angesichts der Stärke der AfD für eine Mehrparteienregierung sehr wichtig. Auf eine Beteiligung der CSU in einer neuen Bundesregierung könnte man verzichten, denn sie ist oft der Störenfried und Besserwisser.

Felix Kötting, Havixbeck (NRW)

Legalisierung der Droge Konsum

Nr. 31/2026 Der Kapitalismus braucht den Neid

Diesen Artikel habe ich im SPIEGEL nicht erwartet. Aber es spricht für die Vielfalt der Meinungen im SPIEGEL. Die Behauptung, die der Autor zu beweisen sucht, ist, dass der Kapitalismus den Neid braucht. Das ist längst bekannt. Aber brauchen und wollen die Menschen den Kapitalismus? So viele negative Eigenschaften hat die freie Marktwirtschaft: Ausbeutung, ungleiche Chancen, extre-

men Reichtum und extreme Armut, Umweltzerstörung durch exzessives Wachstum. Eigentlich hatten wir ja schon eine brauchbare Lösung gefunden, die all diese Nachteile mit dem einzigen Vorteil, nämlich der Motivation, in Einklang zu bringen versucht. Das ist die soziale Marktwirtschaft. Die war und ist nicht perfekt, aber der richtige Weg. Und sie sollte in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft weiterentwickelt werden.

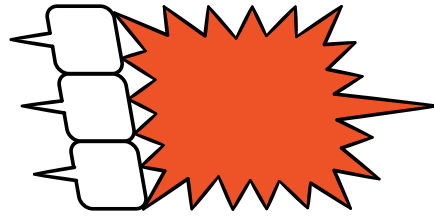
Adam Romoth, Starnberg (Bayern)

Toll, nun ist es also amtlich (vom SPIEGEL) reingewaschen: Neid und Habgier sind gar nicht so schlecht, ja geradezu notwendig für unsere Gesellschaft – also zumindest für den Kapitalismus. Mit der Legalisierung der Droge Konsum fühlt man sich als Abhängiger auch gleich viel besser. Dass wir mit dieser Einstellung neben hinderlichen Resten an menschlichem Miteinander und Sozialgefüge auch gleich die übrig gebliebene Natur und damit unsere eigenen Lebensgrundlagen mit entsorgen – egal. Dass Kapitalismus oder zumindest Eigennutz vor Gemeinnutz ein unumstößliches Gesetz der menschlichen Natur sein soll, ist wohl seit der Erfindung des Ackerbaus und des Eigentums in die vor allem westliche Kultur-DNA eingesickert. Ein Naturgesetz ist es sicher nicht. Gegenbeispiele zu gleichen, gerechten und naturverträglichen Gesellschaften gibt es in der Menschheitsgeschichte zuhauf. Vielleicht sollten wir lieber grundsätzlich infrage stellen, was aus der verzerrten Perspektive des Hier und Heute als normal erscheint?

Dr. Michael John, Berchtesgaden (Bayern)

Der Artikel umschifft geschickt die Probleme unserer Zeit. Die meisten Superreichen sind es nicht auf der Basis eines langen Tagwerks, wie die Adam Smithschen Bäcker und Fleischer. Sie leben im Luxus, kraft der Renditen ererbten Kapitals. Sie leisten für die von den Menschen benötigten Waren und Dienstleistungen nichts, ihre Gier ist

DEBATTE



Ist Infantino als Fifa-Chef noch tragbar?

2% Ja

Nein 98%

Stimmabgaben: 11.927

Täglich können Sie im Debatten-Ressort auf SPIEGEL.de über aktuelle Fragen diskutieren. Hier sind ausgewählte und gekürzte Antworten:

Ja

»Fußball ist keine Veranstaltung, bei der zweimal elf Freunde ein Spiel austragen, es ist ein Geschäft. Und dieses Geschäft muss Geld bringen. Infantino kann das.«

Christopher Seibel

Nein

»Wünschenswert wäre, dass die Verbände, die bereits blockieren, jetzt auch seinen Rücktritt fordern, und das mit Nachdruck – im Sinne von ›sonst beteiligen wir uns ebenso an keiner WM mehr‹.«

Markus Gellert

Sagen Sie auch digital
Ihre Meinung –
auf SPIEGEL Debatte:



DRAHT IN DIE REDAKTION

Welchem Thema sollte der SPIEGEL mehr Aufmerksamkeit schenken? Worüber soll dringend berichtet werden?

Schreiben Sie an: draht@spiegel.de oder per Post an:

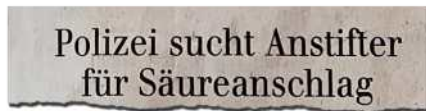
DER SPIEGEL / Draht, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

HOHLSPIEGEL

Türbeschriftung in einem Hotel in Chemnitz:



Aus der »Siegener Zeitung«:



Von der Website der »Badischen Zeitung«:



Aus einem Nachruf auf den Musikproduzenten Clive Davis im österreichischen »Kurier«:

»Sein Einfluss auf die Entwicklung der Popmusik ist schwer zu unterschätzen.«

Schild vor einer Achterbahn im Freizeitpark Plopsaland Deutschland in Haßloch (Rhd.-Pf.):



Aus einer ärztlichen Bescheinigung für eine Knieoperation:

Geplante OP: Meniskusschädigung

Aus dem »Höchster Kreisblatt«:

Bewerber verkosten Lokalpolitiker zur Probe

Eingesandt von Leserinnen und Lesern. Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an: hohlspiegel@spiegel.de

unnütz. Zugleich stellen viele Arbeitende fest, dass Arbeit wenig lohnt. Fragen Sie ruhig mal Bäcker und Fleischer ... oder abhängig Beschäftigte. Fordern diese mehr Gerechtigkeit, einen höheren Anteil am Ertrag ihrer eigenen Arbeit, wird ihnen von den Kapital-Inhabern das Führen einer Neiddebatte vorgeworfen. Zu begründen, warum die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, nach sozialen Mindeststandards, nach Rückverteilung nicht aus Neid geschieht, also kein Neid ist, wäre eine intellektuell interessante Aufgabe. Stellen Sie sich ihr!

Guido Berg, Potsdam

Neid ist etwas Böses und erzeugt nur Böses. Neid entsteht dadurch, dass ich mich vergleiche. Wieso hat er den Job bekommen und nicht ich, ich bin genauso gut. Wieso bekommt er so viel Sozialhilfe und hat nie gearbeitet (Deutschneid Nummer eins)? Es entsteht bei mir ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Daraus entwickelt sich: Verleumdung, Verunglimpfung bis zum Hass. Neid spornt an, das ist richtig, aber zum Schlechten. Wenn ich mir wünsche, ein ebenso schönes Haus wie der Graf zu haben, dann ist das eine Vision. Vision ist der Ansporn, in der Zukunft was zu erreichen, nicht Neid.

Dieter Wuensch, Wiesbaden

Inszenierungen von Wagner-Opern zur Aufführung gebracht wurden, die sich teils sogar sehr kritisch mit der Nazivergangenheit der Familie Wagner und des Festspielhauses auseinandersetzen. Auf die »Parsifal«-Inszenierung von Stefan Herheim (2008) und die Inszenierung der »Meistersinger« von Barrie Kosky, die sich anhaltend und direkt mit Wagners Antisemitismus auseinandersetzt, wird insoweit verwiesen. Der Vorwurf, die Familiengeschichte der Wagners werde von Katharina Wagner als reine Privatsache behandelt, stimmt also nicht ganz. Auch das abschließende Fazit von Herrn Hammelehle, Adolf Hitler habe sich vorgestellt, dass Politikerinnen wie Angela Merkel mit einer Limousine bei den Festspielen vorfahren, erachte ich als nicht schlüssig und wenig ergiebig.

Ulrich Poser, Hamburg

Mit diesem glänzend recherchierten, hervorragend geschriebenen und durch unwiderlegbare Fotodokumente gestützten Beitrag hat der SPIEGEL ein publizistisches Ausrufezeichen gesetzt. Dem Magazin ist es wohl maßgeblich zu verdanken, dass der Wagner-Clan nun – wenn auch Jahrzehnte zu spät – endlich Farbe bekennt und sich der eigenen NS-Vergangenheit stellt.

Dr. Klaus Swieczkowski, Hildburghausen (Thür.)

Augenöffnend

Nr. 31/2026 Selbst zum Festspieljubiläum arbeitet Katharina Wagner die NS-Vergangenheit ihrer Familie nicht richtig auf

Gerade war ich drauf und dran, wegen der ADHS-Volksverdummung im vorherigen Heft mein jahrzehntelanges Abo zu kündigen, da hat es dieser augenöffnende Beitrag geschafft, dem SPIEGEL eine weitere Chance zu geben. Weiter so, verehrter Herr Hammelehle!

Hans-Reinhard Schmidt, Bonn

Bitte mehr

Nr. 31/2026 Caroline Wahl beschäftigt die Wissenschaft

Dieser Artikel ist ein kleines Stück Literatur und erfreut mit einer sprachlichen Gewandtheit, die ihresgleichen sucht. Wie Anja Rützel präzise in Worte fasst, was ich nur »dumpf empfinde« (Harald Schmidt), fasziniert mich jedes Mal. Bitte mehr davon.

Benjamin Günther, Wismar

Leserbriefe bitte an:
leserbriefe@spiegel.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Einen wichtigen Aspekt hat Sebastian Hammelehle außer Acht gelassen: Katharina Wagner war als künstlerische Leiterin des Hauses dafür mitverantwortlich, dass im Festspielhaus mehrere

FAMILIENALBUM



Privat

»Sonne, Pernod, Interview«

SPIEGEL-Leser Klaus Grabowski, 83, aus Stuttgart gewann 1963 zwei Wochen auf Korsika. Es war der erste Urlaub seines Lebens.

»Das Bild zeigt mich im Frühjahr 1963 auf der Terrasse meines Hotels in Bastia auf Korsika. Ein Reporter der korsischen Lokalpresse hat es gemacht, im März 1963. Ich war damals Anfang zwanzig, ein schüchterner, kulturinteressierter Soziologiestudent. Ich hatte an einer Verlosung des deutschen Programms von RTF Radio Paris teilgenommen und gewonnen: Der Preis war ein zweiwöchiger Urlaub auf Korsika. Im Gegenzug sollte ich dem Sender danach ein Interview geben. Das klingt heute absurd, aber Radio France versuchte damals, Korsika touristisch bekannter zu machen.

Ich reiste mit einer großen blauen Tasche, darin Badesachen, weiße Hemden und ein Anzug für formelle Anlässe. Im Überlandbus fuhr ich von Ajaccio quer über die Insel nach Bastia zu meinem Hotel. Außerhalb der Städte war die Insel ursprünglich und wild, viele Strände waren unerschlossen. Der Bus hielt in jedem zweiten Dorf. Einheimische mit Körben und Tieren stiegen ein und aus. Als Deutscher war ich eine Ausnahmeerscheinung auf der Insel. Die wenigen anderen Touristen waren Franzosen »vom Kontinent«, wie die Einheimischen sie nannten.

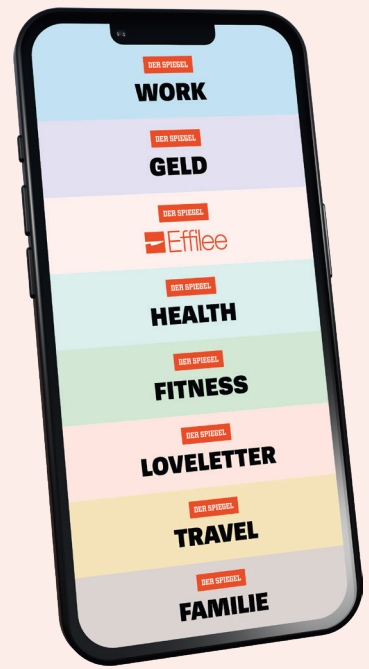
Mein Hotel war weiß mit blauen Fensterläden und hatte direkten Strandzugang. Ich verbrachte die Tage unter einem Sonnenschirm am Meer und las Marcel Proust. Es war mein erster richtiger Urlaub. Als Kriegskind hatte ich bisher nicht gerade in Saus und Braus gelebt. Hier auf der Insel hatte ich nun alles, was ich brauchte. Heute würde man all-inclusive dazu sagen. Als Aperitif trank ich unverdünnten Pernod. Zum Abendessen gab es Fische und Meeresfrüchte, dazu korsischen Wein.

Der Rückflug war turbulent: Wegen eines Gewitters versuchte der Pilot zweimal erfolglos zu landen. Beim dritten Anlauf beteten die korsischen Frauen um mich herum laut das Ave-Maria. Als die Landung beim dritten Versuch endlich gelang, war ich völlig fertig mit den Nerven. Zur Beruhigung bekam ich einen Cognac spendiert. In Paris gab ich Radio France dann ein überschwängliches Interview. Seither war ich nie wieder auf Korsika. Aber diese Reise hat mir den Blick für das ganze Leben geöffnet: Es gibt viel Schönes auf der Welt.«

Aufgezeichnet von Zoé Kammermann

Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten?

Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de



DER SPIEGEL

EXTRA

Alle wichtigen Fragen des Lebens

Wie sichere ich mir die besten Zinsen? Wie rede ich in kritischen Situationen mit meinem Chef? Wie halte ich mein Herz gesund? Antworten auf die wichtigsten Fragen des Alltags finden Sie in SPIEGEL Extra – täglich als Artikel oder Newsletter. Jeder Tag hat ein eigenes Thema. Jetzt entdecken!



spiegel.de/extra

»Ich bin kein Stadtmensch«

Geraldine Schüle saniert einen Bauernhof von 1541. Nach einem Sturm braucht man eine Motorsäge, um sich durchs Gehölz zu schlagen. Lange gab es kein fließendes warmes Wasser. Warum tut sie sich das an?

SPIEGEL: Frau Schüle, Sie leben nahe der Schweizer Grenze in einem Dorf, das man kaum so nennen kann. Es besteht bloß aus fünf Höfen, die nächsten Nachbarn sind etwa zwei Kilometer entfernt. Vorher haben Sie in Köln gelebt. Kann man sagen, Sie haben sich von der Zivilisation verabschiedet?

Schüle: Vermutlich ja. Bis zum nächsten Supermarkt und zur Schule sind es etwa zehn Kilometer. Es gibt Abkürzungen durch den Wald. Aber nach einem Sturm muss man eine Motorsäge mitnehmen, um mit dem Auto durchzukommen. Und man braucht natürlich Allradantrieb.

SPIEGEL: Ihre Wohnsituation ist abenteuerlich: Sie sanieren seit drei Jahren einen fast 500 Jahre alten Bauernhof, auf dem Sie mit Ihrem Mann und Ihren zwei kleinen Kindern wohnen.

Schüle: Ja, vor Kurzem mussten wir auf der Terrasse zelten – weil mein Mann und einer der Zimmerer im Schlafzimmer durch die Decke gebrochen sind und der Schutt aus dem Obergeschoss runterkam. Den beiden ist aber zum Glück nichts passiert.

SPIEGEL: Das nächste Krankenhaus ist eine halbe Stunde entfernt, macht Sie das nervös?

Schüle: Ich setze das immer in Relation: In Kanada sind es oft weit mehr als zwei Stunden Distanz bis zum nächsten Krankenhaus. Und in Deutschland gibt es zum Glück einen Notfalldienst, im schlimmsten Fall kann an jedem Ort in wenigen Minuten ein Hubschrauber sein. Ich musste mich zu Anfang aber schon sehr daran gewöhnen. Ich habe weder eine Frauenärztin noch einen Kinderarzt hier. Dafür müssen wir etwa eine Stunde fahren. Es ist viel Eigenverant-

wortung gefragt. Oft tut es mir allerdings gut, Entscheidungen selbst treffen zu müssen. Bei unseren Tieren ist das genauso.

SPIEGEL: Inwiefern?
Schüle: Wenn man Landwirtschaft betreibt, muss man manchmal über Leben und Tod entscheiden. Wir haben Hornkühe, einer unserer Kühe wurde mal von einer Artgenossin aus Versehen ein Auge ausgestochen. Die Verantwortung für andere Lebewesen hat mich zu Beginn krass überfordert.

SPIEGEL: Sie haben mehr als 560.000 Follower bei Instagram. Thematisieren Sie auch solch grauenvolle Unfälle auf Social Media?

Schüle: Ja, über diesen speziellen Fall habe ich gesprochen. Wir haben einen Bullen, drei Kühe, einen Ochsen, 20 Schafe, eine



Franka Sophie

Autorin Schüle: »Die Verantwortung für andere Lebewesen hat mich zu Beginn krass überfordert«

Fußballmannschaft Hühner und einen Hahn – so etwas passiert, das gehört dazu. Alles, was mit den Kindern ist, halte ich aber privat.

SPIEGEL: Sie lebten auf dem Hof zunächst ohne fließendes warmes Wasser, im Winter konnten Sie als Familie nur die Küche und die Stube bewohnen. Warum tun Sie sich das eigentlich an?

Schüle: Mein Mann ist studierter Architekt und Zimmerer. Ich liebe es, Möbel zu restaurieren. Wir haben schon mal ein Haus zusammensaniert. Aber einen alten Hof umzubauen, das war schon immer unser gemeinsamer Traum.

SPIEGEL: Auf Instagram kann man über Sie lesen, Sie seien eine Tradwife. Stimmt das?

Schüle: Nein. Da wird auch manchmal die Frage gestellt, ob wir einer Sekte angehören.

Ich verstehe sogar, woher das kommt. In den Videos sieht man mich oft mit einem Kind auf dem Arm an unserer Küchenhexe stehen und kochen. Aber nichts davon ist der Fall. Mein Mann und ich teilen alles weitestgehend 50:50 auf. Er verantwortet den Bau, ich arbeite als Autorin und als Content-Creatorin und helfe auf dem Bau.

SPIEGEL: Wie haben Sie denn vorher gewohnt?

Schüle: Ich bin als Schaustellerkind aufgewachsen, meine Mutter war Handleserin, mein Vater hat Holzkunstwerke und Keramik verkauft und Musik gemacht. Wir waren als Familie sehr viel auf Märkten und Messen unterwegs, hatten aber auch ein festes Haus in einem kleinen Dorf. Ich habe sechs Jahre in Köln studiert und habe zusätzlich eine Zirkusausbildung absolviert. Wir haben in einem Zirkuswagen auf dem Hof der Eltern meines Mannes gelebt. Außerdem bin ich mehrere Jahre gereist.

SPIEGEL: Was vermissen Sie an der Stadt?

Schüle: Sehr wenig. Ich bin kein Stadtmensch, aber ich genieße den Wechsel. Ich freue mich immer, wenn ich für Lesungen oder Meetings in verschiedene Städte reisen und ein bisschen urbane Luft schnuppern kann. Was wir hier natürlich nicht in unmittelbarer Nähe haben, sind schöne Plätze, an denen viele Menschen zufällig zusammenkommen, fancy Cafés und ein breites kulturelles Angebot. Wenn mir etwas fehlt, dann so ein bisschen Flair. Aber ein Leben in der Stadt kann ich mir nicht mehr vorstellen. Ich bin jedes Mal froh, wenn ich auf unseren Hof und in unsere eigene kleine Freiheit zurückkomme.

Interview: Annina Metz

5

12 Monate DER SPIEGEL mit 30 % Rabatt lesen

DER SPIEGEL



Jetzt bestellen und sparen:

abo.spiegel.de/30prozent

oder telefonisch unter 040 3007-2700



Wir

haben einen Finanztipp: generationsübergreifendes Private Banking.

Mit unserem genossenschaftlichen Private Banking setzen wir auf eine langfristige und vertrauensvolle Partnerschaft für eine ganzheitliche Vermögensplanung – von Generation zu Generation. Denn wir sind eine Gemeinschaft. Und eine Bank.
Mehr Infos unter [vr.de](https://www.vr.de)

Wir machen den Weg frei.

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**

